Montag, 25. Februar 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 47 - 9.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Zweifel an Grünen: Deutlicher als zuvor äußerte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, Vorbehalte gegenüber den Grünen. Seine Zweifel seien größer geworden, da die Grünen nicht kompromißbereiter geworden seien. (S. 4)

„Fall Michaelis": Die Europäische Volkspartei will heute einen Dringlichkeitsantrag im Europaparlament einbringen, in dem Maßnahmen gegen die Inhaftierung des Bürgermeisters von Arolsen (Hessen), von Michaelis, verlangt werden. Ein „DDR"-Gericht hatte Michaelis vor kurzem wegen „Fluchthilfe" zu sechs Jahren Haft verurteilt. (S. 4)

Volkszählung: Der parlamentarische Staatssekretär des Innern, Waffenschmidt, hat die SPD bei den „Frankfurter Gesprächen" des Hessischen Rundfunks aufgefordert, die Regierungskoalition bei der für 1986 geplanten Volkszählung zu unterstützen.

Anschlag: Bei einem Bombenanschlag auf die Pariser Filiale einer britischen Kaufhaus-Kette wurden 15 Menschen verletzt. Die Polizei hat noch keine Hinweise auf die Urheber des Attentats.

Nein von Schamir: Als „unannehmbar" lehnte Israels Außenminister Schamir die von Jordaniens König Hussein und PLO-Chef Arafat erarbeitete Übereinkunft zur Lösung des Palästinenserproblems ab. (S. 8)

US-Minister bestätigt: Gut ein Jahr nach der Ernennung des Präsidentenberaters Edwin Meese zum neuen Justizminister durch Präsident Reagan bestätigte der Senat mit 63 gegen 31 Stimmen die Entscheidung.

Festnahme: Der Vorsitzende der Vereinigung europäischer junger Christdemokraten, der Italiener Massimo Gorla, ist nach einer Veranstaltung der christlich-demokratischen Oppositionspartei auf Malta festgenommen worden. Er soll gegen ein Gesetz verstoßen haben, das Ausländern öffentliches Auftreten untersagt.

Wahl: Bei den heutigen Wahlen in Pakistan bewerben sich rund 6000 Kandidaten um 237 Parlamentssitze. Macht werden die Abgeordneten kaum ausüben können, da Staatschef Zia mit der Gründung eines nationalen Sicherheitsrates die Herrschaft in seiner Hand halten wird. (S. 5)

ZITAT DES TAGES



» Berlin steht bei der Wahl zwischen zwei fundamental gegensätzlichen Lagern. Berlin wird nur so lange in Frieden leben, wie hier alliierte Truppen stationiert sind. Ohne die Atlantische Allianz wird es kein freies Berlin mehr geben «

Verteidigungsminister Manfred Wörner bei einer Veranstaltung in Berlin (S. 4) FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Tankstellen-Abbau: Mit dem radikalen Abbau des Tankstellennetzes in der Bundesrepublik von mehr als 46 000 im Jahre 1970 auf heute rund 19 000 hat sich die Struktur des Servicemarktes entscheidend verschoben. In der Rangfolge der größten Netzbetreiber verdrängte Texaco Esso von dem zweiten Platz. An der Spitze blieb Aral. (S. 9)

Vorruhestand: Mehr als 200 Vorruhestands-Tarifverträge sind seit dem 1. Mai 1984, als das Gesetz in Kraft trat, abgeschlossen worden. Die Verträge gelten für Tarifbereiche mit mehr als sechs Millionen Arbeitnehmern. (S. 9)

US-Agrargesetz: Mit einem „Anpassungsgesetz für die Landwirtschaft 1985", das die Farmer auf einen stärkeren Marktkurs bringen soll, will Washington die Landwirtschaftspolitik grundlegend reformieren und durch die Steigerung von Agrarexporten andere Staaten zu einer Änderung ihrer Agrarpolitik zwingen. (S. 10)

WELT-Serie Länderchefs

Kennen wir unsere Länderchefs? WELT-Chefreporter Horst Stein hat ihnen beim Regieren zugeschaut. Im dritten Beitrag dieser Serie porträtiert er Hans Koschnick, der seit 1967 die Geschicke Bremens lenkt. Seite 7

KULTUR

Antoine Watteau: Mit den Werken des in Valenciennes gebürtigen Künstlers Watteau stellt Schloß Charlottenburg in Berlin mit seiner Ausstellung „den Abschied von der alten Historienmalerei" vor. (S. 19)

Märchen: Neue Märchen aus der Sammlung der Gebrüder Grimm sind in einem Nachlaß entdeckt worden. Die Grimm-Gesellschaft will sie anläßlich des 200. Geburtstages von Wilhelm Grimm 1986 veröffentlichen.

SPORT

Ski Alpin: Riesenslalom-Weltmeister Markus Wasmaier blieb bei den deutschen Meisterschaften in Garmisch ohne Titel. Eine Folge seines Slaloms zwischen Sport und Werbung? (S. 13)

Fußball: Der frühere Nationaltrainer Derwall will den Präsidenten seines türkischen Klubs Galatasaray Istanbul wegen Beleidigung verklagen. Er fordert 500 000 Mark Schmerzensgeld. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Rolle der Frau: Der Konflikt der Frauen zwischen dem traditionellen Bild von Weiblichkeit und den Ansprüchen der Emanzipation bestimmte die Diskussionen auf dem zehnten Westdeutschen Psychotherapie-Seminar in Aachen. Entscheidend sei, so meinte die Psychotherapeutin Melitta Mitscherlich, die „geschlechtliche Identität" als Fundament weiblichen Selbstbewußtseins. (S. 20)

„Goldene Kamera": Noch nie in seiner Geschichte erlebte Berlins Congress Centrum am Wochenende ein solches Aufgebot an Stars. Zum 20. Mal hatte Europas größte Fernsehzeitschrift, „Hörzu", zur Verleihung der „Goldenen Kamera" eingeladen. Millionen verfolgten das Spektakel am Fernsehschirm. (S. 20)

Wetter: Sonnig. 5 bis 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

„Nur noch wenige Quertreiber. Keine Gefahr für Koalition"

Bangemann sieht eine Reihe gemeinsamer Aufgaben über 1987 hinaus

DW. **Saarbrücken**

Der neugewählte FDP-Vorsitzende, Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, hat in einem WELT-Interview deutlich gemacht, daß er „nichts sieht, was die Bonner Koalition gefährden könnte. Wir haben unsere Aufgaben noch nicht zu Ende geführt." Mit Martin Bangemann sprachen Stephan Heydeck und Peter Philipps.

WELT: Herr Bangemann, welche Bedeutung hat das am Wochenende verabschiedete liberale Manifest?

Bangemann: Es hat bewußt Manifestcharakter, das heißt, es ist eine Standortbestimmung, die in konkrete Handlungsanleitungen und Handlungen umgesetzt werden muß. Wir haben noch zwei Jahre Zeit bis 1987, die Fraktion kann zeigen, wie wir moderne Technologien nutzen, ökologische Marktwirtschaft machen wollen. Und die Partei muß an einigen Stellen handfest programmatisch arbeiten, beispielsweise in der Steuer- und in der Sozialpolitik.

WELT: Sie haben auf dem Parteitag unterschieden zwischen Querdenkern und Quertreibern in der FDP. Werden Sie – wie früher – auch als Parteivorsitzender zu den Querdenkern gehören?

Bangemann: Ja. Natürlich kann und muß eine liberale Partei auch kontrovers diskutieren, aber Quertreiberei wäre es, wenn Minderheiten Beschlüsse nicht mittragen.

WELT: Sind Hirsch, Baum und Hamm-Brücher Querdenker?

Bangemann: Ja.

WELT: Und wer sind die Quertreiber?

Bangemann: Es gibt nur noch ganz wenige, weil uns eine Reihe von ihnen verlassen hat und jetzt bei der SPD die undankbare Rolle der Viehtreiber übernommen hat.

WELT: Sie waren Vorkämpfer für die jetzige Regierungskoalition in Bonn. Was könnte sie gefährden?

Bangemann: Ich sehe da nichts. Wir haben unsere Aufgaben noch nicht zu Ende geführt. Die Entwicklung in der SPD, vor allem die Auseinandersetzung mit den Grünen, hat unsere Möglichkeit derzeit eingegrenzt auf die Koalition mit CDU und CSU. Das ist auch kein Unglück, solange in dieser Koalition liberale Politik umzusetzen ist. Zu den noch nicht zu Ende geführten Aufgaben gehört eine Steuerpolitik, die weniger als bisher investiertes Kapital belastet und Leistung nicht behindert. Wir brauchen also vor allem eine Korrektur des Einkommen- und des Körperschaftsteuertarifs.

WELT: Also wieder ein historisches Bündnis?

Bangemann: Nein. Aber es gibt noch Aufgaben für die nächste Legislaturperiode. Die noch von uns angestrebten Gesetze können wir nach meiner Einschätzung viel eher mit der CDU/CSU als mit der jetzigen Opposition erledigen.

WELT: Wo liegen die Schwierigkeiten?

Bangemann: Wir haben in der Debatte über den Ersatz der Investitionsabgabe unserem Koalitionspartner einiges zugemutet. Aber wir haben eine richtige Position bezogen und letzten Endes hat die CDU sich unserer Meinung angeschlossen, obwohl sie sie nicht akzeptiert hat. Ähnliches gilt für das Ausländerrecht, das Demonstrationsstrafrecht und wird auch für das Asylrecht gelten. Wir werden gemeinsame Lösungen suchen. Aber

● Fortsetzung Seite 8

Unbehagen über Rühe und Vogel

Warnung vor „Auflockerung" von Rechtspositionen in der Diskussion um Oder-Neiße-Linie

BERNT CONRAD, **Bonn**

Namhafte Wissenschaftler haben am Wochenende in Bonn Kritik an Äußerungen des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Rühe und des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Friedrich Vogel (CDU), zu Fragen der deutschen Ostgrenzen geübt. Sie gaben damit einem auch von Unionsabgeordneten geteilten Unbehagen über eine mögliche Auflockerung deutscher Rechtspositionen Ausdruck, die den für ganz Deutschland geltenden Friedensvertragsvorbehalt schwächen könnte.

Rühe hatte in der Aktuellen Stunde des Bundestages am 6. Februar erklärt: „Wer nüchtern und illusionslos nachdenkt, der weiß, daß der Warschauer Vertrag eine politische Bindewirkung hat, die auch von einem wiedervereinigten Deutschland nicht ignoriert werden könnte." Vogel hatte in der gleichen Sitzung gesagt, die Oder-Neiße-Gebiete seien „für die Bundesrepublik Deutschland Ausland".

Zu Rühes Bemerkung meinte der Kölner Professor Boris Meissner, einer der führenden deutschen Ostexperten, *auf einer Tagung der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht*, „politische Bindungswirkung" werde allgemein als rechtliche Bindung verstanden. Wenn aber der Friedensvertrags-Vorbehalt geschwächt werde, gehe es immer auch um Berlin, denn der Berlin-Status gelte bis zum Friedensvertrag. Territoriale Fragen bezögen sich nicht nur auf die Ostgebiete, sondern ebenso auf Berlin. Wer die eine Position erschüttere, unterhöhle die andere.

Auch Professor Jens Hacker, Regensburg, bezeichnete Rühes Formel als problematisch. Der Präsident des Bundes der Vertriebenen und CDU-Abgeordnete Herbert Czaja stellte fest, wenn man heute in bezug auf die Oder-Neiße-Linie von politischer Bindewirkung rede, dann komme als nächstes die politische Bindewirkung für die Grenze an Elbe und Werra. Tatsächlich könne es keine Bindewirkung geben, die über die rechtlichen Handlungsrichtlinien des Warschauer Vertrages hinausgehe.

Vogels „Auslandsäußerung", die schon von mehreren Unionspolitikern kritisiert worden ist, wurde von Professor Hacker als Verstoß gegen die Feststellungen einiger höchster deutscher Gerichte bewertet.

Bundesminister Heinrich Windelen (CDU) betonte, ohne Vogel und Rühe direkt zu erwähnen, die Bedeutung rechtlicher Akribie im Umgang mit kommunistischen Staaten. Rechtspositionen könnten zwar Politik nicht ersetzen. Sie seien aber die entscheidende Grundlage einer auf Frieden und Ausgleich gerichteten Politik.

„Berlin darf nicht ausgegrenzt werden"

Waigel: Auch der Sport muß nationale Interessen wahren / Neuberger bleibt bei starrer Haltung

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Eine Fußball-Europameisterschaft 1988 ohne Einbeziehung Berlins ist nach Auffassung des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, auch aus deutschlandpolitischen Gründen „nicht hinnehmbar". In einem WELT-Gespräch sagte Waigel am Sonntag: „Lieber verzichten wir auf die Europameisterschaft, als daß wir Berlin ein solches Notopfer zumuten, das langfristig verheerende Auswirkungen nicht nur für den Sport in Berlin, sondern auch für die Wirtschaft und vor allem für die Politik von Berlin haben müßte."

Eine „Ausgrenzung" Berlins, so betonte Waigel, müßte zwangsläufig das „deutsche Selbstverständnis", die Bindungen der Stadt an die Bundesrepublik Deutschland berühren. Damit werde zugleich eine „Statusfrage" tangiert, „die langfristig für Berlin eine Lebensfrage bedeutet. Berlin und die Bundesrepublik Deutschland gehören zusammen. Berlin wäre langfristig ohne die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Anbindung – und dazu gehört auch der Sport – ein Torso."

Dem Argument von DFB-Präsident Neuberger, Sport und Politik hätten nichts miteinander zu tun, hielt Waigel entgegen: „Es ist richtig, die Politik soll dem Sport nicht hin-

SEITE 2: Noch nicht zu spät

einreden. Doch Sportler sind auch Staatsbürger, und auch Sportfunktionäre sind Staatsbürger und haben sofern das Wohl ihres Landes im Auge zu haben." Waigel: „Dort, wo durch den Sport nationale Interessen berührt oder gar existentielle Fragen eines Staates verletzt werden, darf der Sport die nationale Politik nicht unterlaufen. Deswegen darf im Sport der Bundesrepublik Deutschland Berlin nicht ausgegrenzt werden."

In dieser Diskussion, so sagte Waigel im Hinblick auf Neuberger, „helfen auch keine schiefen Vergleiche". Er meinte damit die Aussage Neubergers, der Bundestag halte keine Plenarsitzungen in Berlin ab. Waigel: „Dies ist ein törichter Vergleich", weil nach dem Berlin-Abkommen von 1972 durch die Alliierten die Sitzungen des gesamten Parlaments dort nicht stattfinden, aber sehr wohl die Ausschüsse und die Fraktionen tagen. Sportveranstaltungen sind ebenfalls erlaubt, ja geboten, und sie haben seitdem in Berlin ja auch stattgefunden."

Auf die Frage, ob Neuberger zurücktreten müsse, antwortet Waigel, dies sei eine „innerverbandliche Frage". Nur: Neuberger könne nicht sagen, Sport und Politik hätten nichts miteinander zu tun. „Die Politik hat

■ Fortsetzung Seite 8

Schwerkranker Mann an der Wahlurne

R.-M. BORNGÄSSER, **Moskau**

„Die ganze Macht der UdSSR gehört dem Volk", kündete weithin sichtbar die Inschrift des blutroten Plakates an dem alten Schulgebäude hinter dem Kutusowsky-Prospekt in Moskau. Miliz-Soldaten mit roten Armbinden wiesen den Bewohnern aus dem Viertel der Innenstadt den Weg zum Wahllokal. Sonntag in Moskau. Die Kampagne zur Neubestellung der Obersten Sowjets in den Regionen und Kommunen ist beendet. Tschernenko, der Chef, erschien zur Wahl in seinem Bezirk. Das Fernsehen *zeigte ihn in Begleitung des Moskauer KP-Chefs Grischin zuerst sitzend*, dann stehend, auf die Urne gestützt. Ein schwerkranker Mann.

In der Nacht waren in Moskau rote Fahnen mit schweren Goldquasten und Girlanden aufgezogen worden. Auch die Taxis und Omnibusse sind mit Wimpeln geschmückt. Am Samstagabend erleuchtete ein Feuerwerk die Hauptstadt. Vielfarbige Fontänen tauchten die Türme und Kuppeln der Stadt in Regenbogenfarben.

Bereits um sechs Uhr morgens öffnete die Wahllokale. Am Vormittag herrschte reger Betrieb, ganze Familien-Clans rückten an. Die Musiker, die die Ankommenden mit einem Ständchen zu begrüßen hatten, wirkten gegen Mittag ermattet. Immer häufiger genehmigten sie sich einen Schluck aus der Wodkaflasche. Nur die abkommandierten Schulmädchen, die jedem Wähler eine rote Nelke überreichten, waren noch mit Elan bei der Sache.

In dem ziegelroten Schulgebäude hinter dem Kutusowski-Prospekt hatten vor sechs Jahren Breschnew und Andropow ihre Stimmen abgegeben. Doch diesmal zeigte sich kein Polit-Prominenter. Drinnen im Wahlraum geht es ruhig und gelassen zu. An einem langen Tisch sitzen die Wahlhelfer. Der Wähler zeigt seinen Ausweis vor, wird von der Namensliste abgehakt, erhält zwei Wahlzettel – für jede Kammer einen, auf jedem steht nur ein Name – und geht dann zur Urne. Sie steht am Saalende vor einer blumengeschmückten Lenin-Büste. Die Wahlkabine im Hintergrund, wo man den Kandidaten-Namen durchstreichen oder durch einen anderen ersetzen könnte (das würde ein „Nein" bedeuten), wird von niemandem benutzt.

Nach der Stimmabgabe geht es in einen Nebenraum, wo dem „Wähler" ein Glas Sekt und Häppchen serviert werden. Auf dem Buffet türmen sich die sonst so seltenen Apfelsinen zu Pyramiden. Wer bis zum Mittag nicht gewählt hat, bekommt Besuch von einem Agitator, wie die etwas aufmüpfige Studentin, nennen wir sie Lydia, zu berichten weiß. Die Agitatoren sind nicht besonders zimperlich, wenn es gilt, die Wähler zur Urne zu treiben. Kann sich also niemand weigern? Lydia zuckt mit den Achseln und meint resigniert: „Haben wir denn eine andere Wahl?"

Schon vor Schließung der Wahllokale um 18 Uhr steht der überwältigende Sieg des offiziellen „Blocks der Kommunisten" fest. Nicht weniger als 99,99 Prozent der Stimmberechtigten haben gewählt. Das Ergebnis ist nicht schwer zu erraten: Erstens gab es keine formell zugelassenen Gegenkandidaten, und zweitens gehören Wahlsiege knapp unter 100 Prozent zur *Tradition der sowjetischen* Herrschaft. Deshalb wird die zweite Ziffer hinter dem Komma mit Argusaugen betrachtet. Eine Angestellte, nennen wir sie Natascha, erzählte: „Stellen sie sich vor, da belief sich doch das Wahlergebnis im Baltikum das letzte Mal tatsächlich auf 99,95 Prozent. Hoffentlich sind die dort diesmal gescheiter", fügte sie energisch hinzu.

DER KOMMENTAR

Sicherer Ton

HERBERT KREMP

Die Freien Demokraten haben sich in Saarbrücken hinter Martin Bangemann formiert. Alle Abstimmungen zeigten eine neue Geschlossenheit, wie man sie seit Jahren nicht kannte. Die Führungsgruppe nach Genscher gleicht einer Alpinisten-Seilschaft vor einem besonders gefährlichen Felsüberhang. Eine falsche Bewegung, ein falscher Tritt – und das Ende ist da, für alle. Das hält zusammen.

Der neue FDP-Vorsitzende operiert mit zwei Vorteilen: Zu ihm gibt es keine Alternative, er ist der Hoffnungsträger der Partei. Eine solche Lage verschafft Autorität und Bewegungsfreiheit. Bangemann kann im eigenen Kreise entschieden auftreten, er hat das letzte Wort, und er wird es, wie man ihn kennt, ergreifen. Das irritierende Lautgewirr, das an einen Vogelschwarm vor dem Abflug erinnerte, ist dem sicheren Ton gewichen.

Der zweite Vorteil: Die Partei selber besitzt zum gegenwärtigen Regierungsbündnis im Bund und in den Ländern (es sind nur noch zwei) keine Alternative. Aufgrund der Veränderungen im deutschen Parteien-Gefüge sind die Liberalen auf die Fortsetzung der Koalition mit den Unionsparteien angewiesen. „Pendel-Partei", um ein Wort Herbert Wehners aufzugreifen, kann sie mangels Masse gar nicht mehr sein. Für Walter Scheel, der sich dazu nachdenklich äußerte, entschwindet damit ein „Stück Tradition". Aber es war ja gerade diese Tradition, die der Partei den Ruf des Wakkelns und Wankens eingetragen hatte. Jetzt kann sie nicht mehr sündigen, sondern muß nun bei der Sache bleiben und arbeiten.

Die Koalition mit der Union ist kein „historisches Bündnis", kann aber durchaus historisch im Sinne von dauerhaft werden. Gegenüber den Grünen, die zur Dauerhaftigkeit wenig Neigung besitzen, ergibt sich daraus ein positives Profil, das der Wähler honoriert. Sich auf ein langes Bündnis einzurichten, heißt beständige Charakterzüge zu entwickeln. Sie liegen, wie das „Manifest" ausweist, in der Entscheidung für Freiheit und gegen Gleichheit. Das ist ein klarer Ton, und er erinnert entfernt an die amerikanischen Republikaner: Weniger Staat, Förderung der Begabten, Bevorzugung der Individualrechte, Verbindung von Technologie und Ökologie. Auf diesen Gebieten kann eine kleine liberale Partei entschiedener operieren als jede der großen Volksparteien.

USA verschärfen Angriffe gegen Sandinisten

DW. **Washington**

Nach US-Präsident Ronald Reagan hat sich auch Außenminister George Shultz eindringlich für eine Wiederaufnahme der gegenwärtig vom Kongreß blockierten amerikanischen Hilfe für die Widerstandskämpfer in Nicaragua ausgesprochen. In einer Veranstaltung in San Francisco griff Shultz die nicaraguanische Linksregierung in ähnlich scharfer Form an, wie es Reagan zuvor in seiner Pressekonferenz in Washington getan hatte. Shultz warnte, wenn jetzt nicht gehandelt würde, könnten die USA später zu direkteren und gefährlicheren Eingriffen gezwungen sein. Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega beschuldigte andererseits in einer Ansprache in Managua die USA, sie blockierten die Lieferung einer Schiffsladung Öl aus Ecuador.

Shultz warnte den Kongreß, wer die nicaraguanischen „Freiheitskämpfer" isoliere, der liefere Nicaragua „der endlosen Dunkelheit kommunistischer Tyrannei" aus und führe die USA auf einen gefährlichen Weg. Shultz sagte: „Wenn wir nämlich jetzt nicht die geeigneten Schritte unternehmen, um die Sandinisten zur Einhaltung ihrer früheren Versprechen zu zwingen – die Aufrüstung zu beenden, den Export der Tyrannei über ihre Grenzen einzustellen, Nicaragua dem freiheitlichen, demokratischen Wettbewerb zu öffnen –, dann werden wir vielleicht später, wenn wir nicht länger untätig bleiben können, entdecken, daß die Risiken und die Kosten größer geworden sind."

Seite 2: Reagan schafft Klarheit

Stoltenberg für „Trendwende" beim Dollarkurs

DW. **Frankfurt**

Angesichts der ungebrochenen Aufwärtsentwicklung des Dollar hat Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg eine baldige Trendwende zu realistischeren Kursen und die Rückkehr zu ausgeglicheneren weltweiten Handelsbedingungen gefordert. Er appellierte an die US-Regierung, *das amerikanische Zinsniveau* durch eine Verringerung ihrer Haushaltsschulden zu senken. Zugleich sprach sich der Minister für eine Senkung des Spitzensteuersatzes in der Bundesrepublik Deutschland bei auf etwa 50 Prozent aus.

Stoltenberg äußerte sich bei der Eröffnung der Frankfurter Frühjahrsmesse über den Dollarkurs: „Auch die stärkste Wirtschaftsmacht der Erde kann auf Dauer nicht mit einem dramatisch steigenden Handelsbilanz- und Zahlungsbilanzdefizit von jetzt schon rund 125 Milliarden Dollar jährlich leben." Der hohe Dollarkurs werde zunehmend zu einem Risiko für die USA selbst. Gleichzeitig verteidigte Stoltenberg die westeuropäischen Industrieländer vor „den blauäugigen Bewunderern des Dollarhöhenflugs und Verächtern der wirtschaftlichen Grunddaten Westeuropas". Derzeit betrage der Abstand im langfristigen Zins gegenüber den USA rund vier Prozent. Der Minister verwarf die Möglichkeit einer Zinsanhebung in der Bundesrepublik. „Niedrige Dollarzinsen sind übrigens auch eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die internationale Schuldenkrise unter Kontrolle gehalten und schließlich gelöst werden kann", gab Stoltenberg zu bedenken.

Seite 9: Mit mehr Schwung gestartet

Südkoreas Regierungspartei wechselt Führungsspitze aus

Neue Opposition fordert Freilassung politischer Häftlinge

DW. **Seoul**

Südkoreas Präsident Chun Doo-Hwan hat nach den Wahlen von voriger Woche, *denen eine Kabinettsumbildung folgte*, die Spitze seiner „Demokratischen Gerechtigkeitspartei" (DJP) ausgewechselt. Zum neuen Parteiführer ernannte er Roh Tae-Woo (53), der seit 1981 als Sportminister, Innenminister und Chefdelegierter bei den Gesprächen mit Nordkorea fungierte. Neu wurden auch die Vorsitzenden des Exekutivkomitees und des Politischen Komitees der Partei mit Lee Sang-Ik (56) und Chang Sung-Man (52) ernannt. Hingegen wurden Generalsekretär Lee Han-Dong und Fraktionschef Lee Hong-Chan auf ihren Posten belassen. Ein DJP-Sprecher erklärte, die Umorganisierung entspreche dem „landesweiten Wunsch nach Fortschritt und Reform, wie er im Ergebnis der Parlamentswahlen deutlich geworden ist".

Chuns Partei hatte einen Teil ihrer Abgeordnetensitze abtreten müssen und verfügt künftig über 148 der 276 Parlamentsmandate. Den höchsten Zuwachs an Stimmen verzeichnete die neu von der Opposition gegründete „Neue Demokratische Korea-Partei" (NKDP), die trotz eines für sie ungünstigen Wahlsystems auf 67 Sitze kam. Die gewählten Abgeordneten der DJP hatten sich über den Wahlerfolg der neuen Oppositionspartei „schockiert" erklärt.

Südkoreas neuer Ministerpräsident Lho Shin-Yonh richtete an den NKDP-Vorsitzenden Lee Min-Woo ein Höflichkeitstelefonat, was von politischen Beobachtern als eine versöhnliche Geste gewertet wurde. In einem anschließenden Pressekommuniqué forderte die Oppositionspartei eine sofortige Freilassung der auf 134 geschätzten „Gefangenen aus Gewissensgründen" in Südkorea, um eine „nationale Aussöhnung" einzuleiten.

Die NKDP wurde vor einem Monat von den politischen Anhängern der unter Hausarrest stehenden Oppositionspolitiker Kim Dae-Jung und Kim Young-Sam gegründet und hat sich eine Demokratisierung des Landes zu ihrer Hauptaufgabe gemacht.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schritt für Schritt

Von Peter M. Ranke

Jerusalem soll also wieder durch eine Grenze zerschnitten werden. Das heißt: am liebsten würden die Palästinenser alles einsacken, ganz Israel und Jerusalem. Das läßt jedenfalls der Fünf-Punkte-Plan von König Hussein und PLO-Chef Arafat offen, denn da ist die Rede von einer Lösung der Palästinenserfrage „in allen ihren Aspekten". Dazu gehört nach PLO-Verständnis das PLO-Vernichtungsprogramm.

Was da als gemeinsame Vereinbarung ausgebrütet wurde, ist entgegen den Begleitbehauptungen weder gerecht noch friedlich. Es ist höchstens ein zeitweiliger Frieden zwischen König Hussein und Arafat. Die „Initiative" ist bewußt unpräzise und läßt Ausdeutungen zu. Aber sie folgt der arabischen Ansicht, daß man Israel militärisch und politisch niederringen müsse.

Dabei setzt man auf Entspannungs- und Konferenz-Seligkeit im Westen, obgleich der PLO-Terrorist Abu Iyad erst kürzlich in Amman erklärte: „Jeder von uns will die Rückgabe von Jaffa, jeden Zollbreit Bodens. Aber wir müssen Palästina Schritt für Schritt zurückerobern, vom Jordan bis zum Meer." Die „Initiative" sieht demnach auch die Rückkehr aller Flüchtlinge oder wenigstens ihre Entschädigung vor, aus westlichen Taschen natürlich, nicht aus den Kassen der Ölscheichs.

Es ist unerheblich, daß die „Initiative" Winkelzüge wie eine gemeinsame Delegation der Jordanier und der PLO vorschlägt. Der gesamte Tenor des Forderungskatalogs läßt keine Zugeständnisse, keinen Realismus und keinen Friedenswillen erkennen. Eine Konferenz soll eine „Lösung" besiegeln, die nur zu neuen Kriegen führen würde, und dazu noch mit der Beteiligung Moskaus, das nicht einmal eine Botschaft in Israel unterhält. Die sowjetischen Verbündeten Syrien und Libyen lehnen natürlich Arafats und Husseins Vorschlag scharf ab, da er das bloße Wort „friedlich" enthält.

Israels erfahrener Mosche Dajan hat einmal zu arabischen „Friedensinitiativen" gesagt, danach gäbe es vielleicht Frieden in Nahost, aber kein Israel mehr. Das trifft auch auf die aufgewärmten Ideen des Königs und des Terroristen in Amman zu.

Muß er selbst wissen

Von Heinz Barth

Zweimal ist Helmut Lölhöffel, dem früheren Korrespondenten der „Süddeutschen Zeitung" in Ost-Berlin und jetzigen Korrespondenten der „Frankfurter Rundschau" in Bonn, die Einreise in die „DDR" ohne Angabe von Gründen verweigert worden. Das kann, wie man sieht, auch einem Kollegen passieren, dem noch niemand Voreingenommenheit gegen das Honecker-Regime nachzuweisen vermochte. In den fast sechs Jahren, die er aus dem anderen Deutschland berichtete, widerfuhr ihm das mehrdeutige Glück, nie von dem lauernden Zensoren-Wahn des realen Sozialismus gerügt zu werden.

Seit ihm vor drei Monaten an der Grenze das noch wirksame „DDR"-Visum ungültig weggestempelt wurde, fehlte es nicht an diskreten Versuchen, den Fall, wie es die unmittelbar betroffene Zeitung ausdrückt, „ohne öffentliches Aufsehen" zu klären. Das Resultat der Schuldforschung, in die auch die Bundesregierung eingeschaltet wurde, war so mager, wie man es erwarten mußte. Der Journalist, so ließ sich Ost-Berlin vernehmen, werde selbst wissen, warum er in Ungnade gefallen sei – es hänge mit seiner früheren Tätigkeit zusammen.

Da hat der Kollege Pech gehabt. Offenbar wollte die „DDR" den Wirbel vermeiden, den die Ausweisung eines Korrespondenten mit seinem politischen Hintergrund produzieren mußte. Kaum aber hatte er die Grenze überschritten, da wurde die Tür hinter ihm verriegelt. „Ohne Aufsehen", versteht sich. Nun darf er rätseln, was er falsch gemacht hat. Er ist ja nicht der einzige, der damit leben muß, daß jemandem im Osten seine Nase nicht gefällt. Für solche Willkür, das hat auch diese Zeitung schon erfahren, bedürfen kommunistische Regime, denen das Wichtigste am Journalismus die Knebelung seiner Bewegungsfreiheit ist, niemals näherer Begründung.

Im Gegensatz zu anderen Ost-Diktaturen, die sich in Helsinki nur formal zur Respektierung der Pressefreiheit bekannten, muß aber Ost-Berlin dran erinnert werden, daß es sich im deutsch-deutschen Grundlagen-Vertrag am 8. November 1972 spezifisch zu Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten verpflichtet hat, zu denen die freie Information, die jederzeitige Ein- und Ausreise für stationäre sowie unbeschränkte Bewegungsfreiheit für reisende Korrespondenten gehören.

Drei Informanten

Von Eugen Wolmarshof

Nun ist auch Walter Wallmann im Gerede. Eben rechtzeitig zum hessischen Kommunalwahlkampf lancierte ein Hamburger Wochenblatt folgende Geschichte: Wallmann habe von der Deutschen Bank ein besonders lukratives Aktienpaket zugeschoben bekommen, tausend Stück, wo andere nur zwanzig bekommen hätten. Daran habe Wallmann einen „Spekulationsgewinn" von sechzigtausend Mark gemacht. Die Sache paßte um so besser, als das Blatt gerade die angebliche Übermacht der Deutschen Bank in der deutschen Politik beklagt hatte.

Wallmann setzte sich zur Wehr, veröffentlichte Unterlagen, gab Auskunft über private Dinge und wies nach, daß er keineswegs tausend, sondern nur hundert dieser Aktien bekommen hatte, wie andere Bankkunden auch. Die Deutsche Bank bestätigte seine Auskunft. Ist die Sache damit erledigt?

Nicht für das Hamburger Blatt. Ihm sei nun einmal „von drei Informanten in der Deutschen Bank" die Geschichte zugegangen. Es gebe eine „Buchungsorder" handschriftlich, die „– den Spiegel-Informanten zufolge – aus der Zentralen Personalabteilung der Deutschen Bank" gekommen sei. Die „Divergenz" werde durch Wallmanns Angaben „nicht geklärt".

Der mündige Wahlbürger soll also den Schluß vor der Wahl ziehen, daß der Wallmann nicht gewählt werden darf; wenn die „Divergenz" dann nach der Wahl „geklärt" wird, würde es dem Angegriffenen nichts nützen. Freilich kann der mündige Wahlbürger daraus auch noch zwei andere Schlüsse ziehen.

Nämlich erstens: So steht es mit dem Schutz der Bürgerehre hier im Land. Geständige Terroristen sind „mutmaßliche", aber ein Mann, der durch eigene Angaben und die seiner Bank bescheinigt, daß die Behauptung über ihn nicht stimmt, ist schuldig.

Und zweitens: Dasselbe Hamburger Blatt feierte seinerzeit das Jahr 1984 als „Orwell-Jahr" mit einer Jeremiade darüber, wie doch in diesem Land der Datenschutz im argen liege und kein Bürger vor Schnüfflern sicher sei. Na, wenigstens das stimmt – aber nicht, soweit der Staat gemeint ist.



Ein Mann sieht rot KLAUS BÖHLE

Noch ist es nicht zu spät

Von Enno v. Loewenstern

Ich habe das Gefühl", versicherte der DFB-Vorsitzende Hermann Neuberger, „daß viele das Thema Europameisterschaft benutzen, um sich selbst darzustellen." Viele? Einer hat es dazu benutzt, und nun haben wir alle den Schaden davon. Zudem sabotiert er jede Reparatur des Schadens: „Wir werden auf der Exekutiv-Sitzung der UEFA am 15. März in Lissabon Berlin noch einmal ins Gespräch bringen. Aber ich sehe keine Chancen mehr. Durchpeitschen läßt sich die Sache nicht. Man muß in Kauf nehmen, daß ein Spiel in Berlin nicht stattfindet."

Da wird also vom Deutschen Fußball-Bund den anderen von vornherein bescheinigt: Ihr braucht euch gar nicht um Berlin zu kümmern, wir selbst tun es auch nicht. Wenn der DFB diesen Menschen nicht umgehend hinauswirft, dann leistet er sich und leisten wir alle uns eine Selbstdarstellung, die an die nationale Substanz geht.

Dahingestellt bleiben mag die Frage, ob es Dreistigkeit oder Debilität ist, was Neuberger sagen läßt: „Die Politiker sollen sich auf ihre Aufgaben beschränken ... Der Sport muß sich selbständig zeigen und sich wehren." Weder zeigt sich der Sport finanziell selbständig, noch ist er es politisch. Nicht nur tritt der Deutsche Fußballbund mit Bundesadler und Bundeshymne an; seine und alle anderen Funktionäre stehen zudem täglich auf den Matten der Politiker um Zuschüsse, neue Stadien, Übernahme von Vereinsdefiziten und alles mögliche. Am allerwenigsten zeigt sich Distanz zur Politik in der Person des Hermann Neuberger, der seine reichdotierte Privatkarriere – Direktor des Saarland-Sporttoto, Geschäftsführer der Spielbank Saarbrücken, Aufsichtsratsvorsitzender der Saarhalle – der Politik verdankt und der bislang keiner Gelegenheit auswich, sich mit hohen Politikern öffentlich zu zeigen.

Überdies treten Neubergers Kicker nicht zu seinem Privatvergnügen an, sondern vor dem deutschem Publikum, und dieses hat klar gesagt, daß es Berlin nicht als Sache irgendwelcher Politiker, sondern als die Sache aller Deutschen empfindet. Die Politiker nehmen ihre Aufgabe wahr, wenn sie den DFB drängen, den Schaden in Ordnung zu bringen.

Besonders hanebüchen aber ist es, wenn Neuberger so tut, als sei alles bisher aus rein sportlichen Gründen entschieden worden und nun erst mische die Politik sich ein. Die Sowjets sabotieren den Sport in Berlin seit vielen Jahren, und zwar unverblümt aus politischen Gründen: Berlin sei „kein Bestandteil" der Bundesrepublik. Sie wollen Berlin als quasi dritten deutschen Staat von der Bundesrepublik trennen. Dazu soll auch der Sport mit seiner gewaltigen Ausstrahlung beitragen.

Während also die UdSSR einerseits darauf besteht, daß der Westen „die territorialen Nachkriegsrealitäten" bedingungslos anerkennt und beispielsweise nicht etwa die Rechtsfrage zu Schlesien aufwirft, weil dieses doch „real" unter östlicher Kontrolle stehe, bemüht sich dieselbe UdSSR andererseits, und zwar durch ganz aktives Handeln und keineswegs nur durch juristische Argumente, das „real" (und selbstverständlich auch juristisch) dem freien Deutschland zugehörige Berlin in den östlichen Sklavereiverbund hinüberzuziehen. Das unterstützt nun der mächtigste und breitenwirksamste aller deutschen Sportverbände dank seines ebenso instinktlosen wie eitlen Präsidenten – und dieser tut so, als hätten erst diejenigen, die diesem großangelegten Manöver entgegentreten, die Politik in den Sport getragen.

Es hätte, stellen wir dies klar, nicht so kommen müssen. Und es ist, stellen wir dies ebenfalls klar, durchaus noch zu reparieren; der gefährliche Präzedenzfall, der, niemand mache sich da etwas vor,



„Aufgabe der Politiker": Neuberger mit Gesprächspartner FOTO: BONGARTS

Berlin für absehbare Zeit sportlich isolieren würde, wäre abzuwenden – vorausgesetzt, ein Vertreter der deutschen Interessen nähme die Sache in die Hand. Denn die Ostblock-Vertreter sind in der UEFA in der Minderheit.

Die EM-Abstimmung fand in einem achtköpfigen Gremium mit nur drei Ostblock-Vertretern statt. Allerdings machte Großbritannien den Deutschen mit einer eigenen Bewerbung Konkurrenz, so daß eine Mehrheit der Westvertreter zunächst nicht gegeben war. Neuberger hätte damals schon versuchen können, die Frage im westlichen Kreis zu klären. Statt dessen biederte er sich beim Osten mit seinem Berlin-Verzicht an. Dort griff man natürlich zu, hocherfreut über den nützlichen Unpolitischen. Bei der UEFA-Tagung am 15. März aber ist das Stimmenverhältnis sogar noch größer zugunsten des Westens.

Zwar könnte Großbritannien jetzt die Gelegenheit wahrnehmen, als lachender Zweiter die Meisterschaft an sich zu ziehen, zumal da Neuberger obendrein verkündete: auch die Mittel- und Westeuropäer hätten „die Nase voll von deutschen Querelen" und wollten „Ruhe in Europa" und „keine Blockbildungen." Man kann diese Mittel- und Westeuropäer (falls sie es wirklich nicht wissen sollten!) darauf hinweisen, daß die Blockbildung in Europa bereits da ist und sich in der Entscheidung gegen Berlin wieder einmal ausgewirkt hat. Daß man aber von heute auf morgen Ruhe in Europa herstellen könne durch die Klarstellung gegenüber dem Ost-Block: Berlin wird einbezogen, auch in Zukunft, und wenn euch das nicht paßt, dann seid ihr diejenigen, die ausgeschlossen bleiben.

Gegenüber einer solchen Sprache kehren die Sowjets augenblicklich zurück, nach Genf, nach Berlin, wohin immer. Und dann ist es aus mit den Querelen. Insbesondere die Briten begreifen das, denn sie stehen in Berlin und wissen, daß Großbritannien auch in Berlin verteidigt wird. Man muß nur, wie gesagt, zunächst einen Deutschen haben, der Mut und Selbstachtung und, ja, Vaterlandsliebe genug hat, sie darauf anzusprechen, anstatt vorher schon schweifwedelnd das Feld zu räumen.

IM GESPRÄCH Irina Griwnina

KGB gegen eine Familie

Von Peter Dittmar

Eine Frau will bei ihrem Mann und ihren Kindern leben. Aber das ist gegen das Gesetz – sagen die sowjetischen Behörden. Allerdings manipulieren diese Behörden das Gesetz selbst, indem sie Irina Griwnina die Aufenthaltserlaubnis für Moskau verweigern, zur Strafe dafür, daß sie mit regimekritischen Äußerungen hervorgetreten ist. Sie möchten die junge Frau aus der Hauptstadt verdrängen, weil sie hoffen, daß sie dann vergessen wird. So leben sie und ihr Mann jetzt in der ständigen Furcht vor erneuter Verhaftung.

Das spiegelt sich in einem Brief, der in diesen Tagen in den Westen gelangte. Darin erklären Irina Griwnina und ihr Mann, daß ihre beiden Töchter von einer namentlich genannten holländischen Familie adoptiert werden sollen, „falls es uns künftig nicht möglich sein sollte, unsere elterlichen Rechte gegenüber unseren Kindern auszuüben".

Die Biographie von Irina Griwnina ist typisch für viele Dissidenten. Sie wurde 1945 im zentralasiatischen Teil der Sowjetunion geboren, wohin ihre Mutter evakuiert worden war. Gleich nach Kriegsende jedoch kehrte sie mit ihren Eltern – der Vater war ein bekannter Japanologe – nach Moskau zurück. Dank Chruschtschows Tauwetter wurde sie als erste Jüdin überhaupt am Institut für Mathematik zum Studium zugelassen. Danach arbeitete sie als Computerspezialistin.

Seit 1977 beteiligte sie sich an der von Dissidenten gebildeten Arbeitskommission zur Erforschung des Psychiatriemißbrauchs. Deshalb wurde sie 1980 verhaftet und zehn Monate später wegen „Verleumdung der Sowjetunion" zu fünf Jahren Verbannung verurteilt.

Am 26. Juni 1983 durfte sie aus Kasachstan zurück nach Moskau fahren, denn nach den seltsamen Regeln des sowjetischen Strafvollzugs wiegt ein Tag im Gefängnis drei Verbannungstage auf. Allerdings hätte man sie eigentlich schon Ende 1982 freilassen müssen, denn damals stellte sich



Soll nicht bei ihrem Mann leben: Regimekritikerin Griwnina FOTO: DIE WELT

heraus, daß sie schwanger war. Und nach dem Strafgesetz der Kasachischen SSR müssen Schwangere sofort entlassen werden. Seit der Geburt ihrer zweiten Tochter Jana (ihre erste Tochter Mascha ist inzwischen zwölf Jahre alt), lebt sie in der Wohnung ihres Mannes. Doch das KGB läßt sie nicht in Ruhe.

In einem Brief an Tschernenko, den „Kontinent" in seiner neuesten Ausgabe publiziert, fordert sie deshalb die Papiere für die Emigration. Eine Antwort erhielt sie nicht. Dafür erschien die Miliz und drohte ihrem Mann die Entlassung von seiner Arbeitsstelle und beiden ein Verfahren wegen „illegalen Aufenthalts" und „Duldung des illegalen Aufenthalts" in Moskau an.

Irina Griwnina hatte Tschernenko gefragt, ob der „riesige, schreckliche Staatsapparat" vor ihr Angst habe. Die Antwort steht noch aus. Sie kann Ausreise heißen, aber auch erneute Haft und Verbannung. Das, was die Sowjets fürchten, läßt sich damit jedoch nicht unterdrücken: die Wahrheit über die Menschenrechtsverletzungen, von denen wir dank des Mutes von Frauen wie Irina Griwnina wissen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Zur Fußball-EM bemerkt das Blatt:

Die Fußball-Europameisterschaft 1988 hat noch nicht begonnen, aber Deutschland liegt schon 0:2 im Rückstand – dank zweier Eigentore seiner Sportfunktionäre. Das erste schoß der DFB unter Kapitän Neuberger, als er der UEFA eine Liste mit Spielorten ohne Berlin unterbreitete. Das zweite, als er, hochgeschreckt durch die allerorten aufbrandenden Vorwürfe, beteuerte, er würde sich doch für eine Berücksichtiung Berlins einsetzen, gleichwohl in keinem Falle auf die Europameisterschaft verzichten. Damit beraubte er seinen Nachhinein-„Einsatz" für Berlin von vornherein jeglicher Überzeugungskraft.

THE SUNDAY TELEGRAPH

Zu den Kosten des Bergarbeiter-Streiks nimmt die Londoner Zeitung Stellung:

Nach Angaben des Nationalen Instituts für Wirtschafts- und Sozialforschung von letzter Woche sind im vergangenen Jahr 22 Millionen Arbeitstage auf Grund des Bergarbeiterstreiks verlorengegangen. Das Wirtschaftsaufkommen wurde um ein Prozent und der britische Handelsbilanz-Überschuß um zwei Milliarden Pfund reduziert. Die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand erhöhte sich um den gleichen Betrag ... Zumindest scheint Frau Thatcher jetzt dem Sieg nahe. Nach der Ablehnung eines vom Gewerkschafts-Dachverband TUC unterstützten Abkommens durch den Führer der Bergarbeitergewerkschaft, Scargill, und der darauf folgenden Ablehnung weiterer Verhandlungen durch die Regierung kann man in dieser Woche eine wirkliche Woge von Rückkehrern in die Zechen erwarten.

HEILBRONNER STIMME

Zum SPD-Angebot an die Union heißt es hier:

Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Angebots von Brandt und Vogel müssen aufkommen, wenn man den ganzen Ballast von Vorwürfen, mit denen es garniert ist, mit in Betracht zieht. Sie sind nicht gerade dazu angetan, den Weg zum gemeinsamen Handeln in wichtigen Sachfragen zu ebnen. Und welchen Sinn macht es, wenn die SPD ihren Angebotskatalog sozusagen auf Nebenkriegsschauplätze ausdehnt, für die eigentlich nur die jeweils Regierenden zuständig sein sollten – und im Interesse einer funktionierenden Demokratie auch müssen. Solche weitgefächerten Kataloge führen sich zudem von selbst ad absurdum, wenn man durchaus richtig von vornherein einer großen Koalition eine Absage erteilt.

BERLINER MORGENPOST

Sie meint zur Wahl Bange...:

Bangemann ist kein politisches Wunderkind, gleichwohl werden ihm die Qualitäten eines Tausendsassas abverlangt. Der neue Vorsitzende Martin Bangemann soll die Liberalen aus dem Tal der Tränen herausführen. Als Wirtschaftsminister soll er ein lebenswichtiges Ressort fehlerlos führen und im Kabinett für ein gutes Koalitionsklima sorgen. Er soll Brükcken schlagen zwischen der hummelnden Parteibasis und der FDP-Führung... Ist Bangemann, der Individualist, der sich in vielerlei Sätteln behauptete, mit seiner neuen Aufgabe nicht überfordert?

Endlich schafft Reagan Klarheit in Sachen Nicaragua

Es geht nicht nur um Entlastung für El Salvador / Von Werner Thomas

Reagans erste Pressekonferenz der zweiten Amtsperiode war bemerkenswert, weil der Präsident seine Position in Sachen Nicaragua deutlich wie nie dargestellt hat: Die Sandinisten müssen demokratische Verhältnisse schaffen oder damit rechnen, daß die USA ihre Entmachtung betreiben.

Daniel Ortega, der neue nicaraguanische Präsident, wertete Reagans Worte als „Kriegserklärung". Ein Vertreter der US-Regierung sprach dagegen von einem „letzten Ultimatum": Systemänderung oder Sturz.

Der Konflikt war vorauszusehen. In Washington wurde bereits zu Beginn der sandinisitischen Ära der Entschluß gefaßt, daß kein zweites Kuba in Mittelamerika geduldet und auch El Salvador geschützt werden solle – nicht erst, seit Innenminister Tomas Borge vor zwei Jahren in einem „Playboy"-Interview die Katze aus dem Sack ließ: die Revolution in Mittelamerika sei „unaufhaltsam". Wobei er sogar Reagan riet, sie zu unterstützen. Im August 1981 hatte der US-Diplomat Thomas Enders die Erfüllung der ursprünglichen Versprechungen reklamiert: Pluralismus, Blockfreiheit, gemischte Wirtschaft, Abzug der – mittlerweile zehntausend – Kubaner, Abrüstungsschritte und ein Ende der Waffenlieferungen an die salvadorianischen Partisanen. Als Gegenleistung wollten die USA wieder ihre Wirtschaftshilfe aufnehmen, die Carter abgebrochen hatte.

Die Comandantes glaubten sich die Antwort leisten zu können: „Wir werden nicht auf den Knien kriechen", (Junta-Mitglied Sergio Ramirez, der heutige Vizepräsident). Seit November 1981 unterstützt die CIA eine antisandinistische Rebellenorganisation, die „Demokratischen Kräfte Nicaraguas" (FDN). Die Organisation wuchs auf vierzehntausend Kämpfer, die größte Guerrilla-Armee Lateinamerikas.

Der Kongreß hat die CIA-Hilfe (vierzehn Millionen Dollar) für die FDN zwar storniert, aber Außenminister George Shultz, in Mittelamerika-Fragen bisher als besonders vorsichtiger Taktierer eingestuft, ist mit einer sehr massiven Warnung nachgestoßen: Wenn die USA die Freiheitskämpfer im Stich ließen, würde das die Kosten einer späteren, wie Shultz sagte, „unvermeidlichen Aktion" der USA erhöhen. Klarer kann man es nicht sagen: entweder die Freiheitskämpfer Nicaraguas kämpfen – oder, eines Tages, unsere Boys.

Die Stimmung im Kongreß schwenkt freilich ohnedies langsam um. „Die Sandinisten haben kürzlich nichts getan, was das Vertrauen in sie gestärkt hätte", sagte der liberale demokratische Kongreßabgeordnete David Obey.

Im Gegenteil; seit der programmierten Wahl Ortegas zum Präsidenten Anfang November haben die Sandinisten die Zügel wieder gestrafft. Pedro Joaquin Chamorro, der Chefredakteur der „Prensa", der einzigen Oppositionszeitung, emigierte aus Protest über die verschärfte Zensur nach Costa Rica. Fidel Castro kam als einziger Staatschef zur Amtseinführung Ortegas Anfang Januar. Der Besuch des Teheraner Regierungschefs Hussein Moussavi in Managua gab Reagan Gelegenheit, an die Verbindungen der Sandinisten zu den „Terroristen von Iran, Libyen, den Roten Brigaden und der PLO" zu erinnern: „Die Sandinisten sind Kommunisten, die den Kommunismus exportieren wollen." Selbst Arturo Cruz, vielleicht der angesehenste nicaraguanische Oppositionsführer, der einmal der sandinistischen Junta diente, plädiert heute für eine weitere Unterstützung der Freiheitskämpfer durch die USA. Nur so könnten die Comandantes zu Verhandlungen mit der Opposition gezwungen werden.

Reagans Kompromißlosigkeit ist von größter Bedeutung für die Freiheitskämpfer. Bis zur US-Wahl hatte er die CIA-Hilfe nämlich nur mit einem Argument auf Gegenseitigkeit begründet: solange die Sandinisten eine Guerrilla gegen El Salvador unterstützten, dürfe Salvadors Verbündeter doch wohl eine Guerrilla gegen Nicaragua unterstützen; keineswegs wolle man aber die Regierung in Managua stürzen. Das mag taktisch klug gewesen sein, auf die Dauer aber hätte es zum Zusammenbruch der Antisandinisten geführt. Denn wie sollte man sie motivieren, wenn sie ihr Leben nicht für die Freiheit ihres Landes, sondern nur für die Entlastung eines fremden Landes kämpfen durften? Nun ist hier in einem wichtigen Punkt Klarheit geschaffen.

Die Comandantes zeigen keine Kompromißbereitschaft, im Gegenteil. Die Kubaner bleiben. Vizepräsident Ramirez wurde in der ersten Februar-Hälfte über den Atlantik geschickt, um die Westeuropäer gegen die Reagan-Regierung zu mobilisieren. Er hatte wenig Erfolg. Adolfo Calero, der Kommandeur der antisandinistischen FDN-Rebellen, prophezeit ein „entscheidendes Jahr". So ähnlich urteilen auch die Sandinisten.

Ein neuer Start: Vorn Bangemann, dahinter Genscher

Die FDP nahm in Saarbrücken Abschied von ihrem langjährigen Parteivorsitzenden Hans-Dietrich Genscher. Martin Bangemann übernahm in demonstrativer Harmonie das Ruder.

Von STEFAN HEYDECK und PETER PHILIPPS

Hans-Dietrich Genschers überlebensgroßes Fernsehbild blitzte einmal kurz auf der Leinwand der Saarland-Halle auf, wurde von den Deckenscheinwerfern überstrahlt und verschwand wieder – genauso wie auf diesem 36. Bundesparteitag der Vorsitzende nach rund elf Jahren aus dem Spitzenamt abtrat.

Auf der durchgängig vom Willen zur Harmonie geprägten Veranstaltung räumte Genscher in seiner einstündigen Abschiedsrede sogar Fehler ein: „Ich weiß, daß ich es Ihnen nicht immer leichtgemacht habe." Und mehr noch: „Ich bitte diejenigen um Nachsicht, denen gegenüber ich ungerecht oder – was manchmal schwerer wiegen kann – gleichgültig war." *Allerdings fügte der gewiefte* Taktiker gleich hinzu, daß auch manche Liberale es ihm „nicht immer leichtgemacht" hätten.

Die ohne Gegenkandidaten glatt verlaufene Wahl des neuen Parteichefs Martin Bangemann (352 Ja von 394 Stimmen), des Generalsekretärs Helmut Haussmann (321 von 364 Stimmen) und des neuen stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Gerhardt (335 von 389 Stimmen) gaben die Grundlage für die freundliche Stimmung, in der der Ehrenvorsitzende Walter Scheel seinen langjährigen Stellvertreter und Nachfolger würdigte.

Scheel redete dabei nach eigenen Angaben zum ersten Mal seit mehr als zehn Jahren wieder auf einem FDP-Parteitag. Die Laudatio war nicht frei von Spitzen. So sagte er beispielsweise: „Und das ist wahr, Hans-Dietrich Genscher hat wenig Prophetisches, Flammen sprüht er auch nicht, Heilsverkündung ist nicht seine Sache, und gegen ideologische *Weltgebäude* hat er eine tiefe Abneigung. Denn er ist ein Liberaler."

Als Dank überreichte unter minutenlangem Applaus der ehemalige Bundespräsident dem ehemaligen Parteivorsitzenden einen silbernen Elefanten, weil diese Tiere „zahlreiche Charakteristika" hätten, die auch Genscher nicht „wesensfremd" seien. Das seien „große Ohren, Schwergewicht und eine fälschlicherweise nachgesagte Dickfelligkeit, die euer beider Feinnervigkeit außer acht läßt".

Zwei Tage lang bemühten sich die 400 Delegierten um eine Standortbe*stimmung ihrer Partei. Sie grenzten* sich nicht nur gegen SPD und Grüne scharf ab, sondern zogen auch deutlich die Grenzen gegenüber den Koalitionspartnern CDU und CSU. Dabei wurde allerdings klar, daß auch



FDP-Chef Martin Bangemann: Eine neue Ära der Liberalen wird eingeläutet.

über die nächste Bundestagswahl 1987 hinaus für die Freien Demokraten ein neuer Bündniswechsel nicht in Frage kommt.

Das ohne Gegenstimmen verabschiedete 14seitige „liberale Manifest" soll den Rahmen für die anstehende politische Arbeit liefern. Seine Autoren sind nicht mit dem Anspruch angetreten, einen ähnlichen geistigen Wurf wie die Freiburger Thesen von 1971 vorzulegen, was zu dem etwas bissigen Kommentar eines Delegierten führte: „Ich habe den Eindruck, daß die Verfasser zuerst *die Gliederung und dann die Stoff*sammlung gemacht haben."

Die Parteitagsstrategen hatten bei der Planung des Ablaufs alles darangesetzt, um eine Neuauflage des chaotischen Münsteraner Parteitages im Juni 1984 zu verhindern. So war bewußt die Beratung von Anträgen mit möglichem politischen Zündstoff auf den zweiten Kongreßtag angesetzt worden. Aber auch dabei kam es zu keinem Krach. Bei den Themen Rentenreform, Außen- und Sicherheitspolitik, Ehescheidungsfolgerecht und Opferschutz bei Straftaten flackerten allenfalls rhetorische Scharmützel auf. Otto Graf Lambs*dorff sorgte dadurch, daß* er den seinen ursprünglichen Intentionen zuwiderlaufenden mühsam errungenen Rentenkompromiß selbst als Antrag vor den Delegierten vortrug, für eine Entschärfung der Situation.

Wie eng der Schulterschluß der Liberalen in der Saar-Metropole war, zeigte sich auch darin, daß es am ersten Tag immerhin fünf Stunden dauerte, ehe erster echter Widerspruch vom „Fußvolk" kam. Walter Scheel, der schon zu seiner Genscher-Laudatio ans Mikrofon gegangen war, mußte sich wieder setzen: Die Delegierten wollten „nicht nur die Elefanten" zu Wort kommen lassen, sondern auch selber Luft ablassen. Protestierte einer: „Ich habe 500 Mark gezahlt, um *von Passau hierherzukommen. Die*ses Abwürgen der Diskussion ist doch keine Methode auf einem FDP-Parteitag." So kam denn auch von einem der Vergleich, die jetzige Koalition ähnele einer Partnerschaft mit einer „Gottesanbeterin, die ihren Partner nach der Paarung verspeist".

Aber auch Genscher hatte in seiner Abschiedsrede betont, daß für die Partei auch in Zukunft die Verfolgung eigener Ziele an erster Stelle stehe und nicht das Schielen auf Koalitionen. „Lassen wir uns nicht in Scheinalternativen drängen, Wirtschaftsliberale oder Rechtsliberale. Eine FDP, die die Sicherung und den *Aufbau des liberalen Rechtsstaates* auf den zweiten Rang setzt, würde verkümmern. Sie gäbe sich auf." Den Koalitionspartner mahnte er: „Wir sind aufeinander angewiesen, wir wurden gewählt, damit wir miteinander und nicht gegeneinander arbeiten. Hier ist auf beiden Seiten noch Lernfähigkeit gefordert. Wir, nicht die CDU haben die Wende bewirkt."

Auch Bangemann hob in seiner Schlußrede hervor, daß die Koalition „um so erfolgreicher" sein werde, je „geschlossener" sie auftrete. Allerdings würden die Liberalen „standhaft gegenüber allen Einflüsterungen, auch des Koalitionspartners" bleiben, „es hier und da mit der Marktwirtschaft doch nicht so über*trieben ernst zu nehmen". Gerhart* Rudolf Baum, der sich langsam um seine Wiederwahl als stellvertretender Parteivorsitzender 1986 kümmern muß, steckte seinen roten Pullover in die Aktentasche und stimmte in den Chor ein: „Es gibt keine Alternative zur jetzigen Koalition."

Der Harmonie nächster Akt: Hildegard Hamm-Brücher schlug selbst „meinen Freund" Gerhart für das durch den Verzicht von Jürgen Morlok frei gewordene Amt des Parteivize vor, obwohl sie vor wenigen Tagen noch selbst dafür antreten wollte. Aber selbst der linksliberale Sylter Kreis hatte sie zum Verzicht gedrängt. Nach dem Vorliegen des Stimmergebnisses war sie dann auch die erste, die sich nach vorn durchdrängelte, um Gerhart zu gratulieren.

Bei aller kämpferischen Anlage verströmte in Saarbrücken sogar Lambsdorff Zufriedenheit. Er versprach: „Ich werde Bangemann mit meiner ganzen Kraft unterstützen. Darauf kann er sich verlassen. Und ich versichere Dich, Hans-Dietrich, meiner unverbrüchlichen Freundschaft." Dies hielt allerdings einen Delegierten nicht davon ab, ans Mikrofon zu gehen und dem ehemaligen Bundeswirtschaftsminister den Rat zu geben, Kritik am Nachfolger Bangemann „ihm doch bitte persönlich" zu sagen und nicht den Weg über die Öffentlichkeit zu beschreiten.

Auf dem Parteiabend versuchten Genscher und Bangemann zu demonstrieren, wie sie es in Zukunft miteinander halten wollen: Bangemann vorne und Genscher hinten, radelten sie auf einem dann versteigerten Tandem eine Ehrenrunde. Allerdings noch nicht sehr sicher, sondern eher schwankend. Zwei Tage vorher hatten sie beim Aschermittwoch in Bayern noch in umgekehrter Formation erste Radelversuche gemacht.

Eine Partei mit vielen Gesichtern: die Parteitagsdelegierten Haussmann, Genscher und Baum (von links). FOTOS: SVEN SIMON

Nur der Abgeordnete Tortora muß nicht in den Käfig

Star der Show ist er noch immer, doch die Szene hat sich gewandelt. Er steht nicht mehr im Scheinwerferlicht der TV-Kameras, sondern als Angeklagter im Mittelpunkt des größten Camorra-Prozesses, den Italien je erlebte: der Europa-Abgeordnete Enzo Tortora.

Von F. MEICHSNER

Traum und Realität, hinreißende Schönheit und abgrundtiefe Häßlichkeit, Wahrheit und Lüge, kalte Rationalität und glühende Leidenschaft – nirgendwo anders auf der Welt erfaßt den Besucher so wie in Neapel spontan das Gefühl, allem und gleichzeitig dem Gegenteil von allem zu begegnen. Dieser Bedingtheit aller Erkenntnis bewußt, betritt man den „Gerichtsbunker" im Hof des Justizgefängnisses von Poggioreale. Hier wird der neapolitanischen Camorra ihr bisher größter Prozeß gemacht.

Für den Hotelober, der gerade noch beim Frühstück wort- und gestenreich die guillotinierten Häupter selbst der kleinsten Camorra-Rauschgiftschieber gefordert hatte, scheint das ein klarer Fall von „Kopf ab!" zu sein. Ob aber nicht auch er, so fragt man sich, auf diskrete Anforderung hin ein kleines Tütchen mit dem weißen Pulver gegen entsprechenden Lire- *(oder besser noch: Dollar-) Betrag* abzugeben hätte? Was ist schon gewiß in Neapel? Im Sekretariat der 3000-Quadratmeter-Arena muß ein Antrag auf Zulassung zum „Prozeß gegen Acquaviva und 252 andere" gestellt werden. Man erhält sofort den Genehmigungsstempel. Dann öffnet sich die Tür zum Monstersaal, der in seinen Ausmaßen den Eindruck eines Stadions erweckt, mit seinen Käfigen an eine Zoo-Halle oder an ein altrömisches Amphietheater erinnert.

Durch die Nebentür wird gerade einer der „252 anderen" eingelassen. Es ist der eine, auf den alle schon seit Wochen warten: der des Rauschgifthandels und der Camorra-Zugehörigkeit angeklagte Europa-Parlamentarier und ehemalige Star-Showmaster des Fernsehens Enzo Tortora. Mit ausgesuchter Höflichkeit geleitet ihn ein Karabinieri-Offizier zu einem Platz neben den Anwälten.

Die mitangeklagten 251 „anderen" und ihr alphabetischer Riegenführer Acquaviva waren vorher in etwas anderer Weise auf etwas andere Plätze „gebeten" worden. Man hatte sie in Handschellen aus ihren 20-Mann-Zellen herbeigebracht und auf die 20 an der Rückwand des Gerichtssaales eingebauten Käfige verteilt. Jetzt stehen sie an den Gitterstäben und verfolgen 200 Meter entfernt den Einzug Tortoras. Die einen winken mit ihren Taschentüchern, andere rufen zärtlich-ironisch „Gevatter Enzino, wie geht es dir?", wieder andere schleudern dem Eintretenden und dem ihn begleitenden Führer der „Radikalen Partei", Marco Panella, Schimpfworte entgegen.

Einer hinter den Gitterstäben begehrt von Panella zu wissen, wann er denn nach dem „Drogenhändler" Tortora und dem Linksterroristen Toni Negri auch Camorra-Boß Raffaele Cutolo auf die Liste der „Radikalen Partei" ins Parlament wählen lassen und damit aus dem Gefängnis holen wolle. Panella, der sonst nie um eine Antwort verlegen ist, zieht es diesmal vor, zu schweigen. Daß sich hinter der Ironie unbändiger Zorn verbirgt, ist nicht zu überhören. „Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich", bestimmt Artikel 3 der Verfassung. Enzo Tortora ist als Angeklagter ohne Frage „gleicher" – seitdem er auf Betreiben Panellas radikaler Abgeordneter des Europaparlaments wurde.

Vorher war auch er – wie die 252 „anderen" – als Untersuchungshäftling im Gefängnis, unschuldig vielleicht, aber unter so schwerer Anklage, daß er laut Gesetz inhaftiert bleiben mußte. Jetzt wohnt er im Hotel, fährt im Taxi zur Verhandlung vor, kann danach in irgendeinem Luxusrestaurant am Golf dinieren und gibt Pressekonferenzen, wann immer er will, während die weniger „gleichen" in ihrem verriegelten Massenquartier des Poggioreale-Gefängnisses zu 20 auf eine Toilette und ein Waschbekcken angewiesen sind, ihr am



Angeklagter mit Vorrechten: Enzo Tortora FOTO: DPA

Mittag ausgeteiltes Gefängnisessen nach Ende der täglichen Gerichtsverhandlung nachmittags um 5 Uhr völlig erkaltet in den Zellen vorfinden und laut ausdrücklicher Anweisung des Gerichtspräsidenten nicht einmal mehr vor Beginn der Verhandlung im Prozeßsaal mit den Journalisten sich unterhalten dürfen.

Gewiß, unter den 252 „anderen" befinden sich nicht wenige bereits rechtskräftig verurteilte Mörder, Gewohnheitsverbrecher und Gang-Bosse. Aber es gibt unter ihnen auch Leute wie Tortora, die sich für unschuldig erklärten und über die noch keinerlei Urteil gefällt wurde.

Daß sie sich „ungleicher" behandelt fühlen, ist verständlich. Sie haben nicht vergessen, daß Panella, bevor er Tortora parlamentarisch immunisierte, bereits Toni Negri mit der gleichen Methode aus dem Gefängnis herausholte – jenen Linksterroristen, der dann nichts Eiligeres zu tun hatte, als sich unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität nach Paris abzusetzen, wo er jetzt über den inzwischen ergangenen richterlichen Schuldspruch nur lacht.

Das Problem, das damit angesprochen wird, übersteigt selbst diesen sogenannten Mega-Prozeß von Poggioreale. Es betrifft sowohl die parlamentarischen Immunitätsregeln als auch die gesamte italienische Justizpraxis mit ihren sich über Jahre hinziehenden Ermittlungsverfahren und Prozessen sowie ihren entsprechend langen Untersuchungshaftzeiten.

Um das zu ändern, hat Panella den Fall Tortora in provokativer Weise aufgegriffen. Erreicht hat er vorläufig nur noch ein Mehr an Ungerechtigkeit.

Noch etwas anderes läßt diesen Prozeß gegen Raffaele Cutolos „Neue Organisierte Camorra" aus dem Rahmen normaler Strafverfahren gegen Süditaliens Verbrecherwelt fallen. Es ist das Problem des „pentitismo", dem hier das vielleicht entscheidende Gewicht zukommt. Ein „pentito" ist jemand, der seine Sünden bereut. In der italienischen Justizpraxis der letzten Jahre wird mit diesem Wort aber weniger ein reumütiger Sünder als vielmehr ein dingfest gemachter Verbrecher (Terrorist, Mafioso oder Camorrista) bezeichnet, der sich in der Hoffnung auf eine mildere Strafe im Gefängnis entschließt, mit den Ermittlungsbehörden *zusammenzuar*beiten und seine Exkumpanen zu verpfeifen.

Die Belohnung des „pentito" durch Strafnachlaß war vom Gesetzgeber auf dem Höhepunkt der Terrorismuskampagne sozusagen als ein Akt staatlicher Notwehr beschlossen worden. Sie hatte unzweifelhaft beachtliche Erfolge.

Angaben einiger „pentiti" setzten Polizei und Justiz in die Lage, den Roten Brigaden das Rückgrat zu brechen. Ein „pentito" der Mafia, der „Pate" Don Tommaso Buscetta, belieferte die Karabinieri mit dem detaillierten Organisationsschema der „ehrenwerten Gesellschaft" und einer ganzen Liste von Mördern, aktiven Gang-Mitgliedern und bis dahin unverdächtigen Hintermännern.

„Pentiti" waren es auch, die vor zwei Jahren die Ermittlungsorgane auf Tortoras Fährte brachten. In diesem Fall allerdings scheint sich, wie bisher noch nie in diesem Ausmaß, das Problem der Glaubwürdigkeit des „pentitismo" zu stellen. Das mag nicht zuletzt auch mit am neapolitanischen Ambiente mit seiner Ungewißheit schaffenden Vielbödigkeit liegen. Zwölf „pentiti" behaupten, Tortora sei der Drogenhändler der Camorra für die Sterne und Sternchen der Bühnenwelt gewesen, er sei von Camorra-Boß Cutolo persönlich mit allen Riten in die Camorra aufgenommen worden. Andere Indizien gegen den Ex-Showmaster, der das alles ganz entschieden bestreitet, hat die Anklagebehörde bisher nicht vorgezeigt.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die grundsätzliche Frage, inwieweit Anklageerhebung und vorsorgliche Inhaftierung eines unbescholtenen Bürgers allein aufgrund von Aussagen notorischer Krimineller und Aufschneider noch europäischem Rechtsempfinden entsprechen. Ein „Thema ohne Ende", wie Guido Piovene einmal in einem Essay ganz Neapel charakterisierte?

Ein Ende wird dieser Prozeß von Poggioreale mit Sicherheit haben. Aber ob es hier in Neapel auch ein Ende der Gewißheit sein wird und sein kann?

Sorgen und Hoffnungen der „Inländer mit dem nichtdeutschen Paß"

Ökumenische Arbeitstagung / Kritik an Kann-Bestimmungen im Ausländergesetz

HENK OHNESORGE, München

„Die rechtliche Gleichstellung ist ... der entscheidende Maßstab, an dem heute die Stellung der Ausländer in unserem Land zu überprüfen ist. An ihm gemessen müssen wir eine schuldhafte Ungerechtigkeit darin sehen, daß wir in den letzten drei Jahrzehnten die zu uns gekommenen Ausländer nur oder vorwiegend als Arbeitskräfte betrachtet haben."

Dies ist das Fazit der Rede, mit welcher Professor Wolfgang Huber, Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags, die „Ökumenische Arbeitstagung *Ausländer und Deutsche*" in München beendete. Unter dem Motto „Miteinander leben – heute und morgen" hatten der Deutsche Evangelische Kirchentag und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken zusammen mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und dem Erzbistum München und Freising eingeladen.

„Ausländer sind keine vorübergehende Erscheinung in unserem Land, keine Tagesgäste, die nur einmal schnell zu uns hereinschauen, um bald wieder heimzufahren. Wer dies je gemeint hat oder noch meint, der irrt. Die Entwicklung ist nicht mehr umkehrbar", erklärte der bayerische Kultusminister Professor Hans Maier in seiner Eigenschaft als Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zur Eröffnung vor 800 Teilnehmern, davon fast die Hälfte Ausländer. „Ich halte die Neigung mancher Zeitgenossen für übertrieben, Auswüchse gegen Ausländer, die leider nun einmal vorkommen, zu Symptomen genereller Ausländerfeindlichkeit oder gar eines versteckten Rassismus hochzustilisieren", sagte Maier weiter und verwies auf eine gewisse Aversion gegenüber dem unbekannten Fremden auch in anderen Ländern.

Auf heftigen Protest der Ausländer stieß in der anschließenden Plenumsdiskussion Maiers Feststellung, „daß das Ausländerrecht der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu Bestimmungen anderer Länder ... von einem freiheitlichen Akzent geprägt ist". Der Grund des Protests wurde sowohl in Einzelbeiträgen, besonders aber in den Beratungen der einzelnen Arbeitsgruppen deutlich: Das fast zwanzig Jahre alte Gesetz läßt zu viele Ermessensmöglichkeiten, zu viele Kann-Entscheidungen und damit letztlich zu viel Willkür zu.

Einen Aspekt beleuchtete Professor Theodor Schober, der langjährige Vorsitzende des Diakonischen Werks, im Zusammenhang mit den bereits in der Bundesrepublik geborenen Kindern: „Politik und Gesellschaft stehen damit einem Personenkreis gegenüber, der mit der rechtlichen Bezeichnung des Ausländers höchst unzulänglich umschrieben wird. Die klassischen Ausländerregelungen, die von einem vorübergehenden Aufenthalt eines Nicht-Staatsbürgers ausgehen, können daher kaum noch ihrem ursprünglichen Sinn entsprechend angewendet werden."

Schober trat erneut – und entspricht damit Forderungen auch der katholischen Kirche und der Gewerkschaften – für eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach fünfjährigem Aufenthalt auch für Familienangehörige ein. Diese unbefristete Aufenthaltserlaubnis dürfe nur in begründeten Ausnahmen zu Ausweisung führen. Nach achtjährigem rechtmäßigen Aufenthalt sollten Ausländer das Recht auf Aufenthaltsberechtigung ohne weitere Bedingungen bekommen.

An Schobers Satz: „Die Aufenthaltsberechtigung sollte weiterentwickelt werden zu einem Niederlassungsrecht. Dieses schließt weitgehende politische Betätigung mit ein" entzündete sich die Diskussion. So lehnt beispielsweise die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John das Kommunalwahlrecht für die „Inländer mit nicht-deutschem Paß" ab und plädierte für einen erleichterten Zugang dieser Personengruppe zur deutschen Staatsbürgerschaft. Dem aber steht die Forderung der teilweise schon seit 15 Jahren in der Bundesrepublik lebenden Fremden gegenüber, die wenigstens in ihrem direkten Lebensbereich mitbestimmen wollen.

Eines hat der Münchner Kongreß, der keine Lösungen bringen konnte, deutlich gezeigt: Eine andere Gesetzgebung als die bisherige ist zwingend notwendig.

Vogel beurteilt Grüne jetzt pessimistischer

rtr, Bonn

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, hat gestern frühere Aussagen über eine etwaige Zusammenarbeit seiner Partei mit den Grünen korrigiert. Die Zweifel an den Grünen seien stärker geworden, sie hätten keine Fortschritte in Richtung Politik- und mehr Kompromißfähigkeit gemacht, sagte Vogel. In einem Interview des Südwestfunks erklärte der SPD-Politiker ferner: „Die für uns maßgebenden Punkte und Kriterien führen uns zu einem pessimistischeren Urteil, als wir es zunächst gehabt haben." Ein Bündnis mit den Grünen auf Bundesebene sei für ihn kein Thema.

„Arbeitslosigkeit sinkt nicht rasch"

rtr, Bonn

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, rechnet nicht mit einem raschen Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Im Deutschlandfunk sagte Franke gestern, die Probleme auf dem Arbeitsmarkt könnten nur mit „langer Hilfe von uns allen" beseitigt werden. Zugleich setzte er sich dafür ein, die bei der Bundesanstalt gebildeten Überschüsse zu „arbeitsmarktpolitischen Initiativen" zu nutzen. Durch Arbeitsbeschaffung und Fortbildung könnten mehr als 10 000 Menschen untergebracht werden.

Franke sagte, für ihn gebe es die „eindeutige Priorität", das Geld „für produktive Tätigkeiten" auszugeben, um dann mit den anderen Trägern der Sozialversicherung die Probleme der Rentenversicherung zu lösen. Franke bezog sich auf Pläne der Bundesregierung, zur Deckung des erwarteten Milliarden-Defizits in der Rentenkasse die Beiträge zur Rentenversicherung um 0,5 Prozentpunkte auf 19,2 Prozent zu erhöhen.

Kritik an Urteil gegen Bürgermeister

AP, Kassel

Mit dem Urteil des Ostberliner Stadtgerichts gegen den Bürgermeister der Stadt Arolsen, Ernst-Hubert von Michaelis, werden sich das Europäische Parlament und der Bundestag beschäftigen. Michaelis war am vergangenen Mittwoch wegen angeblicher Fluchthilfe zu sechs Jahren Haft verurteilt worden. Wie der CDU-Europaparlamentarier Axel Zarges aus Kassel am Wochenende bei einer Bezirkskonferenz der nordhessischen CDU in Arolsen bekanntgab, will die Fraktion der Europäischen Volkspartei heute einen Dringlichkeitsantrag im Europaparlament einbringen, in dem Maßnahmen gegen die Inhaftierung Michaelis' verlangt werden.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm aus Melsungen erklärte, seine Fraktion werde ebenfalls in der kommenden Woche im Bundestag einen offiziellen Protest der Bundesregierung bei der Regierung der „DDR" beantragen. Dabei soll Bonn Michaelis' sofortige Freilassung verlangen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung bezeichnete die Bezirkskonferenz die Inhaftierung als unmenschlich. In Anwesenheit der Ehefrau von Bürgermeister Michaelis erklärte der Bezirksvorsitzende und frühere Bundestagsabgeordnete Lothar Haase aus Kassel, Verhaftung und Verurteilung des Bürgermeisters verstießen gegen die Konvention der Vereinten Nationen über die allgemeine Freizügigkeit und zeigten das wahre politische Gesicht der „DDR".

Mertes dringt auf EG-Erweiterung

E. N. Bonn

Aus Anlaß der europapolitischen Beratungen, die in dieser Woche in Bonn und Brüssel stattfinden, hat sich der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, für einen zeitgerechten Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft eingesetzt. Die Bundesregierung dringe deshalb so nachdrücklich darauf, erklärte Mertes am Wochenende, weil sie in diesem Beitritt „eine politische Notwendigkeit ersten Ranges" sehe.

Die beiden iberischen Völker hätten aus eigener Kraft den Weg vom autoritären Regierungssystem zur rechtsstaatlichen Demokratie geschafft, verkörperten einen wesentlichen Teil der europäischen Kultur und bildeten „einen tragfähigen europäischen Pfeiler, wenn Europa Gewicht in Fragen des Friedens, der Sicherheit und der Abrüstung innerhalb des Westens zunehmen soll". Auch die wirtschaftliche und technologische Zukunft Deutschlands wie seiner EG-Partner mache diesen Beitritt Spaniens und Portugals „auf Dauer zu einer Überlebensfrage".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Kohl an die Saarländer: Wer Zeyer die Stimme gibt, der hilft auch mir

Kanzler setzt auf „Zuverlässigkeit und Treue" / Der Name Lafontaine fiel nicht

Von GÜNTHER BADING

Ruhiger als andernorts läßt die CDU im Saarland ihren Wahlkampf angehen. Da wird weder „geholzt", noch versucht Spitzenkandidat Werner Zeyer die schrillen Weltuntergangs- und Industriestürmer-Parolen des SPD-Landesvorsitzenden Oskar Lafontaine durch Lautstärke zu übertönen. Solide, anständige Politik wolle er machen, dem Wohle seiner Heimat „mit ganzem Herzen" – so der Slogan der Saar-CDU – dienen, Arbeitsplätze schaffen, neue Industrien und mittelständische Unternehmen ansiedeln, sagte Zeyer in seinen zahllosen Wahlreden.

Trotz – oder wegen – seiner fast bedächtigen Ansprache, seines Verzichts auf jeden Anflug von Demagogie jubeln ihm die Menschen in seinen Versammlungen zu, klatschen auch viele von denen Beifall, deren Familien aus Bergleute- oder Stahlarbeiter-Tradition über Jahrzehnte bisher die SPD gewählt haben.

Dem Kanzler ist der bedächtige Wahlkampfstil Zeyers recht. Ja, Helmut Kohl hebt dies noch besonders hervor, nennt seine Wahlkampfreden „ruhiges Gespräch, hier, heute abend", empfiehlt seinen Zuhörern, nichts auf die smarte, rasche, glattzüngige, elegant formulierende Redeweise des Oskar Lafontaine zu geben. Seine Freunde suche man schließlich auch nicht nach der Eloquenz aus, sondern nach „Zuverlässigkeit und Treue".

Und so hält der CDU-Vorsitzende in Merzig und in Püttlingen, nahe dem Stahlstandort Völklingen, vor Stahlkochern, Bergleuten, Facharbeitern, Hausfrauen, Rentnern und überraschend vielen jungen Leuten Reden ohne jede Polemik.

Sein ironischer Gruß „an die versprengten Reste der saarländischen SPD" als Antwort auf ein paar Zwischenrufer fällt da schon fast aus dem Rahmen. Bei der Landtagswahl gelte es, „mit zu überdenken, was man aufs Spiel setzt", sagt der Bundeskanzler. Und dann breitet er vor den jeweils anderthalb Tausend in der Stadthalle von Merzig und dem „Trimm Treff", der Sporthalle zu Püttlingen, in einer umfassenden Tour d'horizon eine optimistische Bilanz seiner bisherigen Amtszeit aus.

Meisterhaft versteht es der CDU-Vorsitzende, hier, einige Autominuten von der Grenze zu Frankreich, den „Alldahiesigen" (wie sich die Saarländer selber nennen) das Besondere der Lage als „Spätankömmlinge beim Neuaufbau unseres Landes" nach dem Krieg vor Augen zu führen und ihnen doch das sichere Gefühl zu vermitteln, daß sie sich auf Hilfe zur Selbsthilfe aus Bonn verlassen können.

Natürlich sind die Millionenzuschüsse zur Bewältigung der Strukturkrise der Montanregion nicht an die Person des Ministerpräsidenten Zeyer gebunden. Aber der Eindruck entsteht durch die sorgsam dosierten Hinweise Kohls auf die „persönliche Freundschaft", die ihn, den pfälzischen Nachbarn, mit Zeyer seit Jahrzehnten verbinde. Ein im Wahlkampf sicher beabsichtigter Eindruck.

Helmut Kohl hält seine Wahlrede im üblichen Sinne. Er erinnert an die Überwindung der früheren „Erbfeindschaft" mit Frankreich, stellt das Beispiel als Ziel auf einem langen Weg der Aussöhnung mit Polen dar. Der Kanzler spricht ausführlich über die Jahre des Aufbaus nach dem Krieg, spart nicht mit persönlichen Erinnerungen, kommt auf die heutige Jugend zu sprechen, auf das von den Predigern des Anspruchsdenkens gegenüber Staat und Gesellschaft herbeigeredete Gefühl der Chancen- und Zukunftslosigkeit, das sich unter jungen Leuten breitmache. „Die Enkel der Generation, die unser Land nach dem Krieg wiederaufgebaut hat, müssen sich doch selber die Frage stellen: Sind wir eigentlich schwächer wie damals?" Helmut Kohl fragt „wie" damals, nicht „als". Die pfälzische Nachbarschaft wird auch mit der Betonung des Dialekts ins Bewußtsein der Zuhörer gesenkt. Und Kohl gibt die Antwort auf seine Frage gleich selber.

Er vertraue auf die junge Generation, sagte er unter Beifall. Nur die Drückeberger könne er nicht ab, die geheuchelte Kriegsdienstverweigerer oder schwarzarbeitende Überstundenverweigerer. Er habe „nur Verachtung für jene, die sich drücken. Das Land hat keine Zukunft, wenn jene, die dienen, als die Dummen gelten und die, die sich drücken, als die bewunderten Cleveren."

Junge Selbständige, Menschen mit Eigeninitiative brauche unser Land, sagt der Kanzler. Voraussetzung sei aber, daß die Hetze gegen Unternehmer aufhöre. Schluß müsse sein mit der Verteufelung von Gewinnen.

Auch wenn es die Rot-Grünen im Lafontaine nicht wahrhaben wollten: „Rote Zahlen in den Betriebsbilanzen sind ein Hinweis auf den Bankrott und nicht auf progressive Gesinnung", ruft Kohl an einer der wenigen lauten Stellen seiner knapp anderthalbstündigen Rede aus.

Das und auch jener Satz aus zurückliegenden Bundestagswahlkämpfen, daß „Sozialisten mit dem Geld anderer Leute nicht umgehen können", ruft Beifallsstürme hervor.

Der Kanzler spricht über die drängenden, noch nicht bewältigten Probleme, die Arbeitslosigkeit, die Renten, die Steuerreform. Er berichtet von der Außenpolitik, erzählt vom Treffen mit den Großen der Welt von Reagan über Mitterrand bis Deng, gibt den einfachen Leuten das Gefühl, selber einmal ganz dicht dran zu sein an der großen Politik.

Nur selten geht er überhaupt auf den Gegner SPD, auf die Grünen, auf den NATO-Feind Lafontaine ein. Wenn er dies tut, dann meist nur indirekt. „Stellen Sie die beiden Spitzenkandidaten" – den Namen Lafontaine vermeidet er ebenso wie Werner Zeyer; es ist fast, als sei dies ein obszönes Wort, das auszusprechen in der Öffentlichkeit man sich scheut – „einmal nebeneinander", rät Kohl dem Wählervolk. So als gebe es dann keinerlei Zweifel mehr, wem man dann sein Stimmkreuz zu geben habe.

Dennoch gerät Kohl hie und da im Redefluß in spürbare Empörung. Natürlich „haben wir in Sachen Umweltschutz alle dazugelernt". Aber dazu „brauche ich die Grünen noch lange nicht". Er findet diese Grünen schlicht „heuchlerisch". Schließlich nutzten sie die moderne Technik so wie alle anderen. „Sie fahren ja auch nicht mit dem Fahrrad zu ihren Demonstrationen." Er sehe es als Pflicht, als „konservative Pflicht" an, den nach uns Kommenden eine möglichst intakte Umwelt zu hinterlassen.

Der Kanzler spricht von der Zukunft, von der Notwendigkeit, viel Geld in die Forschung zu investieren, „besser zu sein" als andere Industrieländer, da nur so der Export gesichert werden könne. Er redet der Förderung von „Leistungseliten" das Wort, sagt ohne Scheu, daß der Risikobereite, der Selbständige, der nicht auf die 38,5- oder 35-Stunden-Woche schiele, sondern mehr arbeite als andere, für seine höhere Leistung auch höheren Lohn empfangen müsse.

Der Bundeskanzler erinnert zum Schluß an seine Mahnung, man müsse bei der Stimmabgabe überdenken, worum es gehe. „Das alles, was ich Ihnen gesagt habe, steht zur Wahl." Ein „guter Weg" solle fortgesetzt werden. Und: Wer Werner Zeyer wähle, „der hilft auch mir".

Nur den Bruchteil einer Sekunde blickt Helmut Kohl unsicher ins Auditorium. Kommt dieser nachdenkliche, ruhige Redestil an? Oder hat man ihn mißverstanden? Dann kann der Kanzler sein Kameralächeln aufsetzen.

Tobender Beifall bricht los, die Leute stehen auf, applaudieren stehend weiter, so lange, bis sich auch Helmut Kohl erhebt und mit beiden Armen den Zuhörern zuwinkt, einmal, zweimal und noch ein drittes Mal. Wahlkampf kann anders sein, als wir es von den Schlachten vergangener Kampagnen gewöhnt sind.

Der Kanzler nennt Werner Zeyer einen „persönlichen Freund" FOTO: DPA

SDI-Kooperation noch nicht konkret

Firmen-zu-Firmen-Beteiligung wahrscheinlich / Leisler-Kiep und Wimmer in den USA

FRITZ WIRTH, Washington

Das Angebot der Reagan-Administration, westeuropäische Staaten und vor allem die Bundesrepublik mit in das Forschungsprogramm für die „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) mit einzubeziehen, ist zur Stunde nur ein rein verbales Ereignis. Konkrete Vorstellungen darüber, in welchen Bereichen beispielsweise deutsche Firmen an der Technologie dieses Abwehrsystems im Weltraum eingeschaltet werden können, liegen noch nicht vor.

Diese Erkenntnis gewannen Walther Leisler-Kiep, der Präsident der „Atlantik-Brücke" und Schatzmeister der CDU, und Willy Wimmer, der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Verteidigungspolitik auf *getrennten Amerikareisen, die am Wochenende zu Ende gingen.*

„Ich gehe davon aus, daß es die Amerikaner mit diesem Angebot ernst meinen", sagte Leisler-Kiep, „doch es bedarf noch sehr intensiver Diskussionen, bis es zu realen Kontakten kommt." Wimmer nahm die Erkenntnis mit: „Es sind zwar schon wesentliche Fortschritte in einzelnen Forschungsabschnitten erzielt worden, große Linien aber noch nicht in jedem Fall erkennbar, und deshalb scheint die Zeit für konkrete Angebote noch nicht gekommen. Wenn dieser Zeitpunkt aber kommen sollte, scheinen sich die amerikanischen Überlegungen auf eine Firmen-zu-Firmen-Beteiligung zu erstrecken."

Leisler-Kiep sagte seinen Gesprächspartnern, zu denen Verteidigungsminister Weinberger, Staatssekretär Perle und General James Abrahamson, der Leiter des SDI-Forschungsprogramms, gehörten: „Wir sind für dieses Forschungsprogramm, doch es wird für uns in dieser Sache noch tausend Fragen geben." Kiep und Wimmer erhielten von maßgeblicher Seite die Zusicherung eines intensiven Informationsaustausches.

In mehreren Reden und öffentlichen Diskussionen wies Leisler-Kiep darauf hin, daß es bei den bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen im Zusammenhang mit SDI Konstellationen geben könnte, die die Bundesregierung innenpolitisch in eine delikate Situation bringen.

Beispielsweise dann, wenn die Sowjets eine Verringerung der Zahl ihrer SS-20-Raketen in Europa als Gegenleistung für Zugeständnisse der Amerikaner im SDI-Bereich *vorschlagen sollten, und die Amerikaner* darauf beharren, daß SDI kein Tauschobjekt sei. Die Friedensbewegung in allen westeuropäischen Ländern könnte dies zum Anlaß neuer antiamerikanischer Argumentationen nehmen. Er jedenfalls wäre nicht überrascht, wenn die Sowjets in Genf mit dieser Taktik operieren würden, allein schon, um den Westen in die Defensive zu drängen.

Vor dem „Wilson Center" wies Leisler-Kiep darauf hin, welche Wirkung ein erfolgreiches SDI-Forschungsprogramm der Amerikaner auf die künftige Großmachtrolle der Sowjetunion hätte: Diese Großmachtrolle basiert ausschließlich auf ihrer militärischen Macht. Wenn diese Macht durch ein neues undurchdringliches Verteidigungssystem der Amerikaner eingeschränkt wird, reduziere sich damit automatisch die Statur der Sowjetunion.

In der gleichen Rede trat Leisler-Kiep für die Fortsetzung einer realistischen Entspannungspolitik ein. Sie sollte nicht nur auf den Bereich der beiden Großmächte beschränkt sein, sondern die Kontakte zu allen osteuropäischen Ländern mit einbeziehen, selbst wenn die Fortschritte dieser Politik sich nur im Schneckentempo vollziehen. „Wir müssen in jedem Fall dafür sorgen, daß diese Entspannungspolitik nicht in die Hände linksgerichteter Utopisten fällt", erklärte Kiep.

Die mehrtägigen Gespräche Willy Wimmers in Washington konzentrierten sich auf die problemreiche transatlantische Rüstungszusammenarbeit, die bevorstehenden Genfer Abrüstungsverhandlungen und die Folgen *des SDI-Programms für die europäische Verteidigung.* Wimmer wies vor allem auf das wachsende Ungleichgewicht beiderseitiger Käufe von Rüstungsgütern hin. Während dieses Verhältnis bis zum letzten Jahr 2:1 zugunsten der USA betrug, stieg es nach dem Kauf von „Patriot" auf 10:1 zugunsten der Amerikaner. Dieser Zustand sei auf die Dauer nicht zu vertreten.

Wimmer beklagte die wachsende Neigung der USA, modernste Technologie nicht mit der Bundesrepublik auszutauschen. Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Genfer Verhandlungen erinnerte Wimmer daran, daß sich hier das deutsche und europäische Interesse nicht nur auf strategische Waffen, sondern auch die KVAE und auf MBFR bezieht. „Wir haben darauf hingewiesen, daß wir in einem System gleicher Sicherheit leben wollen", erklärte Wimmer.

„Selbstbestimmungsrecht wird auch in Bonn oft falsch definiert"

Professor Seiffert zur Deutschlandpolitik: Ohne Not in die Defensive drängen lassen

BERNT CONRAD, Bonn

Der 1978 aus der „DDR" in die Bundesrepublik gekommene Rechtswissenschaftler Professor Wolfgang Seiffert hat Bedauern darüber geäußert, daß die „verfassungtragenden Bonner Parteien" in der Deutschlandpolitik ohne Not in eine völlig defensive und passive Rolle geraten seien. Notwendig sei der Übergang zu einer aktiven Deutschlandpolitik, die das Ziel der Wiedervereinigung nicht in eine ferne Zukunft projiziere, sondern die heute schon daran ringe, die Bedingungen für eine Verwirklichung der Wiedervereinigung zu verbessern, sagte Seiffert am Wochenende auf einer Tagung der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht in Bonn.

Zu einer solchen Aktivierung gehört nach Auffassung des an der Kieler Universität lehrenden Wissenschaftlers auch eine intensivere Aufklärung des Auslandes über die Motive deutscher Wiedervereinigungspolitik. „Zu negativen Aussagen wie jener des italienischen Außenministers Andreotti wäre es nicht gekommen, wenn es mehr Erklärungen darüber gäbe, was wir mit der deutschen Frage im Sinn haben."

Kritik übte Seiffert daran, daß das Selbstbestimmungsrecht auch in Bonn oft falsch definiert werde. So behauptete beispielsweise der FDP-Politiker Ronneburger groteskerweise, das Grundgesetz bejahe nur die Einheit der Nation, aber nicht die Einheit des deutschen Staates. Der frühere Staatssekretär Bölling fordere, man dürfe die Staatlichkeit der „DDR" nicht in Frage stellen. „Tatsächlich besteht das Selbstbestimmungsrecht in dem Willen eines Volkes, in einem Staat zu leben und seine Form selbst zu bestimmen. Das ist die Definition des Selbstbestimmungsrechts und seine friedensstiftende und friedenserhaltende Funktion", betonte er.

„Wendet man das auf die Deutschen an, so ist unabweisbar, daß das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen darin besteht, einen Staat zu bilden und seinen Inhalt zu bestimmen", fuhr Seiffert fort. Er wandte sich gegen die häufig zu hörende Alternative „Freiheit oder Einheit". Gewiß sei es abstrakt richtig, daß Freiheit vor Einheit gehe, wenn es die Wahl gäbe. Unter den konkreten Existenzbedingungen der deutschen Spaltung aber sei eine derartige Formel wertlos. Denn selbst wenn es gelänge, die „DDR" zu weiteren humanitären Konzessionen zu bewegen, bleibe die absolute Grenze, die das „DDR"-Regime nicht überschreiten könne.

„Ohne staatliche Wiedervereinigung können die Deutschen in der DDR nie ihre Freiheit bekommen. Freiheit und Einheit sind in der deutschen Wirklichkeit nur zwei Seiten einer Medaille. Ohne Freiheit gibt es keine Einheit und ohne Einheit keine Freiheit. Darum sollte man sich vor falschen Alternativen hüten", sagte der Rechtswissenschaftler.

Seifert wandte sich ferner gegen die These, die deutsche Teilung sei eine direkte Folge der Hitlerschen Agressionspolitik. „Ebendies war sie nicht. Sie wurde erst Wirklichkeit, als sich und weil sich die vier Mächte nach Kriegsende nicht einigen konnten." Ursache der deutschen und der europäischen Teilung sei ein Macht- und System-Antagonismus. Die Überwindung der deutschen Teilung sei darum eine europäische Aufgabe mit dem Ziel, konstante Labilität in einen Zustand der Stabilität zu verwandeln.

Für eine „Europäisierung" der deutschen Frage plädierte in seinem Schlußwort auch Professor Dieter Blumenwitz, Würzburg. Mit Hilfe einer Offenhalte-Klausel ließen sich die deutsche Wiedervereinigung und die fortschreitende europäische Einigung miteinander verbinden. Er betonte, grundsätzlich sei die deutsche Frage nicht bilateral, sondern nur im Rahmen eines gobalen Akkords lösbar. Eine solche Neugruppierung setze ein handlungsfähiges Westeuropa voraus.

Allerdings müßten die Europäer ein starkes Gefühl für die Freiheit und die Menschenrechte besitzen. Eine auf diese Ziele ausgerichtete Selbstbestimmungspolitik einer europäischen Macht sei leichter durchsetzbar als etwa eine Neutralitätspolitik. Gleichzeitig könne die deutsche Frage durch eine Europäisierung wieder auf ihre universalistischen Wurzeln zurückgeführt werden.

Die Störer warfen bei Wörners viel beklatschter Rede das Handtuch

F. DIEDERICHS, Bonn

Genau einen Monat nach dem furiosen Wahlkampf-Auftakt der Berliner Union mit Bundeskanzler Kohl in der überfüllten Deutschlandhalle bewährte sich erneut das Rezept der Berliner CDU-Riege um Eberhard Diepgen, mit Bonner Spitzenpolitikern in dem Kampf um Wählerstimmen zu ziehen. Im Gegensatz zu oft ernüchternden sozialdemokratischen Veranstaltungen, wo hochrangige Gäste aus dem Westen nicht selten mit Verlegenheit gegen Desinteresse und halbleere Säle ankämpfen müssen, mangelt es den Unionsrednern weder an Zuspruch noch an Charisma, die Zuhörerschaft in den Bann zu ziehen.

Ein Musterbeispiel hierfür der Freitagabend-Auftritt von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner, dessen Gastspiel im alten Gemäuer des Rathauses Berlin-Steglitz enorme Resonanz zeigte und nur deshalb bei zahlreichen Berlinern Frustration hinterließ, weil die Plätze im Vortragssaal schon eine Stunde vor Eintreffen des Ministers gefüllt und weiterer Zustrom zwischen Garderobenständer und auf zugige Treppenhäuser kanalisiert werden mußte.

Auch Wörner begann seine Rede mit der Warnung, die schon der Kanzler an den Beginn seines Vortrags gestellt hatte: „Berlin steht bei der Wahl vor einer Entscheidung zwischen zwei fundamental gegensätzlichen Lagern, Berlin bedarf aber keiner Experimente." Die Wahl am 10. März eine „Schicksalsentscheidung" für die Stadt vollziehe, sah Wörner nicht nur durch „die unverantwortliche Äußerung Hans Apels, der von der nicht mehr offenen deutschen Frage sprach", begründet.

Mit den Grün-Alternativen ist nach Wörners Worten eine Partei aufgetaucht, die „lebenswichtige Grundsätze des Rechtsstaats und der Demokratie ablehnt". Die Gefahr, die Deutschland und vor allem Berlin durch den von den Alternativen propagierten Ausstieg aus der NATO drohe, wäre derzeit keine Gefahr, „wenn es da die SPD nicht gäbe". Hessen sei für die stete Suche der Sozialdemokraten nach Mehrheiten „nur der Modellfall, im Saarland und in Niedersachsen ist ebenfalls ein rot-grünes Bündnis angekündigt worden".

Dem Berliner Spitzenkandidaten *Hans Apel sei es zwar abzunehmen,* daß er nicht mit der AL koalieren wolle. Mit stürmischem Beifall bedachte das Auditorium dann die Zustandsbeschreibung der Berliner SPD durch den Minister: „Aber Apel hat ja längst nicht mehr das Sagen in Berlin, was Hans-Jochen Vogel bestätigt hat."

Auch vereinzelte Störer, die offenbar gezielt den Redefluß des Bonner Gastes unterbrechen wollten, mußten schließlich vor der argumentativen Schlagkraft Wörners kapitulieren: „Berlin wird nur solange in Frieden leben, wie hier alliierte Truppen stationiert sind. Ohne die Atlantische Allianz wird es kein freies Berlin mehr geben." Wörner zweifelte die politische Tauglichkeit einer Kraft an, „die bereit ist, Gewalt anzuwenden". Wer nicht imstande sei, den inneren Frieden zu wahren, könne auch nicht dem Volk nach außen den Frieden sichern, sagte Wörner an die Adresse der Alternativen gerichtet.

Wörner warnte davor, „dem großen Ziel der sowjetischen Nachkriegspolitik in die Arme zu laufen": der Abkoppelung der Deutschen vom westlichen Verteidigungsbündnis mit der Folge der Neutralisierung. Insbesondere eine einseitige Abrüstung würde diesem sowjetischen Wunschdenken entgegenlaufen, führte der CDU-Politiker an, der als erster Bonner Verteidigungsminister überhaupt auf einer Berliner Wahlveranstaltung sprach. Auf die besondere Situation der geteilten Stadt eingehend, sagte Wörner: „Die Sowjets wissen, warum sie den Rechtsstatus dieser Stadt auszuhöhlen versuchen." Berlin bleibe das Symbol für die Hoffnung aller Deutschen, die Teilung auf Dauer mit friedlichen Mitteln in einem vereinten Europa überwinden zu können.

Bei der anschließenden Diskussion dann die Kritik einiger weniger an der Bundeswehr und den westlichen Verbündeten: „Provozieren Waffen nicht die Kriegsgefahr?" lauteten die Attacken, die Wörner zu der philosophierenden Darstellung veranlaßte: „Nicht Waffen und Soldaten sind die eigentliche Ursache für eine Kriegsgefahr, sondern immer nur politische Strömungen und Regime." Ohne die Existenz der Bundeswehr, so der Minister, hätte es bis heute kein friedliches Nachkriegs-Europa gegeben. „Die Sowjets wissen, daß sie von uns keinen Angriffskrieg zu befürchten haben. Sie wissen aber auch, daß wir für eine Verteidigung Deutschlands bestens vorbereitet sind."



Thais beweisen Giftgas-Einsatz durch Hanoi

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Zum ersten Mal haben die thailändischen Streitkräfte einen eindeutigen Beweis, daß vietnamesische Soldaten chemische Kampfstoffe in Kambodscha einsetzen. Angehörige der Roten Khmer behaupten, Giftgasattacken gebe es schon seit 1979.

Nach Auskunft des Heeressprechers Generalmajor Naruedol sind vier mit Giftstoffen gefüllte Raketen über einen Kilometer tief auf Thailand gefallen, als vietnamesische Truppen ein kambodschanisches Flüchtlingslager gegenüber dem thailändischen Grenzdistrikt Ta Phraya attackierten. Zwölf Khmer, die offenbar an Giftstoffsymptomen leiden, werden von Mitarbeitern des Internationalen Roten Kreuzes behandelt.

Die vier Raketen, so der Sprecher, seien nicht explodiert, da sie auf weichen Boden schlugen. Laboruntersuchungen der Streitkräfte – drei der Raketen wurden zerlegt – identifizierten deren Inhalt als eine Kombination von Phosgen und Hydrogen-Cyanid-Gas. Beide Giftstoffe sind tödlich.

Thailand hat den soeben beendeten Besuch des stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsministers Richard Armitage dazu genutzt, Washington aus erster Hand über den Giftstoffeinsatz wie über die Lage an der thai-kambodschanischen Grenze zu informieren. Zudem hat Thailand gegen den Einsatz chemischer Kampfstoffe durch die Vietnamesen bei den Vereinten Nationen protestiert. In einer Note vom 19. Februar verurteilte die thailändische Regierung die Vietnamesen eines „abscheulichen Verbrechens".

Hanoi hat die jüngsten Giftgasbeweise der Thais als „grundloses Gerücht" abgetan. Das von Hanoi kontrollierte Regime Heng Samrin in Phnom Penh spricht von „alten Tricks", die die militärischen Erfolge der vietnamesischen Truppen gegen die Widerstandsbasen im thai-kambodschanischen Grenzgebiet überdecken sollen.

Die Thais sind der Ansicht, daß die Kampfstoffe „aus dem Ausland" stammen, da Vietnam nicht in der Lage sei, diese Chemikalien selbst herzustellen. Bekannt ist jedoch, daß Vietnam über eine aktive „chemische Kampfeinheit" verfügt, die bereits 1958 gegründet und 1982 mit „neuen Geräten und Waffen" ausgestattet wurde.

Unter Kriegsrecht und ohne Parteien: Die Pakistani wählen ein Parlament

Mehr als 1500 Oppositionelle festgenommen / Staatschef Zia treibt Islamisierung voran

MARTA WEIDENHILLER, Bonn

Immer wieder versprochen, immer wieder verschoben – doch heute sollen 35 Millionen wahlberechtigte Pakistani wählen. 6000 Kandidaten bewerben sich um 237 Sitze im Bundesparlament; davon sind 20 für Frauen reserviert. 483 Mandate sind bei den Wahlen für die vier Provinzparlamente zu vergeben,die am Donnerstag stattfinden.

Doch diesen Wahlen, den dritten erst seit der Unabhängigkeit des Landes vor 38 Jahren, haftet Makel an: Parteien sind nicht zugelassen, nur Einzelpersonen.

Ziaul Haq, Pakistans Staatschef, Oberster Kriegsrechtsverwalter und Chef des Generalstabs, hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß er sein Land für eine Demokratie nach westlichem Vorbild für nicht tauglich hält, daß Parteien in der Vergangenheit ihre Chance vertan hätten und sie seine „neue Ordnung" ohnehin störten. Islamisches System nennt er diese Ordnung, ohne sie je präzise definiert zu haben.

Bei seiner Islamisierungspolitik, die er seit seinem Putsch vor acht Jahren betreibt, zeigt er sich allerdings radikaler als der Radikale: So hat das Zinsverbot bei Banken in Pakistan, das demnächst auch ausländische Banken einschließen wird, selbst Khomeini als nachteilig für die Wirtschaft verworfen.

Parteien in Pakistan haben es freilich in der Vergangenheit nicht geschafft, eine demokratische Tradition aufzubauen. Auch wollten ihre führenden Köpfe eine Niederlage - bei Wahlen etwa - nicht als Teil des Demokratie-Verständnisses akzeptieren.

Zia riskierte die Herausforderung durch Parteien gar nicht erst. 1979 verbot er sie kurzerhand. Treffen wollte er damit aber vor allem die Pakistanische Volkspartei (PPP), die das politische Leben Pakistans von 1971–77 maßgeblich bestimmte und deren Popularität ungebrochen ist. Bei freien, von Parteien getragenen Wahlen könnte sie auf Sieg setzen. Noch immer zehrt die PPP vom symbolträchtigen Namen Bhutto, dem Gründer und einstigen Premier, der unter Zias Herrschaft gehenkt wurde. Seine Witwe Nusrat und seine Tochter Benazir versuchten, sein Erbe anzutreten. Beide sind heute im Ausland, krank die eine, mürbe von der Unterdrückung die andere. Freilich sah auch Bhutto in der PPP ein Instrument seiner Macht eher, als daß er sie als Träger politischen Willens akzeptierte.

Um dem Zia-Regime zu trotzen, schlossen sich elf Parteien zur „Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie" (MRD) zusammen. Aber sie blieb, aus heterogenen Kräften gebildet, zu schwach, um wirklich herausfordern zu können. Die Zeit aber arbeitete für Zia. Das Verbot zehrte die Parteien von innen aus, ließ ihre Organisation zerfallen, nahm ihnen die Öffentlichkeit und häufig auch die Führer. Hausarrest oder Gefängnisstrafen kennen sie nur allzu gut.



Ziaul Haq, Pakistans Staatschef, Oberster Kriegsrechtsverwalter und Chef des Generalstabs, kam 1977 durch einen Putsch an die Macht. Er betreibt eine rigorose Islamisierungspolitik
FOTO: CAMERA PRESS

Als die MRD jetzt zum Wahlboykott aufrief, weil keine Parteien zugelassen sind, weil das seit acht Jahren geltende Kriegsrecht nicht aufgehoben wurde und die Verfassung suspendiert bleibt, ließ die Reaktion nicht auf sich warten: Hausarrest für die Parteichefs von zehn der elf Parteien. Mehr als 1500 Oppositionelle sind nach pakistanischen Presseberichten allein in der Provinz Sind, Heimat Bhuttos und Hochburg der PPP, festgenommen worden.

Die PPP ist streng auch nach innen. Sie schloß Parteimitglieder aus, die sich als Kandidaten aufstellen ließen. Die Jamat-i-Islami, die Zia stützt und als einzige Partei den Boykott nicht mitmacht, ließ offen wissen: Wir haben 60 Kandidaten aufgestellt.

So befremdlich Zias Vorgehen gegenüber der Opposition bei den von ihm als „frei, unparteilich und fair" bezeichneten Wahlen anmutet, so bizarr ist auch der „Wahlkampf". Der Kandidat darf nur in seinem Wahlkreis werben, nur in kleiner Runde oder von Haus zu Haus. Mikrofone sind verboten. „Heiße" politische Themen bleiben tabu; das Interesse kreist um lokale Probleme. Anders ausgedrückt: Die Wahlen sind entpolitisiert.

Zia weiß, daß seine Macht unangetastet bleibt, wie schon das Referendum zeigte, mit der er der Welt eine Farce vorführte und sein Volk politisch „verführte".

Die Bevölkerung war im Dezember aufgefordert, seiner Islamisierungspolitik zuzustimmen. Welcher Pakistani würde dagegen stimmen, lebt er doch in einem Staat, dessen Raison d'être die Religion, der Islam, ist? Obwohl Zias Name in der Frage nicht auftauchte, wurde das Ja-Votum dahingehend interpretiert, daß das Volk den Regierungsauftrag für Zia für fünf weitere Jahre gebilligt habe.

Der nächste Schritt Zias zur Festigung seiner Macht liegt schon fest: Es wird ein nationaler Sicherheitsrat eingeführt und verfassungsmäßig verankert werden. Dem Rat, der bei Bedarf und „bei Fragen nationalen Interesses" einberufen wird, gehören neben dem Präsidenten auch Militärs an. Die Streitkräfte werden also – Zias seit langem gehegter vordringlichster Wunsch – künftig ein gewichtiges Wort mitreden.

Kritiker mutmaßen, daß der Rat allen gewählten Gremien, also auch dem Parlament, übergeordnet sein wird und sich so die autoritäre Herrschaft Zias hinter demokratischer Fassade mühelos verankern läßt.

Verletzung des ABM-Vertrages stört in Genf

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die sowjetischen Verletzungen des ABM-Vertrages von 1972 stellen ein Hindernis bei den am 12. März in Genf beginnenden Abrüstungsverhandlungen dar. Diese Ansicht wird in Kreisen, die der amerikanischen Verhandlungsdelegation nahestehen, vertreten.

Wie es hieß, müßten die sowjetischen Vertreter in Genf erst eine befriedigende Erklärung über das phasengesteuerte Rundum-Radar bei Krasnojarsk in Zentral-Sibirien abgeben, ehe man sich dem eigentlichen Verhandlugsgegenstand, den Weltraumwaffen, zuwenden kann.

Im ABM-Vertrag, der unbefristet ist, aber von jeder der beiden Seiten gekündigt werden kann, wurden die Raketenabwehrsysteme beider Seiten begrenzt. Als praktisches Ergebnis verzichteten die Vereinigten Staaten auf die Unterhaltung eines derartigen Systems, während die Sowjetunion rund um Moskau 100 Starter für Weltraumwaffen aufstellte. Das Moskauer System wird zur Zeit modernisiert.

Die Zahl der Radargeräte und Startrampen wurde im ABM-Vertrag begrenzt, insbesondere auch Radaranlagen, die als Herzstück des Abkommens angesehen wurden. Nicht beschränkt wurde die Zahl der Abwehrraketen.

Fragen zur Radaranlage

Die gigantische Radaranlage in Krasnojarsk verstößt nach amerikanischer Ansicht schon deshalb gegen den ABM-Vertrag, weil sie nicht am Rande der Sowjetunion liegt und nicht nach außen gerichtet ist. In Washington besteht der begründete Eindruck, daß die Anlage das Kernstück eines künftigen Gefechtsführungssystems einer strategischen Verteidigung sein könnte.

In den Kreisen wird betont, daß es sinnlos sei, über Abkommen zu verhandeln, wenn frühere Verträge nicht eingehalten würden. Auf der unsicheren Grundlage sowjetischer Vertragsverletzungen habe kein Rüstungskontrollabkommen mit Moskau die Chance, vom Senat mit Zweidrittelmehrheit ratifiziert zu werden. Dies ist jedoch amerikanische Verfassungsvorschrift seit 1787. Der Salt-II-Vertrag war nicht ratifiziert worden, weil der Senat ihn ablehnte. (SAD)

Kyprianou widersetzt sich Druck der Parteien

Rücktritt abgelehnt / Streit über Zypern-Plan der UNO

E. ANTONAROS, Nikosia

Kommunisten und Konservative haben sich am Wochenende im Parlament von Zypern verbündet, um Inselpräsident Spyros Kyprianou unter Druck zu setzen und von ihm ultimativ zu verlangen, daß er einen von UN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar vorgelegten Vertragsentwurf als Grundlage für eine Einigung mit den Inseltürken akzeptiert.

In der vom Parlament verabschiedeten Resolution wird Kyprianou aufgefordert, als Staatschef abzutreten, sollte er nicht bereit sein, die Weisungen der Parlamentsmehrheit zu befolgen. Der seit 1977 amtierende Präsident: „Ich betrachte es als meine Pflicht, im Amt zu bleiben".

Tatsächlich ist Kyprianou, dessen linksliberale Diko-Partei nur über neun von 35 Parlamentssitzen verfügt, an die Weisungen des Parlaments verfassungsrechtlich nicht gebunden.Der Präsident wird direkt vom Volk gewählt und braucht daher das Vertrauen der Kammer nicht. „Ich habe nicht die Absicht, eine Galionsfigur in den Händen der Parteiführer zu werden", sagte Kyprianou, der von einem „parlamentarischen Putsch" sprach.

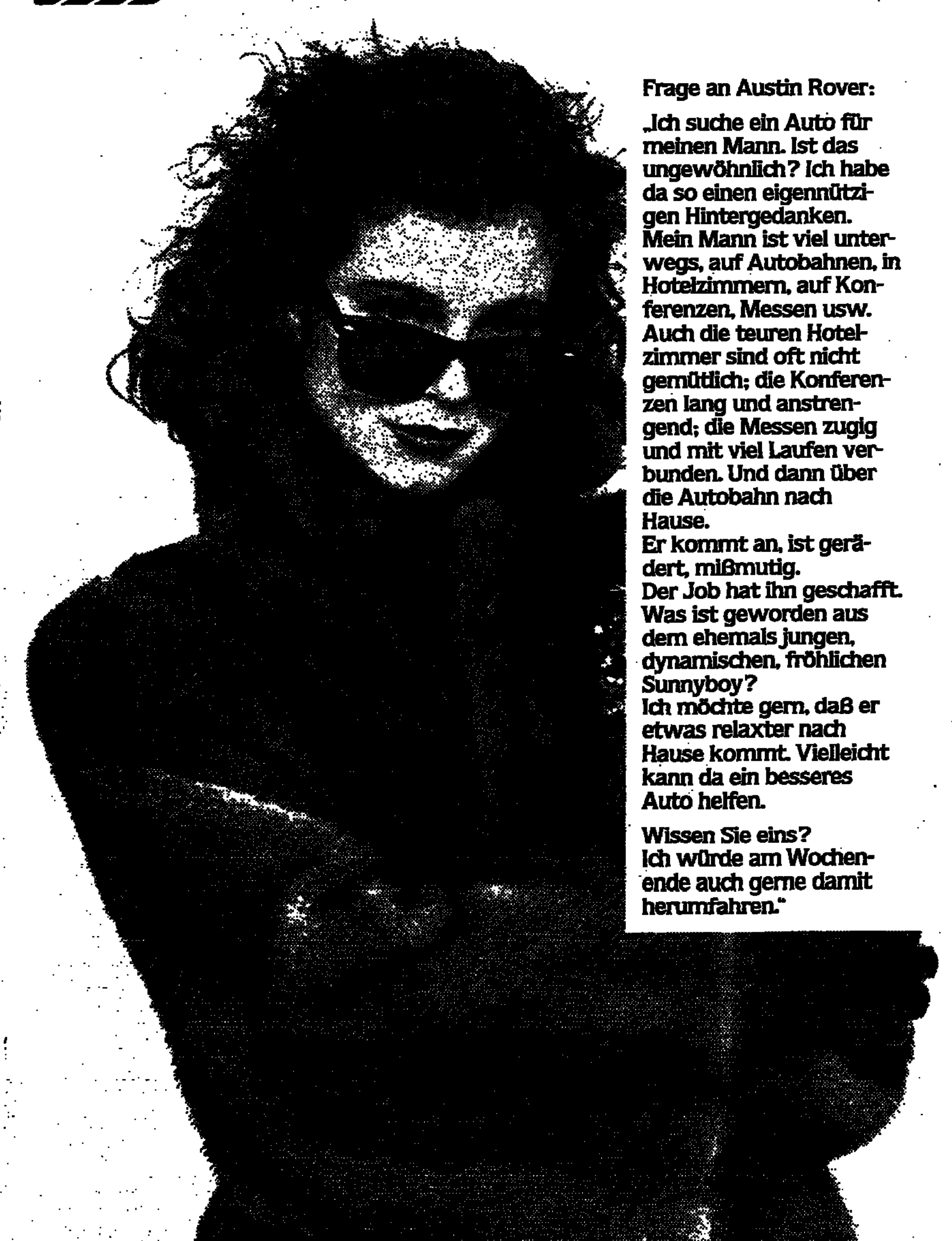
Kyprianou war Ende Januar unter Beschuß geraten, nachdem ein Vermittlungsversuch von Pérez gescheitert war. Zyperns Staatschef hatte sich geweigert, einen lückenhaften Vertragsentwurf für die künftige Staatsform der gespaltenen Inselrepublik zu unterzeichnen.

Während Türkenführer Denktasch die sofortige Unterzeichnung forderte, erbat Kyprianou zusätzliche Beratungen zur Klarstellung einiger Einzelheiten. Dazu zählten der Abzug der türkischen Besatzungstruppen sowie die Verankerung der Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit.

Nach dem Scheitern der Gespräche in New York wurde Kyprianou von den Kommunisten und den Konservativen vorgehalten, er habe die beste Chance zur Lösung des Zypern-Konflikts absichtlich vertan.

Die Verstimmung hat jedoch andere, tiefere Ursachen: Die Kommunisten der Moskau-freundlichen Akel-Partei sind böse auf den Staatschef, weil er Ende Dezemer 1984 völlig unerwartet das Bündnis mit ihnen aufgekündigt und drei der Akel-Partei nahestehende Minister aus dem Kabinett entlassen hatte. Kyprianou hatte 1983 ein Minimum-Programm mit den Kommunisten ausgearbeitet, um mit ihren Stimmen seine Wiederwahl sicherzustellen. Unmittelbar nach dem Zerwürfnis mit den Kommunisten hatte Kyprianou eine Zusammenarbeit mit der konservativen Disy-Partei unter Ex-Präsident Klerides angestrebt, die jedoch an den hohen Forderungen der Rechtspartei scheiterte. Kyprianou: „Seither haben sich die beiden Großparteien zusammengetan, um meinen Sturz zu betreiben."

Die von den Konservativen eingebrachte und mit 23 Stimmen verabschiedete Resolution beweist, daß Kyprianous Behauptungen einen großen Wahrheitsgehalt haben: Kyprianou wird nämlich aufgefordert, die Entscheidungen einer Versammlung aller Parteiführer als bindend zu akzeptieren und danach zu handeln. Sonst müßte er zurücktreten und eine Präsidentenwahl, die erst 1988 fällig wäre, vorzeitig abhalten. Nach Ansicht von Verfassungsexperten steht diese Forderung keineswegs in Einklang mit der Verfassung. (SAD)





Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Beförderungsstau

„Mit 46 in Pension"; WELT vom 18. Februar

Sehr geehrte Herren,

Staatssekretär Rühl (BMVg) fordert zu Gegenvorschlägen zwecks Lösung des Beförderungsstaus der Bundeswehr auf. Nachstehend ein fast kostenneutraler: Aufhebung der Erhöhung der besonderen Altersgrenzen für Berufssoldaten um ein Jahr.

Die sozial-liberale Bundesregierung hat mit dem Haushaltsstrukturgesetz vom 18. 12. 75 (BGBl 75 S. 3091) das Soldatengesetz Paragraph 45 so abgeändert, daß alle Berufssoldaten um ein Jahr länger dienen müssen: bis zum Hauptmann 53 statt 52 Jahre, Majore 55/54, Oberstleutnante 57/56, Oberste 59/58 Jahre. Dadurch verringerten sich die ausscheidenden Offiziere und Berufsunteroffiziere auf die Hälfte, von 1976 bis 1985 also zehn Jahrgänge! Wäre dieser widersinnige und bloß kostenträchtige Paragraph gleich nach der „Wende" aufgehoben worden, hätte sich das Problem im heutigen Maßstab gar nicht gestellt. Dies war jedoch nicht die einzige Sünde der Linkskoalition: Die zweite war die erstaunliche Aufblähung und Inflationierung des Dienstgrades Oberstleutnant. Im Jahre 1965 war trotz Aufbesserungen durch sog. Ermächtigungsstellen der Stellenkegel noch ausgeglichen. Nachstehend eine Gegenüberstellung der Stabsoffiziersstellen 1965:1977:

Haushaltsj.	1965	1977	
Generale	181	202	+ 21
Obersten	734	1083	+ 349
Oberstltn.	2493	6310	+3817!
Majore	5209	3821	-1388

Das Massenangebot an Oberstleutnantsstellen führte dazu, daß Beförderungen zu diesem Dienstgrad bereits Mitte der dreißiger Jahre und auf Planstellen von Hauptleuten durchgeführt wurden! Der Krebsschaden war aber, daß jeder zum Oberstleutnant beförderte Major um zwei, ab 1976 sogar drei Jahre länger dienen mußte. Je jünger die Beförderung erfolgte, desto länger blockierte er für die Nachrücker die Stelle.

Die dritte Sünde war die zu frühe Zulassung von jungen Hauptleuten zur Stabsoffiziersausbildung (Fortbildungsstufe C). Bisher waren Hauptleute zum Stabsoffizierslehrgang geschickt worden, wenn sie die Voraussetzungen zur Beförderung altersmäßig erfüllten. So schuf man vorzeitig bloß Anspruchsdenken. Cum grano salis kann man also sagen, daß Weltökonom Schmidt in die deutsche Militärgeschichte nicht nur als „Erfinder des Haarnetzes für Soldaten", sondern auch des „Beförderungsstaus" eingehen wird ...

Eine Stellungnahme zu der völlig abwegigen Idee einer Übernahme ausscheidender Offiziere in die Bundeswehrverwaltung mit ihren katastrophalen Beförderungsverhältnissen würde den Raum einer Leserzuschrift sprengen. Die Bundeswehrverwaltung ergänzt sich seit jeher weitgehend aus ausscheidenden Zeitsoldaten. Zeitoffiziere haben kein Interesse daran, weil die Karriereaussichten zu miserabel sind. Von 25 Beamten des gehobenen Dienstes kann einer seine „Laufbahn durchlaufen" (4 Prozent in A 13 nach Paragraph 26 Bundesbesoldungsgesetz).

Mit freundlichen Grüßen
G. Voss,
Regensburg

*

Die „Contra-Stellungnahme" des bayerischen Staatsministers Schmidhuber zur Frühpensionierung der Offiziere ist, im deutlichen Gegensatz zur „Pro-Stellungnahme" des Staatssekretärs Dr. Rühl, enttäuschend unschlüssig und in sich widersprüchlich. Zunächst wird die Bundesregierung – ihr gehören auch fünf CSU-Minister an! – der Unehrlichkeit beschuldigt: Die Begründung der Einsatzbereitschaft werde angeführt, obwohl es nur um die Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten gehe. Aber gleich im Anschluß wird festgestellt, daß auch Bayern die Sorge um den Erhalt der Einsatzbereitschaft unserer Streitkräfte teile.

Bayern wehrt sich gegen die Möglichkeit, daß frühzeitig ausscheidende Offiziere in Konkurrenz zu Angestellten in der freien Wirtschaft treten könnten. Gleichzeitig spricht es sich jedoch dafür aus, daß Aufstiegsmöglichkeiten für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst zwangsweise durch die Besetzung höherwertiger Dienstposten durch Offiziere der betroffenen Jahrgänge vermindert werden. Am 15. 1. 1985 erschien eine Mitteilung: „Die in der CSU organisierte Christliche Arbeitnehmerschaft (CSA) Niederbayern will die Pläne von Verteidigungsminister Wörner ... vom Bundesverfassungsgericht prüfen lassen und ... Klage erheben." Weht von daher der meinungsbildende Wind in Bayerns Staatskanzlei?

Die unpopuläre, sicherlich nicht Wählerstimmen gewinnende Maßnahme unseres Verteidigungsministers, die ausschließlich den optimalen Einsatz unserer treuen und vom Steuerzahler finanzierten Waffensysteme und damit die Gewährleistung unserer äußeren Sicherheit zum Ziel hat, steht in keinem Vergleich zum Ergebnis einer einfachen mathematischen Lösung Bayerns, die offensichtlich nur den Gewinn von Wählerstimmen anvisiert. Und das bei einem Wählerstimmenpolster von mehr als 60 Prozent!

K. Lackschewitz,
St. Augustin

Goldhelm

„Wer malte den Mann mit dem Goldhelm?" WELT vom 14. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem Artikel war zu lesen, „... daß jetzt eine in der Militärtechnik erprobte Methode Klarheit über die Herkunft des Goldhelm-Mannes bringen soll".

Diese Darstellung ist falsch. Die Methode der Neutronenaktivierungs-Analyse, um die es hier geht, spielt für die Militärtechnik überhaupt keine Rolle. Diese Methode, die am Forschungsreaktor des Hahn-Meitner-Institutes zur Untersuchung von Rembrandt-Gemälden eingesetzt wird, findet in unserem Hause außerdem noch Anwendung bei der Suche nach Spurenelementen bei geologischen und medizinischen Fragen (zum Beispiel Spurenelementhaushalt von Dialysepatienten).

Uns liegt besonders daran, daß wir nicht in Zusammenhang mit der Militärtechnik gebracht werden, weil es dem Hahn-Meitner-Institut sowohl durch seine Satzung als auch durch den Berlin-Status untersagt ist, in diesem Bereich zu arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Robertson,
Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung, Berlin

Wort des Tages

„Man bleibt jung, so lange man noch lernen, neue Gewohnheiten annehmen und Widerspruch ertragen kann."

Marie von Ebner-Eschenbach; österr. Autorin (1830–1916)

Vermummung

In den alten nordischen Rechten bestand der Unterschied zwischen Mord und Totschlag in folgendem:

Ließ derjenige, der einen anderen (beispielsweise wegen Blutrache) erschlagen hatte, den Speer oder Dolch im Körper des Erschlagenen, so war er des Totschlages schuldig. Nahm er die Waffe mit, bekannte er sich also nicht zur Tat, galt er als Mörder.

Mörderische Gesinnung ist, die Menschen sich vermummem läßt. Darüber hinwegzusehen hat keinen Sinn. Der Gesetzgeber versagt, der dies nicht zur Grundlage seiner Regelungen macht.

Christoph Halbe, Notar
Hamburg 70

Für Deutschland

„Leserbrief: Ostdeutschland"; WELT vom 16. Februar

Die Frage, an die Schlesier gerichtet: „Möchten Sie denn nach Schlesien zurück?", ist falsch gestellt. Es geht doch nicht darum, wer und wie viele Schlesier in ihre Heimat zurückkehren möchten. Vielmehr muß uns alle der Tatbestand bewegen, daß mit einem Verlust der deutschen Ostgebiete rund ein Viertel des Deutschen Reiches verlorengehen würde. Somit geht die ostdeutsche Frage das ganze deutsche Volk an. Sie ist nicht allein eine Angelegenheit der Vertriebenen.

Die Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat ist also nicht die Kardinalfrage. Entscheidend ist eine ausgewogene Ostpolitik, die sich am Rechtsstandpunkt orientiert, d. h. jeder verantwortliche Politiker hat danach zu handeln, daß Ostdeutschland für Deutschland nicht verloren geht, sondern allen Deutschen zugänglich wird. Die Forderung nach einem Friedensvertrag muß vordringlich immer wieder angebracht werden.

Wenn Schlesien nur den Schlesiern gehören würde, müßte spätestens mit dem Aussterben der „Altschlesier" diese Ostprovinz in den Besitz Polens übergehen. Das wäre schließlich das Schicksal ganz Ostdeutschlands. So ist es also notwendig, daß Schlesien wieder im Gespräch ist. Es muß weiterhin auf der Tagesordnung bleiben.

K. Bruns,
Krefeld

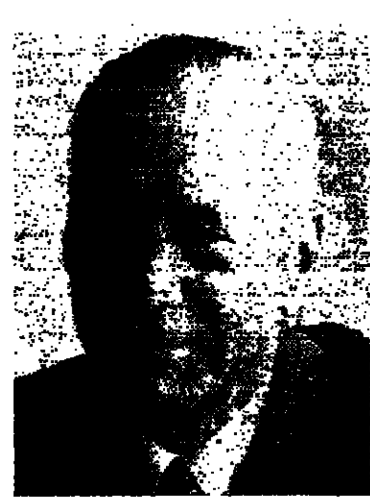
Personalien

GEBURTSTAGE

Am Mittwoch feiert in Bergisch Gladbach der Musikpädagoge **Gotthard Speer** seinen 70. Geburtstag. Speer, geboren in Kuhnern im schlesischen Kreis Neumarkt, kommt aus dem Volksschuldienst. Nachdem er die Pädagogische Akademie in Beuthen in Oberschlesien besucht hatte und nach Ablegung der Lehrerprüfungen war er bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges Lehrer in Seitendorf im Kreis Frankenstein. Gleichzeitig unterzog er sich einer Singschul-Lehrer-Ausbildung und studierte an der Hochschule für Musikerziehung in Berlin-Charlottenburg. Nach Kriegsdienst und Gefangenschaft begann er erneut eine Tätigkeit als Volksschullehrer im Münsterland. Dem Musikpädagogen eröffnete sich bald der Weg in eine Dozentur an den Pädagogischen Hochschulen in Paderborn und Köln und zehn Jahre danach, 1957, in eine ordentliche Professur für Musikerziehung an der Abteilung Köln der Musikhochschule Rheinland. Hier widmete er sich besonders der Jugendmusikpflege. Besondere Verdienste erwarb er sich in der Pflege der ostdeutschen, in Besonderheit der schlesischen Musiküberlieferungen, die ihm nunmehr seit 30 Jahren zur Lebensaufgabe wurden. Die Einrichtungen der „Rheinisch-Westfälischen Musiktage" als Fortführung der einstigen „Schlesischen Musiktage" in Görlitz, die Gründung des „Instituts für ostdeutsche Musik", in die außer dem Arbeitskreis auch die „Sammlung für ostdeutsche Musikpflege" der Ostdeutschen Forschungsstelle Nordrhein-Westfalen eingegangen ist, sind die markantesten Stationen auf dem Lebensweg dieses Musikpädagogen und Musikwissenschaftlers.

*

Adam Vollhardt, ein Journalist der alten Garde, begeht heute in Hamburg seinen 75. Geburtstag. In Neu-Isenburg bei Frankfurt am Main geboren, wirkte er nach Ausbildung und Tätigkeiten in Frankfurt und Königsberg lange Jahre im Nahen und Fernen Osten als Auslandskorrespondent, darunter in Jerusalem, Kairo und Tokio. Nach dem Krieg aus Japan zurückgekehrt, übernahm er zunächst in Frankfurt, dem Sitz der damaligen bizonalen Behörden, später dann in Bonn die Redaktionsbüros des „Hamburger Abendblatts" sowie der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung". 1958 wechselte er nach Hamburg, wo er dann zehn Jahre lang als Chefredakteur das Büro des Verlegers **Axel Springer** leitete. Von 1968 bis zu seiner Pensionierung 1975 war er dann mit Sonderaufgaben für die Geschäftsführung betraut. Darüber hinaus gehörte er von 1970 bis 1980 als Vertreter des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) dem Deutschen Presserat an und war auch Mitglied des Kuratoriums der Akademie für Publizistik in Hamburg.



Adam Vollhardt FOTO: DIE WELT

PRÄSIDIALAMT

Werner Nachmann, Vorsitzender des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, und Generalsekretär **Alexander Ginsburg** wurden von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** zu Gesprächen in der Villa Hammerschmidt in Bonn empfangen. Der Präsident orientierte sich über die Lage der jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland und diskutierte mit beiden Besuchern die Ausgestaltung des 8. Mai in Bonn.

*

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat den langjährigen Leiter Innenpolitik im Bundespräsidialamt, Ministerialdirektor **Paul Döring**, verabschiedet. Der Stellvertreter von Staatssekretär **Klaus Blech** scheidet nach 20jähriger Tätigkeit im Präsidialamt aus dem aktiven Staatsdienst aus. Bei einem Abschiedsempfang in der Villa Hammerschmidt in Bonn würdigten der Bundespräsident, der Staatssekretär und Personalratsvorsitzender **Horst Arnold** die großen Verdienste Dörings, der unter fünf Präsidenten in Bonn „als vorbildlicher Beamter" diesem Haus gedient hat. Von Weizsäcker schenkte Paul Döring sein Bild mit Widmung. Der Präsident sprach von dem „hohen Respekt und der herzlichen Dankbarkeit für eine beispielhafte und verantwortungsvolle Amtsführung". Paul Döring, Jahrgang 1920, hatte nach Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft in Berlin Jura studiert. Er war anschließend beim Senator für Inneres in Berlin tätig, arbeitete dann beim Bundesverwaltungsgericht, gehörte von 1963 bis 1967 dem Bundesinnenministerium an und kam 1967 in das Präsidialamt.

AUSZEICHNUNGEN

Professor Dr. **Hermann Haken** vom Institut für theoretische Physik der Universität Stuttgart wurde von der Europäischen Physikalischen Gesellschaft mit dem European Physical Society Travelling Lecturership Award 1985 ausgezeichnet. Die damit verbundenen Vorlesungen dienen als eines der Instrumente der Gesellschaft zur Förderung der Physik in Europa. Gleichzeitig ist der hiermit vergebene Titel eine Anerkennung für hervorragende wissenschaftliche Leistungen.

*

Im Mainzer Rathaus wurde dem stellvertretenden Programmdirektor des ZDF und Leiter der Zentralstelle für die Zusammenarbeit mit Dritten, **Peter Gerlach**, vom Oberbürgermeister **Jockel Fuchs** die Jupitersäule verliehen. Die Verleihung, so Oberbürgermeister Fuchs in seiner Laudatio, drücke den Dank und die Anerkennung der Stadt Mainz gegenüber der Arbeit eines Mannes aus, der sich mit großem Engagement seit 15 Jahren um die Stadt als medienpolitisches Zentrum verdient gemacht habe. Er habe vor allem durch seine Arbeit als Unterhaltungschef des ZDF in den Jahren von 1972 bis 1980 für die Zuschauer neue Dimensionen eröffnet. Peter Gerlach wird am 30. April 1985 aus den Diensten des ZDF ausscheiden und sich als Film- und Fernsehproduzent in Berlin und München niederlassen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern, Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden, Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 12, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Die Länderchefs

mal Manager mal Monarch

Kennen wir unsere Landesväter? Sind sie Politiker „zum Anfassen" oder Produkt einer sorgfältigen Öffentlichkeitsarbeit? Horst Stein hat diesen Männern beim Regieren zugeschaut, hat die Politiker befragt und mit ihren Wählern gesprochen. Diese Folge seiner WELT-Serie porträtiert Hans Koschnick, bald 20 Jahre Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen und damit Regierungschef des kleinsten Bundeslandes.

Zwei Jahrzehnte Bürgermeister

Hans Koschnick, Jahrgang 29, kommt aus Bremen, und er kommt von ganz unten: Sein Vater war Dreher und Gewerkschaftssekretär, und auch er arbeitete sich nach einer Verwaltungslehre über die Gewerkschaftsleiter nach oben. 1955, also mit 26, zog er zum erstenmal in die Bremer Bürgerschaft ein, acht Jahre später war er Innensenator, 1965 bereits zweiter Bürgermeister und 1967, nach dem Verlust der absoluten Mehrheit für die SPD, Senatspräsident und Bürgermeister des Stadtstaates Freie Hansestadt Bremen. Seit 1971 regiert Koschnick allein mit der SPD. Der Bürgermeister, der von 1975 bis 1979 neben Herbert Wehner stellvertretender Parteivorsitzender war, bis er sich auf das SPD-Präsidium beschränkte, ist seit 1983 Bundesbeauftragter für die deutsch-französischen Kulturbeziehungen. Hans Koschnick, verheiratet, ein Sohn, kämpft seit Jahren darum, der mit Problembranchen (Werften, Stahl, Fischerei) übersetzten Hansestadt neue Zukunftschancen zu eröffnen.

„Bremen ist nicht die ‚Titanic'"

Im schwarzen Anzug mit Weste, das Revers ordensfrei, wie es sich für Hanseaten geziemt, sieht Hans Koschnick womöglich noch straffer gekämmt aus als sonst. Aber er strahlt: Richard von Weizsäcker, der Bundespräsident, hat ihm soeben eine Reverenz erwiesen, die über protokollarische Artigkeiten hinausreicht: „Mein hoher Respekt gilt Ihnen nicht nur", sagte er an die Adresse des bremischen Regierungschefs, „weil Sie mir oft in Bibelkenntnissen und leider immer am Schachbrett überlegen sind, sondern weil Sie als Dienstältester unserer Ministerpräsidenten und Bürgermeister der Stadtstaaten einen großen, bleibenden und sehr verantwortungsvollen Beitrag für das Wohlergehen der Bundesrepublik Deutschland im ganzen leisten."

Das Publikum in der Oberen Halle des uralten Bremer Rathauses, die nirgendwo noch in der Bundesrepublik Deutschland ihresgleichen hat, klatscht Beifall. Wer seit Jahren soviel gezaust wird wie dieser auch von politischen Gegnern hochgeschätzte Vormann der Freien Hansestadt Bremen, so mag mancher denken, der hat aufmunternde Komplimente nötig. Denn wie mächtig auch die Zeugnisse einer gloriosen Vergangenheit von diesen Wänden und Balkendecken herniederblicken, schwach und gefährdet ist die Lage des Gemeinwesens Bremen in der Gegenwart. Koschnick, der selber gern die Historie bemüht – Spezialgebiet: Evangelische Kirchengeschichte –, will denn auch, wenn er die großen Zeiten beschwört, mehr den hanseatischen Durchhaltewillen und zähes Beharren ermutigen als vaterstädtische Hoffahrt kitzeln. Wenn einer weiß, wie mühselig der Weg aus der Talsohle sein wird, dann dieser Arbeiter im Weinberg des Herrn.

Doch selbst an diesem Tag, an dem Koschnick, halb würdevoll, halb aufgekratzt, aber ganz Landesvater, den Bundespräsidenten bei dessen Antrittsbesuch durch Bremen geleitet, erkennbar froh darüber, daß er einen Mann vor sich hat, der die Stadtstaaten-Problematik aus eigener Berliner Erfahrung kennt, selbst an diesem Tag zieht Koschnick es vor, seinen Sätzen einen kleinen ironischen Drall zu geben. Es macht die Lage erträglicher: „Die Bremer sind gewiß nicht tüchtiger als andere. Aber sie müssen sich wie alle Kleinen immer ein bißchen mehr anstrengen, immer versuchen, etwas fixer zu sein als die Konkurrenz. Darin liegt unsere Chance. Um es plastisch auszudrücken: Wir Bremer müssen eine Stunde früher aufstehen und eine Stunde später die Arbeit niederlegen, um im Wettbewerb mit Erfolg bestehen zu können." IG-Metaller zucken bei solchen Wendungen zusammen. Was der Bürgermeister da gebraucht, das ist fast schon Orwells „Neusprach" oder der Versuch, nach den Suggestionsmethoden Coués zu heilen: Geht es heute nicht schon deutlich besser als gestern? Natürlich würde Hans Koschnick, dieser fast zwei Zentner schwere Einsneunzigmann, dieser Schnellsprecher und Marathonarbeiter, lieber sagen: Kommt, Jungs, nun habt ihr genug über das Paradies auf Erden geredet und die Ernten der kommenden Jahre verteilt, nun nehmt mal wieder einen Spaten in die Hand und packt mit an. Denn das ist die Situation der alleinregierenden bremischen SPD, in der reformwütige Schwarmgeister immer wieder von Planwirtschaft und von Umverteilung träumen oder von Branchenräten. In der das törichte Gerede von einem wünschenswerten Nullwachstum so lange die Runde machte, bis es quasi von selbst zu einer Tatsache geworden war. Der Regierungschef hat jetzt die Malesche damit.

Gelegentlich ein Schlag auf das Donnerblech

Doch dreißig Jahre in der Politik, davon zwanzig als Senatspräsident, das heißt in der Doppelrolle als Bürgermeister der Stadt und Ministerpräsident des Bundeslandes, haben Hans Koschnick klug gemacht. Er weiß, wo die Minen liegen, und vermeidet sie, wenn ihn nicht gerade eine verborgene List leitet oder – auch schon mal – der Übermut plagt. Dann freilich sagt er Sätze wie: „Was soll das Gefasel von der Ideologie. Die ökonomischen Fakten müssen stimmen!" Oder, auf die Frage nach seinem immerwährenden Kleinkrieg mit dem wirtschaftsfeindlichen Flügel der SPD: „Meine Beziehungen zur Handelskammer sind, gottlob, besser als die zur Partei." Und: „Es kommt nicht darauf an, was geredet wird, sondern darauf, was wir im Senat tun." Hammerschläge auf das Donnerblech, die in der bremischen SPD lange nachhallen.

Da die Verfassung des Staates Bremen dem Bürgermeister nicht die Richtlinienkompetenz eines Regierungschefs zugesteht, muß er freilich als Primus inter pares bei allem, was er tut, im Senat und, nötigenfalls, bei der ihn tragenden Fraktion und der weithin fremd gewordenen („Ich hab' einfach keine Zeit für so was!") Partei um Mehrheiten werben. Selbst wenn ihm dabei seine Autorität, durch den triumphalen Wahlsieg von 1983 gestärkt, seine Routine und seine unvergleichliche Sachkenntnis helfen – Regieren bleibt in Bremen allemal ein mühseliges Geschäft. Und so zieht es auch Hans Koschnick häufig vor, sich die Plackerei ein wenig damit zu erleichtern, daß er ein bißchen „links" redet, um ungestörter „rechts", will sagen: pragmatisch, handeln zu können. Im Mai 1980 etwa, als es im Zusammenhang mit einer öffentlichen Gelöbnisfeier der Bundeswehr in Bremen zu heftigen Ausschreitungen gekommen war, sprach der Bürgermeister vom überflüssigen „Brimborium eines vordemokratischen Rituals".

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das Wort, das rasch die Runde machte, ein klassisches Beispiel für Koschnicks Beherrschung des semantischen Rauchvorhanges, bezog sich allerdings nur auf den bei dieser Veranstaltung gespielten Großen Zapfenstreich. Die Gelöbnisfeier selbst wurde von Koschnick nachdrücklich verteidigt – so wie er seinen Sohn Peter selbstverständlich „zum Bund" gehen ließ, um der Wehrpflicht zu genügen. Der Referendar macht mittlerweile eine Wehrübung, die ihn zum Oberleutnant befördern soll.

Koschnick beugte sich auch den Forderungen aus der Partei, die Gewerbesteuerhebesätze in Bremen zu erhöhen, damit die soziale Symmetrie gewahrt bleibe, aber er achtet zugleich darauf, daß die Margen der Nachbarländer nicht überschritten und ansiedlungswillige Unternehmen nicht abgeschreckt werden. Seit Jahren nimmt der Regierungschef ferner diskret, aber wirkungsvoll und mit dem harmlosesten Gesicht der Welt Einfluß auf die Planungen der 1970 gegründeten Bremer Reformuniversität. Sein Ziel ist es, die als „rote Kaderschmiede" verschriene Hochschule durch den Ausbau naturwissenschaftlicher Disziplinen wie Informatik, Geowissenschaft oder Produktionstechnik für die industrielle Zukunft der Hansestadt nutzbar zu machen. „Natürlich", gesteht Koschnick, „ist die Uni mit einem 100-Millionen-Etat für Bremen viel zu groß, aber für die Infrastruktur der Region brauchen wir sie einfach." Der Bürgermeister glaubt daran, daß sich zu Fertigungen wie dem Weltraumlabor für das „Space Shuttle" und der Ariane-Rakete oder den Daimler-Wagen eines nicht zu fernen Tages auch andere Weißkittel-Produktionen gesellen werden.

Er weiß, daß Bundesländer, etwa Bayern und Baden-Württemberg, sehr früh schon bestrebt waren, Wissenschaftler und Forschungsinstitute ins Land zu lokcken, daß aber die Bremer wie die Saarbrücker oder die Manager aus Dortmund und Essen „in der Manier von Bergassessoren oder Stahlassessoren gedacht haben, das gehe immer so weiter mit ihrer Montanindustrie und ihren Werften". So kam denn die Volkswirtschaft des kleinsten Bundeslandes – eben 685 000 Einwohner auf 404 Quadratkilometern – zum höchsten Anteil an Problembranchen: fast 40 Prozent, und nur die Krise der Fischereiwirtschaft kam unerwartet, denn die geht auf die Limitierung der Fangquoten zurück. Noch heute spricht Hans Koschnick mit Betroffenheit davon, wie ihn „die eigenen Leute", die Werftarbeiter der Weser AG aus seinem Heimatstadtteil Gröpelingen, im vorvergangenen Sommer „Verräter" und „Werftenkiller" schimpften, als er ihnen mitteilen mußte, daß das Unternehmen nicht zu retten sei.

Seitdem, seit die Ausleger stillgelegter Kräne wie die Schlafbäume des Pleitegeiers über Bremens Dächer ragen, ist der rastlose Mann noch rastloser geworden, pflügt sich 16 Stunden am Tag durch Aktenberge, den Schädel fast wie Zeus wolkenverhüllt – von der ewigen Zigarre, inspiziert Betriebe, rattert, Jackett gegen Strickjacke getauscht, im Dienstwagen nach Bonn oder jettet als Akquisiteur für die bremische Wirtschaft hinter Aufträgen her. „Wir haben keinen besseren Fürsprecher", sagen die Bremer.

Verfolgungsjagd von Zinsen und Krediten

Es ist, als memoriere der Bürgermeister jeden Morgen das Motto, das über der Uhr vor seinem Amtszimmer steht: Die Zeit ist heilig! Ein Satz, der die Lebenserfahrung von Kauffahrern und Fischern ausdrückt: daß man bereit sein muß, zu handeln und rasch das Nötige zu tun, wenn die Winde umspringen und die Tide wechselt.

Koschnick, so scheint es, macht sich insgeheim ein Gewissen daraus, nicht rechtzeitig erkannt zu haben, daß sich da in Bremen, seinem Bremen, eine Defizit-Mechanik entwikkelt, die schier niemand mehr in den Griff bekommen kann, eine nicht mehr aufhaltbare „Verfolgungsjagd der Zinsen auf die Kredite", wie jemand formulierte. Das fing schon damit an, daß jene Bürger, die ins nahe Niedersachsen übersiedelten, aber ihren Arbeitsplatz in der Hansestadt behielten, seit der Finanzreform des Jahres 1969 dort ihre Steuern bezahlen – ein ständiger Aderlaß von 100 Millionen Mark jährlich. Und es setzte sich damit fort, daß der Stadtstaat, ehedem eine der reichsten Regionen Europas, unbekümmert um Konjunkturen und Krisen und die Zäsuren der beiden Ölschocks, zu einer Genossen-Republik entwickelt wurde, in der, wie Kritiker formulierten, „das soziale Gewissen zunehmend über Soll und Haben triumphierte". Die bewährte Koalition zwischen den Arbeitern und der Kaufmannschaft, von Koschnicks Vorgänger Wilhelm Kaisen sorgsam gezimmert, hielt dem nicht stand. Seit 1971 regiert die SPD allein, zum Leidwesen Koschnicks, wie man vermuten darf, der seither keinen Knüppel mehr hat, die eigenen Maximalisten zu züchtigen.

Arbeitslosenquote, Pro-Kopf-Verschuldung, Abwanderung von Unternehmen – was auch immer: Ohne den herkulischen Einsatz dieses Hans Koschnick wäre alles noch viel schlimmer gekommen, darin stimmen viele Beobachter überein. CDU-Ministerpräsidenten wie Wirtschaftsmanager halten große Stücke von der Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit des Bremers. Ihm selbst macht es noch in der Rückerinnerung erkennbar Freude, wenn er vom guten Gang der Airbus-Gespräche mit Franz Josef Strauß oder von den Verhandlungen mit Daimler-Bossen über die Errichtung des Bremer Zweigwerkes erzählt: „Wenn ich sage, ich mache eure Baupläne beschwerdefrei, dann muß ich das gründlich geprüft haben, und dann muß das stimmen." Wenn er sich erst einmal eingestimmt hat, erzählt er gern und gut, im Gespräch rasch, beweglich, lachlustig und herzlich und vom eigenen Elefantengedächtnis immer wieder stolz überrascht.

Am stärksten beeindruckt indes der Optimismus Hans Koschnicks, der nach all dem, was er in Bremen und mit Bremen erlebt hat, eigentlich unglaublich ist. „Ach Quatsch", sagt er auf die Frage, ob ihn denn die Hansestadt, die einstmals stolzen Schiffen den Namen gab, nicht zuweilen, in Momenten der Resignation, an die „Titanic" erinnert habe, den Luxusliner, der so jäh unterging. „Bremen ist nicht die ‚Titanic'!" brummt er unwirsch, und daran hat er weder jetzt noch offensichtlich jemals den leisesten Zweifel gehabt. „Wir Bremer jammern nicht", sagt Koschnick bei seinen unzähligen Auftritten draußen wie drinnen, „wir packen an!" Und es klingt wie ein Tagesbefehl.

Einem Gemälde aus dem Jahr 1946 nur ist die Jeremiade erlaubt. Es heißt „Bremens Klage" und zeigt ein trauerndes Frauenantlitz über brennenden Ruinen – Erinnerung an die Terrorangriffe des Zweiten Weltkrieges, denen die halbe Stadt zum Opfer fiel.

So rückt man Proportionen zurecht.

„Nationale Interessen beachten“

■ Fortsetzung von Seite 1

ihm nicht hineingeredet, weil sie bewußt davon ausgegangen ist, daß ein deutscher Sportfunktionär die nationale Identität nicht verletzt. Wenn dies aber passiert, dann muß sich auch ein so verdienter Sportfunktionär wie Neuberger der Kritik stellen. Bisher klangen seine Erklärungen nicht plausibel“, betonte Waigel.

*

Der DFB will sich dem öffentlichen Druck nicht beugen. Die Europameisterschaft 1988 werde auch dann in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden, wenn es nicht gelingen sollte, Berlin noch nachträglich zu einem Spielort zu machen, sagte Präsident Hermann Neuberger in Lissabon. Er reagierte damit auf die sowohl von Bundeskanzler Helmut Kohl als auch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker geäußerte Erwartung auf einen Verzicht auf die Europameisterschaft, wenn Berlin ausgeschlossen bleiben sollte. In direkter Erwiderung auf den Bundeskanzler erklärte Neuberger, ein solcher Wunsch „ist schnell dahergesagt“. Bundespräsident von Weizsäcker, Kanzler Kohl und der für Sport zuständige Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann wollen, wie die „Welt am Sonntag“ berichtete, der Eröffnungszeremonie der EM demonstrativ fernbleiben, sollte die EM ohne Berlin stattfinden.

Der Bundespräsident hatte in einer Fernsehsendung gesagt: „Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Der DFB ist auf öffentliches Verständnis angewiesen, und er wird im eigenen Interesse das Mögliche tun, um die bisherige Entscheidung zu korrigieren.“ Eine solche Korrektur forderte mit großer Mehrheit auch der Bundesparteitag der FDP.

Der sportpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Peter Büchner forderte Neuberger auf, im Sportausschuß des Bundestags Auskunft über die Bewerbung für die Europameisterschaft 1988 zu geben. Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen erneuerte seine Kritik am DFB mit der Aussage, er fühle sich „ausgetrickst“. Trotz der Versicherungen der DFB-Verantwortlichen habe er keineswegs den Eindruck gewinnen können, daß der Verband die Interessen Berlins bei der Bewerbung mit dem notwendigen Nachdruck vertreten habe.

Mit blockierten Schienen im Wendland protestiert

1000 Kernkraftgegner kamen zu den „Aktionstagen“

DETLEV AHLERS, Dannenberg

Mit zum Teil militanten Aktionen haben etwa 1000 Atomkraftgegner am Wochenende im niedersächsischen Lüchow-Dannenberg gegen Atommülltransporte protestiert. Zu den „Aktionstagen im Wendland“ gegen das Atommüllager in Gorleben, die von der Bezirksregierung verboten worden waren, hatten Kernkraftgegner und verschiedene Bürgerinitiativen aufgerufen.

Die Eisenbahnstrecke zwischen Uelzen und Dannenberg wurde nach Angaben der Polizei mehrfach mit Holzstämmen versperrt, etwa 130 Gleismuttern gelockert und die Schienen an einer Stelle mit Schnellbindebeton blockiert. Die Straße von Dannenberg nach Gorleben wurde mit etwa 80 Fahrzeugen und Holzhaufen gesperrt. Die Polizei, die starke Aufgebote zusammengezogen hatte, nahm 105 Personen vorübergehend fest.

Gestern vormittag gingen die Demonstranten dann auf eine „Busrundfahrt“, die unter anderem an den Privathäusern von Politikern vorbei führte, die das Atommüllager befürworten. Ihre Sprache war zum Teil haßerfüllt. Die Demonstration sollte am Nachmittag mit einer Kundgebung in Dannenberg zu Ende gehen.

Veranstalter der „Aktionstage im Wendland“ war die Bürger-Initiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), das als militant eingeschätzte „Göttinger Aktionskomitee gegen Atomkraft“, sowie Gruppen aus Hannover, Bremen und Hamburg. Der Landesverband der Grünen Niedersachsen und deren Landtagsfraktion nannten das allgemeine Kundgebungsverbot einen Teil der „menschenfeindlichen Atompolitik“.

Keine der Demonstrationen war angemeldet; die Veranstalter traten nur allgemein als „Freie Republik Wendland“ auf, also unter dem Namen eines Holzhüttenlagers, das monatelang am Bohrloch 1004 in Gorleben stand und 1980 abgerissen wurde.

Hans Kempmann, Sprecher der BI, sagte der WELT, es sei Sinn der Aktionstage, „den politischen Preis“ für das Lager ins „Unkalkulierbare“ hochzutreiben. Es gebe Gruppen mit unterschiedlichen „Widerstandsmethoden“, doch man lasse sich „nicht spalten durch eine Kriminalisierungswelle“. Dieselbe Ansicht vertrat der Beisitzer im Grünen Landesvorstand, Ladkau.

In Gruppen von fünf bis 25 Leuten hatten sich die Demonstranten am Samstag auf einen sogenannten „Bahnspaziergang“ begeben. Auf der Strecke Uelzen–Dannenberg, die seit mehreren Monaten schon Ziel von Störaktionen ist, soll in den nächsten Wochen der erste Transport von abgebrannten Brennelementen des Kraftwerkes Stade bis zum Bahnhof Dannenberg-Ost rollen, und von dort aus schließlich mit Lastwagen ins Lager Gorleben gebracht werden.

Während des „Gleisspaziergangs“ setzte die Polizei in dem für Fahrzeuge unzugänglichen Gebiet Mannschaftstransport-Hubschrauber ein. Gruppen von Demonstranten, die gerade beim Hindernisbau waren, wurden auseinandergetrieben. Einzelne waren maskiert und erinnerten in Kleidung, Gehabe und Wortwahl an die militanten Demonstrationen bei der Startbahn West, den „Häuserkampf“ in Berlin und die Schlägereien um Brokdorf. Viele der „Spaziergänger“, unter ihnen Familien mit Säuglingen im Hängetuch und Kindern an der Hand, waren aber friedlich eingestellt: Sie sangen Lieder.

Logistisches Zentrum der Demonstranten waren die „Bauernstuben“ in Trebel und deren Festsaal. Den Angereisten wurden hier Schlafplätze bei Bauern im Umkreis vermittelt. Der Saal selbst, wo es am Samstagabend ein alternatives Fest mit Musik gab, glich in der Nacht einem Feldlager. Im Garten der Gastwirtschaft wurde von der BI ein Stein enthüllt, auf dem die Namen von politischen Gegnern eingraviert sind.

Hier wurde auch zur Blockade der Straße für den Samstagnachmittag aufgerufen. Die Aktion bei dem mittlerweile einsetzenden Schneefall wurde von der Polizei nach etwa einer Stunde aufgelöst. Zu Schlägereien oder Ausschreitungen kam es dabei nicht.

In der Nacht zum Sonntag aber fand die Polizei bei einer Razzia in einem Lokal, das als Versammlungsort der Kernkraftgegner bekannt ist, knapp 100 Flugblätter mit den Adressen von Polizisten und den Worten: „Ihr habt die Möglichkeit, die Schweine direkt zu kriegen“. Gegen den Wirt wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Shamir: Vereinbarung Jordaniens mit Arafat dient nicht dem Frieden

Gespräche mit PLO, internationale Nahost-Konferenz und Palästinenserstaat abgelehnt

rtr/dpa, Tel Aviv/Amman

Israels Außenminister Yitzhak Shamir hat die in Amman getroffene palästinensisch-jordanische Vereinbarung in den Kernpunkten abgelehnt und als nicht dem Frieden dienlich bezeichnet. Vor dem Abflug zu einem Europabesuch sagte Shamir gestern, die Vereinbarung zwischen dem PLO-Chef Yassir Arafat und dem jordanischen König Hussein enthalte drei für Israel nicht akzeptable Bestandteile. Israel lehne Gespräche mit der PLO ab, halte eine internationale Nahost-Konferenz nicht für sinnvoll und sei gegen die Errichtung eines Palästinenserstaates. Shamir bekräftigte seine Auffassung, daß dieser Vorstoß nur dazu dienen solle, die USA zur Änderung ihrer Haltung gegenüber der PLO zu bewegen. Es gebe keinen Mangel an Friedensplänen, sondern einen Mangel an Friedensbereitschaft der arabischen Staaten, fügte Shamir hinzu.

Shamir sagte, bei seinen Gesprächen in Bonn werde er erneut die ablehnende Haltung Israels zu möglichen Waffenverkäufen an arabische Staaten zur Sprache bringen. In Paris, Bonn und Den Haag will Shamir außerdem erreichen, daß Israel seine Agrarexporte in die EG-Länder auch bei der Erweiterung der Gemeinschaft im bisherigen Umfang aufrechterhalten kann.

Die jordanisch-palästinensische Vereinbarung ist am Wochenende in der jordanischen Hauptstadt veröffentlicht worden. Diese gemeinsame Initiative zielt auf eine Verwirklichung einer „friedlichen und gerechten Lösung des Nahost-Konflikts und die Beendigung der israelischen Besetzung der arabischen Gebiete einschließlich Jerusalems“ auf der Basis folgender fünf Punkte:

- Vollständiger Abzug der Israelis aus den 1967 besetzten arabischen Gebieten gemäß dem in den Resolutionen der Vereinten Nationen und des Weltsicherheitsrates festgelegten Prinzip „Land gegen Frieden“.
- Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung: Die Palästinenser werden ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung ausüben, wenn Jordanier und Palästinenser dazu in der Lage sind, dies im Rahmen der Bildung einer vorgeschlagenen Konföderation arabischer Staaten zwischen Jordanien und Palästina zu tun.
- Lösung des Problems der palästinensischen Flüchtlinge in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Vereinten Nationen.
- Lösung der Palästinenserfrage in allen ihren Aspekten.
- Auf dieser Basis werden Friedensverhandlungen unter der Obhut einer internationalen Konferenz stattfinden, an der die fünf ständigen Mitgliedsstaaten des Weltsicherheitsrates und alle betroffenen Parteien des Konfliktes teilnehmen, einschließlich der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als der einzig legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes in einer gemeinsamen (jordanisch-palästinensischen) Delegation.

Jordaniens Informationsminister Taher Hikmat, der den Wortlaut der Vereinbarung bekanntgab, verwies darauf, daß die Resolution 242 des Weltsicherheitsrates zu den UNO-Entschließungen gehöre, auf die sich die Hussein-Arafat-Initiative gründe.

Seite 2: Schritt für Schritt

Neuer Protest gegen Polens Preispolitik

DW. Warschau

In ungewöhnlich scharfer Form haben die offiziellen polnischen Gewerkschaften gegen den Plan der Regierung in Warschau protestiert, der den Abbau der Preissubventionen für Lebensmittel, die Verteuerung von Kohle, Strom und Gas und die Einschränkung der Rationierung von Getreide, Fetten und Schokolade vorsieht. Der stellvertretende Vorsitzende des Koordinationsausschusses der regimetreuen Gewerkschaften, Romuald Sosnowski, erklärte, die Aufhebung der Rationierung würde auch bei Zahlung des geplanten Lohnausgleichs „zu einer Senkung des Lebensstandards der arbeitenden Menschen führen“.

Ein prominenter Berater der „Solidarität“ interpretierte den Protest der parteitreuen Gewerkschaften als Indiz dafür, daß der Staat die Preiserhöhungen angesichts des für den 28. Februar geplanten Proteststreiks zurückstellen werde.

Kompromiß für abgasarme Pkw?

AFP, Amsterdam

Die Niederlande wollen der EG-Umweltkonferenz am 7. März als Kompromißlösung im Streit um die Einführung abgasarmer Automobile eine bis 1995 gestreckte Lösung in drei Etappen vorschlagen. Dies kündigte am Wochenende ein holländischer Regierungssprecher an. Der Vorschlag sehe vor, daß ab 1987 zunächst alle Personenkraftwagen mit mehr als zwei Liter Hubraum mit Vorrichtungen zur Reduzierung der Schadstoffe in den Abgasen versehen sein müssen.

Ein Jahr später soll dies für die Pkw mittlerer Motorenstärke (1,1 bis zwei Liter Hubraum) gelten. Für Kleinwagen (weniger als 1,1 Liter Hubraum) würden die Vorschriften zwischen 1992 und 1995 eingeführt. Der niederländische Umweltminister Pieter Winsemius hoffe, die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens für seinen Kompromißvorschlag gewinnen zu können.

Äthiopien will Falaschen zurück

AP, Addis Abeba

Äthiopien hat am Wochenende Israel beschuldigt, Tausende äthiopischer Juden gewaltsam aus ihrer angestammten Heimat verschleppt zu haben, und hat die Rückkehr dieser auch „Falaschen“ oder „schwarze Juden“ genannten Menschen verlangt.

Nach Angaben der Londoner „Times“ wurden zwischen November 1984 und dem 5. Januar 1985 genau 7354 äthiopische Juden mit einer geheimen Luftbrücke über Sudan und westeuropäische Länder nach Israel gebracht. Die meisten von ihnen waren dem Verhungern nahe.

Die Aktion wurde abgebrochen, nachdem sie an die Öffentlichkeit gelangt war. In Äthiopien und in sudanesischen Flüchtlingslagern blieben 7000 bis 12 000 äthiopische Juden zurück. Von der Dürre- und Hungerkatastrophe in Äthiopien sind acht Millionen der 41 Millionen Einwohner des Landes betroffen.

Bangemann: „Nur noch wenige Quertreiber“

● Fortsetzung von Seite 1

wir werden keine Lösungen akzeptieren können, die Grundsätze der FDP gefährden. Es gibt in dieser Koalition auch einige Dinge, die wir nicht gemeinsam machen, weil sie nicht auf einen gemeinsamen Nenner kommen werden. Man sagt dann schlicht und ergreifend: Da sind wir zu weit auseinander.

WELT: Sie haben in Saarbrücken sehr viel Wert auf die Unterscheidung der FDP zu den Volksparteien gelegt.

Bangemann: Die Liberalen müssen sich stärker als eine Volkspartei an Grundsätzen orientieren, die zum Teil Wertcharakter haben wie Individualität, Freiheit des einzelnen.

WELT: Gibt es unterschiedliche Werte für Wirtschafts- und Rechtsstaatsliberale?

Bangemann: Es gibt keine Unterschiede zwischen Wirtschaftsliberalen und Rechtsliberalen, weil sie dieselben Ordnungsprinzipien haben. So gilt in der Wirtschaftspolitik das Eintreten für möglichst viel Freiheit und für möglichst wenig staatliche Intervention. Genauso wie im Rechtsstaatsbereich.

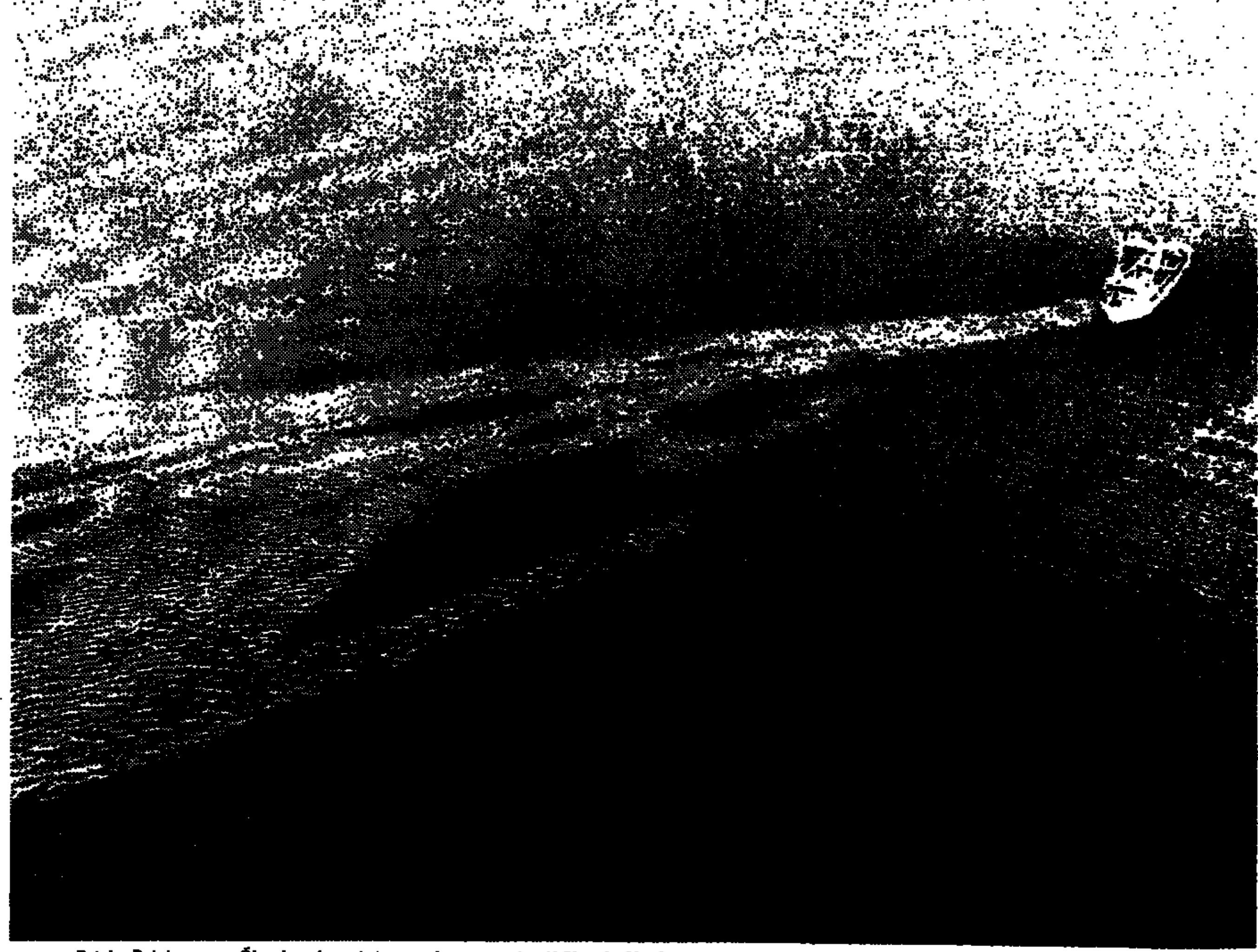
WELT: Wenn es keine Wertunterschiede gibt, haben Sie dann mit Graf Lambsdorff aktuelle Schwierigkeiten?

Bangemann: Ich habe den Rentenkompromiß, den wir mit der Union gefunden haben, in der Sache für richtig gehalten. Dieser Meinung ist Lambsdorff nicht. Aber deswegen bricht die Welt nicht zusammen, schon gar nicht gibt es einen persönlichen Gegensatz zwischen ihm und mir.

Albrecht warnt vor Resignation

DW. Bad Pyrmont

Vor Resignation bei der Bewältigung zukünftiger Aufgaben hat Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht auf dem Niedersachsentag der Jungen Union in Bad Pyrmont gewarnt. Vor den Delegierten des Niedersachsentages, der unter dem Motto „Für eine menschenwürdige Zukunft im 21. Jahrhundert“ stand, meinte der Regierungschef: „Die wirtschaftstechnologische Entwicklung ist das Thema, das uns in den nächsten zehn Jahren bedrückt.“



Bei der Reinigung von Öltanks gelangt immer noch tonnenweise Altöl in die Nordsee.

Nischen gesucht

adh. – Rund um den Dollar kreisen immer wieder die Gespräche der Aussteller und Einkäufer auf der Frankfurter Frühjahrsmesse, ein internationaler Markt konzentriert auf dem voll ausgebuchten Messegelände. Daß die Wertungen dabei unterschiedlich sind, liegt auf der Hand. Die 14 US-amerikanischen Küchenhersteller, die erstmals das Angebot um Küche und Hausrat vervollständigen, sehen die Folgen des hohen Dollarkurses zwangsläufig anders als der Kunsthandwerker, der den amerikanischen Geschmack exakt traf und fast seine ganze Jahresproduktion auf einen Schlag nach USA verkauft. Unbestritten ist jedoch, daß sich die hohe Kaufkraft des Dollars für viele deutsche Anbieter auf der Konsumgüterindustrie als wichtige Basis für ihr Geschäft gezeigt hat und wohl vorläufig auch noch zeigen wird. Manchen ist dabei nicht ganz wohl. Denn eine Veränderung der Wechselkursparitäten könnte den flotten Geschäftsgang rasch zum Erliegen kommen lassen.

Deshalb werden Hoffnungen vor allem auf das Geschäft in Deutschland gesetzt. Nachdem sich die Bundesbürger im vergangenen Jahr mit den Ausgaben für die „Schönen Dinge des Lebens" sehr zurückgehalten haben, hoffen die Anbieter bei sich festigendem Aufschwung auf mehr Mut der Bürger, auch dafür wieder Geld auszugeben. Daß dies nicht quer über „die" Branche geht, wissen alle. Deshalb ist die Suche nach Nischen, in denen man „Markt machen" kann, in vollem Gange. Ob von einzelnen Firmen Treffer gelandet wurden, wird sich erst am Ende der Messe sagen lassen. Bisher ist eine neue Welle nicht in Sicht.

Tief im Schlamassel

Von JOACHIM GEHLHOFF

Manchmal ist es nützlich, als reinen Herzens Gutgläubiger zu argumentieren. Der Abstand zwischen maßlos ins Kraut geschossener Unvernunft und ach so einleuchtend scheinender Vernunft des politischen Handelns wird dann aufrüttelnd deutlich. Der Bundesverband Deutscher Stahlhandel nahm (nicht frei von Hintersinn) diese Position des Arglosen ein, als er dieser Tage die ab März beginnende Einbindung auch der kleinsten Stahlhändler in die EG-Pflicht der Preislistenführung und des Diskriminierungsverbots als Genesungsbeitrag für die Stahlwirtschaft begrüßte:

Knapp ein Jahr habe man nun ohnehin nur noch Zeit. Ab 1986 werde der ganze Dirigismus-Rattenschwanz von Subventionsgenehmigungen (mit Stillegungs-Auflagen), von Produktionsquoten und Mindestpreisen, von Warenbegleitpapieren für den „kanalisierten" Stahlaustausch innerhalb des gemeinsamen Europamarktes und von Preislistenveröffentlichungspflicht „als stützende Hilfen der Vergangenheit angehören".

Eine für tüchtige Produzenten und Händler wie für die Kundschaft gleichermaßen herrliche Vision der Rückkehr zur Marktwirtschaft bei diesem unverändert wichtigen Werkstoff aller Industrieproduktion wird da beschworen.

Und nicht nur eine Vision. Sondern auch die notwendige Erinnerung daran, daß im nun elften Jahr der europäischen Stahlkrise die seit einem halben Jahrzehnt wiederholten Schwüre der Regierungen aller zehn EG-Mitgliedsländer Wirklichkeit werden sollten, ab 1986 mit der Stahl-Zwangswirtschaft endlich Schluß machen.

In Wahrheit (und das weiß natürlich auch der Stahlhändlerverband) steckt die EG-Politik, gerade noch zehn Monate vom so oft verkündeten Ende des Stahl-Dirigismus entfernt, derzeit tief im Schlamassel. Sie wird und wird nicht mit dem Problem fertig, daß nationale Subventionen für die Sicherung nationaler Stahl-Arbeitsplätze auf Teufel komm raus und mit dem teuflischen Ziel fließen, den für alle alten Stahlerzeugungsländer unausweichlichen Abbau von Kapazitäten und Arbeitsplätzen tunlichst mehr beim Nachbarn als im eigenen Land geschehen zu lassen.

Schon dreimal hat der EG-Ministerrat seit letztem November vergeblich versucht, diese Subventionslawine mit dem Jahresende 1985 endgültig zu stoppen. Auch seine nächste Sitzung am 5. März steht da unter keinem guten Stern.

Manche Auguren meinen, der für Ende März anberaumte EG-Gipfel der Staats- und Regierungschefs werde denn wohl doch endlich den notwendigen Kompromiß zwischen neuen Subventionsplänen (zumal in Frankreich und Italien) und Subventionsüberdruß (zumal in der Bundesrepublik, Großbritannien und Holland) bringen und die Vision vom freien Stahlmarkt nicht in aschgraue Zukunft verbannen.

Der Realist muß zweifeln, ob dieser Befreiungsschlag tatsächlich gelingt. Zu groß für den Markt sind immer noch vielerorts in Europa die Stahlkapazitäten. Und zu gewaltig ist die Summe von 32 Milliarden DM Subventionen, die allein in diesem Jahr noch in die EG-Stahlindustrien (*davon nur 1,1 Milliarden in die deutschen Werke*) fließen sollen und die den Berg der seit 1975 aufgetürmten EG-Stahlsubventionen auf mehr als 100 Milliarden DM bringen.

Also wird man sich wohl auf weitere zwei bis drei „Übergangsjahre" der Stahl-Zwangswirtschaft einrichten müssen. Bringen die dann wirklich den Übergang in die Freiheit, so würden gewiß auch die deutsche Stahlindustrie und die Bundesregierung diese neue Kröte noch einmal schlucken.

Dies freilich mit dem Vorbehalt, daß die auch beim Kapazitätsabbau wieder mal tüchtigsten und bei den Subventionen bescheidensten Deutschen mit zusätzlichen Produktionsrechten wenigstens Teil-Kompensation ihres bislang überdurchschnittlichen Beitrags zur Strukturbereinigung erhalten.

Was dazu nun an zähem Verhandlungs-Pokerspiel in der Europapolitik beginnt, darf das Endziel der Freiheit nicht aus dem Auge verlieren. Es ist keinen Tag zu früh, wenn auch der deutsche Stahlhändlerverband jetzt wieder an dieses unverzichtbare Ziel erinnert.

KONJUNKTUR / Ausländische Kundschaft zeigt Einkaufslust – Handel vorsichtig

Frankfurter Frühjahrsmesse mit mehr Schwung gestartet als 1984

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Es geht weiter aufwärts, wenn auch nicht mit einem Ruck – so lautet der Tenor nach den ersten beiden Tagen der Internationalen Frankfurter Frühjahrsmesse: Die größte Konsumgüterschau der Welt ist nach Ansicht der Beteiligten eindeutig mit mehr Schwung gestartet als im Vorjahr. Nicht ganz so positiv ist das Echo von der parallel in Offenbach laufenden Internationalen Lederwarenmesse, wo 465 Aussteller aus 20 Ländern ihre Kollektionen zeigen. Sie sprechen von einem „ruhigen" Beginn.

Zwar blieb Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg in seiner Eröffnungsrede in Frankfurt den von vielen der mittelständischen Aussteller erhofften Hinweis auf eine Senkung der ertragsunabhängigen Unternehmenssteuern schuldig, aber der guten Stimmung zu Messebeginn tat dies keinen Abbruch. Denn offensichtlich wurden an den Ständen der insgesamt 4400 Ausstellern aus 56 Ländern schon in den ersten beiden Messetagen Aufträge geschrieben.

Dafür sorgten vor allem die ausländischen Fachbesucher. Besonders von den Einkäufern aus den Dollar-Ländern wurde „Einkaufslust" registriert. Sie sind, wie die Messegesellschaft betont, diesmal in deutlich stärkerer Zahl nach Frankfurt gereist als in den Vorjahren, offenbar soll gezielt der Währungsvorteil genutzt werden. Auch wieder aufgetaucht sind bereits am ersten Messetag Einkäufer aus Saudi-Arabien, die sich in den beiden zurückliegenden Jahren deutlich zurückgehalten hatten.

Im vergangenen Jahr waren insgesamt 20 Prozent der rund 100 000 Einkäufer aus dem Ausland gekommen. Bei insgesamt steigenden Besucherzahlen rechnet die Messegesellschaft in diesem Jahr auch mit einem höheren Ausländeranteil. Weniger lebhaft ging es nach Bekunden der Aussteller, die ihr Angebot in acht „Fachmessen" gebündelt anbieten, beim Geschäft mit den Kunden aus dem inländischen Handel zu. „Der Handel wägt sehr vorsichtig, teilweise sogar mit der Apothekerwaage", ist zu hören.

Dahinter steckt die Sorge des Handels, der im vergangenen Jahr überwiegend real mit Minusraten abgeschlossen hat (der gesamte Einzelhandel steigerte seinen Umsatz real lediglich um ein halbes Prozent auf rund 470 Milliarden Mark), durch zu große Lagerhaltung Kapital zu binden. An der Tendenz, durch Nachbestellungen (falls das Geschäft doch besser läuft als erwartet) mit kürzesten Lieferfristen einen Teil des Lagerrisikos an die Hersteller abzuwälzen, wird sich also vorerst nichts ändern. Deutlich spürbar ist nach Angaben zahlreicher Aussteller bei den deutschen Einkäufern auch ein Widerstand gegen Preiserhöhungen. Vor diesem Hintergrund bleibt fraglich, ob die in Teilbereichen genannten Preisaufschläge von bis zu zehn Prozent (die mit Rohstoffverteuerung begründet werden) zu erzielen sind.

Vom weiteren Verlauf der Frühjahrsmesse versprechen sich alle Beteiligten und die Konjunkturauguren einen Hinweis der Konsumgüter-Konjunktur. Den dafür wesentlichen privaten Verbrauch sieht das Ifo-Institut, München, für dieses Jahr mit real 1,5 Prozent steigen. Dabei wird weiterhin ein Anstieg der Verbraucherpreise von „wenig mehr als zwei Prozent" unterstellt. Im vergangenen Jahr hatte der private Verbrauch, der immerhin gut die Hälfte zum Bruttosozialprodukt beiträgt, kaum zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Der derzeitige Konjunkturaufschwung braucht die Stützung durch die Konsumgüterindustrie, meinte der hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger (SPD) in seinem Beitrag zur Messe-Eröffnung, der die im Schatten des hohen Dollarkurses möglichen hohen Exporte nicht als ausreichend solide Grundlage für einen dauerhaften Konjunkturaufschwung sieht. Dem dürften jedoch jene deutsche Unternehmen aus der Konsumgüterindustrie widersprechen, denen eine immer noch steigende Exportquote, die in einigen Fällen den für die Branche ungewöhnlich hohen Anteil von 50 Prozent der Umsätze erreicht, eine blendende Firmenkonjunktur beschert. Bis Mittwoch erwarten die Aussteller Einkäufer aus über 90 Ländern.

US-AKTIENMÄRKTE

Der Höhenflug des Dollar löste wieder Zinsängste aus

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Auch nach der zweiten Woche, in der Amerikas Aktienmärkte Boden verloren, glaubt die Wall Street fest an eine Fortsetzung der Hausse. Damit die Stimmung nicht umschlägt, ist schnell eine neue Studie vorgelegt worden. Danach sind die Kurse seit der Gründung der New York Stock Exchange 1792 in jedem Jahr nach einer Präsidentschaftswahl, das mit einer „5" endete, in die Höhe geschossen. Legt man die bisherigen Erfahrungen zugrunde, müßte der populäre Dow-Jones-Industrie-Index in diesem Jahr 26 Prozent zulegen. Prompt vorausgesagt wird ein Durchstoßen der 1500-Marke etwa im Herbst.

Ernsthaftere Analysen zeigen, daß sich die Börse in einer ganz normalen Konsolidierungsphase befindet, nachdem am 29. Januar mit 1292,62 Punkten ein neues Hoch erreicht worden war. Eine Hausse ohne Unterbrechungen, die vor allem durch Gewinnmitnahmen ausgelöst werden, hat es noch nicht gegeben; die jetzigen, insgesamt bescheidenen Korrekturen sind zudem sehr selektiv. Da viele Amerikaner bis zum Steuertermin am 15. April abzugsfähige Geldanlagen für die Altersversorgung vornehmen, ist schon bald mit einem erneuten Anziehen der Kurse zu rechnen, da ein großer Teil der Liquidität in Aktien investiert wird.

Die Aussonderung konzentrierte sich diesmal stärker auf Standardwerte. So rutschte der breite Nyse-Index im Wochenverlauf um 1,26 (Freitag: minus 0,50) auf 104,01, der „Dow" nur um 6,18 (3,20) auf 1275,84 Punkte. Unruhe stifteten Mobil und General Motors. Der große Ölkonzern hat Goldman, Sachs & Co. mit der Neubewertung der Aktiva beauftragt. Man vermutet, daß einige Firmenteile veräußert werden sollen. Ins Gerede kam „GM", weil „Business Week" meldete, der Autogigant werde vielleicht in drei unabhängige Gesellschaften zerschlagen. Ein Sprecher dementiert die Story gegenüber der WELT.

Was die Wall Street dennoch beunruhigt, sind die anziehenden Zinsen. Neue 30jährige Treasury Bonds brachten Freitag eine Rendite von 11,70 (Vorwoche: 11,21) Prozent. Seit der Auktion am Dienstag verteuerten sich dreimonatige Treasury Bills von 8,15 auf 8,39 Prozent. Broker streiten sich darüber, wer diesen neuen Schub ausgelöst hat. Die einen schieben „Fed"-Chef Volcker die Schuld zu, weil er sich letzte Woche gegen eine Verknappung, jedoch für eine vorsichtige Geldpolitik aussprach.

Andere meinen, daß Präsident Reagan den Teufel aus der Flasche ließ, als er Donnerstag eine Wende vollzog und höhere Steuerlasten für Unternehmen ankündigte. Die eigentliche Ursache ist aber bei der Treasury zu suchen, die in diesem Quartal zur Defizitfinanzierung 44,2 Mrd. Dollar aufnimmt. Der Dollar-Höhenflug produziert zusätzliche Zinsängste.

AUF EIN WORT

„Die Auseinandersetzungen um die wichtigen Zukunftsfragen des Umweltschutzes, den vernünftigen Umgang mit Energie und Rohstoffen haben viele Denkansätze zu Tage gefördert, die wir nicht einfach zu den Akten legen dürfen. Es gilt, den richtigen Konsens zu finden zwischen Illusion und Realität. Wir im Handel haben die Aufgabe, die Innovationen aufzunehmen und sie schnell an den Verbraucher weiterzugeben."

Hans Dedi, Vorstandsvorsitzender der Gustav und Grete Schickedanz Holding KG, Fürth FOTO: DIE WELT

VORRUHESTAND

Schon mehr als 200 Tarifverträge

HEINZ HECK, **Bonn**

Das am 1. Mai 1984 in Kraft getretene Vorruhestandsgesetz hat bei den Tarifpartnern großen Zuspruch gefunden: Bis Ende 1984 wurden mehr als 200 Vorruhestandstarifverträge, vor allem aus den Wirtschaftszweigen Nahrungs- und Genußmittel, Textil und Bekleidung, Baugewerbe, Banken und Versicherungen, Metall und Papiererzeugung, registriert. Das erklärte Staatssekretär Wolfgang Vogt vom Arbeitsministerium jetzt in Bonn. Die Verträge gelten für Tarifbereiche mit mehr als sechs Millionen Arbeitnehmern (also rund ein Drittel aller von Tarifverträgen erfaßten).

Die meisten Tarifverträge setzen für die Inanspruchnahme der Leistungen die Vollendung des 58. Lebensjahres sowie eine Betriebszugehörigkeit unterschiedlicher Dauer voraus. „Überforderungsklauseln" regeln die Möglichkeiten der Inanspruchnahme durch den Arbeitnehmer und die Ablehnung durch den Arbeitgeber. So kann beispielsweise nach den Tarifverträgen in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses zeitlich ausgesetzt oder aus betrieblichen Gründen abgelehnt werden.

Die Höhe des Vorruhestandsgeldes beträgt nach den meisten Tarifverträgen 75 Prozent des Bruttoarbeitsentgelts, wobei unterschiedlich geregelt ist, ob Sonderzahlungen in die Berechnung einbezogen werden oder nicht.

ARBEITSMARKT

Ifo: Hoffnung auf Dienstleistungen

AP, **München**

Die Arbeitsmarktlage in Europa droht sich trotz konjunktureller Erholung nicht grundlegend zu bessern. Ende 1984 waren mehr als elf Prozent der Erwerbspersonen in Europa ohne Arbeit, und der Trend zur Freisetzung von Beschäftigten in der Landwirtschaft und noch stärker in der Industrie hält an. Aus einem am Sonntag veröffentlichten Bericht des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in München geht weiter hervor, daß neue Arbeitsplätze per saldo nur noch im Dienstleistungsbereich geschaffen werden.

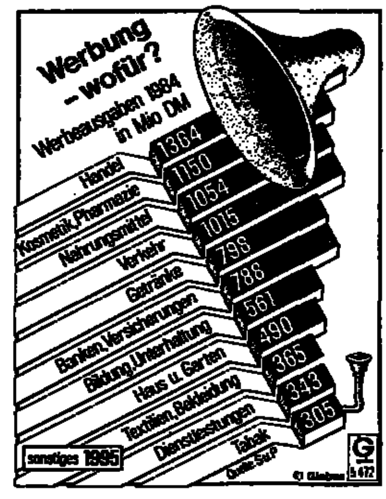
Der Weg in die Dienstleistungsgesellschaft werde oft als eine der großen Hoffnungen angesehen. Solche Hoffnungen, so hieß es in dem Bericht, seien vor allem durch das „Beschäftigungswunder" in den USA geweckt worden, wo zwischen 1973 bis 1983 über 15 Millionen neue Arbeitsplätze fast ausschließlich im Dienstleistungsbereich geschaffen worden seien.

In den europäischen Industrieländern stagnierte die Gesamtbeschäftigung dagegen in diesem Zeitraum. Nach dem Ifo-Bericht gingen in der Bundesrepublik in den letzten zehn Jahren bei einem Gesamtabbau um 1,7 Millionen allein im warenproduzierenden Gewerbe 2,2 Millionen Arbeitsplätze verloren. Im Dienstleistungsbereich entstand gleichzeitig eine Million neuer Arbeitsplätze.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kernenergieanteil in der EG steigt

Bonn (HH) – Die Stromerzeugung aus Kernenergie stieg 1984 in der Europäischen Gemeinschaft nach Angaben der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) um 28 Prozent von 275 auf 351 Mrd. Kilowattstunden (KWh). Damit stellen Kernkraftwerke rund 27 (23) Prozent der EG-Nettostromerzeugung von 1 290 Mrd. KWh. Mit einem Kernenergieanteil von 59 (48) Prozent an der Stromerzeugung ist Frankreich Spitzenreiter, gefolgt von Belgien mit 51 (46) Prozent. Auch in der Bundesrepublik (Platz drei) ist eine deutliche Zunahme von 18 auf 23 Prozent zu verzeichnen. Schlußlicht Italien registriert eine Zunahme von drei auf vier Prozent.



Die Werbung floriert. 1984 stiegen die Werbeausgaben in der Bundesrepublik Deutschland um sechs Prozent auf insgesamt 10,2 Mrd. DM (ohne Direktwerbung). Fast die Hälfte der Werbemilliarden wurde von nur vier Branchen ausgegeben, an der Spitze der Handel mit 1,364 Mrd. DM. QUELLE: GLOBUS

Arbed hofft auf Plus

Völklingen (Wb.) – Die Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, erwartet für 1986 ein „ausgeglichenes bilanzielles Ergebnis". Risiken dafür lägen allerdings in den Absatz- und Beschaffungsmärkten, so eine Mitteilung des Unternehmens. Eine Studie des Beratungsunternehmens McKinsey habe ergeben, daß mit der Restrukturierung seit 1978 der richtige Weg eingeschlagen sei. Unerläßlich sei es aber, zusätzliche Maßnahmen intern wie auch durch Kooperationen mit anderen Unternehmen einzuleiten.

Londoner Kassapreise

	22.2.	15.2.
Kupfer(£/t)	1268,5	1278,5
Blei(£/t)	336	335,5
Zink(£/t)	827,5	780,5
Zinn(£/t)	10057,5	10015
Gold($/Unze)	299	304,25
Silber(p/Unze)	557,10	573
Kakao[1](£/t)	2178,5	2134,5
Kaffee[1](£/t)	2417	2368,5
Zucker(£/t)	112,5	107,5
Kautschuk(p/kg)	67	65
Wolle(p/kg)	506	526
Baumwolle[2](cts/lb)	68,05	68,85

[1]) Abladung Mai
[2]) A-Index-Preis Liverpool

Für Entbürokratisierung

Bonn (HH) – Mit der Entbürokratisierung im Wohnungsrecht soll jetzt ernst gemacht werden. Minister Schneider (CSU) hat den Regierungsentwurf eines Wohnungsrechtsvereinfachungsgesetzes mit der Stellungnahme des Bundesrates dem Bundestag zugeleitet. Schwerpunkte sind unter anderem, detaillierte Standardregelungen im Wohnungsbauförderungsrecht fallen zu lassen und den Nachweis der Eigenleistungen des Bauherren zu vereinfachen.

„1985 Rekorddefizit"

Frankfurt (dpa/VWD) – Bei der Verschlechterung der US-Leistungsbilanz ist nach Einschätzung der Commerzbank AG noch kein Ende in Sicht. Das 1984 entstandene Defizit, das mit gut 100 Mrd. Dollar veranschlagt werde, sei in der Wirtschaftsgeschichte ohne Beispiel. Unter Annahme einer allmählichen Normalisierung von Dollarkurs und Handelsbilanz hält es die Bank für wahrscheinlich, daß der Fehlbetrag der US-Leistungsbilanz 1985 mit etwa 130 Mrd. Dollar den Höhepunkt erreicht und danach nicht weiter steigt.

Abkommen verlängern

Bonn (HH) – Das bis Ende Juli 1986 geltende Welttextilabkommen (WTA) hat dazu beigetragen, der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie den Strukturanpassungsprozeß an die Weltmarktbedingungen „im wesentlichen erfolgreich zu ermöglichen", erklärte Wirtschafts-Staatssekretär Sprung (CDU) auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Dörflinger (CDU). Gleichwohl wäre es „voreilig und unrealistisch, das WTA 1986 ersatzlos auslaufen zu lassen". Sprung plädierte für ein weniger restriktives Übergangssystem, „das zu den allgemeinen Gatt-Regeln zurückführt".

Weg der Kurse

	22.2.	15.2.
Boeing	63,625	65,125
Chrysler	32,50	32,50
Citicorp	42	44,625
Coca-Cola	62,125	61,625
Exxon	46,375	67,375
Ford Motors	44,125	45,625
IBM	132,875	131,625
PanAm	4,625	4,50
US Steel	27,625	28,125
Woolworth	41,375	40,375

GESAMTHAFTUNG

In der Rangfolge hat es keine Änderungen gegeben

HEINZ HECK, **Bonn**

[illegible] der Bundesregierung gegenüber dem Ausland in Deckung genommene Obligo („Gesamthaftungsbetrag") Ende 1984 mit 170,9 Milliarden Mark geringfügig niedriger als 1983 mit 171,8 Milliarden. Rechnet man allerdings die Zinsbeträge mit 31,5 (29,5) Milliarden hinzu – sie werden seit Oktober 1976 nicht mehr auf den Ermächtigungsrahmen angeschrieben –, so ergibt sich eine Steigerung von rund einer Milliarde Mark.

Zu den Gesamthaftungen gehören im einzelnen die (in Deckung genommenen) Ausfuhrgeschäfte, Kapitalhilfekredite, Finanzkredite, Kapitalanlagen und Umschuldungen. Letztere spielen vom Aufkommen her praktisch nur bei Polen mit 2,8 (3,0) Milliarden Mark eine Rolle.

In der Rangfolge der acht Spitzenreiter ist 1984 keine Platzverschiebung eingetreten: Saudi-Arabien 19,3 (Ende 1983: 20,5) Milliarden, Sowjetunion 17,9 (17,5), Libyen 11,2 (12,6), Brasilien 10,9 (10,7), Irak 9,0 (10,3), Nigeria 7,9 (7,7), Algerien 6,5 (7,3), Südafrika 6,0 (6,5). Auf diese Länder entfällt über die Hälfte (51,8 Prozent) des Gesamtobligos ohne Zinsen.

Dahinter rangieren Polen mit 5,3 (5,5), Iran 4,5 (5,7), Indonesien 4,3 (4,9), China 3,6 (3,4), Argentinien 3,5 (3,6), Ägypten 3,5 (3,1), Türkei 3,3 (2,5), Jugoslawien 2,4 (2,3) und Indien mit 2,3 (1,9) Milliarden. Auffallend ist die Verringerung des Obligos vor allem bei den Erdölländern Libyen, Irak, Algerien, Iran und Indonesien.

Bezieht man die Zinsen mit ins Gesamtobligo, so rangiert die Sowjetunion mit 21,6 (21,3) Milliarden deutlich an der Spitze, und Brasilien mit 19,3 (17,8) Milliarden hält noch Platz zwei vor Saudi-Arabien.

TANKSTELLEN / Verbot von Einweg-Verpackungen für Motoröl gefordert

Texaco nun auf dem zweiten Rang

HANS BAUMANN, **Essen**

Mit dem radikalen Abbau des Tankstellennetzes von über 46 000 im Bundesgebiet und in West-Berlin im Jahre 1970 auf zur Zeit noch knapp über 19 000 hat sich auch die Struktur dieses Servicemarktes erheblich verschoben. Wie der Bundesverband des Deutschen Tankstellen- und Garagengewerbes für seine Bundestagung am 19. März in Siegen ermittelt hat, entspricht das Tankstellennetz von heute dem Tankstellenbestand von 1953, mit dem Unterschied, daß heute die gleiche Zahl von Tankstellen erheblich über 25 Millionen Personenkraftwagen betreut, während es 1953 gerade vier Millionen Pkw waren.

Allein im letzten Jahr sind 1757 Tankstellen geschlossen worden. Maßgeblich an dieser Ausdünnung haben die fünf größten deutschen Mineralölgesellschaften mit 9,7 Prozent teilgenommen. In der Rangfolge der größten Netzbetreiber hat sich dabei Texaco 1984 von Rang vier auf Rang zwei hinter Aral vorgeschoben. Das drükcke sich auch in den Marktanteilen aus, sagt der Verband. Während Aral, Esso, BP und Shell „deutliche" Verluste hätten hinnehmen müssen, habe Texaco seinen Marktanteil in den letzten Jahren kräftig ausgebaut. Zugelegt hätten auch Jet und UK Wesseling.

Aral führt weiter mit 3941 Tankstellen (97 Prozent Selbstbedienung), vor Texaco mit 2367 (90), Esso mit 2287 (90), Shell mit 2162 (95), BP mit 1340 (99) und Avia mit 1168 (88). Die Freien betreiben noch 1180 Tankstellen, 48 Prozent davon Selbstbedienung. Den größten Anteil der bleifreien Säulen hat Texaco mit 141 vor Aral mit 82 und den übrigen großen zwischen 40 bis 60. Zu 100 Prozent Selbstbedienung bieten Jet, HWB/Alpha und Eller-Montan an.

Der Verband fordert von der Politik, Einweg-Verpackungen für Motorenöl zu verbieten. Wer dem Autofahrer zumute, bis zu 2000 Mark für einen Katalysator auszugeben, der müsse auch bereit sein, Ölwechsel nur noch dort zuzulassen, wo Altöl umweltfreundlich beseitigt werden könne. Von über 76 000 Tonnen Selbstwechselöl im letzten Jahr seien lediglich rund 16 000 Tonnen dort gekauft worden, wo auch Sammelstellen für Altöl vorhanden sind. Der Rest sei im Groß- und Einzelhandel gekauft worden.

Knapp 70 Prozent der Autofahrer erledigten ihren Ölwechsel zu Hause. Die meisten der Selbstwechsler brächten zwar das Altöl zur Sammelstelle. Der Verbleib von fast 7000 Tonnen Altöl aber sei unbekannt, das entspreche gegenüber 1977 einer Erhöhung um über 70 Prozent. Ökologische und wirtschaftliche Überlegungen sprächen daher für ein Verbot des Verkaufs von Einweg-Motoröl.

EG-AGRARPREISE

Minister versuchen wieder Einigung

dpa, **Brüssel**

Die Landwirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft (EG) beginnen heute in Brüssel die voraussichtlich schwierige Verhandlungsrunde zur Festsetzung der Agrarpreise 1985/86. Entscheidungen werden jedoch erst bei den Marathon-Sitzungen der Minister Ende März erwartet. Bei dem Ratstreffen heute und morgen dürften die Landwirtschaftsminister ihre grundsätzliche Kritik an den Preisvorschlägen der EG-Kommission erläutern, die in zahlreichen Überschuß-Bereichen die Erzeugerpreise senken oder zumindest einfrieren will. Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle wird dem Vernehmen nach vor allem den Vorschlag der Kommission, den Getreide-Richtpreis um 3,6 Prozent zu senken und den Milchpreis um nur 1,5 Prozent zu erhöhen, als unannehmbar ablehnen.

AGRARPOLITIK / Neues Gesetz soll die 52 Jahre alte Subventionspraxis beenden – Streit mit der EG zeichnet sich ab

US-Farmer sollen ihr Geld auf den Märkten verdienen

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Auf dem Papier ist der Versuch der Reagan-Administration, die US-Landwirtschaft auf Marktkurs zu bringen, gelungen. Der Agricultural Adjustment Act of 1985, der nach monatelangem Gerangel dem Kongreß zugeleitet wurde, gibt den Farmern fünf Jahre Zeit, sich dem Gesetz von Angebot und Nachfrage anzupassen. Danach müssen sie, wie der amerikanische Agrarminister John Block erklärte, „ihr Geld dort verdienen, wo der scharfe Wettbewerbswind weht".

Der Gesetzentwurf macht Schluß mit der 52 Jahre alten Praxis staatlicher Eingriffe und Einkommenssicherung. Sie hat sich als unwirt*schaftlich* und *zu kostspielig* erwiesen. Ohne Kreditprogramme hat die Farmhilfe in den USA von 1974 bis 1978 rund 12,7 Mrd. Dollar verschlungen. Von 1978 bis 1982 waren es bereits 27,7, und von 1982 bis 1986 werden es 63,3 Mrd. Dollar sein. Block: „Die Subventionen müssen weg; die Öffentlichkeit akzeptiert solch eine Verschwendung nicht mehr."

Das landwirtschaftliche Anpassungsgesetz schafft ein politisches Umfeld, in dem Amerikas Bauern, wie es im Text heißt, „langfristig realistische Investitions- und Produktionsentscheidungen treffen können". Die Preis- und Einkommensun*terstützung wird nicht mehr an die* fixe Parität, sondern an den beweglichen Durchschnitt vergangener Marktpreise gekoppelt. Der Farmer kann also auf Marktsignale reagieren. Dadurch wird seine internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert.

Die Erzeuger von Weizen, Futtergetreide, Baumwolle und Reis erhalten weiterhin billige Kredite und Einkommenshilfen, wenn der Abgabepreis unter dem Richtpreis liegt. Allerdings werden Kreditumfang und Richtpreise jährlich festgesetzt und stufenweise von 100 auf 75 Prozent der Berechnungsbasis gesenkt. Die Anspruchsberechtigung hängt von der Teilnahme an Brachland-Programmen ab. Sojabohnen-Anbauern stehen nur Darlehen zu; im Finanzjahr 1988 wird der staatliche Ankauf von Molkereiprodukten durch direkte, aber gekürzte Ausgleichszahlungen abgelöst.

Nach dem Gesetz werden Darlehen an *mittlere* und *kleine* Betriebe vergeben und auf 200 000 Dollar je Erntejahr begrenzt. Es beschränkt die direkten Ausgleichszahlungen 1986 auf 20 000, 1987 auf 15 000 und 1988 und danach auf 10 000 Dollar je Person. Laut Block erhalten zwei Drittel der amerikanischen Bauern keinerlei Un*terstützung. Gefördert würde die Ko*stenkontrolle; für die Farmer bedeuteten niedrigere Stückkosten höhere Einkommen. Im Kongreß werden die Chancen des Entwurfs in dieser Legislaturperiode aber schon wegen des Farmsterbens gering eingeschätzt.

Mit der EG zeichnet sich ein verschärfter Schlagabtausch über Ausfuhrsubventionen ab. Nachdrücklich wird im Gesetz zur Förderung des Agrarexports eine Öffnung ausländischer Märkte gefordert; Washington will „Verzerrungen" am Weltmarkt nicht länger tolerieren.

Wie aus den Erläuterungen zum internationalen Teil der Reformvorlage hervorgeht, rechnet Washington damit, daß die EG ihre kostspieligen Subventionen und Einkommensgarantien nicht durchhalten kann, wenn die USA mit ihrer neuen Agrarpolitik die erhoffte Senkung der Weltmarktpreise erreichen. Der dann entstehende Druck auf die Brüsseler Kasse, schreibt die US-Regierung, „wird wahrscheinlich eine größere Überprüfung der EG-Politik bringen". Die EG stehe wegen der wachsenden Kosten ihrer Agrarpolitik ohnehin bereits „unter großem Druck".

GROSSBRITANNIEN / Mehr Rechte für Bankkunden

Hilfe vom Vertrauensmann

WILHELM FURLER, **London**

Britische Bankkunden werden künftig ihre Beschwerden bei einem unabhängigen Vertrauensmann vortragen können, der je nach Lage des Falles Schadensersatzzahlungen einer Bank an ihren Kunden in Höhe von bis zu 50 000 Pfund (180 000 DM) verbindlich anordnen kann.

Mit der Einführung dieses Ban*ken-Ombudsmannes sollen die* Rechte der Bankkunden gegenüber den Kreditinstituten wahrgenommen werden. Bislang blieb ihnen keine andere Wahl, als den langwierigen und mühsamen Rechtsweg einzuschlagen. Dies hat bei vielen Bankkunden zu einer tiefen Abneigung gegen das Bankensystem geführt.

Bereits 1983 hatte der Nationale Verbraucherrat in einem Report über das Kundenbankwesen gefordert, daß zur Wahrung der Verbraucherrechte ein Banken-Ombudsmann eingeführt und „mit echten Zähnen ausgestattet" werden müsse. Der Verbraucherrat hatte damals herausgefunden, daß rund fünf Prozent der privaten Bankkunden in Großbritannien Gründe zur Beschwerde über ihre Bank hatten.

Bestellt wird der Ombudsmann von einem Beirat, der sich aus Personen des öffentlichen Lebens vornehmlich außerhalb des Banksektors zusammensetzt. Er selbst wird eine unabhängige Person und dabei möglichst Anwalt oder Richter sein. Die Banken tragen die gesamten Kosten.

Untersuchen wird der Vertrauensmann Beschwerden aus allen Bereichen des täglichen Bankwesens, mit Ausnahme der wirtschaftlichen *Gründe hinter* der Entscheidung für oder gegen die Vergabe eines Kredites. Akzeptiert ein sich beschwerender Kunde die Entscheidung des Ombudsmannes, gibt er damit alle Rechte für eine weitere gerichtliche Verfolgung der Bank auf.

EDELSTEINHANDEL / *Hongkong ist weltweit einer der bedeutendsten Umschlagplätze*

Erste Diamantenbörse im asiatischen Raum

dpa, **Hongkong**

Die erste Diamanten-Börse des asiatischen Raumes soll im März in Hongkong eröffnet werden. Die Millionenstadt schließt sich Vorbildern wie New York, Tel Aviv oder Antwerpen an. Auch Singapur und Bombay planen eine Diamantenbörse. Nach Antwerpen und New York gilt Hongkong als einer der bedeutendsten Umschlagplätze für die wertvollen Steine. Allein in den ersten zehn *Monaten* des Jahres 1984 wurden dort für 400 Mill. Dollar Diamanten importiert und zu Schmuck verarbeitet; mehr als die Hälfte davon wurde wieder exportiert.

Eine Börse für Hongkong ist schon seit 1979 im Gespräch, aber wegen der weltweit schlechten Marktlage wurde der Plan zunächst auf Eis gelegt. Erst im vergangenen Jahr zeichneten sich wieder bessere Zeiten für den Edelsteinhandel ab. Die lang gehegte Idee wurde wieder aufgegriffen – in der Hoffnung auf mehr internationales Geschäft.

Die Asiaten haben bisher diese Form des Handels abgelehnt. Sie wollten sich nicht gern in die Karten sehen lassen. Das Organisationskomitee für die Diamantenbörse in Hongkong ist dennoch optimistisch. „Mehr als hundert *Aufnahmeanträge* liegen uns schon vor", sagt ein Mitglied. „Rund fünfhundert Händler wären als Mitglieder qualifiziert."

Ein Anwärter sollte einen guten Ruf haben und mindestens drei Jahre in diesem Geschäft tätig sein. Er muß für 3 800 Dollar eine Börsen-Obligation erwerben und außer der Aufnahmegebühr von 385 Dollar einen jährlichen Beitrag von 230 Dollar bezahlen. Ausländer können an der Börse nur dann Geschäfte machen, wenn sie von einem eingetragenen Mitglied eingeführt werden.

Aber nicht alle chinesischen Händler sind von der Idee begeistert. „Bisher wurden weder Regeln noch Statuten veröffentlicht", sagt ein Geschäftsmann. Nach seiner Ansicht sollten strengere Aufnahmebedingungen festgesetzt werden. Nach 1979 sei die Zahl der Diamantenhändler in Hongkong gewaltig gewachsen, viele darunter seien unerfahren. Er schlägt vor, daß eine sechs- bis siebenjährige einschlägige Tätigkeit und ein Kapitalnachweis von umgerechnet 800 000 Mark Voraussetzung für die Mitgliedschaft sein sollten.

Erfolgreich auf der Freizeitwelle

dpa/VWD, **München**

Der größte Sportartikelhersteller der Welt schwimmt auf der Freizeitwelle der Konkurrenz davon. Horst Dassler, Vorstandsvorsitzender der Adidas-Sportschuhfabriken Adi Dassler-Stiftung & Co.KG, Herzogenaurach, bezifferte in München für 1984 den weltweiten Konzernumsatz auf 3,9 Mrd. DM. Darin enthalten sind die Umsätze aller ausländischen Lizenznehmer. Der Umsatz in der Bundesrepublik alleine betrug eine Mrd. DM.

Laut Dassler wird die Adidas-Gruppe über die Sardan Holding AG, Luzern (Schweiz), demnächst die Mehrheit bei der Pony-Gruppe in New Jersey (USA) übernehmen. Die Pony-Gruppe, die 1984 einen Umsatz von 115 Mill. Dollar vorwiegend in den USA erzielte, wird eigenständig fortgeführt. Dassler verdeutlichte den Kaufentschluß damit, daß auf dem wachsenden Freizeitmarkt die erforderliche Bandbreite nicht mehr mit einer Ein-Marken-Politik abgedeckt werden könne.

Für 1984 stellte Dassler zufrieden fest, daß „trotz der angespannten Situation in der Sportartikelbranche Adidas seine ausgezeichnete Ertragslage behaupten konnte", auch wenn keine zweistelligen Zuwachsraten erreicht wurden. 1985 werde „eines der besten Jahre in der Geschichte von Adidas" mit Wachstumsraten von fünf bis zehn Prozent. Derzeit werden 10 600 Mitarbeiter beschäftigt.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Gunther Gerhardt: Das Krisenmanagement der Vereinigten Staaten während der Berliner Blockade (1948/49), Duncker & Humblot, 1984, 366 S., 128 Mark.

Diese Arbeit untersucht die Intentionen, Strategien und Wirkungen, kurz, die Rolle der Vereinigten Staaten während der Berliner Blockade. Das Neue der Untersuchung liegt in der Verlagerung des Blickwinkels. Während die meisten Studien den Hauptakzent auf der deutschen Seite hatten, fehlte bisher eine umfassende Analyse des politischen und militärischen Engagements der Hauptverantwortlichen auf westlicher Seite. Über die zeitgeschichtliche Ereignisbetrachtung hinaus zeigt die Arbeit die Hintergründe und Kräfte auf, die den ersten Höhepunkt des kalten Krieges begreifbarer machen.

Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, Beck'sche Kurz-Kommentare Band 7, 44. Auflage, Verlag Beck München 1985, 2251 Seiten, 168 Mark.

Soeben ist die 44. Auflage des Palandt erschienen. Bei einem jährlich erscheinenden Werk ist Aktualität das wesentliche Kriterium. Die neue Auflage hat den Stand der Gesetzgebung vom 31. Dezember 1984. Literatur und Rechtsprechung sind im Allgemeinen Teil und Schuldrecht bis September 1984, in den übrigen Teilen bis Oktober 1984 eingearbeitet. Zugleich erfuhr die Kommentierung eine wesentliche Neugestaltung. Die Darstellung wurde differenziert, das Fallmaterial aktualisiert. Verständlichkeit und Übersichtlichkeit der Kommentierung wurden weiter ausgebaut. Bereicherung und Delikt wurden völlig überarbeitet. Auch im Sachenrecht, Familienrecht und den Nebengesetzen wurde die Aktualität, Übersichtlichkeit und Zuverlässigkeit noch weiter verbessert. Damit behauptet der Palandt mehr denn je seinen Platz als „das" Handbuch des wirtschaftlichen und juristischen Praktikers.

Hennerkes/Binz: Die GmbH & Co., C. H. Beck Verlag, 1984, (Ln.), 501 S., 98 Mark.

Das jetzt in siebenter Auflage vorliegende Handbuch enthält eine Gesamtdarstellung aller handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Probleme der GmbH & Co., wobei auch auf arbeits- und mitbestimmungsrechtliche Besonderheiten eingegangen wird. Auch wenn sich die steuerliche Bedeutung der GmbH & Co. nach der Körperschaftssteuerreform 1977 geändert hat, so bleibt sie doch aus anderen Gründen eine nach wie vor weit verbreitete Gesellschaftsform. Die GmbH & Co. ist wesentlich besser gegen die wirtschaftlichen Gefahren der Mitbestimmung gefeit und verspricht nun auch erhebliche publizitätsrechtliche Vorteile, weil sie vom Bilanzrichtliniengesetz nicht betroffen ist.

NAMEN

Otto Graf Lambsdorff, Bundeswirtschaftsminister a. D., ist zum Beiratsvorsitzenden der Joost & Preuss *GmbH & Co. Assekuranzmakler*, Hamburg, berufen worden.

Axel Gropp (47) und Dr. **Hans Georg Wendlandt** (59) wurden in den Vorstand der PAG Presswerk AG, Essen, berufen.

Ernst Landsberg, Geschäftsbereichsleiter der Total Walther Feuer*schutz GmbH*, Köln, ist *zum* Vorsitzenden des Bundesverband Feuerlöschgeräte und -anlagen e.V. (BVFA), gewählt worden. Er ist Nachfolger von **Helmut Loos**.

Max Nießner, Bezirksdirektor der Barmenia Versicherungen in Hamburg, wurde am 24. Februar 60 Jahre.

Wolfgang Schmitz (36), langjährig in der Unternehmensberatung von Arthur Andersen & Co tätig, hat am 1. Januar 1985 die Geschäftsführung der Alos GmbH, Köln, übernommen, nachdem am 31. Dezember 1984 der geschäftsführender Gesellschafter **Hans-Wolfgang Woeste** im Alter von 62 Jahren gestorben ist.

RENTENMARKT / Starker Kursrückgang

Keine Zinswende in Sicht

Über die gesamte Börsenwoche haben die Kurse der Rentenwerte sichtbar nachgegeben. Grund dafür waren Äußerungen von US-Präsident Ronald Reagan, sich nicht gegen den Höhenflug des Dollars stemmen zu wollen, die Dollarkurs-Entwicklung selbst und die laue Kritik von Federal-Reserve-Board-Chef Paul Volcker an der US-Wirtschaftspolitik. Schließlich hat sich der kräftige Anstieg der Kapitalmarktzinsen auf die Konditionen der neuen Bundesanleihe (10 Jahre, Zinssatz 7,625 Prozent, Ausgabekurs 99,50 Prozent, Rendite 7,7 Prozent) ausgewirkt. Hoffnungen auf eine Senkung des Zinsniveaus sind jedenfalls erst einmal dahin. Extrem ruhig war das Geschäft in Euro-Dollarbond, deren enormes Volumen noch nicht plazierter Neuemissionen den Markt belastet. (Py.)

Emissionen	22.2. 85	15.2. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,26	7,11	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,35	7,26	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,24	7,21	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	7,18	7,11	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,35	7,32	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,11	7,07	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,71	7,66	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	7,33	7,29	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,69	7,60	7,20	8,08	8,45

RHEINISCHE BRAUNKOHLENWERKE / Mit kräftigem Strombein in die Zukunft

Wettbewerbsfähig durch Veredlung

HANS BAUMANN, **Köln**

Bei weitem nicht so pessimistisch wie die Vorstände der Muttergesellschaft RWE auf deren Jahrespressekonferenz im Januar in Essen gab sich Hans-Joachim Leuschner, Vorstandsmitglied der Rheinische Braunkohlenwerke AG, Köln, vor Journalisten. Während man in Essen noch die Kosten für die Stromerzeu*gung aus Braunkohle enteilen sah*, zeichnete Leuschner ein geradezu optimistisches Bild.

„Die Voraussetzungen für den weiteren Einsatz der Braunkohle in den Kraftwerken sind besser als es zuweilen in der Öffentlichkeit erscheinen mag", sagte Leuschner. Denn trotz der hohen *Zuwachskosten für Ent*schwefelung und Entstickung der Rauchgase und der auch in den Tagebauen steigenden Ausgaben für den Umweltschutz sei Braunkohlenstrom weiterhin konkurrenzfähig. „Er kann sich im Wettbewerb mit anderen Energieträgern, auch mit der Kern*energie, behaupten", sagte der* Rheinbraun-Chef. An dieser Relation werde sich trotz der ungünstiger werdenden Verhältnisse in den Lagerstätten der Braunkohle nichts ändern.

Leuschner erinnerte daran, daß die rheinische Braunkohle 20 bis 30 Jahre gebraucht habe, um vom Brikett wegzukommen und in die Verstromung einzutreten. Jetzt müsse man sich erneut auf 20 bis 30 Jahre einstellen, um das Zeitalter der Braunkohleveredlung zu erreichen, die Vergasung und später vielleicht auch die Verflüssigung. Um diesen Weg hinter sich zu bringen, benötige die rheinische Braunkohle ein kräftiges „Strombein".

Wie kräftig dieses „Bein" ist, hat das Geschäftsjahr 1984 gezeigt, dessen Abschluß zwar noch nicht vorliegt, aus dem Leuschner aber schon einige Zahlen zitierte. Mit 120,4 Mill. Tonnen hat Rheinbraun 2,7 Prozent mehr gefördert als 1983. Zum erstenmal in der Geschichte des Hauses stieg die Förderung auf über 120 Mill. Tonnen, eine Größenordnung, die auch in den kommenden Jahren eingehalten werden soll. Im Januar 1985 lag die Rohkohlenförderung um elf Prozent und in den letzen Wochen sogar um 20 Prozent über Plan. Die Auslastung der gesamten Braunkohlenkraftwerkskapazität, die vom RWE betrieben wird, lag nach Leuschner an einzelnen Tagen bei über 93 Prozent.

Rheinbraun hat 1984 rund 900 (1300) Mill. DM investiert bei einem Umsatz von 3,3 (3,1) Mrd. DM. Auch 1985 sollen wieder rund 900 Mill. DM investiert werden, etwa die Hälfte davon für den Tagebau und die andere für Braunkohlenveredlung. Die Förderung in 1985 schätzt die Verwaltung auf 116,5 Mill. Tonnen. Zum einen würden wahrscheinlich die RWE-Braunkohlenkraftwerke im neuen Jahr nicht so stark ausgelastet werden wie im Berichtsjahr, zum anderen komme neue Kernkraftkapazität hinzu und mit der Steinkohle bestünden die Abnahmeverpflichtungen aus dem Jahrhundertvertrag.

Zur Rheinbraun-Tochter UK Wesseling sagte Leuschner, daß das Unternehmen 1986 wieder schwarze Zahlen schreiben werde. Die Zahl der Mitarbeiter werde dort allmählich von jetzt 2600 auf rund 2000 abgebaut werden. UK Wesseling sei ein sehr guter Standort für die Veredlung von Braunkohle. Eine Demonstrationsanlage für 325 Mill. DM für die Erzeugung von Synthesegas aus Braunkohle, die noch in diesem Jahr in Betrieb gehe, sei mit Wesseling über eine Pipeline verbunden.

DANZAS / Transportzentrum wird ausgebaut

Deutliche Gewinnsteigerung

D. F. HERTEL, Hamburg

Die Danzas GmbH, Köln, hundertprozentige Tochter der schweizerischen Danzas AG, hat 1984 einen Gewinn nach Steuern von knapp 2,7 Mill. DM erwirtschaftet (1983: 1,8 Mill. DM). Das teilte Finanzdirektor Dieter Habermann in Hamburg bei der Einweihung der neuen Danzas-Speditionsanlage im Gewerbegebiet Billbrock mit. Nach seinen Angaben hat das Unternehmen mit 1630 Mitarbeitern einen Bruttoumsatz von 1,67 (nach 1,55) Mrd. DM erwirtschaftet. Darin waren allerdings 640 Mill. DM als lediglich durchlaufende Einfuhrumsatzsteuern und Zölle enthalten. Der Rohertrag lag bei 141 (nach 131) Mill. DM.

Die Danzas GmbH hat im Schnitt der vergangenen, fünf Jahre alljährlich etwa 18 Mill. DM investiert. Das nächste große Bauvorhaben ist der Ausbau des Transportzentrums in Frankfurt, wo sich auch der Sitz der Geschäftsleitung befindet.

Danzas-Geschäftsführer Lothar M. Knoll setzt für sein Unternehmen keine großen Erwartungen in die bevorstehende Süd-Erweiterung der EG. Zwar werde der Handel mit Portugal und Spanien sicher wachsen, doch werde er zugleich vereinfacht. Die Dienste hochspezialisierter Firmen würden dann nicht benötigt. Eine ähnliche Erfahrung habe man nach der Aufnahme von Griechenland in die EG machen müssen.

Zu der von sowjetischer Seite gewünschten Eisenbahnfährverbindung Klaipeda (Memel) – Schleswig-Holstein meinte Knoll: „Wir verfolgen diese Bestrebungen interessiert, ungläubig, amüsiert. Ich glaube nicht, daß darin eine Zukunft steckt. Im Fernost-Containerverkehr über die Transsibirische Eisenbahn teilt sich Danzas mit Jeuro nach eigenen Angaben die Marktführerschaft. Zahlen nannte Knoll dazu jedoch nicht.

Den Weltumsatz 1984 der Muttergesellschaft Danzas AG bezifferte deren Verwaltungsratsvorsitzender Dr. Lindner bei der gleichen Gelegenheit mit etwa 5,7 Mrd. DM. Das entspreche einem Zuwachs von knapp zehn Prozent gegenüber 1983. Über die Gewinnsituation können nach seinen Worten noch keine verläßlichen Angaben gemacht werden.

WMF / Trotz Streiks blieb das Umsatzminus klein – Erfreuliches Plus im Export

Erfolg nach großen Anstrengungen

INGE ADHAM, Frankfurt

„Ein Jahr, in dem wir uns sehr anstrengen mußten, um zumindest an den Umsatz des Vorjahres heranzukommen", kennzeichnet Wilfried P. Bromm, Vorstandsvorsitzender der Württembergischen Metallwarenfabrik AG (WMF), in einem ersten Rückblick die Geschäftsentwicklung im vergangenen Jahr. Ursache dafür war nicht nur der Streik – von dem WMF voll betroffen war –, sondern auch Verschiebungen im Konsumentenverhalten.

Ganz so schlimm wie befürchtet – unmittelbar nach dem Streik veranschlagte der WMF-Vorstand die Ausfälle auf 30 Mill. DM beim Umsatz und 10 Mill. DM beim Gewinn – ist das Jahr dann doch nicht zu Ende gegangen. Mit 562,7 Mill. DM unterschritt der Jahresumsatz der AG den Vorjahreswert um 0,3 Prozent; in der Gruppe wurden 635,2 (638,3) Mill. DM erreicht. Auf eine Gewinn- und Dividendenaussage mochte sich der Vorstand anläßlich seines Pressegesprächs auf der Frankfurter Frühjahrsmesse noch nicht einlassen. Für 1983 waren an die Aktionäre aus dem kräftig auf knapp 9 Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß 6 DM Dividende je Stamm- und Vorzugsaktie ausgeschüttet worden, nachdem im Jahr zuvor nur die Vorzugsaktionäre mit 3 DM bedacht wurden.

Erfreut zeigte sich Bromm von der Entwicklung im Export, der um knapp 12 Prozent auf gut 58 Mill. DM expandierte; in der Gruppe macht der Auslandsanteil jetzt 20,6 (19,8) Prozent aus. Der traditionell niedrige Exportanteil bei WMF wird vor allem mit den unterschiedlichen nationalen „Geschmäckern" hinsichtlich Bestecken und Kochgeschirren begründet. Einen Schritt „deutich nach vorn", so Bromm, habe man im vergangenen Jahr in der kleinsten Sparte bei Kochgeschirren und Haushaltswaren gemacht: Der Inlandsumsatz stieg um 8 Prozent, das Auslandsgeschäft hat sich nahezu verdoppelt. Ursache ist der Erfolg einer neuen Schnellkochtopfserie.

Dagegen lag die Sparte Bestecke/Geschenke/Glas deutlich schlechter als im „ausgesprochen guten Besteckjahr 1983". Es sei aber gelungen, die Marktposition bei Bestecken noch auszubauen. Zufrieden ist WMF mit dem Objektgeschäft, das zweistellig wuchs, wenn man die inzwischen aufgegebenen Bereiche Leiterplatten und Verkaufsautomaten ausklammert. Nichts verdeutlicht nach Ansicht von Bromm besser die Kaufzurückhaltung der Konsumenten als der Rückgang des Umsatzes um 5 Prozent in den 91 WMF-Filialen: In ihnen waren bisher regelmäßig Zuwächse erzielt worden. „An den für uns relevanten Konsumbranchen ist der Aufschwung bisher vorübergegangen," konstatiert Bromm.

Mit Investitionen von 28 (23) Mill. DM bei wiederleicht steigender Mitarbeiterzahl – bis zum Jahresende sollen es 4708 werden – in diesem Jahr (Jahresende 1984: 4634 nach 4843 in der AG) halte man jedoch an den langfristigen Zielsetzungen zur nachhaltigen Zukunftssicherung fest. Mit neuen Ideen, wie Besteck im Stil der Postmoderne, sollen zusätzliche Käuferschichten erschlossen und wieder Umsatzzuwächse erzielt werden. Die Preise wurden Anfang Februar um durchschnittlich 5 Prozent angehoben.

TABAK-GROSSHANDEL / Mittelständler formieren sich

Strategien zum Überleben

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der ganz überwiegend mittelständisch strukturierte Tabakwaren-Großhandel in der Bundesrepublik will mit der neugegründeten DTV Tabakwaren Vertriebsgesellschaft mbH & Co. KG-Marketingkooperation, Frechen bei Köln, eine Gegenstrategie gegen den zunehmend heftiger werdenden Konzentrationsprozeß in der Branche und zur dauerhaften Sicherung der leistungsfähigen Betriebe betreiben. Wie der Geschäftsführer der DTV-Zentrale Fritz Kirschke erläuterte, hat sich der Lebensmittelhandel in der jüngsten Vergangenheit einen wachsenden Anteil am Geschäft (etwa ein Drittel) des 22-Mrd.-DM-Marktvolumens gewonnen.

Daneben wachse außer der Konzentration im Lebensmittel- und Tabakwaren-Einzelhandel die bundesweite Abdeckung der Abnehmerorganisationen, durch die der Tabakwaren-Großhandel Absatz verloren habe. Dagegen benötige eine zunehmend heterogene, breite Schicht von Abnehmern wie Tankstellen, Kioske, Gastronomiebetriebe eine qualifizierte Warenverteilung.

Die zunächst 22 mittelständischen, gleichwohl führenden Tabakwaren-Großhandelsunternehmen der Bundesrepublik mit zusammen 1,65 Mrd. DM Umsatz (1,5 Mrd. DM Zigaretten) *und einem Marktanteil von etwa* 7 Prozent und 90 000 Zigaretten-Automaten, erarbeiten füreinander Organisations-, EDV-, Marktbearbeitungs- und Logistik-Lösungen und koordinieren Vertriebsaufgaben.

Durch die zunächst rein organisatorische Zusammenarbeit und den Sitz bei der Bundeszentrale des Süßwaren- und Spirituosenverbunds Lekkerland ergeben sich, so Kirschke, für beide Gruppen erhebliche Kostenvorteile. Auch streben sie im jeweiligen Spezialsortiment „mittelfristig eine weitergehende Koordination der Marktbearbeitung" an.

WESTFÄLISCHE VOLKSBANKEN / Zufrieden

Kreditgeschäft zog leicht an

HARALD POSNY, Münster

Die 291 westfälischen Volksbanken, Spar- und Darlehenskassen sind mit der Geschäftsentwicklung des Jahres 1984 den wirtschaftlichen Umständen entsprechend zufrieden. Der Verbandsdirektor des Westfälischen Genossenschaftsverbandes, Uwe Schmidt-Tychsen, hob unter anderem das leicht angezogene Kreditgeschäft hervor, während die Einlagen nur geringfügig gestiegen sind. Bei einer um 5,3 (7,3) Prozent auf 45,4 Mrd. DM gewachsenen addierten Bilanzsumme erreichten die Ausleihungen knapp 30,4 Mrd. DM, was einem Plus von 5,1 (8) Prozent entsprach.

Während die Kundenforderungen mit Laufzeiten bis zu 4 Jahren von 11,6 auf 12,2 Mrd. DM kletterten, wuchsen die langfristigen Forderungen mit 6,8 (10,7) Prozent auf über 17 Mrd. DM noch deutlicher. Maßgeblich dafür waren Umschuldungen zu günstigeren Konditionen, aber auch Wohnungsbaukredite. Für Schmidt-Tychsen steht fest, daß dies als Zeichen dafür angesehen werden kann, daß sowohl Unternehmer als auch die Privatpersonen ihre Zukunftserwartungen günstiger einschätzen als noch vor einem Jahr.

Die Gesamteinlagen der westfälischen Genossenschaftsbanken erhöhten sich 1984 nur noch um 2,5 (6) Prozent auf 35,8 Mrd. DM. Dieses Plus ist auf die um 3 Prozent auf 18,9 Mrd. DM gewachsenen Spareinlagen und den sehr guten Absatz an (verbandseigenen) Sparbriefen (plus 38 Prozent auf 3,5 Mrd. DM) zurückzuführen. Eine besondere Rolle haben jedoch auch die Zinsgutschriften gespielt, die von 707 auf 717 Mill. DM stiegen. Stark geschrumpft sind dagegen die Termineinlagen, die Sichteinlagen stagnierten. Hier hat sich zweifelsfrei die Zinssenkung ausgewirkt.

Dabei wird, so Schmidt-Tychsen, auch deutlich, wie notwendig die Konsolidierung und Verbesserung der Bilanzstruktur bei einigen westfälischen Instituten ist, die 1984 überregionale Engagements zurückgeführt und sich über den Genossenschaftsverbund reibungslos finanziert habe.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Ciba-Geigy: Hoher Gewinn

Basel (dpa/VWD) – Der Schweizer Chemiekonzern Ciba-Geigy hat im vergangenen Jahr einen Milliardengewinn erwirtschaftet. Der Konzerngewinn (nach Steuern) ist auf 1,187 Mrd. Schweizer Franken (1,44 Mrd. DM) nach 776 Mill. Franken ein Jahr zuvor gestiegen. Nach Konzernangaben ergab sich diese Gewinnzunahme nach Verrechnung der 1984 entstandenen außerordentlichen Aufwendungen für die gemeinsam mit Bayer betriebene Schelde Chemie. Das bereits Ende Januar veröffentlichte Umsatzergebnis bleibt unverändert bei 17,474 Mrd. Schweizer Franken (2,11 Mrd. DM). Das waren 19 Prozent mehr als 1983. Das Unternehmen plant aufgrund der verbesserten Ertragslage für 1984 eine von 31 auf 35 Schweizer Franken erhöhte Dividende je Aktie und Partizipationsschein auszuschütten.

Mehr „Anhänge-Filialen"

Frankfurt (adh.) – Hertie will nach den positiven Erfahrungen mit bisher 26 im „Anhänge-System" betriebenen Warenhausfilialen in diesem Jahr weitere sieben Filialen an größere Häuser warenwirtschaftlich und personell „anhängen". Dies stärke die Wirtschaftlichkeit der Häuser und sichere langfristig Arbeitsplätze. Den insgesamt rund 200 betroffenen Mitarbeitern werden teilweise Arbeitsplätze in anderen Filialen angeboten; Gespräche mit dem Betriebsrat sollen in Kürze aufgenommen werden.

VDN ohne Dividende

Düsseldorf (Py.) – Der zur Jahresmitte 1984 geäußerte Optimismus hat sich bestätigt: Die Vereinigte Deutsche Nickel-Werke AG (VDN), Schwerte, hat im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) einen Betriebsgewinn erwirtschaftet, der trotz erheblicher Steuerbelastung ausreichte, um den aus dem Vorjahr übernommenen Verlustvortrag von 1,4 (Gruppe: 3,8) Mill. DM zu tilgen und erstmals nach Jahren wieder einen kleinen Bilanzgewinn auszuweisen. Wie einem Aktionärsbrief der überwiegend in Familienbesitz befindlichen Gruppe zu entnehmen ist, haben auch die Gruppenunternehmen gegenüber dem Vorjahr mit verbesserten, durchweg positiven Betriebsergebnissen und höheren Umsätzen abgeschlossen. Die VDN steigerte ihre Umsätze um 6 Prozent auf 175 Mill. DM, die Gruppe um 10 Prozent auf 246 Mill. DM. Der Exportanteil der AG liegt weiter bei 55 Prozent. Die Belegschaft der Gruppe blieb mit 1172 Mitarbeitern konstant.

Fiat Kredit wächst weiter

Düsseldorf (Py.) – Die Fiat Kredit Bank GmbH, Heilbronn, die das Finanzierungsgeschäft mit den Vertragshändlern des Unternehmens und deren Kunden betreibt, hat 1984 das Geschäftsvolumen um 24 Prozent auf 2,4 Mrd. DM gesteigert. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Kundenfinanzierungen um 83, die Händlerfinanzierungen um 19 und die Leasinggeschäfte um 41 Prozent. Auch die Ertragslage wurde durch das Wachstum positiv beeinflußt, heißt es. Dem Wachstum wurde das Gesellschaftskapital durch Erhöhung um 4 auf 27 Mill. DM angepaßt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aschaffenburg: Amandus Seyfried KG, Kleiderfabrik, Erlenbach a. M.; **Bad Berleburg:** Günter Heinrich, Kaufmann, Bad Laasphe-Feudingen; August Heinrich Stuck- u. Fliesengeschäft KG, Bad Laasphe-Feudingen; **Bremen:** „Gourmet" Fares-Gaststätte GmbH; **Calw:** Kurt Helber GmbH, Haiterbach; **Detmold:** Depoterra Deponie- u. Sandgrubenges. mbH & Co. KG, Bad Salzuflen; **Düsseldorf:** Nachl. d. Hans Walter Pot, niederländischer Staatsangehöriger; **Geilenkirchen:** Hans-Peter Adriaens, Heinsberg-Oberbruch; **Gütersloh:** Concord Vertriebs- u. Vermittlungsges. mbH; **Hildesheim:** heizungs-energiespar-solarenergie-TECHNIK GmbH, Sarstedt; **Leverkusen:** KG J. W. Rader, Burscheidt; **Lübeck:** Nachl. d. Siegfried Johannes Scheel, Stockelsdorf; **Münster:** Friedrich Rehrmann, Kaufmann; **Neunkirchen:** Martin Hoffmann GmbH, Kunststeine u. Terrazzo; **Neuwied:** Peter Siegel, Waldbreitbach; **Northeim:** Hungerland + Partner GmbH, Katlenburg-Lindau 3; **Nürnberg:** REHA – GmbH Import- u. Exportges. f. Industrie- u. Konsumgüter; **Stuttgart:** Helmut Klumpp, Pflaster- u. Straßenbau; RUKO-Bautenschutzges. mbH, Rudersberg; **Wittlich:** Nachl. d. Heinrich Schömann, Bernkastel-Kues.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Augsburg: Anton Schmieder GmbH.

Konkurs beantragt: Siegen: Johannes Mankel GmbH & Co. KG; Mankel Beteiligungs- u. Verwaltungsges. mbH.

Vergleich eröffnet: Düsseldorf: H + S Heizungs- Systemvertriebsges. mbH; **Göttingen:** Getreide-Handelsges. mbH Göttingen-Rosdorf.

Vergleich beantragt: Bielefeld: 1. Eckernkamp GmbH & Co. 2. Eckernkamp & Co. Verwaltungs-GmbH; **Lübeck:** TCM Tourismus Consulting u. Management Objekt-Betreuungsges. mbH u. Co. KG; Objekt-Betreuungsges. mbH; Projekta Vermietungs- u. Verwaltungs-GmbH u. Co. Baubetreuungs-KG; **Rinteln:** Poppensieker Bauges. m.b.H.; **Verden:** Anton Höing Kraftfutterwerke Niedersachsen GmbH & Co. KG.

FUSSBALL / Deutsche im Ausland: Umjubelt in Italien, beschimpft in der Türkei, bereit zur Rückkehr aus Spanien

● In Deutschland wurde er verspottet. Er galt als das Musterbeispiel der Wandlung in der Fußball-Nationalmannschaft: Weg von technischer Brillanz, hin zum puren Kraftfußball. Hans-Peter Briegel war der Kraftbolzen schlechthin. Jetzt wird er in Italien umjubelt. Er selbst aber veränderte sich nicht. Er blieb bei allen *Lobeshymnen der bescheidene, redliche und realistische* Bauernsohn aus der Pfalz. Mit den großen Stars in Italien will er sich nicht auf eine Stufe stellen.

● Real Madrid, der königliche spanische Klub, macht eine der schlimmsten Krisen seiner Geschichte durch. Schulden plagen ihn, der Präsident wird zurücktreten, ein neuer ist noch nicht gefunden. Das hat auch Auswirkungen für Uli Stielike, der seit 1977 in Madrid Stammspieler ist. Er überlegt, in die Bundesliga *zurückzukehren. Sein Wunschverein ist Waldhof Mannheim (er ist* in Ketsch geboren), weil er eine junge Elf besitzt, die vielleicht einen Routinier gebrauchen kann.

● „Ein nichtsnutziger Deutscher", hat Ali Uras, der Präsident von Galatasaray Istanbul, seinen deutschen Trainer genannt. Das war für den ehemaligen Bundestrainer Jupp Derwall die heftigste Beleidigung. Derwall: „Wenn ich solche Beleidigungen gegen einen Türken ausgesprochen hätte, wäre ich des Landes verwiesen worden." Jetzt will er klagen – gegen den Präsidenten. Doch der fordert Derwall auf, ihm und dem Vorstand des Klubs erst einmal Rechenschaft abzulegen.

Hans-Peter Briegel macht Schlagzeilen, aber er sagt: „Ich bin doch kein Star, sondern der, der ich immer war"



Ein Zweikampf zwischen Rummenigge und Briegel beim letzten Zusammentreffen zwischen Inter Mailand und Verona (1:1). Auch wenn es hier so ausschaut, als kämpfe Briegel mit unsauberen Mitteln – er hat Rummenigge in der Popularität bei den italienischen Fans schon weit überholt.
FOTO: BAADER

ULRICH DOST, Lissabon

Wie muß sich einer fühlen, über dessen Art, Fußball zu spielen, sich bislang die Kritiker nur die Mäuler zerrissen, der *aber plötzlich im* Rampenlicht ganz vorne steht und im hellsten Glanz erstrahlt? „Also", sagt Hans-Peter Briegel, „ein neuer Superstar bin ich trotz der vielen Schlagzeilen nicht geworden." Einer, nach dem sich Milva verzückt umdreht, wird er wohl nie werden. Bei Karl-Heinz Rummenigge soll das der Fall sein. Hans-Peter Briegel beherrscht derzeit in Italien die Schlagzeilen, weil er für Hellas Verona seine Arbeit in einem Stil vollbringt, die ihm, dem Naturburschen aus der Pfalz, so recht niemand zugetraut hat.

Neun Jahre lang hat er für den Fußball und direkt am Ball für den 1. FC Kaiserslautern im wahrsten Sinne des Wortes gearbeitet. So greifbar nahe, daß die Zuschauer auf dem Betzenberg seine Schweißtropfen zählen konnten. Es brach kein Sturm der Entrüstung aus, als dieser Briegel, ein Bauernsohn aus der Pfalz, plötzlich aus den eingefahrenen Bahnen ausbrach. Niemand hat versucht, ihn zu halten. Der Klub hat sich nur über die 2,1 Millionen Ablöse gefreut. Das machte Briegel zwar stutzig, aber nicht wütend.

Sein Abschied aus der Nationalmannschaft verlief fast ebenso. In der Mannschaft und überall im Lande hörte er förmlich ein Aufatmen. End*lich sei er weg, der verbrauchte Brie*gel, der bei der verkorksten Europameisterschaft in Frankreich zu den größten Versagern zählte. Heute sagt er: „Ich fand gar nicht, daß ich so schlimm war, die ganze Mannschaft spielte schlimm. Mit meiner Leistung war ich zufrieden."

Ob er das wirklich so glaubt, wie er das sagt? Oder ist es nur ein weiteres Mißverständnis zwischen Briegel und seinem Publikum? Jahrelang stand er im Kreuzfeuer der Kritik, weil er so gut wie nie den Beweis antreten konnte, daß er neben Muskelkraft auch Ballgefühl besitzt. Der Ball, so argwöhnten Kritiker, sei sein natürlicher Feind.

Hans-Peter Briegel, der seine Herkunft nie verleugnen kann, der sich nicht auf weltmännisch trimmen läßt, ist vor diesem Ruf geflohen. Er war es sich selbst schuldig, aber in bescheidener Art. „Solche Sprüche, wie sie Hansi Müller oder Karl-Heinz Rummenigge tun", sagt Hans-Peter Briegel, „daß *sie sich durchaus* vorstellen könnten, auch später einmal in Italien zu leben, weil ihnen hier die Mentalität so gut gefällt, nein, solche Sprüche mache ich nicht."

Briegel braucht keine Millionenvilla, braucht keinen neuen Haarschnitt, ist nicht auf der Suche nach irgendwelchen speziellen Verhaltensweisen, die er übernehmen muß, um zu sich selbst zu finden. So etwas erzählt Rummenigge in Interviews. Briegel bleibt auch in Verona er selbst. Er sagt: „Ich wohne mit meiner Freundin Ingrid am Gardasee nur in einem kleinen Haus, na ja, Bungalow kann man auch dazu sagen."

Er gibt sich auch gar keine besondere Mühe, die italienische Sprache zu erlenen. „Wozu denn?" fragt er. „Das lerne ich im Training und im täglichen Umgang mit den Menschen von ganz alleine. Da brauche ich keine Lehrer." Erst am letzten Sonntag, so sagt er stolz, sei es ihm gelungen, im italienischen Fernsehen ein Interview in italienischer Sprache zu geben.

Doch das alles zählt für Briegel nicht, für ihn ist nur wichtig, was auf dem Spielfeld passiert. Ein Pfälzer Bauernsohn, der läßt sich von seiner inneren Einstellung her nicht verpflanzen. Weder in die Provinz nach Verona noch in eine Großstadt nach Mailand oder Turin. Er sagt: „Das schöne Wetter hier oder die wunderschöne Umgebung, das alles ist nicht das wichtigste für mich. Du mußt nur gut spielen, dann kannst du überall gut leben."

Es seinen Kritikern zu zeigen und sich selbst zu beweisen, was noch in ihm steckt, deswegen ist er ins Ausland gegangen. Verona, die Provinz, kam ihm gerade gelegen. Inter Mailand oder Juventus Turin, die hätten das deutsche Kraftpaket bestimmt nicht genommen. Auch wenn sie sich heute nach ihm die Finger lecken würden. Nicht der berühmte Rummenigge, schon gar nicht Diego Maradona, der teuerste Fußballspieler der Welt, auch nicht der brasilianische Star Zico oder der Europameisterschafts-König Michel Platini beherrschen *die* Schlagzeilen *in* Italien – nein, es ist Hans-Peter Briegel.

Das müßte ihm doch runtergehen wie süßer Honig. Doch er sagt: „Ich bin kein Star, sondern der, der ich immer war." Er nennt sich nicht mit den Großen des italienischen Fußballs, den vielgepriesenen Superstars, in einem Atemzug, weil er weiß, daß er mit ihnen letztlich doch nicht auf einer Stufe steht. Weil er weiß, daß er mit seinen 29 Jahren nicht plötzlich zum Supertechniker geworden ist. Eher schmunzelnd nimmt er es hin, der Vielbescholtene, daß er sie plötzlich alle in die Ecke gestellt hat. Er braucht nicht mit Rummenigge, Zico, *Maradona o*der Platini aufzurechnen, nein, er muß mit seinen Kritikern abrechnen. Deshalb sagt er auch: „Vor drei Jahren haben Journalisten geschrieben, daß ich am besten einen Invaliditätsantrag stellen soll. Mit mir sei es ohnehin vorbei, ich sei verbraucht, wegen meiner Verletzungen und meines kräftezehrenden Spiels. Ist doch toll für einen wie mich, daß ich immer noch spiele und plötzlich so viel Anerkennung finde."

Hand aufs Herz, wer hat in Deutschland nicht so ähnlich gedacht: Gönnt dem altgedienten Briegel doch seine Ruhe. Dieses Abgeschriebensein aber, die Tatsache, daß die Leute ihn nicht mehr sehen wollten, das hat ihn am meisten gewurmt. Er sagt: „Ich war doch alle vier Wochen krank. Einer wie ich braucht die Kraft, um sich nicht zu blamieren." Heute halten seine Sehnen und Muskeln wieder, heute kann er wieder schmerzfrei spielen. Mehr noch, heute hat er endlich die Freiheiten, die er schon *immer gesucht hat, die ihm* aber niemand zugetraut hat. Sein neuer Trainer Osvaldo Bagnoli überraschte Briegel gleich zu Saisonbeginn: „Du spielst den freien Mann im Mittelfeld. Du kannst machen, was du willst." Briegel staunte: „Das war eine große Anerkennung für mich." Zuvor in Kaiserslautern hatte er immer nur dies gehört: „Du verfolgst deinen Gegenspieler auf Schritt und Tritt, schaltest ihn aus, nur wenn keine Gefahr besteht, darfst du stürmen."

Waren die spielerischen Talente des Hans-Peter Briegel neun Jahre lang in der Bundesliga und dann auch in der Nationalmannschaft tatsäch*lich verschüttet? Er glaubt* es *nicht.* Doch er hat festgestellt: „Ich spiele in einer guten Mannschaft. Wenn es einmal läuft, läuft es auch bei jedem einzelnen Spieler."

Vielleicht spielt Hans-Peter Briegel zur Zeit in Italien über seinen Möglichkeiten. Wahrscheinlich werden auch ihm die Flügel gestutzt, wenn es einmal Niederlagen gibt. Briegel kennt solche Täler nur allzu gut. Deshalb hebt er nicht ab, stellt sich erst gar nicht auf eine Stufe mit Rummenigge, Maradona, Zico oder Platini. Er bleibt der, der er immer war – er arbeitet jetzt nur für Verona. Allerdings mit größerem Erfolg als in Deutschland.

Stielike: Schluß in Madrid, Mannheim als Wunschklub

sid, *Madrid*

Die Nationalmannschaft kämpfte in Lissabon um die WM-Teilnahme, einige hundert Kilometer entfernt grübelt Uli Stielike über seine Zukunft nach. Nach der schweren Krise seines Klubs Real Madrid und der Ungewißheit, ob der sechsmalige Europapokalsieger seinen Vertrag überhaupt verlängert, haben bei dem 30 Jahre alten Libero ernsthafte Überlegungen an eine Rückkehr in die Fußball-Bundesliga eingesetzt.

Grund der Unsicherheit: Der spanische Rekordmeister wählt am 26. Mai vorzeitig eine neue Führungsspitze, nachdem Präsident Luis de Carlos als Konsequenz *aus* der verkorksten Saison und internen Querelen sein Amt zur Verfügung gestellt hatte. „Sämtliche Vertragsverlängerungen wurden deshalb vertagt. Ich hänge in der Luft. Wer weiß, ob ich in den Planungen des neuen Vorstandes eine Rolle spiele", sagte Uli Stielike, der 1977 für eine Ablöse von 1,6 Millionen Mark von Mönchengladbach zum Traditionsklub Real Madrid wechselte und dort seitdem Stammspieler ist. Auf jeden Fall würde er seine Zelte in Spanien abbrechen, weil es, so Stielike, „keine Steigerung zu Real gibt".

Was die Bundesliga betrifft, skizziert der ehemalige Gladbacher seine Vorstellungen: „Ein Wechsel zu einem Klub mit Titelambitionen, wie dem HSV oder Bayern München, käme nicht in Frage. Ich stelle mir vor, in einer jungen, entwicklungsfähigen Mannschaft zu spielen, die vielleicht noch einen Routinier benötigt." Eine Heimkehr an den Gladbacher Bökelberg oder in die Nähe seiner Heimat *Ketsch, beispielsweise zum* SV Waldhof Mannheim, käme seinen Idealvorstellungen schon nahe.

Eine Verpflichtung des 42maligen Nationalspielers wäre mit keinen finanziellen Fußangeln verbunden. Denn Stielike wird Madrid höchstwahrscheinlich ablösefrei verlassen können. „Ich rechne nach der langen *erfolgreichen Zeit in Madrid fest mit* einem Entgegenkommen des Klubs." In der Bundesliga oder, wenn alle Stricke reißen, auch in der Schweiz möchte er dann noch drei Jahre spielen, um anschließend seine Karriere zu beenden.

Daß eine mögliche Rückkehr ins Rampenlicht der deutschen Fußball-Bühne auch ein Comeback in der Nationalmannschaft nach sich ziehen könnte, daran verschwendet Stielike keinen Gedanken. Im vergangenen September beim Beckenbauer-Debüt als Teamchef gegen Argentinien bestritt er sein letztes Länderspiel. „Der Zug ist für mich wohl abgefahren. Außer*dem scheinen Beobachtungs*reisen nach Italien preiswerter zu sein", sagt er in Richtung Beckenbauer.

Mit Real, das in der Meisterschaft mit 13 Punkten Rückstand auf den führenden Schuster-Klub FC Barcelona Platz fünf belegt, hat sich auch Stielike aus den Schlagzeilen gespielt. In den letzten neun Spielen blieb Madrid ohne Sieg. Im März in den Viertelfinal-Begegnungen des UEFA-Cups gegen Tottenham Hotspurs und im spanischen Pokal gegen Atletico Bilbao wird sich zumindest die sportliche und finanzielle Zukunft von Real entscheiden, die von Stielike allerdings erst Ende Mai.

Berti Vogts: „Auch schlechte Spiele sind unbezahlbar"

DW. Lissabon

Sein Job ist es, die Profis der zweiten Garnitur den Duft der großen weiten Welt schnuppern zu lassen. Da ist Sinn und Zweck auch noch nach Niederlagen erfüllt. „An das Drum und Dran internationaler Spiele müssen sich unsere Jungs erst noch gewöhnen. Deshalb sind auch schlechte Spiele unbezahlbar", sagte Trainer Berti Vogts nach dem 1:2 (0:1) der deutschen „Unter 21"-Auswahl in Lissabon gegen Portugal.

Sein Job ist es aber auch, mit seiner Mannschaft die EM-Qualifikation zu schaffen. Eine Woche lang trainierte die Mannschaft in Portugal, nach der *Niederlage fiel sie in der Gruppe zwei* auf den letzten Platz zurück. „Einige Spieler haben leider den positiven Eindruck nicht bestätigen können, den ich im Training von ihnen gewonnen hatte", war Vogts enttäuscht.

Sein Job ist es auch, für die A-Nationalelf neue Kandidaten zu finden. „Thomas von Heesen kann der nächste aus unseren Reihen sein", hatte Vogts vor dem Spiel vorhergesagt. Über von Heesens Vorstellung in Lissabon urteilte HSV-Manager Günter Netzer anschließend kurz und knapp: „Das war nichts, bei uns im Verein spielt er viel besser." Gegen Portugal hatte sich von Heesen weit zurückgezogen, fehlte im Angriff als Partner des guten Herbert Waas (Leverkusen), konnte aber dem Mittelfeld auch keine neuen Impulse geben.

Der Top-Mann im Team versagte, da kamen auch die anderen nicht ins Spiel. Mit ein Grund war sicher die Tatsache, daß Vogts nach dem 1:0 gegen Schweden vor vier Monaten auf gleich sechs Positionen ändern mußte. Mit Franco Foda (Bielefeld), Jürgen Kohler (Mannheim) und Andreas Gielchen (Köln) gaben gleich drei Neulinge ihr Debüt. „Da lief nicht besonders viel zusammen", urteilte Kölns Trainer Hannes Löhr, und DFB-Präsident Hermann Neuberger befand: „Unsere Mannschaft spielte zu hektisch."

Die Portugiesen hatten durch Jorge-Silva in der 17. Minute das 1:0 erzielt, Foda verwandelte in der 77. Minute einen Foulelfmeter zum Ausgleich, ehe wieder Jorge-Silva in der 80. Minute erfolgreich war. Trotz der Niederlage war der Münchner Raimond Aumann im Tor noch bester deutscher Spieler, parierte in der 44. Minute sogar einen Handelfmeter von Ribeiro.

Vogts machte die mangelnde internationale Erfahrung („Schließlich spielten bei uns drei Achtzehnjährige") seiner Profis verantwortlich: „In der Bundesliga werden sie von den *Routiniers geführt, hier müssen* sie sich alleine zurechtfinden."

Günter Netzer nannte noch einen anderen Grund: „Der Kraftfußball wurde übertrieben." Das Spiel machte deutlich, daß Vogts ohne die zur A-Elf aufgerückten Thon, Berthold und Kroth nicht mehr die freie Auswahl an guten Fußballern hat. Wobei Netzer ausschließt, daß dies eine Frage des Trainers sei: „Es ist ja nicht so, daß der Berti Typen sucht, die dem Gegner auf die Knochen gehen, wie er selbst früher. Er hat sich da total geändert, seit Jahren erstklassige Arbeit geleistet und ein gesundes Gespür für die richtigen Leute bewiesen."

Jupp Derwall geht jetzt vor Gericht

dpa, Istanbul

Die Auseinandersetzungen zwischen Jupp Derwall und dem Präsidenten des türkischen Vereins Galatasaray Istanbul, Ali Uras, haben am Wochenende an Heftigkeit zugenommen. Der ehemalige Bundestrainer und jetzige Coach von Galatasaray will den eigenen Vereinspräsidenten wegen Verleumdung auf 500 000 Mark Schadenersatz verklagen. Sobald er einen geeigneten Anwalt gefunden habe, werde er gegen Uras gerichtlich vorgehen. Der Funktionär hatte Derwall in einem Interview mit dem Massenblatt „Hürriyet" als „lahm, unfähig und apathisch" hingestellt.

Etwas Ähnliches sei ihm noch nie ins Gesicht gesagt worden, äußerte sich Derwall gegenüber türkischen Zeitungen. Diese Beschuldigungen bedrohten seinen guten Ruf sowohl in der Türkei als auch in der Bundesrepublik Deutschland, wo er, nach eigenen Worten, „ein bekannter und gern gesehener Mann ist". Die türkische Presse wertete den angestrebten Prozeß eher als einen Versuch Derwalls, den eigenen Worten wieder mehr Gewicht und Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Seinen Zweijahresvertrag mit dem türkischen Erstliga-Verein Galatasaray will Derwall auf jeden Fall erfüllen. Das sei er den Freunden und Anhängern des Vereins, zu denen er bereits ein verwandtschaftliches Verhältnis habe, schuldig. Die Streitigkeiten seien eine private Angelegenheit zwischen ihm und dem Präsidenten.

Den Grund für die unbefriedigende sportliche Situation des Vereins sieht Derwall in dem Verkauf von sieben Spielern zu Saisonbeginn, für den er nicht verantwortlich sei. „Wenn Schwierigkeiten auftreten, gibt ein Deutscher nicht auf, bevor diese schließlich gelöst sind", wird Derwall in der türkischen Presse zitiert. In der nächsten Saison, wenn er selbst neue Spieler aussuchen könne, bekäme die Mannschaft ein völlig neues Gesicht.

Ob es jedoch überhaupt so weit kommen wird, ist fraglich. Mit großer Spannung wird *nun in der türkischen* Sportöffentlichkeit dem entscheidende Pokalduell am Donnerstag zwischen Galatasaray und dem Erzrivalen Fenerbahce entgegengesehen. Sollte Derwalls Team, das das Hinspiel mit 2:1 gewonnen hatte, aus dem Cup ausscheiden, wird allgemein mit Derwalls Entlassung gerechnet.

Uras, von dem es hieß, er werde sein Amt zur Verfügung stellen, sagte jedenfalls: „Nicht ich werde Derwall Rechenschaft ablegen, sondern Derwall muß dies gegenüber dem gesamten Vorstand tun. Der vorstand tagt zwei Tage vor dem wichtigen Pokalspiel, und Uras erklärt: „Die dunklen Wolken über unserem im ganzen Land geliebten Verein werden bald vertrieben."

1:2-Niederlage der Junioren in der Statistik

Portugal: Sergio – Matias, Samuel, Morato, R. Countinho – Edmundo, Jaime, Semedo (ab 60. Jorge Plazido), Ribeiro – Jorge Silva, Jorge. – **Deutschland:** Aumann (München) – Schröder (Hamburg), Kohler (Mannheim), Kraaz (Frankfurt), Roth (Karlsruhe) – Gielchen (Köln), Foda (Bielefeld), Pomp (Leverkusen), ab 46. Kögl (München), Hochstätter (Gladbach), ab 70. Wegmann (Dortmund) – von Heesen (Hamburg), Waas (Leverkusen).

Schiedsrichter: Martinez (Spanien). – **Zuschauer:** 8000. – **Tore:** 1:0 *Jorge Silva (17.), 1:1 Foda (78./Foul-*Elfmeter), 2:1 Jorge Silva (80.). – **Gelbe Karten:** Ribeiro, Jorge Plazido / von Heesen, Foda.

DIE TABELLE

1.Schweden	3	1	1	1	2:2	3:3
2.Portugal	4	1	1	2	3:4	3:5
3.CSSR	1	1	0	0	1:0	2:0
4.Deutschland	2	1	0	1	2:2	2:2

Die nächsten Spiele: Schweden – CSSR (4. Juni), Schweden – Deutschland, CSSR – Portugal (24. September), Deutschland – Portugal (15. Oktober), Deutschland – CSSR (16. November).

Bundesliga: Nächste Spiele

Dienstag, 20.00 Uhr

München – Uerdingen (3:1)

Mittwoch, 20.00 Uhr

Köln – Werder Bremen (2:6)
Stuttgart – Bielefeld (7:2)
Düsseldorf – Kaiserslautern (1:3)
Schalke – Leverkusen (2:2)
Gladbach – Dortmund (3:2)
Hamburg – Bochum (0:0)

Samstag, 15.30 Uhr

Leverkusen – Hamburg (1:1)
Kaiserslautern – Frankfurt (1:1)
Braunschweig – Düsseldorf (1:4)
Bielefeld – Mannheim (0:0)
Bremen – Stuttgart (3:1)
Uerdingen – Köln (5:1)
Dortmund – München (0:1)
Karlsruhe – Schalke (1:3)
Bochum – Gladbach am 5. März

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

Klub der Freunde der Nationalmannschaft plant Kündigung der Freundschaft

Als **Pal Csernai** (52) noch Trainer beim FC Bayern München war, hat er gerne über die Krise im deutschen Fußball referiert – bis man ihn im Mai 1983 bei den Bayern nicht mehr haben wollte. Csernai arbeitete ein Jahr bei PAOK Saloniki, jetzt bei Benfica Lissabon. Vor dem EM-Qualifikationsspiel in Lissabon war Csernai, der damals deutsche Journalisten nie sonderlich mochte, ein gefragter Mann. Und er antwortete sogar mit Lobeshymnen: „Die Deutschen haben im Vergleich immer noch die besseren Spieler. Schumacher, Rummenigge und Förster sind Weltklasse, Völler ein Top-Mann. Briegel auch. Und einen so giftigen Kerl *wie den Matthäus findet man so* schnell nicht wieder. Glaubt mir, ihr Deutschen: So schlimm, wie ihr immer tut, ist es mit eurer Krise gar nicht."

Der Csernai will doch nicht etwa in die Bundesliga zurück?

*

Wenn einer oben angekommen ist, denkt er gelassener über Fehler der Vergangenheit. Als Erklärung dafür, daß es bei **Mathias Herget** (29), dem Libero von Bayer Uerdingen, so lange dauerte, ehe seine internationale *Karriere begann, hat Bochums* Ex-Trainer **Heinz Höher** (46) einmal dies gesagt: „Wenn ich ihm gesagt habe, lauf 100 Meter, ist er nur 90 Meter gelaufen. Sollte er 20 Kniebeugen machen, hat er nur 19 gemacht." Höher schickte den damals 22 Jahre alten Herget dann in die zweite Liga. *Mit 28 wurde Herget dann* Nationalspieler und sagt heute: „Ich bin mit Herrn Höher nie besonders gut ausgekommen. Aber heute muß ich ihm teilweise recht geben, ich war phlegmatisch, mußte immer wieder angetrieben werden." Es ist eben im Fußball fast wie im richtigen Leben: Es ist nie zu spät.

*

Der Schalker **Olaf Thon** (18) ist auf dem Platz als ein pfiffiges Kerlchen bekannt, die Abwehrspieler der Bundesliga fürchten seine Tricks. Angst hatte Thon eine Zeitlang nur vor In*terviews („Gott sei Dank hat mir* beim ersten Fernsehinterview der Herr Huberty sehr geholfen"). Die Zeit der feuchten Hände ist offenbar vorbei. Jetzt fragte ihn ein Journalist: „Auf welcher Position hat eigentlich Ihr Vater gespielt? War er nicht Mittelstürmer?" Der Schalker antworte*te zunächst: „Nein, genau das Gegen*teil, im defensiven Mittelfeld." Als er dann feststellt, daß der Journalist die 50 längst überschritten hat, fügt er noch an: „Aber vielleicht haben Sie meinen Vater noch als Jugendlichen spielen sehen, da war er allerdings Mittelstürmer." Vater **Günther Thon** (43) wurde mit dem STV Horst Emscher 1967 deutscher Amateurmeister, der Sohn trägt bereits jetzt das Prädikat, „Deutschlands größtes Talent nach Franz Beckenbauer" (HSV-Manager Günter Netzer) zu sein.

*

Die „Freunde der Nationalmannschaft" (FdN) wollen bald die Freundschaft kündigen. Auf Raten sozusagen haben sie es bereits getan. Die etwa 200 FdN-Mitglieder haben sich mit jährlich 1700 Mark Spenden *für die Sepp-Herberger-Stiftung bis*her das Recht erkaufen können, stets in der Nähe der Nationalspieler sein zu dürfen. Nachdem das Spiel in Malta von rund 50 FdN-Fans als eine Art „Betriebsausflug" oder „Hochzeitsreise" (Beckenbauer) verstanden worden war, hatte **Franz Beckenbauer** (38) die Fans für die Zukunft aus dem Mannschaftshotel verbannt: „Ich will keinen Rummel, die Spieler sollen ihre Ruhe haben." In Portugal sind nur noch sechs FdN-Mitglieder dabei, viele andere schrieben Protestbriefe. Mit einem Tenor, den der Autohändler **Werner Grommich** (60) aus Frankfurt so beschreibt: „Ich trete aus, wenn wir nicht mehr bei der Nationalelf wohnen dürfen." Und die Freunde haben auch schon ausgerechnet, was das den DFB kosten würde: Sie hätten seit 1978 immerhin rund 1,8 Millionen Mark von der Stif*tung kassiert.*

Wahre Freunde erkennt man eben in der Not.

*

Auch die Zahl der mitreisenden ehrenamtlichen Funktionäre wurde von sechs auf vier gekürzt, an Mannschaftssitzungen teilnehmen und im Mannschaftsbus mitfahren darf nur noch einer, nämlich DFB-Präsident **Hermann Neuberger** (65). „Offiziell gab es dagegen keine Widersprüche", erklärte Pressesprecher **Rainer Holzschuh** (40). Die Spieler vermissen auch niemanden: „Wir können viel konzentrierter arbeiten", sagte **Karl-Heinz Rummenigge** (30), und **Karl-Heinz Förster** (26) stellte fest: „Die Leute, die uns sonst jeden Tag ein paarmal auf die Schulter klopfen, sind nicht mehr da." Und Franz Beckenbauer antwortete auf die Frage, ob denn jetzt die vier Funktionäre das Pensum der sechs schaffen könnten, mit einer Gegenfrage: „Was, schaffen tun die auch was?"

MARKUS BERG

2. Liga

Kassel zum ersten Mal an der Spitze

dpa, Hannover

Purzelbäume nach zu langer Pause: Der erste fast komplette Rückrundenspieltag der zweiten Fußball-Liga brachte am Samstag bei neun Meisterschaftstreffen kräftige Überraschungen. Auf schneeglattem Boden rutschte Spitzenreiter Alemannia Aachen beim sensationellen 0:2 in Bürstadt genauso aus wie der im Pokal so erfolgreiche 1. FC Saarbrücken, der das Spitzenspiel vor 15 000 Zuschauern gegen Hessen Kassel 0:3 verlor.

Hessen Kassel (29:13 Punkte) ist nach Hannover 96, Union Solingen und Alemannia Aachen erst der vierte Spitzenreiter in dieser Saison. Das 3:0 war die Krönung einer Serie von 11:1 Punkten. Trainer Jörg Berger (40) warnte angesichts der euphorischen Stimmung: „Es ist noch ein langer Weg bis zum Meisterschaftsende." Kassel hatte in den letzten zwei Jahren jeweils die Qualifikationsspiele zur Bundesliga als Vierter sehr knapp verpaßt. In dieser Saison profitiert das stark verjüngte Team ohne Stars von seiner Heimstärke (21:1 Punkte). Nach den Kasseler Treffern durch Heinz Traser (11.), Cestonaro (23.) und Münn (83.) stellte Saarbrückens ehrgeiziger Trainer Uwe Klimaschefski fest: „An den Feiern nach unserem Pokal-1:0 gegen Hannover 96 lag es nicht."

Von Freiburgs Trainer Anton Rudinsky war nach dem 0:0 in Berlin zu hören: „Hertha BSC bleibt mein Favorit für den Aufstieg." Insider sind anderer Ansicht. Denn Hertha BSC hat – wieder einmal – kein Geld: Seit *Dezember werden die Gehälter von* Privatleuten vorgestreckt. Die Gesamtsumme von bisher 450 000 Mark muß natürlich zurückgezahlt werden.

DIE ERGEBNISSE

Duisburg – Nürnberg	1:3	(0:2)
Bürstadt – Aachen	2:0	(0:0)
Oberhausen – Wattenscheid	2:2	(1:0)
Kassel – Saarbrücken	3:0	(2:0)
Hannover – Köln	3:2	(2:1)
Darmstadt – Offenbach	0:1	(0:0)
Solingen – St. Pauli	1:3	(0:3)
Hertha BSC – Freiburg	0:0	:
Homburg – BW Berlin	1:1	(0:0)

DIE TABELLE

1.Kassel	21	12	5	4	45:29	29:13
2.Aachen	21	11	6	4	36:23	28:14
3.Nürnberg	22	12	3	7	38:31	27:17
4.Hannover	22	10	7	5	40:34	27:17
5.Saarbrücken	20	11	4	5	44:25	26:14
6.Wattenscheid	21	11	3	7	36:33	25:17
7.Hertha BSC	19	8	7	4	32:27	23:15
8.Solingen	20	10	3	7	37:33	23:17
9.Offenbach	21	8	5	8	27:30	21:21
10.BW Berlin	21	6	7	8	30:37	19:23
11.Freiburg	22	6	7	9	25:28	19:25
12.Oberhausen	22	6	7	9	33:41	19:25
13.Bürstadt	21	8	2	11	33:35	18:24
14.Duisburg	21	6	6	9	33:39	18:24
15.Darmstadt	21	6	6	9	26:33	18:24
16.Homburg	20	7	3	10	30:31	17:23
17.Stuttgart	21	6	4	11	26:31	16:26
18.Köln	21	6	4	11	30:42	16:26
19.Ulm	22	5	6	11	31:44	16:28
20.St. Pauli	21	5	5	11	29:41	15:27

DIE VORSCHAU

Dienstag, 26. Februar, 20.00 Uhr: Köln – Hertha BSC, Saarbrücken – Darmstadt. – BW Berlin – Solingen verlegt auf den 8. April. – **Freitag, 1. März, 20.00 Uhr:** Offenbach – Kassel. – **Samstag, 2. März, 15.30 Uhr:** Freiburg – Duisburg, BW Berlin – Darmstadt, Aachen – Ulm, Oberhausen – Solingen, Bürstadt – Wattenscheid, St. Pauli – Homburg. – **Sonntag, 3. März, 15.00 Uhr:** Saarbrücken – Hertha BSC, Stuttgart – Hannover, Köln – Nürnberg.

LEICHTATHLETIK / Der Schwede Patrick Sjöberg sprang in geliehenen Schuhen über 2,38 Meter

„In neue Dimensionen" – mit viel Musik

Patrick Sjöberg beim Jubelsprung. FOTO: DPA

DW. Berlin

Auf den ersten Blick schien es wie eine Wiederholung. Die Äußerlichkeiten erinnerten an das letzte Jahr: Berlin, eine ausverkaufte Halle, viel Musik, eine Hochsprunganlage, ein schlaksiger Jüngling, blond, talentiert, selbstbewußt. So war Carlo Thränhardt vor zwölf Monaten 2,37 m hoch gesprungen – Hallenweltbestleistung.

Jetzt erlebte das Spektakel seine Neuauflage. Beim Hochsprung-Meeting in Berlin, einer von dem Kölner Carlo Thränhardt inszenierten Leistungsshow mit Musik. Star des Abends war erneut ein schlaksiger Jüngling, blond, talentiert und selbstbewußt. Vor allem selbstbewußt: „Ich traue mir bis zu 2,45 m alles zu", tönte der Schwede Patrick Sjöberg nach seinem Rekordsprung.

Wer sein Selbstbewußtsein in Höhen messen will, muß die *Latte jetzt auf 2,38 m legen. Mit* dieser Leistung entriß der 20 Jahre alte Schwede dem Kölner Thränhardt die Hallenweltbestleistung. Nur der Chinese Zhu Jianhua war bei seinem Freiluft-Weltrekord von 2,39 m noch höher gesprungen.

„Wir gehen jetzt in andere Dimensionen. Die 2,40 m sind sturmreif", erklärte danach Olympiasieger Dietmar Mögenburg, der mit 2,36 m Zweiter wurde. Bereits in Berlin versuchte sich der neue Rekordmann Sjöberg an der als Schallmauer bezeichneten Höhe von 2,40 m. Doch seine drei Versuche mißlangen. „Die Luft war raus. Vielleicht wäre das anders gewesen, wenn ich auch bei dieser Höhe noch Konkurrenz gehabt hätte", bedauerte der Silbermedaillengewinner von Los Angeles, der schon als Zehnjähriger 1,35 m übersprang – zwanzig Zentimeter mehr als seine damaligen Klassenkameraden.

Seitdem vollzog sich ein rasanter Aufstieg. Trainiert von seinem finnischen Stiefvater, steigerte er sich in den letzten vier Jahren um 30 Zentimeter. Der Sprung in die Weltelite *glückte Anfang Juli 1983 in Os*lo, wo er bei einem Wettkampf seine Bestleistung von 2,28 m auf 2,33 m schraubte. Ein unmißverständlicher Beweis für sein Ausnahmetalent, von dem er selbst bereits als Sechzehnjähriger so überzeugt war, daß er die Schule verließ, um sich ganz dem Hochsprung zu widmen.

Inzwischen nennt er sich „Professionel" und hat die Ziele von damals längst übersprungen. Irgendwann hatte er sich vorgenommen, einmal höher zu springen als der ehemalige Olympiasieger Dwight Stones und so berühmt zu werden wie seine schwedischen Landsleute Björn Borg, Ingemar Stenmark und Mats Wilander.

Es ist ihm gelungen. Heute reist Patrick Sjöberg zumeist mit einem eigens auf ihn konzentrierten Kamerateam um die Welt, trainiert im Winter in der Sonne, in Griechenland, Spanien und Italien. Ein Weltenbummler in Sachen Hochsprung, der mit leichtem Gepäck reist, in dem oft nicht einmal Platz für Hochsprungschuhe ist. Auch in Berlin, wo er erst am Dienstag nach einem 30-Tage-Trip durch Nordamerika eintraf, trat er zu seinem Rekordsprung wieder mit geliehenen Schuhen an ...

Valerie Brisco-Hooks ist die Großverdienerin in der Halle

sid/dpa, New York

Ein furioses Finale ihrer sechs Wochen langen Hallen-Saison boten die Leichtathleten der USA bei den offenen Meisterschaften im New Yorker Madison Square Garden. In Abwesenheit der beiden Olympiasieger Carl Lewis und Evelyn Ashford, aber mit Beteiligung mehrerer europäischer Athleten, darunter zahlreiche Spitzenleute aus der UdSSR, waren 15 000 Zuschaer von drei Hallen-Weltbestleistungen begeistert.

So lief die dreimalige Olympiasiegerin Valerie Brisco-Hooks eine neue Weltbestzeit über 220 Yards in 22,95 Sekunden, und Diane Dixon sprintete die 400 Yards in 52,20 Sekunden. Außerdem bewältigte Jim Hiring das Meilen-Gehen in 12:07,56 Minuten. Wegen der weltweit selten ausgetragenen Wettbewerbe über Yards-Distanzen müssen die Ergebnisse relativiert werden.

Welt-Niveau besaßen aber auf jeden Fall die Leistungen von Mike Conley und Jim Howard. Mike Conley gewann zunächst den Dreisprung mit 17,40 m, wobei er die Bestmarke von Willie Banks (USA) nur um einen Zentimeter verfehlte, und gewann anschließend auch den Weitsprung mit 8,22 m. Jim Howard erzielte im Hochsprung 2,34 m und verpaßte damit seine vor einer Woche erzielte persönliche Bestleistung ebenfalls nur um einen Zentimeter. Er hat sich damit endgültig in der Weltspitze etabliert und gilt neben Valerie Brisco-Hooks als Großverdiener der Grand-Prix-Serie, die 15 Veranstaltungen umfaßte. Während Valerie Brisco-Hooks rund 50 000 Mark in den vergangenen sechs Wochen verdiente, wurde Jim Howard, der sich für die Olympischen Spiele nicht qualifiziert hatte, mit rund 44 000 Mark entlohnt. Er ist vollberuflich als Ingenieur in Houston tätig und hatte für die Hallen-Saison Urlaub nehmen müssen.

Die herausragenden Leistungen der deutschen Leichtathleten wurden am Wochenende in Rhede und Stuttgart erzielt. In Rhede wurde überraschend die Göttingerin Christiane Finke auf der Mittelstrecke deutsche Crosslauf-Meisterin vor der hoch favorisierten Kölnerin Brigitte Kraus. Christoph Herle (Waldkraiburg) gewann eine Woche nach seiner Hallen-Weltbestleistung über 3000 m auch den Cross-Titel übr 9950 m mit mehr als einer halben Minute Vorsprung auf den Sindelfinger Alfred Scheytt.

Beim internationalen Hallen-Sportfest in *Stuttgart steigerte sich* Kugelstoß-Olympiasiegerin Claudia Losch (Fürth) nach längerer Verletzungspause auf die persönliche Bestleistung von 20,46 m, doch fehlen ihr zum acht Jahre alten deutschen Rekord von Eva Wilms immer noch 60 Zentimeter. Pech hatte der Dreispringer Ralf Jaros (Düsseldorf), der in der Schleyer-Halle eine Knöchelverletzung am linken Fuß erlitt und um eine Teilnahme an der Hallen-Europameisterschaft am nächsten Wochenende in Athen bangen muß.

SKI ALPIN / Keine Chance für den Nachwuchs bei den deutschen Meisterschaften in Garmisch

Wasmaier setzte sich unter Druck – und stürzte

dpa, Garmisch

Außenseiter hatten bei den deutschen alpinen Skimeisterschaften keine Chance. Bei den Titelkämpfen von Freitag bis Sonntag auf Kreuzeck und Wank in Garmisch-Partenkirchen blieben alle Meisterkronen in den Händen der „Etablierten", den *Mitgliedern der Nationalmannschaft.* Nur zwei Überraschungen verzeichnete Alpin-Sportwart Kuno Messmann: Riesenslalom-Weltmeister Markus Wasmeier aus Schliersee blieb ohne Titelgewinn, und in der Damen-Abfahrt kostete die Schwarzwälderin Heidi Wiesler (Staufen), die nur um einen Weltcup-Rang die WM nach Bormio verpaßt hatte, ihren Triumph über die übermächtige bayerische Konkurrenz aus.

Mit Sepp Wildgruber (Oberaudorf) in der Abfahrt, Hans Stuffer (Samerberg) im Riesenslalom und Frank Wörndl (Sonthofen) im Slalom setzten sich bei den Herren ebenso Athleten aus dem Favoritenkreis durch, wie bei den Damen neben Heidi Wiesler in der Abfahrt Maria Epple-Beck (Seeg) im Slalom und die Münchnerin Marina Kiehl im Riesenslalom.

Das WM-Gold des 21jährigen Riesenslalom-Weltmeisters Markus Wasmeier verbreitete seinen Glanz auch auf die deutschen Meisterschaften. Über 3 000 Zuschauer wollten den blonden Schlierseer siegen sehen – doch er ging in allen drei Disziplinen leer aus. „Ich muß zeigen, daß mein WM-Titel kein Zufall war", hatte sich Wasmeier selbst unter Erfolgsdruck gesetzt. In der Abfahrt verpaßte er die Meisterkrone um 3/100, im Riesenslalom brachte er sich durch zu großes Risiko um die Siegeschance. „Für mich ging es hier darum, zu gewinnen, nicht um einen guten Platz", begründete Wasmeier seine riskante Fahrweise, die ihn im zweiten Durchgang des Riesenslaloms aus dem Rennen warf. Damit war der Weg frei für den langen Hans Stuffer aus Samerberg, der schon 1983 den Titel errungen hatte. Im Slalom erhöhte Frank Wörndl seine Titelsammlung auf die fünfte Meisterkrone.

Wie bei den Herren so gaben auch bei den Damen die Nationalmannschaftsmitglieder den Ton an, die fast ohne Ausnahme in allen Disziplinen die ersten zehn Plätze belegten. „Der Trainingsvorsprung und die größere Wettkampferfahrung aus vielen internationalen Rennen zahlen sich hier halt aus", sagte Damen-Trainer Willi Lesch. Herren-Trainer Klaus Mayr meinte: „Für den Nachwuchs ist es aus diesem Grund sehr, sehr schwer, den Sprung in den Nationalkader zu schaffen. Aber das ist in anderen Sportarten ähnlich." Dazu kam, daß bei den deutschen Meisterschaften unter schwierigen Schnee- und Wetterbedingungen die Läufer mit hohen Startnummern durch ungünstige Pistenverhältnisse so benachteiligt wurden, daß sie von Haus aus keine Chance haben. „Wir müssen uns mit der Talentsuche künftig noch einiges einfallen lassen", sagte Alpin-Sportwart Kuno Messmann.

HANDBALL / Eine Großmacht wird kleinlaut

Großwallstadts Ziel ist nur noch Platz fünf

sid/dpa, Düsseldorf

Eine Großmacht wird bescheiden. Nach elf Titeln in sieben Jahren hat der TV Großwallstadt schon nach der Hälfte der Handball-Bundesliga-Saison die Meisterschaft zu den Akten gelegt. „Platz fünf" lautet die neue, fast kleinlaute Parole des weltweit bekannten Provinz-Klubs nach dem 13:13 gegen Aufsteiger Turu Düsseldorf.

„Die Titelverteidigung ist utopisch", sagte *Großwallstadts* Coach Karl-Heinz Bergsträsser, im Vorjahr „Bundesliga-Trainer des Jahres". Ein Grund für die frühzeitige Resignation ist die akute Personalnot:

Nationalspieler Michael Paul kann in dieser Saison wegen einer in der nächsten Woche anstehenden Schulter-Operation nicht mehr auf Torejagd geben. Kapitän Uli Gnau muß wegen einer Meniskus-Operation ebenfalls noch einige Wochen zuschauen. Der ehemalige Nationalspieler Peter Meisinger, im Juni 1984 zurückgetreten und wegen Verletzungssorgen in der Mannschaft zu einem Vier-Wochen-Comeback überredet, hat endgültig seinen Rückzug angetreten. In plagen chronische Hüftbeschwerden.

Allerdings muß sich der Verein auch den Vorwurf gefallen lassen, eine verfehlte Personal-Politik betrieben zu haben. Nach den Rücktritten der Klühspies, Meisinger, Fischer und Lang ist die Spielerdecke mit nur sechs bundesligatauglichen Spielern zum Saisonende zu dünn. Fünf Punkte trennen den Klub schon von der *Tabellenspitze.*

Großwallstadts souveräne Position der Saison 1983/84 hat mittlerweile der THW Kiel eingenommen. Das Team feierte als Tabellenführer am 15. Spieltag der Meisterschaftsrunde seinen siebten Sieg in Folge. Gegen Grün-Weiß Dankersen gelang ein 20:13-Erfolg, wobei Kiel zur Halbzeit bereits mit 10:1 geführt hatte.

Drei Punkte zurück kamen zwei weitere Meisterschafts-Favoriten zu Siegen gegen zwei Abstiegskandidaten. Der VfL Gummersbach hielt den Aufsteiger SG Weiche-Handewitt mit 26:18 in Schach, Vizemeister Tusem Essen siegte mit 20:15 gegen den Tabellen-Vorletzten TuRa Bergkamen.

SPORT-NACHRICHTEN

Roedgers Sperre reduziert

Ratingen (sid) – Die Sperre des Mannheimer Eishockey-Spielers Roy Roedger ist auf einer Spielgerichts-Sitzung des Deutschen Eishockey-Bundes in Ratingen geringfügig reduziert worden. Roedger, der dem Kölner Steve McNeil im Dezember letzten Jahres beim Spiel in Mannheim mit einem Stockschlag eine schwere Augenverletzung zugefügt hatte, bleibt für acht Spiele gesperrt, allerdings werden zwei Spiele zur Bewährung bis zum Jahresende ausgesetzt.

Doppelsieg für Angerer

Zwiesel (dpa) – Olympiasieger Peter Angerer aus Hammer gewann bei den internationalen deutschen Biathlon-Meisterschaften in Zwiesel den 10-Kilometer-Wettbewerb, nachdem er am Freitag bereits Meister über 20 Kilometer geworden war. *Fritz Fischer aus Ruhpolding belegte* jeweils Rang zwei.

Kohde ausgeschieden

Oakland (dpa) – Die Saarbrückerin Claudia Kohde ist im Viertelfinale des 150 000-Dollar-Tennis-Turniers in Oakland/Kalifornien gescheitert. Die Ranglisten-Erste des Deutschen Tennis-Bundes unterlag der Amerikanerin Chris Lloyd-Evert mit 3:6, 2:6.

Hockey-Kantersieg

Karlsruhe (dpa) – Die Herren-Auswahl des Deutschen Hockey-Bundes besiegte in einem Hallen-Länderkampf die Mannschaft Italiens mit 29:5. Erfolgreichste Torschützen waren der Kölner Fried und der Gladbacher Hilgers mit je sechs Treffern.

Billard: Zenkner verlor

Erkelenz (dpa) – Der Münchner Wolgang Zenkner ist im Halbfinale der Billard-Europameisterschaften im Cadre 71/2 in Erkelenz ausgeschieden. Der Deutsche Meister unterlag dem Österreicher Franz Stenzel mit 173:250 in acht Aufnahmen.

Reit-Sieg für Rüping

Hertogenbosch (dpa) – Der Hamburger Michael Rüping gewann beim internationalen Reit- und Springturnier von 's-Hertogenbosch ein A-Springen auf Caletto.

K.-o.-Sieg für Spinks

Atlantic City (sid) – Der amerikanische Box-Profi Michael Spinks verteidigte in Atlantic City seinen Titel im Leichtschwer-Gewicht (Version WBA und WBC) gegen seinen Landsmann David Sears erfolgreich durch K.o. in der dritten Runde.

Belgrad im Finale

Wien (sid) – Radnicki Belgrad hat durch ein 21:21 im Halbfinal-Rückspiel bei Südstadt Wien das Endspiel im Handball-Europapokal der Landesmeister bei den Frauen erreicht. Der Cup-Verteidiger hatte das erste Spiel mit 19:16 gewonnen.

Köln gegen Frankfurt

Worms (sid) – Blau-Weiß Köln und Eintracht Frankfurt bestreiten das Finale um die 24. Deutsche Hallenhockey-Meisterschaft der Damen. Im Halbfinale der Endrunde in Worms-Hochheim gewannen die Kölnerinnen mit 10:4 gegen Eintracht Braunschweig. Frankfurt schlug den zweimaligen Meister SC Brandenburg Berlin mit 6:5.

Baltes: 5000-m-Rekord

Inzell (dpa) – Der Münchner Hans-Jörg Baltes stellte am ersten Tag der Eisschnellauf-Wettbewerbe um die „Goldenen Schlittschuhe" in Inzell einen deutschen Rekord über 5000 Meter auf. Der Deutsche Vierkampf-Meister benötigte 7:10,36 Minuten.

BOB / Die deutsche Misere geht weiter

Colani, Kloschüsseln und tiefe Verwirrung

DW/dpa/sid, St. Moritz/Mainz

Es fügte sich alles so nahtlos zusammen im „Aktuellen Sportstudio", wie nur selten. Erst gab es die Lottozahlen. Dann die Ergebnisse der Viererbob-Europameisterschaften mit den Plätzen 14, 15 und 17 (Originalton ZDF: „Die lesen sich wie die Lottozahlen") *für die drei deutschen Piloten.* Und dann kam der große Auftritt des Luigi Colani.

Der schnauzbärtige Designer, der mitunter PR-trächtig sein Arbeitsfeld zwischen neuer Badezimmer-Keramik und extravaganten Wohnzimmer-Sesseln verläßt und sich sportlich betätigt – präsentierte einen neuen Bob, mit dem die Talfahrt der Deutschen gestoppt werden könne. Sein Bob, so Colani, habe im Windkanal bei Tests bis zu 45 Prozent bessere Werte erhalten als die alten Schlitten. Der Designer erreicht das, indem er der Besatzung statt der bisher aufrechten Sitzposition praktisch Liegeplätze zuweist. Der Bob ist so extrem flach gestylt, daß der Pilot unter dem Überrollbügel hindurch auf die Bahn schaut.

Allerdings: Vor Jahren gab es schon einmal einen Colani-Bob – doch der erwies sich nach ersten Tests als unfahrbar, verschwand schon bald wieder in einer Abstellkammer.

In den Erfharungen mit Colani ist denn auch das Zitat begründet, mit dem Bobverbands-Präsident Klaus Kotter das von einer Brauerei und einer Glasfabrik gesponserte Unternehmen bedachte: „Ich setze mich sehr wohl auf Colanis Kloschüsseln – aber nie in seinen Bob."

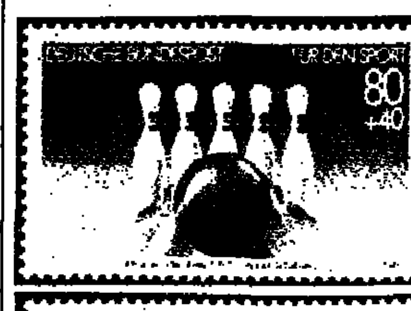
Das besorgt für Colani („Wenn ich den Kotter erwische, schicke ich ihn in meiner Kloschüssel die Rinne runter") der ehemalige deutsche Meister Alois Schnorbus. Schnorbus nach den ersten Tests: „Dieser Schlitten ist zu fahren." Und Colani selbst versicherte, die Neuentwicklung stimme mit den neuen Vorschriften für den künftigen Einheitsbob überein – die allerdings noch gar nicht endgültig feststehen.

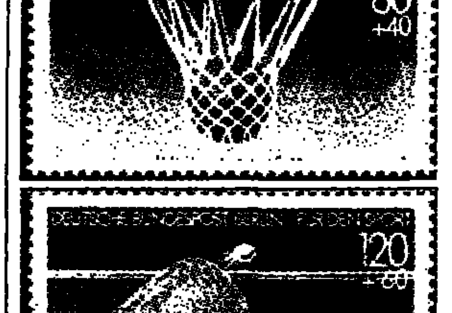
Selbst wenn jetzt dem deutschen Bobsport trotz aller Konfusion ein neuer, schneller Schlitten ins Haus stünde – wer soll ihn denn auch schnell fahren. In St. Moritz waren die drei deutschen Piloten Toni Fischer (14.), Lothar Schebitz (15.) und Franz Locher (17.) runde sechs Sekunden langsamer als der erfolgreiche Titelverteidiger Silvin Giobellina aus der Schweiz. Bundestrainer Stefan Gaisreiter: „Das ist eine einzige Enttäuschung. Unsere Piloten sind an einem Punkt angelangt, an dem sie nicht mehr wissen, wie es weitergeht. Die Aktiven sind zu wenig selbstkritisch, sie arbeiten zu wenig an sich und sind offensichtlich mit ihren Gedanken nicht voll bei der Sache." Ein Jahr vor der Weltmeisterschaft im eigenen Land ist die Lage trostloser denn je.

Und die Ausrede mit dem überlegenen Material der anderen stimmt auch nicht mehr ganz: Der Schweizer Europameister fuhr mit einem herkömmlichen Bob, und sogar die Italiener spielen inzwischen eine weitaus bessere Rolle als die einstige Bob-Nation Nummer eins: der Südtiroler Alex Wolf wurde Vierter.

Die Sonderbriefmarken „Für den Sport '85" wurden in Bonn vorgestellt

Zuschlag zugunsten der Sporthilfe 1984 waren es neun Millionen Mark





JÖRG STRATMANN, Bonn

Ulrike Deppe und ihr Bruder Bernd verloren keine Zeit. Unmittelbar nach der Übergabe der Erstdrucke der Sonderbriefmarken „Für den Sport '85" durch Bundespostminister Christian *Schwarz-Schilling in Bonn* verkauften die beiden Kanusportler schon die ersten Marken auf Ersttags-Briefen und selbstentworfenen Karten. Ein Beispiel dafür, was Aktivensprecher Michael Beckereit „den Dank der Sportler" genannt hatte. Der Selbstverkauf der Marken dokumentiere, so Beckereit, daß sich der Leistungssportler bewußt sei, was diese Aktion für ihn bedeute.

Die Zuschläge der Sportmarken sind ein wesentlicher Beitrag im Rahmen der Gesamt-Finanzierung der Stiftung Deutsche Sporthilfe. Im Olympia-Jahr 1984 ergaben sie mit über neun Millionen Mark den höchsten Ertrag seit der Olympia-Ausgabe 1972.

In diesem Jahr weisen die Marken mit „graphischer Vereinfachung und intensiver Farblichkeit" (Minister Schwarz-Schilling) auf aktuelle sportliche Ereignisse und Jubiläen hin. Zwei Ausgaben „Deutsche Bundespost" sind dem 100jährigen Bestehen des Deutschen Keglerbundes und der diesjährigen Kanu-Weltmeisterschaft gewidmet. Die Berliner Ausgaben zeigen die Motive Tischtennis und Basketball (siehe nebenstehende Abbildungen).

Auch Josef Neckermann, der Vorsitzende der Stiftung Deutsche Sporthilfe, bezeichnete den Erlös aus den Zuschlägen als eine der wichtigsten Einnahmequellen der Sporthilfe – der Anteil betrage 40 Prozent.

Und die Nachwuchs-Förderung liegt dem engagierten Sporthilfe-Chef besonders am Herzen. Der Anteil der geförderten Nachwuchs-Athleten betrage bereits zwei Drittel der insgesamt 2731 unterstützten Sportler, er werde sich noch erhöhen. Neckermann: „Ohne frühzeitige Förderung und behutsame Begleitung ist Erfolg nicht möglich." Beispiele belegen dies: Die in jüngster Zeit in den Blickpunkt gerückten Hermann Weinbuch, Hubert Schwarz, Thomas Müller sowie Peter Angerer hatten in den Jahren 1979 bis 1981 jeweils bei der Wahl der Junioren-Sportler des Jahres vordere Plätzen belegt – die damit verbundenen Stipendien hätten sich, so Neckermann, „als Erfolg manifestiert".

Zum Verkaufserfolg der Sportmarken trugen in den letzten Jahren auch geförderte Sportler bei. Dem Sieger im letztjährigen Sportler-Verkaufs-Wettbewerb, dem Fechter Mathias Behr, ist allerdings ernsthafte Konkurrenz erwachsen: Ulrike und Bernd Deppe haben an den ersten beiden Tagen schon für 3000 Mark Sportmarken umgesetzt.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Erste englische Division, 27. Spieltag: Arsenal – Manchester United 0:1, Coventry – Chelsea 1:0, Leicester – Everton 1:2, Liverpool – Stoke 2:0, Newcastle – Luton 1:0, Nottingham – Southampton 2:0, Queens Park – Sunderland 1:0, Bromwich – Tottenham 0:1, West Ham – Aston 1:2. – Tabellenspitze: 1. Everton 59:30 Tore/55 Punkte, 2. Tottenham 52:27/51, 3. Manchester United 50:31/48, 4. Liverpool 39:23/45. – **„DDR"-Oberliga:** Lokomotive Leipzig – Magdeburg 2:1, Brandenburg – Erfurt 0:2, Karl-Marx-Stadt – Riesa 2:0, Suhl – Jena 2:2, Dynamo Berlin – Chemie Leipzig 5:1, Dresden – Aue 3:1, Rostock – Frankfurt 1:3. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 28:4, 2. Dresden 23:7, 3. Lok Leipzig 22:8, 4. Magdeburg 18:12.

HOCKEY

23. Deutsche Hallenmeisterschaften der Damen, 1. Halbfinale: Brandenburg – Frankfurt 5:6. **Bundesliga,** Herren, Aufstiegsspiele, Gruppe Nord: Braunschweig – THC Hamburg 5:6, Steglitz – Crefeld 8:8, Crefeld – THC Hamburg 13:8, Braunschweig – Steglitz 5:10. – Gruppe Süd: Hanau – Düsseldorf 9:9, Rüsselsheim – Mannheim 10:9, Düsseldorf – Mannheim 7:14, Rüsselsheim – Hanau 10:11.

LEICHTATHLETIK

Hochsprung-Meeting, Herren in Berlin: 1. Sjöberg (Schweden) 2,38 m (Hallen-Weltbestleistung), 2. Mögenburg 2,32, 3. Thränhardt (beide Deutschland) 2,30, 4. Annys (Belgien) 2,27, 5. Nagel (Deutschland) 2,27, 6. Biczysko (Polen) 2,27. – **Deutsche Cross-Meisterschaften** in Rhede, Männer: Langstrecke (9950 m): 1. Herle (Waldkraiburg) 29/27,4 Min., 2. Scheytt (Sindelfingen) 30:04,2, 3. Salzmann (Frankfurt) 30:07,0, 4. Stephan (Koblenz) 30:08,5, 5. Spöttel (Verden) 30:09,7. – Mannschaft: 1. Waldkraiburg 18 Punkte, 2. Frankfurt 37. – Mittelstrecke (2800 m): 1. Becker (Wolfsburg) 7:38,7, 2. Welzel (Menden) 7:39,4, 3. Schreiber (Wolfsburg) 7:40,0, 4. Seck (Gelnhausen) 7:43,5, 5. Nothacker (Calw) 7:44,2. – Mannschaft: 1. Wolfsburg 10, 2. Münster 61. – **Frauen:** Langstrecke (7550 m): 1. Teske (Darmstadt) 25:26,2, 2. Schmidt (Aschaffenburg) 26:13,1, 3. Riermeier (Waldkraiburg) 26:20,1, 4. Jamrozy (Eutin) 26:21,1, 5. Mai (Dortmund) 26:28,3. – Mannschaft: 1. Dortmund 37, 2. Berlin 72. – Mittelstrecke (2800 m): 1. Finke (Göttingen) 8:46,3, 2. Kraus (Köln) 8:51,1, 3. Franzis (Sonsbeck) 8:59,9, 4. Beck (Konstanz) 9:04,9, 5. Deselaers (Leverkusen) 9:07,6. – Mannschaft: 1. Leverkusen 28, 2. Köln 29. – **Junioren,** Langstrecke (7550 m): 1. Schwarz (Leverkusen) 23:19,3, Min., 2. Verdick (Hamburg) 23:21,4, 3. Hardy (Koblenz) 23:21,9. – Mittelstrecke (2800 m): 1. von Baumbach (Kornwestheim) 7:50,1, 2. Klein (Zweibrücken) 7:52,2, 3. Brand (Wattenscheid) 7:55,2. – Mannschaft: 1. Stuttgart 49, 2. Darmstadt 58. – **Juniorinnen** (2880 m): 1. Kunkel (Wolfenbüttel) 8:49,3, 2. Borgschulte (Erkenschwick) *ß55,5, 3. Sander (Düsseldorf) 8:59,3. – Mannschaft: 1. Hanau 21, 2. Ockenhausen 35.

BIATHLON

Deutsche Meisterschaften in Zwiesel, 10 km Einzelwettbewerb: 1. Angerer (Hammer) 29:04,1 Min./1 Handicaprunde, 2. Fischer (Ruhpolding) 29:32,3/1, 3. Schuller (Österreich) 30:30,0/1, 4. Fischer (Ruhpolding) 30:31,1/1, 5. Hüttner (Bad Tölz) 30:35,4/0, 6. Hörl (Österreich) 30:43,3/1.

SKI ALPIN

Deutsche Meisterschaften in Garmisch-Partenkirchen, Herren, Riesenslalom: 1. Stuffer (Samerberg) 2:16,57 Min., 2. Namberger (Ruhpolding) 2:17,99, 3. Schick (Berchtesgaden) 2:18,77, 4. Hirt (Neustadt) 2:19,56, 6. F. Beck (Gunzesried) 2:20,72, 7. Burger (Rettenberg) 2:21,50, 8. Pistor (Weißenbrunn) 2:21,73, 9. Marxer (Liechtenstein) 2:21,81, 10. M. Beck (Gunzesried) 2:22,79. – **Damen,** Slalom: 1. Epple-Beck (Seeg) 87,69, 2. Hächer (Schleching) 88,30, 3. Lazak (Eschenlohe) 89,04, 4. Gersch (Sonthofen) 89,80, Hoffmann (Heufeld) 89,80, 6. Haltmayr (Bolsterlang) 90,43, 7. Mösenlechner (Inzell) 90,71, 8. Drexl (Bayrischzell) 91,42.

SKI NORDISCH

Skifliegen in Harrachov: 1. Fidjestoel (Norwegen) 366,5, 2. Tepes (Jugoslawien) 362,0, 3. Parma (CSSR) 345,0, Pedersen (Norwegen) 345,0, Fijas (Polen) 345,0, 6. Pustka (CSSR) 344,5, 7. Wiegele (Österreich) 331,5, 8. Decker („DDR") 329,0, Brasten (Norwegen) 329,0, 10. Zagar (Jugoslawien) 328,8, . . . 13. Wegscheider (Deutschland) 318,5.

BOB

Viererbob-EM in St. Moritz, Endstand nach vier Läufen: 1. Schweiz I (Giobellina, Stettler, Salzmann, Freiermuth) 4:23,13 Min., 2. „DDR" I 4:23,76, 3. Schweiz II 4:24,04, 4. Italien I 4:24,37, 5. Österreich I 4:24,54, 6. „DDR" II 4:24,89, . . . 14. Deutschland I (Fischer, Weill, Nießner, Leibig) 4:29,02, 15. Deutschland II 4:29,22, . . . 17. Deutschland III 4:29,46.

BASKETBALL

Meisterschaftsrunde, Damen, 5. Spieltag: Köln – Düsseldorf 52:93, Osterfeld – München 73:60. – Abstiegsrunde: Frankfurt – Porz/Hennef 72:61. – **Herren,** Zwischenrunde, 6. Spieltag, Gruppe A: Hagen – Osnabrück 60:54, Leverkusen – Köln 77:63. – Gruppe B: Charlottenburg – Bamberg 90:73, Gießen – Göttingen 74:87.

EISHOCKEY

Play-off-Runde, Viertelfinale: Rosenheim – Iserlohn 10:5, Köln – Düsseldorf 5:4 nach Verlängerung, Mannheim – Schwenningen 3:2, Landshut – Kaufbeuren 5:8.

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 15. Spieltag: Lemgo – Reinickendorf 21:19, Großwallstadt – Düsseldorf 13:13, Gummersbach – Weiche-Handewitt 26:18, Kiel – Dankersen 20:13, Essen – Bergkamen 20:15. – **Frauen,** Gruppe Nord, 15. Spieltag: Eilbeck – Hannover 22:19, Uerdingen – Herzhorn 18:16, Oldenburg – Leverkusen 17:17, Engelskirchen – Jarplund-Weding 21:22. – Gruppe Süd, 14. Spieltag: Würzburg – Gießen 20:20, Malsch – Frankfurt 13:19, Auerbach – Sindelfingen 13:12, Guts Muths Berlin – Humboldt Berlin 14:15.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen, 13. Spieltag: Donauwörth – Kaiserberg 9:1, Kleve – Saarbrücken 4:9, Kiel – Ahlem 9:6.

VOLLEYBALL

DVV-Pokal, Herren, 1. Hauptrunde: Leverkusen – München 3:1, Paderborn – Berlin 3:0. – **Bundesliga,** Damen: Münster – Augsburg 2:3, Rüsselsheim – Langenhorn 3:2, Stuttgart – Oythe 2:3, Vilsbiburg – Feuerbach 1:3, Schwerte – Lohhof 0:3.

RALLYE

Winter-Rallye mit Start und Ziel in Bad Harzburg, erster von zehn Läufen zur deutschen Meisterschaft, 920 km, 25 Sonderprüfungen, inoffizieller Endstand: 1. Grundel/Diekmann (Schweden/Deutschland) Peugeot 205 Turbo 2:47:19 Std., 2. Haider/Hesse (Österreich/Deutschland) Citroen Visa Milles Pistes 3:02:06 Std., 3. Peterson/Bockelmann (Deutschland) Opel Manta 400 3:04,37, 4. Nies/Siems (Deutschland) Audi Quattro 3:05:32, 5. Brauer/Haase (Deutschland) VW Golf GTI 3:07:05, 6. Brusch/Schaller (Deutschland) Ford Sierra XR4i. – DM-Stand nach dem ersten Lauf: 1. Grundel 30 Punkte, 2. Haider 28, 3. Petersen, Brauer je 24, 5. Brusch 23.

REITEN

Internationales Hallen-Turnier in s'Hertogenbosch/Holland, S-Springen: 1. Rüping (Deutschland) auf Caletto 0 Fehler/24,82 Sek., 2. Cuyer (Frankreich) Farceur du Clos 0/26,58, 3. Whitaker (England) Blue Moon 0/26,71, 4. McVean (Australien) Hello *le* Val *0/27,14,* 5. Pyrah *(England) Diamond* Seeker 0/27,84, 6. Ligges auf Ramses 0/29,45, . . 9. Koof (beide Deutschland) Wallenstein 8/27,18. – Ausscheidungs-Springen: 1. Melliger (Schweiz) The Crack, 2. Pyrah auf Byron, 3. van der Vleuten (Holland) Expo Holland.

GEWICHTHEBEN

Bundesliga, vierter Wettkampftag, Gruppe Nord: 1. Langen – Berlin 865,1:707,2, Duisburg – Dortmund 684,0:572,0, Wuppertal – Soest 774,0:772,1. – Tabellenspitze: 1. Langen 6:0/2434,6, 2. Wolfsburg 6:0/2283,0, 3. Wuppertal 4:2/2102,3, 4. Berlin 4:4/2659,4. – Gruppe Süd: Roding – Donaueschingen 670,3:657,5. Tabellenspitze: 1. Mutterstadt 6:0/2447,2, 2. Kindsbach 4:0/1379,7, 3. Ehrang 2:2/1242,2, 4. Altrip 2:4/1972,0.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 5, 14, 23, 29, 32, 33, Zusatzzahl: 31. – **Spiel 77:** 8 0 8 9 0 1 9. (Ohne Gewähr).

EISHOCKEY

EV Landshut ohne Trainer

dpa, Landshut

Der Eishockey-Bundesliga-Klub EV Landshut hat gestern seinen tschechoslowakischen Trainer Jaroslav Pitner beurlaubt. Die Vereinsführung zog damit schnelle Konsequenzen aus der 5:8-Heimniederlage gegen den ESV Kaufbeuren im Viertelfinale der Meisterschaft, mit der die Mannschaft in der auf maximal fünf Spiele angesetzten Play-off-Runde mit 1:2 Siegen in Rückstand geriet. Im vor*entscheidenden Spiel in Kaufbeuren* wurde das Team um Erich Kühnhackl gestern abend bereits von Toni Steiger betreut, einem Studienrat aus Landshut.

Wie ein Vorstands-Mitglied sagte, hätten das Verhältnis zur Mannschaft und die Schwierigkeit Pitners, seine Ideen umzusetzen, zum Bruch geführt. Pitner, der von 1966 bis 1973 die CSSR-Nationalmannschaft trainierte und mit ihr 1972 die Weltmeisterschaft gewann, war seit 1983 in Landshut tätig. Pitner führte den EV Landshut in der letzten Saison in das Finale um die deutsche Meisterschaft. Gegen den Kölner EC unterlag Landshut erst im fünften Spiel. Den Nachfolger kennt die Mannschaft bereits. *Steiger war Assistent von* Pitners Vorgänger Karel Gut.

TRIATHLON / Deutscher Verband gegründet

Immer noch auf der Suche nach einem klaren Profil

ULLA HOLTHOFF, Worms

„Unsere Hauptaufgabe wird sein, das Ironman-Image des Triathlon abzubauen und ihn breitensportlich und in der Jugendarbeit weiterzuentwickeln." Der Zahnarzt Joachim Fischer wies am Samstag den Zukunftsweg der künftig einzigen Dachorganisation der deutschen Triathlon-Bewegung, der Deutschen Triathlon-Union (DTU).

Nach fast einjähriger Vorbereitung entstand die DTU am Samstag aus der Fusion der beiden ehemaligen Rivalen DTV (Deutscher Triathlon-Verband) und DTrB (Deutscher Triathlon-Bund). Zwei Jahre lang hatten die Verbände konkurriert und dabei „der Entwicklung des Triathlon-Sports in Deutschland mehr geschadet als genutzt", erklärte der ehemalige DTV-Präsident Fischer, der bei der Gründungsversammlung in Worms von etwa 80 anwesenden Mitgliedern der beiden früheren Verbände zum ersten Präsidenten der DTU gewählt wurde. Neben der Entwicklung des Triathlons zum Volkssport ist das Hauptziel der DTU die Aufnahme in den Deutschen Sportbund.

Daneben wird durch die Gründung des neuen Verbandes, in dem neun Landesverbände und zahlreiche Einzelmitglieder organisiert sind, die Orientierung in der bislang eher unübersichtlichen Triathlon-Bewegung erleichtert. In einer detaillierten Sportordnung wird außerdem der Ausdauersport Triathlon genau definiert. Veranstaltungskriterien, Streckenrelationen und -längen sowie Qualifikationskriterien für Meisterschaften sind darin festgelegt.

„Es ist einfach unmöglich, wenn einige Leute bei einer deutschen Meisterschaft ihren ersten Triathlon überhaupt bestreiten, wie das noch im vergangenen Jahr der Fall war", fürchtet der für die Sportordnung verantwortliche Gernot Braun um das Ansehen „seines" Sports, der immer noch auf der Suche nach einem klaren Profil ist. In jedem Fall aber zeichnet er sich durch Vielseitigkeit aus, wie die sportliche Vergangenheit der Präsidiumsmitglieder beweist: Präsident Fischer (44) ist begeisterter Marathon- und Skilangläufer, Vizepräsident Günther Kissler (48) war schon Präsident der deutschen Berufsradfahrer und Veranstalter von Boxkämpfen, Vizepräsident German Altenried (47) war Handballspieler und Mittelstrekckenläufer und Generalsekretär *Detlef Kühnel (40)* fuhr zuletzt die Rallye Paris–Dakar.

GEWICHTHEBEN

Gold nicht in Gefahr

DW. Langen

„Wie bei Edwin Moses wird auch bei Olympiasieger Karl-Heinz Radschinsky etwas hängenbleiben", sagte Hessens Gewichtheber-Vorsitzender Otto Schumann aus Erzhausen, Sprecher beim Bundesliga-Spitzenkampf KSV Langen gegen AC Heros Berlin, den Langen mit 865,1:707,2 für sich entschied.

Karl-Heinz Radschinsky, für Langen am Start, mochte sich selbst zu den Vorwürfen nicht äußern, er habe mit der Aufbewahrung verbotener Anabolika gegen das Arzneimittel-Gesetz verstoßen.

Ein Sonderkommando der Kriminalpolizei Nürnberg hatte am Aschermittwoch in Radschinskys Haus und Bodybuilding-Studio Kraftpillen, Ampullen mit Anabolika sowie Spritzen gefunden.

Walther Tröger, Generalsekretär des Nationalen Olympischen Komitees, dementierte mittlerweile, daß Radschinskys Goldmedaille von Los Angeles damit in Gefahr sei. Radschinsky habe nach seinem Olympiasieg einen Doping-Test machen müssen, der negativ verlaufen sei. Das Internationale Olympische Komitee könne Radschinsky die Medaille also auch nicht wegnehmen, sagte Tröger.

MOTORSPORT

Peugeot wieder vorne

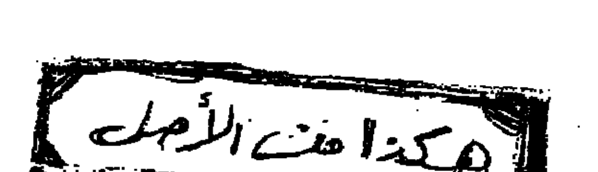
sid/dpa, Bad Harzburg

Nach zwei deutlichen Siegen in der Rallye-Weltmeisterschaft ist Peugeot auch in Deutschland nicht zu schlagen. Mit dem 360 PS starken 205 Turbo gewannen der Schwede Kalle Grundel und sein Solinger Beifahrer Peter Diekmann die Winter-Rallye der Deutschen Meisterschaft mit Start und Ziel in Bad Harzburg.

Der Vizemeister von 1983 hatte nach 25 Sonderprüfungen und 920 Kilometern fast *15 Minuten* Vorsprung auf die Zweitplazierten, den Österreicher Sepp Haider und seinen Beifahrer Klaus Hesse aus Kitzingen auf einem Citroën Visa.

„Am Anfang ließ ich es noch langsam angehen, um mich an den stärkeren Wagen zu gewöhnen", sagte der 36 Jahre alte Grundel nach seinem ersten Einsatz für Peugeot. Bereits in der dritten Sonderprüfung hatte er jedoch die Spitze übernommen und sie bis ins Ziel nicht mehr abgegeben. Der anfangs führende Belgier Marc Duez schied mit dem Audi Quattro von Titelverteidiger Harald Demuth wegen eines Turbolader-Schadens aus.

Platz drei belegten der Kieler Rolf Petersen und Andre Bockelmann aus Hamburg mit ihrem Opel Manta.

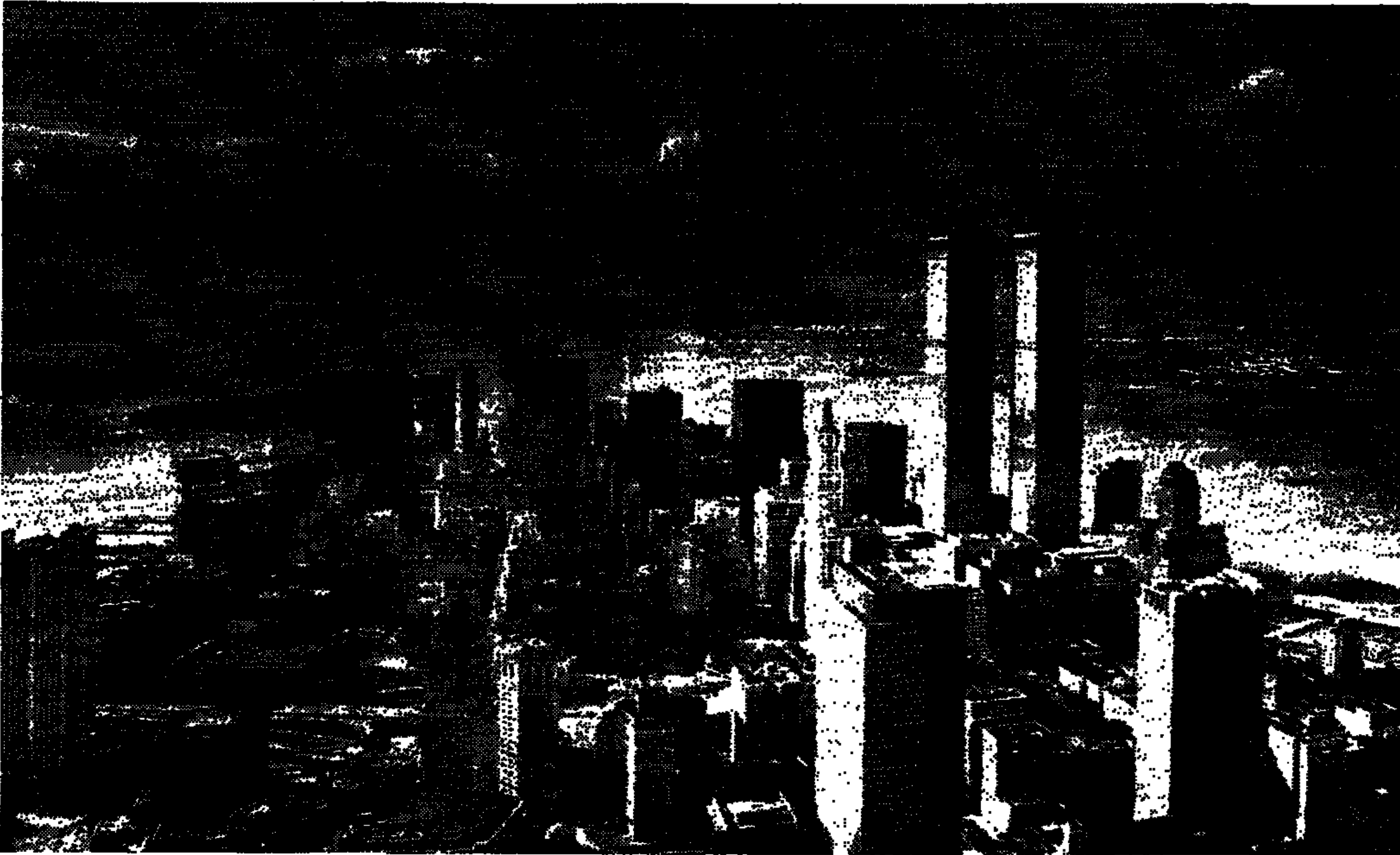


Anerkannter Factor

KHS. – Jahrelang galt das Factoring hierzulande als kaum annähernd so hoffähig wie Leasing. Erst später trugen hohe Firmeninsolvenzquoten sowie eine nachlassende Zahlungsmoral zur Belebung der Nachfrage am deutschen Factoringmarkt bei. Heute werden die Dienste dieser Spezialinstitute vom Kreditgewerbe als sinnvolle Ergänzung der eigenen traditionellen Angebotspalette akzeptiert. Sogar in eher konservativ orientierten Kreditinstituten zeigt man sich mittlerweile geneigt, das Factoringgeschäft als eine grundsolide Form der Kreditmittelfinanzierung, die vor allem der mittelständischen Wirtschaft zugute kommt, zu charakterisieren. Überdies sind immer mehr Großbetriebe dabei, sich für diese besondere Form der Absicherung bestimmter finanzieller Risiken zu interessieren.

In den letzten Jahren konnten deutsche Factoringinstitute zweistellige Zuwachsraten ihres Umsatzvolumens erreichen. Und der Blick über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus zeigt, daß die Nachfrage nicht nur auf den Märkten der führenden europäischen und überseeischen Industriestaaten steigt. Vormals weniger entwickelte Schwellenländer wie Südkorea oder Taiwan greifen verstärkt in den Welthandel ein, wobei ihnen die Vorteile des arbeitsteiligen Zusammenwirkens der auf ständige Verbesserung und Erweiterung ihrer Angebotspalette bedachten Kreditinstitute zugute kommen. So erklärt sich der seit Jahren beobachtete Aufwärtstrend am Weltfactoringmarkt. Bald haben die weltweit operierenden 250 Factoringinstitute ein Umsatzvolumen von 200 Milliarden Mark erreicht.

Bis dahin kommen die Factoringinstitute, unbeschadet aller dornenreichen Umwege, die auch hierzulande in Kauf genommen werden mußten, auch auf dem deutschen Markt voran. Unwissenheit, Vorurteile, elitärer Dünkel und provinzielle Enge waren insbesondere in den ersten Pionierjahren ungebetene Begleiter. Auch der Gesetzgeber darf sich von der Verpflichtung, Lernprozesse durchzumachen im Blick auf eine sich rasch verändernde wirtschaftliche Wirklichkeit, die sich im praktischen Factoringgeschäft widerspiegelt, nicht befreien. Das längst überholte Abtretungsverbot des BGB, das die weitere Ausbreitung des Factoringgeschäfts in der Bundesrepublik Deutschland verhindert, ist mittlerweile 85 Jahre alt.



Manhattan-Süd – was hier geschieht, wirkt sich auf Europas Geschäfte aus FOTO: FERDI HARTUNG

Weltweit arbeiten 250 Institute

KHS. Amsterdam

Weltweit operieren heute etwa 250 Factoringinstitute. Dies ergibt sich aus den jährlich erfolgenden Erhebungen der Factors Chain International (FCI), der führenden internationalen Vereinigung von Factoringinstituten, in Amsterdam.

Ein Nullwachstum bescheinigen die FCI-Statistiker den insgesamt 41 in den Staaten Nord- und Südamerikas beheimateten Instituten. Dagegen haben die derzeit 137 Westeuropäer im Berichtszeitraum um 90 Prozent zugenommen. Einen ausgesprochenen Boom verzeichnet die FCI-Zentrale für Südafrika und Asien (64 Institute); dort gibt es heute dreimal so viel Factoringgesellschaften wie vor fünf Jahren.

FCI-Tagung in München

WR. München

Die Factors Chain International (FCI) wird vom 5. bis zum 11. Juni 1985 in München ihre diesjährige Mitgliederversammlung veranstalten. Besonderer Anlaß für das diesjährige *Annual Meeting sind Besorgnisse* hinsichtlich der Behinderungen, die einer weiteren Ausweitung der Exportfactoringgeschäfts im Wege stehen.

Diskutiert werden darüber hinaus folgende Themenkreise:
- Entwicklung einer Basisstrategie für die nächsten Jahre sowie
- Einführung eines sogenannten intelligenten elektronischen Kommunikationssystems, das bereits seit Anfang dieses Jahres erprobt wird.

Bei den FCI-Mitgliedern handelt es sich nahezu ausnahmslos um die Tochtergesellschaften namhafter Banken; in der Bundesrepublik Deutschland sind dies die Deutsche Factoring Bank in Bremen, die Diskont und Kredit AG in Düsseldorf sowie die Gefa in Wuppertal.

Clark finanziert Mittelstand

WR. Mülheim/Ruhr

Die aus der früheren Clark Credit Service GmbH hervorgegangene Clark Credit Bank in Mülheim/Ruhr gehört nach den Worten von Geschäftsführer Günter Uredat – neben ihrer Leasing-Tochter gleichen Namens – zur weltweit operierenden Clark Credit Gruppe, deren Muttergesellschaft, die Clark Equipment Company, im US-amerikanischen Buchanan in Staat Michigan zu Hause ist.

In den vergangenen zwei Jahren spezialisierte sich die Bank auf das klassische mittel- und langfristige Finanzierungsgeschäft. Überdies pflegt sie seitdem das Factoringgeschäft.

Gleichzeit wird über die mit einem Organschaftsvertrag verbundene und in Personlunion betriebene Clark Leasing GmbH die gesamte Palette des Leasinggeschäfts bis hin zum privaten Autoleasing angeboten. Damit ergibt sich die in der Bundesrepublik Deutschland einmalige Situation, daß jeder der 50 Mitarbeiter dieses Instituts dem interessierten Kunden ein komplettes, auf dessen persönlichen Bedarf zugeschnittenes kurz-, mittel- oder langfristiges Finanzierungsangebot aus einer Hand unterbreiten kann. „Damit bieten wir" so Uredat, „eine interessante Alternative zur deutschen Bankenlandschaft; unsere Spezialität: Finanzierungen für den gewerblichen Mittelstand."

Die Bilanzsumme wuchs seit der Firmengründung Anfang Juni 1983 bis Ende 1984 um etwa 26 Prozent auf rd. 87 Millionen Mark, für 1985 hofft man in Mülheim, die 100-Millionen-Mark-Grenze zu überschreiten. Seit einigen Monaten betreibt die Bank auch außerhalb des Clark-Konzerns die Investitionsgüterfinanzierung. Zielgruppe sind vor allem mittelständische Unternehmen der Investitionsgüterindustrie sowie Transport- und Dienstleistungsunternehmen.

DIENSTLEISTUNGS-ANGEBOT

Eine Alternative zur klassischen Geldbeschaffung

Rechtlich ist Factoring als Kaufgeschäft einzuordnen. Im Gegensatz zum Bankkredit entsteht also zwischen dem Kunden und dem Factor kein Kreditverhältnis. Vielmehr vollzieht sich ein Gläubigerwechsel, mit der Folge, daß die Forderungen aus dem Vermögen des Factoring-Kunden ausscheiden. Gleichzeitig gehen die Ansprüche der Vorlieferanten aus verlängertem Eigentumsvorbehalt unter. Hierin liegt ein gravierender Unterschied zum Zessionskredit, der im Gegensatz dazu mit dem erheblichen Risiko des verlängerten Eigentumsvorbehalts behaftet ist. Der Factoring-Kunde haftet dem Factor lediglich für den Bestand der Forderungen; in seiner Verantwortung bleiben somit Reklamationen, Retouren sowie Forderungsabzüge des Abnehmers.

Mit dem Ankauf der Forderungen übernimmt der Factor im Rahmen der vorher festgelegten Debitorenlimits *zugleich in voller Höhe das* Delkredererisiko. 120 Tage nach Fälligkeit einer notleidenden Forderung geht dann automatisch auch das Zinsrisiko auf den Factor über: Die Forderung verursacht dem Factoring-Kunden keinerlei Aufwand mehr. Der Factoring-Kunde braucht die Zahlungsunfähigkeit seines Abnehmers zudem nicht nachzuweisen. Den Gegenwert für die Forderung hat er bereits mit Ankauf durch den Factor erhalten, so daß es allein Sache des Factors ist, wie er zu seinem Geld kommt.

Der Factor überwacht ferner den Zahlungseingang, mahnt und betreibt den zwangsweisen Einzug notleidender Forderungen, auch hinsichtlich jener Forderungen, die er nur zum Inkasso hereingenommen hat. Der Kunde erhält vom Factor soviel Informationsmaterial, daß er auf eine eigene Debitorenbuchhaltung verzichten kann.

Da der Factor die Forderungen von seinem Kunden frei von etwaigen Ansprüchen der Vorlieferanten aus verlängertem Eigentumsvorbehalt erwirbt, kann er innerhalb des vorher eingeräumten Debitorenlimits gegen Vorlage einer Rechnungskopie sofort 80 bis 90 Prozent des Forderungsbetrages an seinen Kunden auszahlen. Die restlichen zehn bis 20 Prozent werden zunächst einem Sperrkonto gutgeschrieben und dienen in erster Linie als Sicherheit für etwaige Abzüge des Abnehmers; sie werden an den Kunden in voller Höhe ausgekehrt, sobald die Forderung vom Abnehmer ungekürzt reguliert worden ist.

Im Gegenatz zum Bankkredit, der immer nur im Rahmen einer vereinbarten Linie in Anspruch genommen werden kann, kennt Factoring keine starren Grenzen. Steigt der Umsatz und damit das Forderungsaufkommen, wächst die Liquiditätsversorgung im entsprechenden Umfang mit. Eine Begrenzung des Liquiditätsflusses ist lediglich dadurch gegeben, daß sich die Bonität der Abnehmer natürlich irgendwo erschöpft und der Factor keine unbegrenzten Debitorenrisiken eingehen kann.

Während Kreditverträge mit Banken üblicherweise zunächst auf sechs bis zwölf Monate abgeschlossen werden, enthalten Factoring-Verträge in der Regel eine Grundlaufzeit von zwei bis drei Jahren, die sich dann automatisch verlängert, wenn keiner *der Vertragspartner eine Beendigung* der Zusammenarbeit begehrt. Der Grund für die längere Laufzeit der Factoring-Verträge liegt in den hohen Anlaufkosten, die sich erst während einer größeren Zeitspanne amortisieren. Außerdem gibt sie dem Kunden größere Sicherheit.

Vom Zeitpunkt des Ankaufs bis zur Bezahlung durch den Debitor zahlt der Kunde an den Factor einen Diskont in Höhe bankküblicher Zinsen, der monatlich nachträglich belastet wird. Daneben berechnet der Factor eine Gebühr, die für die Debitorenverwaltung inklusive Inkasso und Rechtsverfolgung sowie für die Übernahme des Delkredererisikos erhoben wird. Diese Gebühr errechnet sich zum einen im wesenltichen aus Stückkosten, insbesondere für die zu bearbeitenden Rechnungen, und zum anderen aus der Risikoprämie für die Ausfallhaftung, die die Bonität der Abnehmer und der Branche berücksichtigt. Außerdem werden für die Debitorenüberwachung Gebühren unterschiedlicher Höhe berechnet.

Den Kosten sind die Vorteile, die mit dem Factoring verbunden sind, gegenüberzustellen. Erst dieser Vergleich zeigt, ob Factoring einen zusätzlichen Aufwand erzeugt, der dann als Preis für die hinzugewonnene Liquidität zu werten wäre, oder ob nicht sogar ein Rentabilitätszuwachs erreicht wird, was häufig der Fall ist.

FRIEDRICH W. HÖCHE

ABTRETUNGSVERBOT / Ein alter Paragraph stellt die Factoring-Branche vor Probleme

Kritik an der gängigen Rechtsprechung

Die raschere Ausbreitung des Factoring-Geschäfts wird immer noch gehindert durch eine Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuches (Paragraph 399), deren Auswirkungen von den Vätern des BGB sicher nicht so gesehen worden sind, wie sie sich heute zeigen. Nach dieser Bestimmung kann die Abtretung von Forderungen durch Vertrag zwischen Gläubiger und Schuldner ausgeschlossen werden. Dieser Vertrag kommt heute bei möglichst weitgehend standardisierten Verträgen durch die Zugrundelegung allgemeiner Geschäftsbedingungen als Inhalt von Lieferverträgen zustande. In der Praxis setzt der Käufer – also der Schuldner eines Zahlungsanspruches – durch, daß für den Liefervertrag nur seine Allgemeinen Einkaufsbedingungen gelten. In diesen ist bei mehr als 2000 großen Firmen eine Bedingung enthalten, die etwa lautet: Gegen uns gerichtete Forderungen können nicht abgetreten werden.

Diese Klausel wird durch die Zugrundelegung der Einkaufsbedingungen Inhalt des Liefervertrages, bewirkt, daß es dem Gläubiger des Zahlungsanspruches verboten ist, diesen abzutreten. Betätigt sich dieser Gläubiger als Lieferant in einer Branche, in der sich derartige Einkaufsbedingungen durchgesetzt haben – wie zum Beispiel in der Automobilbranche, der chemischen Industrie, der Mineralölindustrie oder den Kaufhausketten –, so unterliegen seine gesamten Außenstände diesem Abtretungsverbot. Die Folge ist, daß dieses Unternehmen einen wichtigen Teil seines Vermögens zur Besicherung einer Fremdfinanzierung nicht heranziehen kann.

Die rechtliche Folge dieses Abtretungsverbots ist es nämlich, daß eine entgegen dem Verbot vorgenommene Abtretung absolut unwirksam ist, das heißt, daß diese Forderung trotz Abtretung nicht aus dem Vermögen des Lieferanten ausscheidet, also dort von Gläubigern gepfändet werden kann oder im Falle des Konkurses zur Konkursmasse gehört. Solche Forderungen eignen sich deshalb nicht als Finanzierungsinstrument und scheiden als Möglichkeit zur Besicherung von Bankkrediten, Lieferantenkrediten, aber auch für die Finanzierung durch Factoring aus.

An diese Problematik hat der Gesetzgeber im Jahre 1900 nicht gedacht. Damals galt es ja schon als nicht ganz fein, Grundstücke zu Finanzierungszwecken zu belasten. Viele Jahre hat es dann gedauert, bis sich die Rechtsprechung dazu durchrang, die Sicherungsübereignung von Waren als wirtschaftlich sinnvoll und notwendig anzuerkennen und damit einer Institution ihren Segen zu geben, die im Bürgerlichen Gesetzbuch nicht vorgesehen war. Auch hier entsprang der innere Widerstand gegen die Anerkennung der Sicherungsübereignung der Meinung, daß auch dieses Instrument der Fremdfinanzierung eine unfeine Art der Geldbeschaffung sei.

Die Wirtschaft hat sich längst über diese Bedenken hinweggesetzt. Die Sicherungsübereignung ist ein in der Praxis bewährtes, alltägliches Fremdfinanzierungsinstrument geworden. Die Notwendigkeit, immer weitere Aktivposten der Bilanz zu Fremdfinanzierungszwecken heranzuziehen, ergibt sich aus den ständig sinkenden Eigenkapitalquoten. Besonders das letzte Jahrzehnt hat erneut ein weiteres Absinken der Eigenkapitalquote auf unter 20 Prozent im Durchschnitt gebracht.

Die notwendige Folge ist, daß seit vielen Jahren zunehmend auch die Forderungen zu Fremdfinanzierungszwecken herangezogen werden müssen. Diese Zwangsläufigkeit auf der einen Seite überschneidet sich mit der Zweckmäßigkeit einer Factoring-Finanzierung auf der anderen Seite, die neben der Finanzierung auch den Schutz vor Forderungsausfällen sicherstellt und zudem eine Entlastung in der Buchhaltung des Factoring-Kunden mit sich bringt.

Relative Unwirksamkeit

Trotzdem stößt auch das Factoring auf das Abtretungsverbot als ein unüberwindlich erscheinendes Hindernis. Der Factor kauft die Forderungen, zur Erfülhung des Kaufvertrages tritt der Lieferant seine Forderungen aus Warenlieferungen an den Factor ab. Verstößt diese Abtretung aber gegen ein vom Schuldner durchgesetztes Abtretungsverbot, kann auch der Factor die Forderung nicht wirksam erwerben, obwohl er den vollen Gegenwert an den Lieferanten bereits gezahlt hat. Er wird nicht Inhaber der Forderung, sie kann bei seinem Kunden gepfändet werden, fällt, wenn dieser in Konkurs gerät, in dessen Konkursmasse und kann schließlich vom Konkursverwalter eingezogen werden, obwohl der den vom Factor gezahlten Betrag in der Masse gerade noch vorfindet.

So jedenfalls die bisherige Rechtsprechung. Zunehmend wird jedoch Kritik laut an dieser Rechtsprechung, die zu dieser wirtschaftlich nicht sachgerechten Lösung führt. Einer sachgerechten Lösung steht vor allem die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs entgegen, die Anfang der 60er Jahre entschieden hat: Eine Abtretung, die gegen ein Abtretungsverbot verstößt, ist absolut unwirksam. Das Reichsgericht hatte sich nicht so deutlich ausgesprochen und eine Möglichkeit offengelassen, die zunehmend auch wieder in der neueren Literatur vertreten wird: Eine Abtretung, die sich über ein Abtretungsverbot hinwegsetzt, ist nur relativ unwirksam.

Diese relative Unwirksamkeit des Abtretungsverbots läuft darauf hinaus, daß eine Abtretung trotz Abtretungsverbots nur dem Schuldner, der dieses Abtretungsverbot ausgesprochen hat, gegenüber unwirksam ist. Dritten gegenüber aber nicht. Die Folge wäre, daß das Interesse des Abnehmers, es nur mit dem Lieferanten zu tun zu haben, gewahrt ist. Gerade das will er mit dem Abtretungsverbot erreichen. Er will sich bezüglich der Forderung nicht mit anderen Gläubigern auseinandersetzen müssen, er will an den Lieferanten zahlen, aufrechnen und mit diesem auch die Mängelrügen aushandeln können. Gleichzeitig ist mit dieser Relativität des Abtretungsverbots aber auch das Interesse der finanzierenden Gläubiger gewahrt.

Allen Dritten gegenüber ist die Abtretung nämlich wirksam. Deshalb kann ein Gläubiger diese Forderung nicht beim Lieferanten pfänden, sie fällt auch nicht in die Konkursmasse, wenn der Lieferant in Konkurs gerät. Es bleibt deshalb zu hoffen, daß die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs angesichts einer immer mehr steigenden Notwendigkeit der Heranziehung von Forderungen zur Fremdfinanzierung einerseits und der über alle Erwartungen zunehmenden Auswirkungen des Abtretungsverbots andererseits sich dem Wandel, der in den letzten 20 Jahren in der Wirtschaft stattgefunden hat, nicht verschließt.

Es werden auch Stimmen laut, die viel weiter gehen, als das Abtretungsverbot nur als relativ unwirksam zu bezeichnen. Sie meinen, das Abtretungsverbot sei absolut unwirksam. Diese Meinung wird vor allem auf das erst nach den Urteilen des BGH zum Abtretungsverbot in Kraft getretenen Gesetz über die allgemeinen Geschäftsbedingungen gestützt.

Das AGB-Gesetz schreibt in Paragraph 9 nämlich vor, daß ein Verwender von allgemeinen Geschäftsbedingungen bei der Abfassung von allgemeinen Geschäftsbedingungen, also auch nur den Einkaufsbedingungen, nicht nur sein eigenes Interesse, sondern auch das Interesse seines Geschäftspartners ausgewogen zu berücksichtigen hat. Das Interesse des Verwenders von Einkaufsbedingungen, der ein Abtretungsverbot statuiert, liegt darin, stets nur mit seinem Lieferanten verhandeln zu müssen und außerdem sich nicht der Gefahr einer Doppelzahlung aussetzen zu müssen, wenn er eine ihm angezeigte Abtretung übersehen sollte.

Gefahren aufgezeigt

Dieses letztere Argument ist jedoch lediglich ein Bequemlichkeitsargument. Es wird ja wohl großen Firmen möglich sein, auch eine schon angewiesene Zahlung zu stoppen, wenn ein anderer als der bisherige Gläubiger Zahlung für sich verlangt. Diesem Interesse des Abnehmers ist das Interesse des Lieferanten gegenüberzustellen, das er daran hat, seine Forderungen zu Fremdfinanzierungszwekken heranziehen zu können. Dieses Interesse dürfte oft von lebenswichtiger Bedeutung sein. Es ist also gut möglich, daß künftig die Rechtsprechung die Abtretungsverbotsklausel in allgemeinen Geschäftsbedingungen gemäß Paragraph 9 AGB-Gesetz für unwirksam erklärt.

Andere meinen sogar, das Abtretungsverbot sei angesichts der geschilderten Interessenlage überhaupt sittenwidrig und damit gemäß Paragraph 139 BGB unwirksam. Die negative Meinung in der Literatur zu den Folgen eines Abtretungsverbots ist nicht spurlos an der Rechtsprechung des BGH vorbeigegangen. Eine BGH-Entscheidung vom 18. Juni 1980 (Aktenzeichen VIII ZR 119/79) hat gezeigt, welche Gefahren die Verwendung eines Abtretungsverbots bei bestimmter Fallkonstellation für den Verwender haben kann.

KLAUS BETTE

EXPORTFACTORING / Optimistische Aspekte

Die Branche rechnet mit 20 Prozent Zuwachs

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendeine Institution mit Konjunkturprognosen an die Öffentlichkeit tritt. Allerdings muß der aufmerksame Leser die unerfreuliche Feststellung treffen, daß solche Prognosen auseinanderdriften. Der Wert solcher Prognosen soll nicht in Zweifel gestellt werden, jedoch stellt sich dem zur Planung aufgerufenen Unternehmer die Frage nach verläßlichen Indices, wenn er sein Budget erstellen muß.

Bedeutsame Faktoren zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung sind insbesondere Zinsen und Währungskurse. War man noch zur Jahreswende von einem bevorstehenden Zinsrückgang im kurzfristigen Bereich überzeugt, so scheint es nur wenige Wochen später vermessen, diese Erwartung in einem Budget zu berücksichtigen.

Gar unmöglich erscheint eine Voraussage hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Dollarkurses. Mit volkswirtschaftlichen Aspekten ist der Kurs nicht zu erklären. Nicht die Daten einer Volkswirtschaft, sondern die weltpolitischen Gegebenheiten steuern diesen Kurs.

In einer Zeit solcher Ungewißheiten, nach einem Rekordjahr der Insolvenzen sowie in einer Periode neuen industriellen Aufbruchs sieht sich der Unternehmer ständig wachsenden Risiken ausgesetzt. Wenn man dies auf dem Hintergrund der unbestritten zu niedrigen Eigenkapitalausstattung der deutschen Unternehmen sieht, so versteht man das zunehmende Bemühen von Politik und Wirtschaft, die beängstigenden Eigenkapitalsorgen der insbesondere mittelständischen Unternehmen zumindest zu lindern.

Neue Programme

So entwickelt man ständig neue Investitionshilfeprogramme für das mittelständische Unternehmen. Der Eigenkapitalmangel bleibt davon unberührt, die Anfälligkeit deutscher Unternehmen wird dadurch allerdings nicht beseitigt.

Erweiterungsinvestitionen sind kaum möglich. Es fehlen die Mittel für erforderliche Innovationen. Das wünschenswerte Wachstum ist nicht finanzierbar. Umsatzkongruente Kredite sind wegen mangelnder Sicherheiten nicht erhältlich. Der Zugang zum Kapitalmarkt bleibt nur wenigen vorbehalten.

Die einerseits zunehmenden Risiken und die andererseits mangels ausreichender Eigenmittel der Firmen nur bescheidene Möglichkeit zu weiterer unternehmerischer Initiative sind die auslösenden Faktoren zu vermehrter Nachfrage nach Factoring. Mit dem Verkauf der Außenstände an ein Factoring-Institut und dem damit verlagerten Risiko sowie der umsatzkongruenten Finanzierung sind die Hauptprobleme des mittelständischen Unternehmens somit gelöst.

Wandelnde Märkte

Ein weiteres Element der sich belebenden Nachfrage nach Factoring dürfte die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sein. Mit Factoring wird das Unternehmen in die Lage versetzt, die dann vorhandene Liquidität gewinnbringend im Einkauf einzusetzen und im Verkauf Zahlungsmodalitäten und Zahlungsziele großzügig zu gestalten.

Hier gilt es für das Factoring-Unternehmen, den sich aus der steigenden Nachfrage ergebenden Erfordernissen gewachsen zu sein. Neben den organisatorischen Voraussetzungen muß vor allem der zusätzliche Refinanzierungsbedarf gedeckt sein.

Gefragt ist vor allem im Exportfactoring Flexibilität in der Abwicklung. Außerdem muß die Bereitschaft vorliegen, sich den stets wandelnden Gegebenheiten im internationalen Geschäft anzupassen.

Die aufgezeigten Fakten deuten auf einen überproportional wachsenden Markt für Exportfactoring, zumal der Anteil des im Exportfactoring abgewickelten Umsatzes am Gesamtexport verschwindend gering ist. Eine Wachstumsrate von mindestens 20 Prozent dürfte sicher sein. Die folgenden Jahre werden eher höhere Zuwächse bescheren.

DIETER KLINDWORTH

DIE BRANCHE / Das Factoring-Geschäft hat an Bedeutung gewonnen

Erfolge im In- und Ausland

Den Veröffentlichungen des Deutschen Factoring-Verbandes zufolge belief sich das Factoring-Volumen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1983 auf rund acht (im Vorjahr: 7,34) Milliarden Mark. Für 1984 liegen noch keine Angaben vor; nach bisher bekanntgewordenen Informationen ist wieder mit einem Zuwachs zu rechnen.

Sucht man nach den Gründen für die Ausweitung des Factoring-Geschäftes, so haben die nachlassende Zahlungsmoral sowie zahlreiche Firmeninsolvenzen im In- und Ausland zur Belebung beigetragen.

So stand die Delkredere-Funktion des Factoring (Absicherung des Kreditrisikos zu 100 Prozent) nicht selten im Vordergrund des Interesses. Hinzu kam, daß als Folge längerer Forderungslaufzeiten beachtliche Mittel in den Außenständen gebunden waren. Für zahlreiche Firmen ein weiterer Anlaß, sich der Factoring-Finanzierung zu bedienen.

In Deutschland sind etwa 15 Factoring-Institute aktiv. Die größten haben führende Kreditinstitute als Gesellschafter. Zehn Institute sind im Deutschen Factoring-Verband (Mainz) zusammengeschlossen.

Weltweit haben die etwa 250 Factoring-Institute 1983 einen Umsatz in Höhe von rund 183 Milliarden Mark erzielt. Davon entfallen auf die mehr als 50 Mitglieder der Factors Chain International (FCI; weltweit führende Vereinigung von Factoring-Gesellschaften) allein rund 60 Milliarden Mark. Was die Entwicklung in 1984 angeht, kann mit ziemlicher Sicherheit erneut von ansprechenden Zuwachsraten ausgegangen werden.

Am Markt etabliert

Zu den großen internationalen Factoring-Verbänden gehören neben der FCI noch die Internationale Factors-Gruppe sowie die Heller-Gruppe. In der Factors Chain International sind die Deutsche Factoring Bank (Bremen), die Diskont- und Kredit AG (Düsseldorf) sowie die Gefa Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH (Wuppertal) von deutscher Seite Mitglieder. International Factors hat in der Bundesrepublik die DG Diskontbank (Mainz) und die Heller-Gruppe die Heller-Factoring (Mainz) als Mitglieder.

Selbst große Firmen beschäftigen sich inzwischen mit dem Thema Factoring. Dies zeigt, daß sich dieses Instrument zunehmender Anerkennung als solide Form der Betriebsmittelfinanzierung sowie der Risikoabsicherung erfreut und immer weniger mit dem offenen Zessionskredit verwechselt wird, der ja in der Regel mit akuten Zahlungsschwierigkeiten des betreffenden Unternehmens verbunden ist.

Im Dienstleistungsangebot der Kreditinstitute hat Factoring mittlerweile einen festen Platz eingenommen. Es wird von Banken und Sparkassen nicht mehr als Konkurrenz, sondern als sinnvolle Ergänzung der eigenen Angebotspalette gesehen. Ein Indiz hierfür dürfte auch sein, daß Factoring inzwischen regelmäßig in die Werbeaussagen der Kreditwirtschaft einbezogen wird und beispielsweise die Deutsche Factoring Bank sowie die DG Diskontbank nicht unerhebliche Teile ihres Neugeschäftes aus dem Gesellschafterkreis (Sparkassenorganisation, Volksbankenbereich) angedient bekommen.

Die deutschen Factoring-Gesellschaften haben gute Chancen, ihren Platz unter den führenden Instituten auch in Zukunft zu behaupten, vor allem im grenzüberschreitenden Geschäft. Obwohl der richtige Schwung im Welthandel nach wie vor fehlt, besteht gerade für deutsche Exporteure – unabhängig von den erneut beachtlichen Erfolgen 1984 – keine Veranlassung, die künftigen Absatzchancen allzu pessimistisch zu beurteilen: Qualität, pünktliche Lieferung sowie der „after sales service" besitzen nach wie vor einen hohen Stellenwert.

Von den niedrigen Inflationsraten sowie der Dollar-Stärke dürften zusätzliche belebende Impulse ausgehen. Fest steht, daß einige Schwellenländer in Zukunft in immer stärkerem Maße in den Welthandel eingreifen und Regionen wie Südostasien immer mehr an Bedeutung gewinnen werden. Selbst Länder wie Japan, Hongkong, Südkorea und Taiwan, um nur einige zu nennen, haben erkennen müssen, daß die Weltmärkte immer mehr zu Käufermärkten werden. In Japan wurde das Inlands-Factoring erst vor wenigen Jahren eingeführt; es hat sich bis heute ausgesprochen gut entwickelt. Auch aus Südkorea, Thailand, Malaysia und den Philippinen werden Factoring-Aktivitäten gemeldet, während Hongkong und Singapur – von der Dauer der Geschäftstätigkeit her gesehen – schon zu den etablierten Ländern gehören. In Italien sowie in den skandinavischen Ländern hat sich das Factoring innerhalb Europas bisher am stärksten durchgesetzt. Fairerweise muß jedoch angefügt werden, daß die Erfolge zum Teil auf Kreditrestriktionen im Bankenbereich zurückzuführen sind.

Hilfe für den Mittelstand

Die mittelständische Wirtschaft, die sich in erster Linie des Factoring bedient, hat es unter den gegebenen Umständen schwer, sich zu behaupten. Die Umweltbedingungen der Unternehmen sind zunehmend komplexer geworden; an ihre Dienstleistungsfähigkeit und Flexibilität werden erhöhte Anforderungen gestellt.

Im Exportgeschäft reicht es schon seit geraumer Zeit nicht mehr aus, das Angebot nur in bezug auf die technische Entwicklung, Qualität und Preis auf die Ansprüche des Abnehmers auszurichten. Dieser erwartet ein ausgewogenes Paket, eine echte Problemlösung. Hierzu gehört zweifellos auch, daß man in der Lage ist, Finanzierungsalternativen anzubieten. Zudem zeichnet sich im Welthandel – was die Zahlungsbedingungen angeht – in weiten Bereichen ein Trend zum offenen Zahlungsziel ab, der zu Lasten des Akkreditivs geht.

Für viele Unternehmen bedeutet auch heute noch die Landesgrenze eine nicht zu unterschätzende Hürde, obwohl einige handelspolitische Hemmnisse abgebaut wurden, eine wirtschaftspolitische Angleichung innerhalb der Wirtschaftsblöcke stattgefunden hat. Fremde Rechtsauffassungen und Handelsgewohnheiten, Währungsprobleme, langwieriger Geldtransfer, fehlende Sprachkenntnisse, längere Zahlungsziele sind – um nur einige zu nennen – Gründe, die zu Skepsis und Verunsicherung kleinerer und mittlerer Unternehmen geführt haben.

Vor diesem Hintergrund wird der mittelständische Unternehmer gut daran tun, sich mit dem Factoring als einem System zur risikolosen Abwicklung von Inlands- und Exportgeschäften sowie einer Quelle zur Liquiditätsschöpfung zu befassen.

HERMANN EHRENBERGER

Gefa ergänzt das Angebot der Mutter

Innerhalb des breiten Kredit- und Finanzierungsangebots der Deutschen Bank ist Gefa-Factoring mit seinen verschiedenen Formen des Forderungskaufs eine relativ junge Ergänzung der bekannten Finanzierungsinstrumente für Unternehmen. Die Berücksichtigung des Forderungsverkaufs in der Finanzplanung setzt grundsätzliche, auch strategische Überlegungen voraus.

Als Anhaltspunkte zur Anwendung dieses Finanzierungsinstruments erweisen sich im wesentlichen folgende Prämissen:

- Der Forderungsverkäufer sollte mindestens einen Jahresumsatz von fünf Millionen Mark erreichen;
- ein Zahlungsziel von maximal 90 Tagen erleichtert die Technik der Bonitätsbeurteilung der Abnehmer;
- ständige Lieferungen an dieselben Abnehmer halten die Kosten niedrig;
- die Forderungen müssen in ihrer Höhe und zu dem Zeitpunkt des Verkaufs einwandfrei feststehen. Sie dürfen keinen besonderen Garantiebedingungen unterliegen, sie müssen frei sein von Rechten Dritter, und es dürfen keine Abtretungsverbote seitens der Abnehmer bestehen.

Der Forderungskauf kann mit spezifischen Vorteilen aufwarten:

- umsatzkongruente Finanzierung,
- Schutz vor Forderungsausfällen,
- Verkürzung der durchschnittlichen Laufzeit von Forderungen,
- Verbesserung von Bilanzrelationen,
- die dem Vertragspartner aus einem echten Factoring-Verfahren über einen längeren Zeitraum zufließenden Mittel stellen keinen längerfristigen Kredit mit seinen Dauerschuldfragen dar,
- durch ein eingeräumtes Rückkaufsrecht werden die Dispositionsmöglichkeiten erweitert.

Die Factoring-Gebühr errechnet sich im konventionellen Verfahren aus den Debitorenrisiken, dem Zahlungsziel, dem Umsatzvolumen und der durchschnittlichen Rechnungsgröße. Sie kann zwischen 0,8 bis zwei Prozent liegen. Beim Forderungsverkauf im stillen Verfahren liegen die Kosten niedriger. Der Zinssatz für die Finanzierung lehnt sich weitgehend an die banküblichen Konditionen für Barkredite an.

Die Grundüberlegungen zur Wahl des Factorings in stiller Form, bei dem der Verkauf und die Abtretung der Forderung dem Kunden des Verkäufers normalerweise nicht angezeigt werden (Offenlegungspflicht nach Vereinbarung), sind mit denen des konventionellen Factoring weitgehend identisch.

Bei dem Verfahren entfallen jedoch die Übernahme von Buchhaltung und Inkasso durch die Factoring-Bank. Beide Bereiche werden vom Forderungsverkäufer treuhänderisch für den Käufer weitergeführt. Diese Besonderheiten grenzen aber auch die Anwendung dieser Forderungskaufsvariante ein.

Zunehmende Bedeutung gewinnt das Export-Factoring. Diese Form des Factoring, die beispielsweise über die Factors Chain International (FCI) von zur Zeit 60 Mitgliedern in 26 Ländern angeboten wird und in der die Gefa in zunehmendem Maße auch mit den Auslandsfilialen der Deutschen Bank kooperiert, gestattet es, exportorientierten Unternehmen ein einheitliches Verfahren anzubieten, das mit einer limitierten Deckungszusage das beim Abnehmer bestehende Bonitätsrisiko absichert, eine Beschleunigung des Zahlungseingangs bewirkt sowie eine Finanzierung in der Landeswährung des Exporteurs problemlos macht.

Die volle Deckung des wirtschaftlichen Risikos erleichtert die Erschließung neuer Märkte und die Vergrößerung der Marktchance. Die Liquiditätsstärkung durch sofortige Auszahlung des Export-Inkasso-Erlöses von 80 bis 90 Prozent ermöglicht wie im Inlandsgeschäft Skontoausnutzung und eine größere Beweglichkeit in dem vorhandenen Kreditrahmen.

RICHARD BERNHARDT

Die Mainzer zeigen Flagge im europaweiten Geschäft

Die Heller-Gruppe, die mit der Gründung der Heller Factoring Bank AG, Mainz, 1964 in Europa begann, unterscheidet sich wesentlich von den beiden anderen großen Factoring-Netzen. Während Heller immer darauf bedacht war, namhafte Kapitalbeteiligungen an den Mitgliedsunternehmen zu unterhalten, um damit die Zusammengehörigkeit zu fördern, setzen sich die anderen Netze zum überwiegenden Teil aus unabhängigen Korrespondenten zusammen.

Der Vorteil der Konzeption von Heller lag darin, daß nicht nur Kapital, sondern in hohem Maße tätiges Know-how eingebracht wurde. Zusammen mit den in den meisten Ländern an den Factoring-Gesellschaften beteiligten Banken waren damit die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Geschäftsentwicklung geschaffen.

Während in den Jahren nach der Gründung der Tochtergesellschaften nur das Export- und Importgeschäft unter Einschaltung des Netzes im Old-Line-Factoring praktiziert wurde, haben sich in der Zwischenzeit, wie im Inlandsgeschäft der einzelnen Gesellschaften, auch andere Factoring-Formen etabliert. Diese neuen Formen der Factoring-Zusammenarbeit sind aus der Erfahrung der letzten zwanzig Jahre entstanden und berücksichtigen die geographischen sowie die sprachlichen Gegebenheiten, aber auch die juristisch vergleichbaren Verhältnisse einiger Regionen.

Die am häufigsten angewandte neue Form des Export-Factoring ist das Direkt-Factoring in einige Länder. Aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland sind dies die Exporte nach Österreich, in die Schweiz, nach Belgien und den Niederlanden. Sowohl von der räumlichen Nähe als auch von der Sprache her bilden diese Länder eine gewisse Einheit. Lediglich im juristischen Bereich und in der Geltendmachung überfälliger Forderungen ergeben sich Besonderheiten, auf die man sich aber als Factor einstellen kann.

Weil das Direktgeschäft innerhalb solcher Marktzonen von jeder Heller-Gesellschaft praktiziert werden kann, ist es sinnvoll, sich gegenseitig Rat zu geben und Hilfe zu leisten. Diese Ratschläge erstrecken sich einmal auf die spezifischen Eigenheiten mancher Branchen, die Limitfestsetzung für die Abnehmer des Kunden, den juristischen Bereich sowie die Einhaltung von Einfuhr- und Transferbestimmungen.

Tätige Hilfe wird im Bereich des Einzugs überfälliger Forderungen, der Geltendmachung von Eigentumsvorbehalten und beim Geldtransfer geleistet.

Als weitere Marktzonen für das Direktgeschäft kommen Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Belgien, Frankreich sowie Spanien und Portugal in Frage.

Diese Auflockerung des einstmals sehr starren Systems hat zu erheblichen Zuwächsen im internationalen Factoring geführt. Die im Ausland gezeigten Steigerungsraten übertreffen bei weitem die immerhin beachtlichen Zuwachsraten des Inlandsgeschäftes.

Nach den am Anfang vorhandenen etwas gemischten Gefühlen, mit denen die Factoring-Gesellschaften sich dem Direktexport zuwandten, kann heute, nach Jahren der Erprobung, die volle Funktionsfähigkeit präsentiert werden.

Die Vorteile für die Exporteure liegen in der größeren Flexibilität, mit der die Geschäfte abgewickelt werden. Differenzen zwischen dem Kunden und dem Abnehmer können viel schneller bereinigt werden, seitdem der ausländische Factor nicht mehr in das Tagesgeschäft miteingebunden ist. Die für einige Länder notwendige Fremdsprachenkapazität sollte beim Factor allerdings vorhanden sein.

SIEGFRIED OLBORT

FACTORING IM GENOSSENSCHAFTLICHEN VERBUND

Kurze Wege zum Kunden

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken haben 1983 ihren Marktanteil noch eimal um 0,4 Punkte auf 23 Prozent erhöhen können. Sie stehen unverändert in steigendem Wettbewerb mit den Sparkassen und privaten Banken.

Der Erfolg der Volksbanken und Raiffeisenbanken wird allgemein zurückgeführt auf Kundennähe und Entscheidungsbereitschaft. Immerhin sind per Jahresende 3761 Kreditgenossenschaften in der Bundesrepublik Deutschland aktiv, die damit – gemessen an der Zahl der Bankstellen – das größte Netz vorweisen.

In Prognosen über absehbare Entwicklungen des Bankgeschäfts in der Bundesrepublik Deutschland schälen sich übereinstimmend Aspekte heraus, die sich mit Sicherheit auf das Geschäft der Volks- und Raiffeisenbanken auswirken werden:

- Die Kreditinstitute stehen einem Wandel bankgeschäftlicher Tätigkeiten gegenüber;
- die allgemeine technologische Entwicklung wird sich auch im Bankenbereich nachhaltig auswirken;
- das bisher allgemein übliche Wachstum des Bankgeschäfts läuft aus. Das einzelne Institut wird nur zu Lasten der Konkurrenz expandieren können;
- den Aktivitäten von Nicht-Banken auf traditionellen Bankmärkten kommt steigende Bedeutung zu.

Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren sicherlich nachhaltig auf das traditionelle Bankgeschäft in der Bundesrepublik Deutschland auswirken. Den Berichten über die Situation in den USA ist der Trend deutlich zu entnehmen. Man geht allgemein davon aus, daß die besonders ertragreichen Jahre bei den genossenschaftlichen Banken langsam zu Ende gehen.

Kompletter Service

Unter diesen Umständen überrascht es nicht, daß sich die Vorstände der Volks- und Raiffeisenbanken verstärkt Gedanken um die Ausrichtung ihrer Institute auf die Markterfordernisse machen. Praktisch drückt sich das in vermehrten Akquisitionsbemühungen und Bestrebungen aus, den mittelständischen Kunden einen kompletten Service zu offerieren. Mit Sicherheit wird es in Zukunft nicht ausreichen, die traditionellen Bankdienstleistungen „besser verpackt" anzubieten. Vielmehr kommt es darauf an, die sich wandelnden Bedürfnisse der Kunden rechtzeitig aufzuspüren und neue, diesen Bedarf deckende Produkte anzubieten.

Zu diesen Produkten zählt ein junges Finanzierungsinstrument, das Factoring. Zwar ist es seit mehr als 20 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland bekannt, aber erst seit neuem nimmt die Nachfrage stärker zu. 1981 ergab eine Umfrage bei 500 Genossenschaftsbanken, daß das Factoring als Mittel der Akquisition an Bedeutung gewinnt. Andererseits ergab sich, daß nur jede fünfte der an der Befragung beteiligten Banken das Factoring in ihrem Kundenkreis als Finanzierungsinstrument bereits einmal eingesetzt hat. Ferner war zu hören, daß nur neun Prozent der befragten Banken über fundierte Factoringkenntnisse nach eigener Einschätzung verfügen. Dagegen äußerten 75 Prozent der Volks- und Raiffeisenbanken die Auffassung, daß Factoring in der Zukunft für Firmenkundenberatung als Finanzierungsalternative unbedingt in das Angebot einzubeziehen sei.

Damit wurde seinerzeit deutlich, daß Factoring bei den Volks- und Raiffeisenbanken zwar auf besonderes Interesse stößt, das Verfahren an sich aber zu wenig bekannt war. Die DG Bank in Frankfurt zum Beispiel verfügt seit Jahren mit der DG Diskontbank AG in Mainz über ein Spezialinstitut, das eine Reihe spezieller Dienstleistungen anbietet, die das Angebot der Volks- und Raiffeisenbanken ergänzen. Unter anderem sind dies Factoring und einige daraus abgeleitete Geschäftssparten.

Mit der Einführung der seit 1981 vierteljährlich an alle genossenschaftlichen Kreditinstitute zur Verteilung gelangenden „Factoring Facts" ist es der DG Diskontbank inzwischen gelungen, die Kenntnisse über das Factoring der Volks- und Raiffeisenbanken nachhaltig zu vertiefen.

Bereits 1983 kamen mehr als die Hälfte der neuen Factoring-Kunden der DG Diskontbank auf Empfehlung der örtlichen Volksbanken und Raiffeisenbanken; auch 1984 war das so. Dabei ist interessant, daß sich unverändert ein Schwergewicht der Anbahnung in den Postleitgebieten 4 bis 8 ergibt. Dagegen ist die Anzahl der Anfragen aus dem norddeutschen Raum und Berlin traditionell erheblich geringer.

Die Erfahrungen bei den Volks- und Raiffeisenbanken mit der Verwertung dinglicher Sicherheiten haben in den letzten Jahren gelegentlich veranschaulicht, wie schwer es werden kann, dadurch früher gewährte Kredite wieder hereinzuholen. Die Neigung, sich wieder mit Zessionskrediten zu befassen, nimmt daher allgemein zu. Dies ist auch deshalb sicherlich richtig und notwendig, weil einerseits die Position „Forderungen" in den Bilanzen der mittelständischen Kundschaft ständig zunimmt und zwingend nach Finanzierung verlangt, weil andererseits die Eigenkapitalausstattung der Firmen stetig zurückgeht.

Harter Wettbewerb

Zwei Stichworte weisen aber auf die Gefahren von Forderungsfinanzierungen beispielhaft hin, nämlich 1. verlängerter Eigentumsvorbehalt und 2. Delkredereverluste.

Es steht außer Frage, daß Factoring in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle in der Zukunft spielen wird, bietet sich doch hier ein Instrument, das die Kreditbeschaffungsmöglichkeiten der Volks- und Raiffeisenbanken nennenswert ausweitet, und zudem dazu beiträgt, vor Wettbewerb anderer Kreditinstitutsgruppen zu schützen. Es darf nämlich nicht übersehen werden, daß sich auch diese seit Jahren mit entsprechenden Spezialinstituten um den Markt bemühen und sicherlich auch bestrebt sein werden, den Wettbewerb aus dem genossenschaftlichen Verbund zurückzudrängen.

Die KWG-Novellierung (Reduzierung des Höchstkredits, Reduzierung des Haftsummenzuschlags) mag darüber hinaus in dem einen oder anderen Fall den Einsatz des Factoring bei dem einen oder anderen Bankkunden nahelegen, wie dies auch im Zusammenhang mit den verschärften Spielregeln bezüglich der Sicherungseinrichtungen der genossenschaftlichen Kreditinstitute denkbar ist.

GEORG SCHEPERS

Auch am Bankschalter ist Factoring hoffähig

Bereits seit 1968 betreibt die Süd-Factoring GmbH (Stuttgart) das Factoring-Geschäft als Verbundgesellschaft innerhalb der Sparkassenorganisation. Alleingesellschafterin ist die Landesbank in Stuttgart, das Zentralinstitut der Württembergischen Sparkassen. Welche Erfahrungen wurden im Laufe der 16 Jahre mit Sparkassen und Banken gemacht? Das Unternehmen berichtet:

Mindestens bis Mitte der 70er Jahre verhielt man sich gegenüber der Süd-Factoring äußerst reserviert und abwartend. Häufig hörte man damals die falsche Behauptung, mit Factoring würde man Kunden und Umsätze verlieren. Unter diesen Umständen konnte man den Sparkassen- und Bankkunden Factoring doch wirklich nicht empfehlen. Und daran hielt man sich zunächst konsequent im Sparkassen- und Bankbereich. Empfehlungen kamen immer nur dann, wenn es galt, bonitätsmäßig äußerst schwache Firmen über Wasser zu halten, um vielleicht gerade noch einmal die Insolvenz zu vermeiden. Da sich diese Fälle aber gerade nicht für Factoring eignen, mußten damals fast alle Empfehlungen aus dem Sparkassen- und Bankenbereich abgelehnt werden, was natürlich nicht gerade geeignet war, die künftige Zusammenarbeit zu verbessern. So taten wir uns sehr schwer, das sinnvolle Finanzierungs- und Dienstleistungsinstrument Factoring am Markt zu verkaufen, weil wir nicht nur falsch von den Sparkassen und Banken, sondern auch von den Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern, Unternehmensberatern und anderen interpretiert wurden.

Erst mit den BGH-Urteilen aus den Jahren 1977 und 1978 gelang Factoring, und damit auch uns, der endgültige Durchbruch, da erst mit diesen Urteilen für unser Geschäft eine einwandfreie Rechtsgrundlage geschaffen war. Damit konnten wir uns nicht nur wirtschaftlich, sondern auch rechtlich klar und eindeutig vom Zessionskredit der Sparkassen und Banken unterscheiden. Durch die höchstrichterliche Rechtsprechung wurde nämlich der bisherigen Auffassung der in Deutschland tätigen Factoring-Gesellschaften recht gegeben, wonach echtes Factoring – also mit Übernahme des 100prozentigen Ausfallrisikos – einen Forderungskauf darstellt, der mit einem Kaufvertrag geregelt wird und zu dessen Erfüllung die Forderungen abzutreten sind. Im Unterschied hierzu ist der Zessionskredit nach wie vor ein Kreditgeschäft im Rahmen von Beleihungsrichtlinien, bei dem die Forderungen zur Sicherung abgetreten werden. Der bedeutende rechtliche Unterschied liegt darin, daß die Factoring-Institute seit dieser Zeit keine Ansprüche von Warenlieferanten aus verlängertem Eigentumsvorbehalt mehr zu berücksichtigen haben, während dies beim Zessionskredit der Sparkassen und Banken nach wie vor der Fall ist. Mit dieser Entscheidung wollte der BGH jedoch keinesfalls die Warenlieferanten benachteiligen. Vielmehr wurde dem wirtschaftlichen Unterschied mit der wesentlich höheren Beleihung durch die Factoring-Institute gegenüber dem Zessionskredit Rechnung getragen. Durch die 90prozentige Bevorschussung der Forderungen wird nämlich die Anschlußfirma des Factors so gestellt, als habe sie praktisch nur Barzahler, so daß sie mit dem sofortigen Erlös hieraus ihre Warenlieferanten pünktlich befriedigen kann.

Positive Haltung

Diese Grundsatzurteile gaben den Sparkassen und Banken Anlaß, sich erneut mit ihrer Einstellung zu Factoring zu beschäftigen, jetzt aber mit mehr Sachverstand und auch mit inzwischen gemachten Erfahrungen mit Factoring. Seit dieser Zeit hat sich zunehmend eine positive Haltung der Sparkassen und Banken zu Factoring eingestellt. Insbesondere die Sparkassenorganisation, die über zwei organisationseigene Factoring-Gesellschaften verfügt, hat frühzeitig erkannt, daß Factoring für die mittelständische Wirtschaft ein sinnvolles Finanzierungs- und Dienstleistungsinstrument darstellt, welches sich hervorragend für expansive, mit schmaler Eigenkapitaldecke ausgestattete, ertragsstarke, aber in ihrer Gesamtstruktur gesunde Unternehmen eignet. Factoring ist daher heute als wesentlicher Bestandteil in die Angebotspalette der Sparkassen und Banken integriert. In zunehmendem Maße erkennen auch die Sparkassen und Banken, daß Factoring nicht in Konkurrenz zum Kreditgeschäft steht, sondern eine Ergänzung des Bankkredites darstellt. Eine Beschleunigung dieses Umdenkungsprozesses, der noch längst nicht bei allen Bankern stattgefunden hat, wäre im Interesse der mittelständischen Wirtschaft wünschenswert, dürfte aber nur schwer erreicht werden.

Andererseits kann man immer wieder beobachten, daß sich spätestens dann die Einstellung einer Sparkasse oder einer Bank gegenüber Factoring positiv ändert, wenn sich einer ihrer Kunden des Factoring bedient. In diesen Fällen sieht der Banker nämlich rasch, daß Factoring mit dem Zessionskredit nicht zu vergleichen ist. Factoring ist damit keine Finanzierungsalternative, sondern eine Ergänzung der breitgefächerten Angebotspalette der Sparkassen und Banken. Factoring als Ergänzung des Bankkredites beinhaltet ein umfangreiches Finanzierungs- und Dienstleistungsangebot, das am besten mit den drei Hauptfunktionen: Finanzierung, Delkredere und Forderunsverwaltung umrissen wird.

Der Zessionskredit ist nicht umsatzkongruent, so daß Erhöhungen der jeweiligen Genehmigung bedürfen, was sich bei stark expandierenden Unternehmen erschwerend auswirken kann. Die Forderungsbeleihung liegt großzügig bemessen bei etwa 40 bis 50, häufig aber nur bei 20 bis 30 Prozent. Im Gegensatz hierzu kaufen die Factoring-Institute sämtliche nicht dubiosen Forderungen im Rahmen eingeräumter Warenkreditlimite an, so daß sich der Fluß der Finanzierungsmittel ausschließlich nach der Umsatzentwicklung richtet. Dabei bevorschussen die Institute die Forderungen zu 90 Prozent, auch Auslandsforderungen. Die wesentlich höhere Beleihungsquote gegenüber dem Zessionskredit ist hierbei vor allem deshalb möglich, weil wir beispielsweise bei der Süd-Factoring selbst die Debitorenbuchhaltung führen und dadurch ganz genau informiert sind, wie jeder einzelne Abnehmer beauskunftet wird und wie dessen Zahlweise aussieht.

Erst in jüngster Zeit konnten wir in zwei Fällen erleben, was es bedeutet, wenn bei expansiven, solventen Unternehmen nicht rechtzeitig Factoring eingesetzt wird. Nachdem diesen Unternehmen ausreichende Sicherheiten nicht zur Verfügung standen, lehnten die damaligen Hausbanken eine erforderlich gewesene Erhöhung des Zessionskredites ab und rieten den Unternehmen, zunächst einmal zu konsolidieren. Dieses sahen die Unternehmen aufgrund der ständig steigenden Aufträge nicht ein und bedienten sich deshalb ab diesem Zeitpunkt bei uns der Factoring-Finanzierung.

Weniger Risiken

Gleichzeitig wechselten sie zu einer anderen Hausbank über, von der sie großzügigere Kreditlinien eingeräumt erhielten. Damit können wir den Beweis antreten, daß Factoring nicht einmal dann eine Konkurrenz zum Zessionskredit darstellt, wenn dieser bei einem stark expandierenden Unternehmen wegen Einsatz der Factoring-Finanzierung abgelöst wird. Durch die überdurchschnittlich rasche Geschäftsausweitung benötigt die Anschlußfirma nämlich von ihrer Bank über die Factoring-Finanzierung hinausgehende zusätzliche Kreditmittel, zum Beispiel wegen höheren Wareneinkaufs und höherer Vorratshaltung, die dann den Abgang des Zessionskredites überkompensieren.

Die Übernahme des 100prozentigen Ausfallrisikos sowie die Führung der Debitorenbuchhaltung einschließlich Mahnwesen und Inkasso sind zusätzliche Bausteine im Factoring, die beim Zessionskredit weder abgedeckt werden können noch sollen. Hinzu kommt noch, daß mit Factoring das sonstige Kredit-Engagement der Hausbank bei ihrem Kunden wesentlich risikoloser wird, da wir nun qualifiziert die Forderungen verwalten, um mit der ständigen Bonitätsüberwachug der Debitoren den gemeinsamen Kunden vor Forderungsausfällen zu schützen.

HANS VOLKER MAYER

Verleihung der „Goldenen Kamera" – Mehr als ein Hauch von Hollywood

„Berlin zeigt wieder Glanz"

DIETER DOSE, Berlin

So viele Stars und soviel Prominenz auf einen Schlag – das hat Berlins Internationales Congress Centrum (ICC) noch nicht erlebt. „Hörzu", Europas größte Fernsehzeitschrift, machte es möglich. Zum 20. Male wurde die „Goldene Kamera" verliehen. Millionen erlebten die große Starparade live am Bildschirm.

Glanzvoll der Rahmen, festlich die eleganten Roben der Damen. Stark vertreten die politische Prominenz, an der Spitze Bundespräsident Richard von Weizsäcker, die Minister Schwarz-Schilling, Stoltenberg, Wörner, Oppositionschef Vogel.

Verleger Axel Springer konnte wegen einer Grippe nicht teilnehmen. Seine Rede verlas sein Generalbevollmächtigter Dr. Bernhard Servatius: „Berlin zeigt wieder Glanz – dieser Abend beweist es", be.onte Springer. „Es sind in dieser Stadt wieder so viele positive Kräfte geweckt worden, wie man dies kaum für möglich gehalten hätte." Springers Ausführungen schlossen mit dem Dichterwort von Ernst Moritz Arndt, das gestern wie heute Bestand hat: „Als Deutschland durch seine Zwietracht nichts mehr war, umfaßte mein Herz seine Einheit und Einigkeit."

„Für uns Berliner ist diese alljährliche Verleihung der ‚Ferseh-Oscars' zu einer besonders schönen Tradition geworden, eine quicklebendige Tradition, die auf Stärke und Leistungsfähigkeit der Medien-Stadt Berlin zwischen Produktion und Publikum, Kabel und Kino hinweist", sagte der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen. Es sei in hohem Maße Axel Springer zu verdanken, daß Berlin in den vergangenen Jahren seine Position als Medienstadt behaupten konnte.

Waren die Namen der diesjährigen Preisträger auch vorher bekannt – Joachim Fuchsberger („Berlin muß sein Licht nicht unter den Hollywood-Scheffel stellen") schüttelte noch so manche Überraschung aus dem Ärmel. So staunte Peter von Zahn, als ihm der amerikanische Astronaut Charles Duke die Auszeichnung überreichte. Hans Rosenthal („Dalli-Dalli") bekam die begehrte Trophäe aus den Händen von Peter Alexander, dem einzigen, der die „Goldene Kamera" schon dreimal erhielt.

Am weitesten angereist von den Preisträgern war Barbara Bel Geddes – die „Miss Ellie" aus der „Dallas"-Serie. „Inge Meysel von Amerika" nannte sie ZDF-Sprecher Gerhard Klarner in der Laudatio. Ihr überreichte Maria Schell die Auszeichnung. „Miss Ellie" war ebenso tief gerührt wie Anja Kruse („Die schöne Wilhelmine"). Die Leser der „Hörzu" haben sie zum besten weiblichen Nachwuchsstar des Fernsehens gewählt.

Viel Beifall auch für die anderen Preisträger: Heidi Kabel, Peter Weck, „Heimat"-Regisseur Edgar Reitz, Ephraim Kishon und schließlich als größte Überraschung Max Schmeling. Begründet damit, daß der ehemalige Boxweltmeister auch Jahrzehnte nach seinen Triumphen im Ring noch ein Idol und Vorbild ist. Goldene Ehrenkameras gab es für deutsche Goldgewinner bei den Olympischen Spielen in Los Angeles, überreicht durch frühere Stars und Preisträger wie die einstige „schwarze Gazelle" Wilma Rudolph und Ballkünstler Pelé.

Auch die Besucher eines Karajan-Konzerts in der Berliner Philharmonie nahmen kurz Anteil an der Verleihungszeremonie. In einer Pause übergab „Hörzu"-Chefredakteur Peter Bachér dem Maestro die „Goldene Kamera". Wegen des Konzerts konnte Herbert von Karajan nicht direkt dabeisein. Das weltberühmte deutsche Duo „Siegfried und Roy" hatte die Auszeichnung schon vor einigen Tagen in Las Vegas erhalten.

Höhepunkt und Abschluß des Galaabends: Rund 200 Preisträger, die neuen und die früheren, versammelten sich auf der Bühne zum Finale.



Überschwengliche Freude über die „Goldene Kamera" bei Barbara Bel Geddes; auch Max Schmeling (rechts) erhielt den begehrten Preis; Boy Gobert (Mitte) gehörte zu den Gästen FOTO: KLAR/DPA

Ein Toter und viele Verletzte bei Bränden und Explosionen

dpa, Düsseldorf

Bei Explosionen und Bränden sind über das Wochenende in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern ein kleiner Junge getötet und 28 Menschen zum Teil schwer verletzt worden. Der Sachschaden geht nach Angaben der Polizei in die Millionen. Ursache der Explosionen in einem dreigeschossigen Wohnhaus in Düsseldorf, in der Hausmeisterwohnung einer Dortmunder Realschule und in einer ehemaligen Molkerei in Soest-Osttönnen war ausströmendes Gas. Warum im Keller eines von 20 türkischen Familien bewohnten Hauses in Rheine Feuer ausbrach, muß noch ermittelt werden. Ein zwei Jahre alter Junge kam am Samstag bei einem Wohnungsbrand bei Helmstedt ums Leben. Er starb an einer Rauchvergiftung. Die Wucht der Explosion Samstag nacht in dem aus der Vorkriegszeit stammenden Haus in Düsseldorf riß in Fassade und Rückfront riesige Löcher. Feuer zerstörte den Rest. Die Bewohner konnten sich retten und wurden verletzt in Krankenhäuser gebracht.

Größter Käseraub

AP, Parma

Die Polizei der italienischen Stadt Parma fahndet nach einer mindestens zehnköpfigen Gangsterbande, die den vermutlich größten Käseraub aller Zeiten inszeniert hat. Die bewaffneten Banditen waren am Freitag vor Tagesanbruch in eine Käserei eingedrungen, hatten den Eigentümer und vier weitere Personen in Schach gehalten und schließlich Parmesankäse im Wert von fast einer Million Mark auf zwei Lastwagen abtransportiert.

Ohne AIDS-Gefahr

dpa, Hamburg

In Hamburg ist mit großem Aufwand ein „bahnbrechendes" Verfahren entwickelt worden, mit dem AIDS-verdächtige Blutkonserven erkannt und ausgeschieden werden. In spätestens acht Wochen wird das Verfahren in die Praxis eingeführt sein. Das erklärte Gesundheitssenatorin Christine Maring (SPD) auf einem AIDS-Symposium in Hamburg.

Fastenaktion eröffnet

dpa, Augsburg

Die bundesweite 27. Katholische Fastenaktion Misereor ist gestern in Augsburg eröffnet worden. Die Aktion ist vor allem den Gesundheitsproblemen der Dritten Welt gewidmet; der Schwerpunkt soll beim indischen Subkontinent liegen. Pilgergruppen aus dem ganzen Bistum hätten sich am frühen Sonntag morgen mit selbstgefertigten Kreuzen zu einer Sternwallfahrt nach Augsburg auf den Weg gemacht.

1000 Weißwale befreit

rtr, Moskau

Die seit Jahresanfang in einer Bucht im Beringmeer durch Packeis eingeschlossenen 1000 Weißwale sind wieder frei. Ein sowjetischer Eisbrecher hat für die Tiere einen rund 70 Meter breiten Fluchtkanal gebrochen.

Familiendrama

dpa, Brüssel

Bei einem Familiendrama im Brüsseler Vorort Overijse haben am Wochenende sieben Menschen das Leben verloren. Der 63 Jahre alte Jozef Deraymaeker ertränkte sich in einem Brunnen, nachdem er zuvor sechs Angehörige erschossen und damit seine Familie ausgelöscht hatte.

Mehr Schnee-Leoparden

dpa, Neu-Delhi

Die Zahl der vom Aussterben bedrohten Schnee-Leoparden in Ladakh an der indisch-chinesischen Grenze hat sich in den vergangenen fünf Jahren offenbar verdoppelt. Ladakh ist die einzige Region der Welt, in der es die Tiere noch gibt.

Aufstand der Fußgänger

Interessenverein gegründet / Auch Radfahrer im Visier

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Forderungen sind bekannt. Nur ihre Durchsetzung wollen die Initiatoren des ersten bundesweiten Fußgängerschutzvereins „Fuß e.V." mit Sitz in Berlin radikaler als je zuvor betreiben. Notfalls sogar mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht will der Verein, der sich als „Anlauf- und Koordinationsstelle für 1400 Bürgerinitiativen aus dem Verkehrsbereich" versteht, den „an die Wand gedrückten Fußgängern" zu mehr Recht verhelfen.

Die Mitglieder der Initiative sehen sich stellvertretend für die Mehrheit der Deutschen „der Minderheit der Autofahrer" hilflos ausgeliefert. Hauptvorwurf an die Politiker: Die Zahl der getöteten und verletzten Fußgänger sei von der bisherigen Verkehrspolitik nicht reduziert worden. „Eine sichere Existenz von Fußgängern in Städten wird durch die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h und die geduldete Geschwindigkeit von über 70 km/h unmöglich gemacht", formulierte am Wochenende auf der Gründungsversammlung Professor Rainer Meyfahrt von der Gesamthochschule Kassel das Kernproblem.

Als einziges und „sehr einfaches" Heilmittel sehen die Passantenschützer deshalb Tempo 30 auf allen Stadtstraßen an. Zweitrangige Forderungen sind längere Ampelphasen für Fußgänger und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Eher zahm klingt der Appell an die Polizei, das Parken auf Bürgersteigen und Gehwegen mit spürbaren Geldstrafen von 100 Mark je Autorad zu ahnden.

Als Musterbeispiel für die nach Ansicht der Initiative beklagenswerte Aggressionsverteilung im Straßenverkehr zu Lasten der Fußgänger sieht Professor Meyfahrt die Fußgängerzonen an. Der Autoverkehr habe in zahlreichen Städten dafür gesorgt, daß Radwege, Bus- oder Straßenbahnspuren in Fußgängerzonen verlegt worden seien. „Dort ist der Radfahrer als eigentlicher Feind der Fußgänger entdeckt worden", kritisierte Meyfahrt in seinem Vortrag.

Der Verein stützt sich auf Zahlen aus dem Bundesverkehrsministerium. 60 bis 70 Prozent aller Wege würden heute noch per pedes zurückgelegt, am meisten gehen Kinder, Rentner und Frauen zu Fuß. Am gehfaulsten hingegen seien Männer im Alter zwischen 25 und 60 Jahren mit Abitur, Hochschulabschluß und höherem Einkommen – just jene, die „für die Verkehrsplanung verantwortlich sind".

LEUTE HEUTE

Alkohol am Steuer

Es ist ja nicht gerade eine Seltenheit, daß jemand, der zu tief ins Glas geschaut hat, bei der Heimfahrt in eine Verkehrskontrolle gerät. Ein ungewöhnliches Ereignis ist es aber, wenn der Ertappte **John Roach** heißt und Erzbischof ist. Für den 63jährigen amerikanischen Kirchenfürsten endete am Donnerstag eine Autofahrt in der Ausnüchterungszelle. „Ich habe unklug gehandelt und habe mir eine sehr schwerwiegende Fehleinschätzung zuschulden kommen lassen", gestand der Erzbischof vor einer Versammlung katholischer Laien. Ihm droht nun eine Strafe von bis zu 90 Tagen Haft und 700 Dollar Geldbuße.

Alte Liebe

Alte Liebe rostet nie. Das scheint Hollywood-Star **Warren Beatty** (47) zu beweisen. Sieben Jahre hatte er ein Verhältnis mit der englischen Schauspielerin **Julie Christie** (44). Nachdem ihm **Diane Keaton** vor kurzem den Laufpaß gegeben hat, macht er wieder Julie Christie den Hof. Jetzt hat er einen Makler beauftragt, ihm in den Bergen von Wales ein Haus zu beschaffen. Einzige Bedingung: Es muß in der Nähe von Julies Bauernhof liegen.

Der Mann als zweite Wahl der Natur

Psychotherapie-Seminar über Identität und Identitätskrisen der modernen Frau

INGRID ZAHN, Aachen

Noch Thomas Mann genierte sich nicht, die Geburt eines weiblichen Nachkommen als etwas „Unernsthaftes" zu bezeichnen. Die Frau von heute wird ernstgenommen. Drei „Zaubermittel" haben sie in die Mündigkeit entlassen: die Pille, die Hosenmode und der Umgang mit der Technik.

Die Düsseldorfer Analytikerin Professor Melitta Mitscherlich versuchte anläßlich der gestern zu Ende gegangenen Aachener Psychotherapietage diesen Wandel deutlich zu machen. Gerade angesichts der Krisen in der modernen Welt muß nach ihrer Ansicht der Einfluß der an Menschen, Natur und „Ganzheit" interessierten Frauen gegenüber den technisch-analytisch geprägten Männern wachsen.

Die Frau, die sich den leidigen Freud'schen Penisneid endlich vom Halse schaffen will, könne heute frohlocken. Am Anfang, sagte Frau Mitscherlich, stehe nicht der männliche, nicht der zweigeschlechtliche, sondern der weibliche Embryo. Erst im Laufe der Schwangerschaft entscheide sich die Natur für den Verbleib der weiblichen oder die Abwandlung in die männliche Ausprägung. Grund genug, ein selbstbewußtes Leben auf dem Fundament der „geschlechtlichen Identität" zu versuchen. Ein Leben, das den Mann als die zweite Wahl der Natur nicht ausklammert, sondern freundlich ergänzend zuläßt.

Der Alltag in den Praxen deutscher Analytiker und Therapeuten sieht anders aus. 1982 sind 70 Millionen Mark von den gesetzlichen Krankenversicherungen für psychoanalytische und verhaltenstherapeutische Fachpsychologie ausgegeben worden. Das rund Fünffache wurde für die psychotherapeutische Einzelleistung durch Psychiater und Allgemeinärzte zusätzlich verwendet. Für den gleichen Zeitraum sind rund eine Milliarde Mark in Beruhigungsmittel umgesetzt worden.

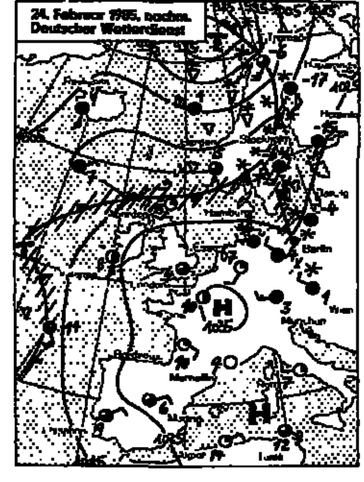
Es sind vor allem Frauen zwischen 30 und 50 Jahren in psychischer Notsituation, die ärztlichen Rat suchen. Gründe genug, um das 10. westdeutsche Psychotherapeutische Seminar in Aachen unter das Motto „Frau sein heute" zu stellen. In Fachvorträgen und Seminaren wurde Bilanz gezogen über die Störungen im „seelischen Haushalt" der Frau, und eine mögliche Hilfestellung durch den Hausarzt, den Gynäkologen, Internisten, Kinderarzt und Psychotherapeuten aufgezeigt.

1200 Teilnehmer, darunter überwiegend junge Ärztinnen und Ärzte, besetzten die Kurse für tiefenpsychologische Märchendeutung, Hypnose, autogenes Training und nonverbale Aufbereitung von Konflikten durch die sogenannte „konzentrative Bewegungstherapie". Gerade weil Frauen weit häufiger als Männer den Tränen über ihre unbewältigten Probleme freien Lauf lassen, während das gestandene Mannsbild allenfalls somatisch leidet oder zum Suchtverhalten Zuflucht nimmt, sehen Ärzte in solchen Therapien Ansatzpunkte zur gemeinsamen Konfliktbewältigung. Insbesondere jüngere Frauen und Männer geben zunehmend traditionelle Haltungen auf, werden zu zärtlich mit dem Nachwuchs schmusenden, sich gegenseitig vertretenden „Mappis" und „Pammis". Der vielzitierte Wertewandel ist im Fluß und überspült die traditionelle Familienstruktur.

Konfliktstoff vor allem für die älter werdende Frau. Ihre Zahl wächst, in Aachen leben bereits mehr Frauen über 75 Jahre (1900), als Kinder neu eingeschult werden (1800). Bei ihr ist die Therapie am schwierigsten, wie der Bayreuther Psychiater Bernd Kügelgen aus seinem Praxisalltag berichtete. Gerade deshalb wird es immer dringender, sich mit ihr und ihren Problemen zu beschäftigen.

WETTER: Heiter

Wetterlage: Ein Hochdruckgebiet mit Schwerpunkt über dem Alpenraum bestimmt das Wetter. An seiner Nordflanke ist milde Meeresluft nach Deutschland eingeflossen.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 15°C. Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Montag:
Im gesamten Bundesgebiet und Raum Berlin stellenweise Frühnebel. Tagsüber sonnig, zeitweise auch leicht bewölkt und niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen 5 bis 10 Grad. Nachts Abkühlungauf 2 bis null Grad, im Süden leichter Frost. Schwacher Wind, vorherrschend aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten:
Wolkig bei wenig geänderten Temperaturen

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	4°	Kairo	21°
Bonn	8°	Kopenh.	2°
Dresden	2°	Las Palmas	19°
Essen	7°	London	4°
Frankfurt	6°	Madrid	6°
Hamburg	4°	Mailand	4°
List/Sylt	3°	Mallorca	13°
München	3°	Moskau	-14°
Stuttgart	6°	Nizza	11°
Algier	14°	Oslo	1°
Amsterdam	7°	Paris	10°
Athen	0°	Prag	2°
Barcelona	10°	Rom	7°
Brüssel	8°	Stockholm	-6°
Budapest	-2°	Tel Aviv	20°
Bukarest	-4°	Tunis	12°
Helsinki	-15°	Wien	1°
Istanbul	-10°	Zürich	5°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 7.14 Uhr, Untergang: 17.57 Uhr; **Mondaufgang:** 9.34 Uhr, Untergang: 0.13 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Zu ergötzen die Herzen mit Singen und Scherzen

DIETHART GOOS, Hamburg

Wer Pech hat, kann an einer zugigen Stelle des großen Festsaales plaziert werden. Oder man hat Tischnachbarn, mit denen ein Gespräch über vier Stunden etwas mühsam werden kann, wenn nach immer neuen Konversationsübungen die Themen ausbleiben. Das Menü ist ordentlich, Gourmets geraten dabei aber gewiß nicht in Verzückung. Denn es kann schon passieren, daß die Suppe kühl und das Halbgefrorene lau serviert wird. Und dennoch übt dieser Abend im Hamburger Rathaus eine einzigartige Faszination aus. Nicht ohne Stolz sprechen die Verantwortlichen des Protokolls von dem wohl begehrtesten festlichen Abendessen im ganzen Lande.

Die jährliche Matthiae-Mahlzeit, zelebriert gegen Ende Februar am Namenstag des heiligen Matthias oder in direkter zeitlicher Nähe, ist das älteste Gastmahl auf deutschem Boden. Seine Ursprünge gehen auf das Jahr 1356 zurück. Das „Convinium eines Ehrbaren Rates" bat die „Hamburg wohlgesonnenen Mächte" zu einem opulenten Essen, um die zum Jahresanfang vom Bürgermeister vollzogene Geschäftsverteilung unter den ehrenamtlichen Senatoren öffentlich zu verkünden.

Im Laufe der Jahrhunderte hat sich die Prozedur geändert, der eigentliche Anlaß ist nicht mehr gegeben, geblieben ist aber mit dem Matthiae-Mahl ein willkommener Anlaß des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, Politiker, Diplomaten, Wirtschaftsführer, Kaufleute, herausragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens als besondere Gunstbezeigung einzuladen.

Wer zu den Auserwählten gehört, am Freitag abend waren es neben dem Hausherrn Klaus von Dohnanyi und seiner Frau Christa 365 Gäste, der kann eines eindrucksvollen Schauspiels im bald hundertjährigen Rathaus sicher sein. Welches Dinner bei Kerzenschein wird schon von einer Tafelmusik umrahmt, die Georg Philipp Telemann anno 1711 eigens für die Matthiae-Mahlzeit komponierte und in die Partitur schrieb: „... zu ergötzen die Herzen mit Singen und Scherzen, weil Hamburgs regierender Götterkreis lacht".

Und welche Tafel wird schon so üppig mit Senatssilber geschmückt, das gottlob wohlbehalten etliche Kriegswirren überstand. Kostbare Kelche, weit ausladende Leuchter, Tafelaufsätze, schwere Silberplatten. Und dazu für jeden Gast das traditionsreiche Silberbesteck. Ungeniert darf man Messer, Gabeln und Löffel wenden, um das Alter zu ergründen. Da kann es schon sein, daß man mit Bestecken speist, die ein Senator im 17. Jahrhundert der Stadt beim Ausscheiden aus dem Amte schenkte.

Dabei zu sein, bedeutet großes gesellschaftliches Prestige. Um so mehr war mancher Notable in diesem Jahr irritiert, als die sehnlichst erwartete Einladung ausblieb. Klaus von Dohnanyi persönlich hatte die Gästeliste durchforstet, manche Namen getilgt und dafür neue hinzugesetzt. An diesem Ereignis, das immerhin etwa 70 000 Mark aus der arg strapazierten Landeskasse erfordert, nahmen auf Wunsch des Bürgermeisters hochrangige Vertreter des Wirtschafts- und Kulturlebens aus nahezu allen wichtigen Zentren der Bundesrepublik Deutschland und der Nachbarn teil. So gehörte auch Artur Maul, Direktor des Volkseigenen Kombinats für Seeverkehr und Hafenwirtschaft in Rostock, zur festlichen Tafelrunde.

Glanzlichter des Abends sind die Ehrengäste. Am Freitag waren es der französische Kulturminister Jack Lang und der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth. Da sparte Gastgeber Dohnanyi in seiner humorvoll-historisch gewürzten Begrüßungsansprache nicht mit Artigkeiten in Richtung Paris und Stuttgart. Die beiden Politiker von Seine und Neckar dankten mit vielen Komplimenten für Hamburg und den Norden. Doch es war mehr als nur als Protokoll und Konvention.

Der sozialistische Kulturminister, Professor der Rechte und ehemaliger Schauspieldirektor, spannte den großen Bogen der abendländischen, der Kultur des europäischen Kernlandes. Jack Lang warb für ein europäisches Kulturprogramm im Fernsehen.

In seiner „Späth-Lese", er trat erst nach 23 Uhr an das Rednerpodium, nahm der Regierungschef aus Stuttgart die Anregung aus Paris dankbar auf. Die Europäer sollten sich zusammentun, um europäische Kultur und Technologie gemeinsam zu nutzen. Wünschenswert sei ein europäischer Fernsehkulturkanal. Der Beifall für diese Anregungen war nicht nur freundlich, sondern war auch Dank für einen großen Abend im Namen des heiligen Matthias.

ZU GUTER LETZT

„Hier tickt die Schere im Kopf ganz gewaltig." Die FDP-Bundestagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher auf dem Saarbrücker Parteitag.



Pankraz, J. Habermas und die Banalität

Eigenartig berührt wurde Pankraz bei Lektüre eines Vortrags, den Jürgen Habermas vor einiger Zeit in Spanien gehalten hat. Habermas beklagt da den Verlust utopischer Perspektiven in der Politik, und er tut das in der umständlichen, unfrohen, von Neologismen verstopften Art, die nun einmal sein Stil ist. Aber gegen Ende des Manuskripts taucht plötzlich ein klar verständlicher, wehmütiger Satz auf: „Wenn die utopischen Oasen austrocknen, breitet sich eine Wüste von Banalität und Ratlosigkeit aus."

„Sieh da", dachte Pankraz bei sich, „auch im Papiergemüt eines Kathederhengstes wohnt die blaue Blume der Romantik. Auch die Weltverbesserungspläne der allerneuesten Observanz werden einzig und allein deshalb ausgetüftelt, weil einige Zipfelmützen Angst vor der Banalität haben. Die Utopie ist für sie dasselbe wie das Actionkino an der Ecke für die Halbwüchsigen."

Ein Freund, dem Pankraz seinen Fund zeigte, meinte, dagegen sei doch nichts einzuwenden. Auch die älteren Semester hätten ein Recht auf Unterhaltung. Das ist natürlich richtig. Nur ist das Herumhantieren mit Weltverbesserungs-Utopien in der Regel etwas folgenreicher als ein Kinobesuch. Man muß dabei gar nicht an die relativ seltenen Fälle denken, da die Utopisten die Macht bekommen, mit ihren Utopien Ernst zu machen, und – statt Kinoblut – das reale Blut ihrer Mitmenschen vergießen. Es genügt ein Blick in jene Weltgegenden, wo das Alltagsleben unter dem Gesetz utopischer Verheißungen steht. Man wird feststellen, daß es dort sehr viel banaler und langweiliger zugeht als in nichtutopischen Regionen. „Die Langeweile von Minsk" ist geradezu zum Topos der neueren Literatur geworden.

Utopie liefert also nicht das Gegengift gegen die Banalität, sondern ist im Gegenteil eine ihrer Voraussetzungen. „Banalität" kommt vom französischen „le ban", was, neben manchem anderen, soviel wie „öffentliche Ankündigung" heißt. Eine „proclamation banale" oder „annonce banale" ist in ländlichen Gegenden Frankreichs noch heute eine öffentliche Bekanntmachung. Die öffentliche Bekanntmachung erst verwandelt das Leben in Banalität, nämlich in eine von oben formierte, eintönig gemachte Angelegenheit, bei der möglichst alle das gleiche tun und denken sollen, genau wie bei der Utopie, die ja ebenfalls eine öffentliche Ankündigung ist, ein Angriff auf Privatheit und Individualität.

Es hat in der letzten Zeit – nicht zuletzt unter dem Einfluß von Habermas und seinesgleichen – eine Inflation des Wortes „Utopie" gegeben, dergestalt, daß mittlerweile auch ganz persönliche Vornahmen und Zielsetzungen als Utopien ausgegeben werden. „Meine Utopie ist, eine tolle Freundin und einen guten Ausbildungsplatz zu bekommen", sagen heute Schulabgänger. So konnte der Eindruck entstehen, als sei utopisches Denken eine pure Selbstverständlichkeit, ein Denken auf Ziele hin, die voll im Bereich übersehbarer Möglichkeit liegen und kurz- oder mittelfristig einlösbar sind. Der Begriff der Utopie wurde gewissermaßen selber banalisiert und dadurch freilich auch entschärft.

Demgegenüber gilt es in Erinnerung zu rufen, daß der politische Utopiebegriff seit Thomas Morus und Campanella keineswegs eine Selbstverständlichkeit, sondern eine Zumutung sowohl für den einzelnen als auch für die Gesellschaft ist. Er möchte die Menschen ins Korsett abstrakter, am Schreibtisch ausgedachter Verordnungen zwängen, und zwar im Namen nicht weniger abstrakter, nicht weniger ausgedachter Prinzipien, als da sind: „Der Neue Mensch", „Die absolute Gerechtigkeit", „Das Paradies auf Erden". Der Geist der Utopie ist tatsächlich nichts weiter als der beschränkte Geist des Dorfpolizisten, der die jeweils neueste „annonce banale" verkündet, wobei er nie auf den Gedanken kommt zu fragen, wer die Verwalter absoluter Wahrheiten eigentlich sind, die ihm da die Trommel in die Hand drücken.

Das Fixiertsein auf Utopie wirkt in zweifacher Hinsicht banalisierend, nach innen wie nach außen. Zunächst wird der Utopist mit der Tatsache konfrontiert, daß sein angeblich so unfehlbares Veränderungs-Modell einfach nicht passen will, immer wieder von der Wirklichkeit ad absurdum geführt wird. Er reagiert darauf mit dem Versuch, die Wirklichkeit ihrerseits dem Modell anzupassen, sie an allen Ecken und Enden zu kappen und zu verschneiden, sie „auf Linie zu bringen", sie zu „vereinheitlichen". Die Farbigkeit des Lebens schnurrt ihm zusammen zu einer grauen Schar bloßer „Widersacher", das Utopiemodell verwandelt sich in einen scheußlichen Götzen, dem nur noch geopfert werden muß. „Ich glaubte in einen Quell reinen Wassers zu steigen und fiel in einen Sumpf von Blut und Dreck", beschrieb einst Arthur Koestler seine Erfahrung mit dem utopisch fixierten Kommunismus.

Doch das utopische Geschäft hat auch eine Außenseite, und die nimmt ebenfalls Schaden. Indem der Utopiker die Dinge der Welt stets nur auf ihre mögliche Veränderbarkeit abtastet, stumpft er ab gegenüber den reichen Valeurs des gelassen dahinfließenden Daseins und Soseins. Im vertrauten, schönen Rhythmus eines unaufgeregten, scheinbar nur sich selbst reproduzierenden Alltags vermag er bloß „Banalität" zu sehen, die Bemühungen des „Alltagsmenschen", seine tägliche Pflicht zu tun, anständig zu bleiben vor Gott und den Mitmenschen und dadurch Sinnerfüllung zu finden, sind ihm nichts als Feigheit und Anpassung. Zum Schluß bleibt ihm nur noch die „Ratlosigkeit" der Wüste, wie das in dem oben zitierten Satz von Habermas so erschütternd zum Ausdruck kommt.

Auf den Gedanken, daß es gerade die so emphatisch beschworenen „utopischen Oasen" waren, die ein einstmals blühendes Land durch die Unmäßigkeit ihrer Sinn-Dränage in Wüste verwandelten, kommt Habermas nicht. Aber genau da liegt des Pudels Kern. Der Reichtum des Lebens, sein Sinn, läßt sich nicht auf einige Utopieflaschen abziehen. Wer es dennoch versucht, versündigt sich an der geistigen Umwelt. Er richtet mindestens so viel Unheil an wie jene Umweltsünder, die die Ozeane ruchlos mit Dünnsäure „verklappen".

Pankraz



Kannte die Sehnsüchte seiner Figuren: „Der Tanz" von Antoine Watteau, aus der Ausstellung in Berlin FOTO: BINDER/THIELE

Mit der Melancholie des späten Rokoko – Die große Watteau-Ausstellung im Charlottenburger Schloß

Das Geheimnis des kleinen Murmeltiers

Berlin verdankt diese Ausstellung Friedrich dem Großen! Er war ein Bewunderer, ein Fan, ein (wie man heute gut deutsch sagen würde) Aficionado Antoine Watteaus. Er besaß rund 90 Bilder aus dem Umkreis des Künstlers und 14 eigenhändige Gemälde. Zwölf Bilder befinden sich heute im Besitz der Staatlichen Schlösser und Gärten und der Gemäldegalerie Preußischer Kulturbesitz in Berlin. Als die Washingtoner National Gallery und der Pariser Louvre aus Anlaß des 300. Geburtstages von Antoine Watteau (1684–1721) zu ihrer immensen Ausstellung anhoben, kamen sie an Berlin mit seiner neben Paris bedeutendsten Gemäldesammlung dieses Künstlers als Leihgeber gar nicht vorbei. Die Londoner Wallace-Collection, drittgrößter Watteau-Verwalter, hat mit ihrem strikten Reglement jedweder Ausleiherei ohnehin einen Riegel vorgeschoben.

Wenn auch gegenüber der Louvre-Darbietung *erheblich reduziert*, wird die Schau für Berlin nun zum sprichwörtlich krönenden Abschluß jener Zitterpartie um die „Einschiffung nach Kythera", die mit staatlichem Engagement und bürgerlicher Initiative (à 15 Millionen Mark) zum glücklichen Verbleib des Gemäldes im Schloß Charlottenburg führte.

Das Bild, dessen erste Version die Goncourt-Brüder das „Wunder unter den Wundern des Meisters" nannten, ist jetzt an einem Ehrenplatz im Weißen Saal, und überdies unverglast, zu betrachten. Direkt gegenüber, erschütternd und bezaubernd, die Hauptperson dieser Ausstellung: der „Gilles" genannte Pierrot aus dem Louvre. Die Wissenschaft hat die lebensgroße Gestalt auf verschiedenste Weise gedeutet, als Selbstbildnis des Künstlers, gar als „Ecce-Homo", den an seinen Mitbrüdern leidenden Menschen. Heute neigt man eher dazu, dem womöglich als Ladenschild gedachten Bild (für einen ehemaligen Schauspieler, der ein Café betrieb) die Melancholie wegzudiskutieren.

Dennoch: dieses Zauberbild ist weit mehr als ein Portrait. Es scheint die Rätsel und Irritationen monumental zu verdichten, die so viele andere Bilder Watteaus aufgeben. Zu einer Zeit, als die italienischen Komödianten aus Paris vertrieben waren, deutete dieser Künstler das Theater als Spiegel des Lebens – und umgekehrt. Die Menschen der „fêtes galantes", die sich in der Natur zu sehnsuchtsvollen Liebesbegegnungen finden, sind Darsteller eines höchst intimen psychologischen Menschheitstheaters. Sie wenden sich einander zu. Aber immer wieder gibt es die „Unbeteiligten, die Einsamen, die Abseitsstehenden".

„Gilles" und „Kythera" sind beide Gegenstand der Enträtselung in Donald Posners kürzlich von den „Freunden der preußischen Schlösser und Gärten" in deutscher Sprache vorgelegter Watteau-Untersuchung (Verlag Frölich & Kaufmann, 98 Mark). In beiden Fällen wird der vergleichende Leser und Betrachter Zweifel empfinden. Erhellend sind allerdings Posners Beiträge zur Geschichte des womöglich bedeutendsten Stückes der Charlottenburger Sammlung, des „Ladenschilds des Kunsthändlers Gersaint". Tatsächlich hat der bereits todkranke Künstler selbst darauf bestanden, diese ungewöhnlich großen Tafeln binnen kürzester Zeit als Geschenk für den befreundeten Gersaint zu malen. Es ist eine besondere Pointe, dieses Gemälde, das man als Watteaus persönlichen Kommentar zur Geschichte, zur Kunst seiner Zeit und zur gängigen Kunstbetrachtung lesen kann, zugleich als ein Stück „Concept Art" zu sehen. Mochte doch dieses herrlichste aller „Ladenschilder", das sofort die Kauflust von Sammlern weckte, an der Front des Gersaintschen Bildergeschäftes auf dem Pont Notre-Dame allen Einwirkungen der Witterungen preisgegeben, als Allegorie von der Vergänglichkeit des Lebens verstanden werden. Es wurde damals freilich schnellstens wieder abgenommen und verkauft. Heute hängt das Bild, viel bestaunt, im königlichen Konzertzimmer in Charlottenburg.

Der Künstler aus Valenciennes (das erst wenige Jahre vor seiner Geburt französisch geworden war) hob das Genre-Spiel der Niederländer auf eine höhere Gesellschaftsebene. Die Eleganz der feineren Gesellschaft mischt sich mit Kostüm und Maske. Es ist der Abschied an die alte Historienmalerei. Watteau geht es nicht um erzählte „Handlung", weder in den Bildern von der Commedia noch bei den Ausflügen in die verführerischen *Landschaften (die er im Atelier* erfand). In allem ist Musik. Ist schwermütig-heiteres Rätsel. Und doch hatten diese allegoriehaften Bilder für damalige Betrachter vielerlei verschmitzte erotische Anspielungen. Im eindeutigen Zeitalter von Uhse, Peep & Co. tut man sich schwer, eine Flöte, einen Spinnrocken, ein Murmeltier noch als das zu erkennen, was sie einmal meinen sollten.

Die Wissenschaft findet in dieser Schau ein weites Feld, ihre Datierungen und Zuschreibungen zu überprüfen. Und die Wohnung Friedrichs II. in Charlottenburgs Knobelsdorff-Flügel ist mehr als nur schöner Umraum: sie zitiert den königlichen Sammler, sie macht anschaulich, wie der „Geist Watteaus" das friderizianische Rokoko prägen sollte. Der Besucher wird überdies Gelegenheit haben, die französischen Gemälde des 18. Jahrhunderts aus Friedrichs Besitz in anschließenden Räumen des Neuen Flügels zu besichtigen. Es wäre schön gewesen, hätten sich für die Berliner Station nun auch die niederländischen und italienischen Quellen Watteaus anschaulich ausschöpfen lassen.

Wie schon in Paris, so ist auch hier die Zeichnung ein, neben den Bildern, mehr als gleichwertiges, ein beglückendes Erlebnis. Stellen sich der Forschung bei den Gemälden immer wieder Probleme der Deutung, der Korrektheit der Proportion, Zweifel an der Farbigkeit – die Einzigartigkeit des Zeichners Watteau ist unbestritten. Dieser menschenscheue, mitunter sarkastische Künstler, der immerfort seine Wohnungen wechselte und dem genausowenige Lebensjahre blieben wie zwei Jahrhunderte früher Raffael, um sein über die Zeiten weisendes, anrührendes Werk zu schaffen, soll ja selbst lieber mit Rötel, schwarzer und weißer Kreide gezeichnet als *gemalt haben*. Diese Zeichnungen, lustvoll schnell die einen, leuchtend präzise die anderen, bildeten das Material, aus dem sich die köstlichen Bild-Inszenierungen zusammenfügten.

Ob er Rast und Marsch der Soldaten schildert, ob er seine Bewunderung für das Theater zu Bildern werden ließ oder das Leben selbst in der Natur als Schauspiel deutete – nie bildete er nur ab. Ein Regisseur, ein lyrisch-dramatischer Poet, der die Sehnsüchte seiner Figuren kannte, der aber auch die Enttäuschung in ihrer Seele las. Berlin wird von dieser Ausstellung bezaubert sein. Sie trägt den heimlichen Titel: Das Wunder Watteau. (Bis 27. 5., kleiner Katalog 10 Mark, wissenschaftlicher Katalog, Nicolaische Verlagsbuchhandlung, 40 Mark, Handel 58 Mark.)

PETER HANS GÖPFERT

JOURNAL

Maulkorbgesetz für Polens Kultur

JGG. Köln

In Polen trat jetzt ein neues „Rahmengesetz für Kultureinrichtung" in Kraft, das die Theater und Galerien, aber auch Orchester und staatliche Chöre betrifft. Danach werden die Intendanten und künstlerischen Leiter nicht mehr von den Programm- und Künstlerbeiräten gewählt, sondern vom Kulturminister ernannt. Künftig besteht nur noch eine Hälfte dieser Beiräte aus Angestellten der Institution, während die andere Hälfte von der Partei, den Staatsgewerkschaften und anderen Massenorganisationen bestimmt wird. Die Beiräte haben nur noch beratende Funktion, an die der Direktor nicht gebunden ist. Theoretisch ist der Leiter bei der Programm- und Personalpolitik völlig frei. Da ihn aber das neue Gesetz verpflichtet, das „Mäzenatentum des Staates zu berücksichtigen" und die Funktion eines ersten Zensors zu übernehmen, heißt das in der Praxis, daß der Leiter künftig – mehr noch als in der Vergangenheit – zu einer regelmäßigen Abstimmung mit dem Kulturministerium verpflichtet ist.

Erinnerung an den Maler Hanns Bolz

epl. Aachen

Mit seiner Ausstellung „Hanns Bolz (1885 bis 1918) – Ein Künstler zwischen Expressionismus und Kubismus" erinnert das Aachener Suermondt-Ludwig-Museum an das Werk eines einheimischen Malers, der vor dem Ersten Weltkrieg an den wichtigsten Avantgarde-Ausstellungen (Brücke, Armory-Show, Café-du-Dôme-Kreis) beteiligt war. Bolz, mit Max Ernst und Otto Freundlich befreundet, starb im Krieg als Soldat an Gasvergiftung. Die Aachener Ausstellung zu seinem 100. Geburtstag (Gemälde, Plastiken, Grafiken) kommt einer Neuentdeckung gleich. Sie ist bis 17. März zu sehen und wird von einem Katalog und Dokumentationsband (zusammen 15 Mark) begleitet.

Architekturschau aus Frankfurt in Paris

AP, Frankfurt

Im Pariser Centre Pompidou wurde die Architekturausstellung „Nouveaux Plaisirs de l'Architecture" eröffnet. Sie war zuvor unter dem Titel „Revision der Moderne" als erste Ausstellung des neueröffneten Deutschen Architekturmuseums in Frankfurt gezeigt worden (s. WELT v. 1. 6. 84). Die Schau, die einen Überblick über die Architektur der Gegenwart vermitteln will, dauert bis zum 20. April.

Literaturpreis von Bertelsmann gestiftet

dpa, München

Einen Literaturpreis hat der C. Bertelsmann Verlag in München anläßlich seines 150jährigen Bestehens gestiftet. Die Auszeichnung ist mit insgesamt 50 000 Mark dotiert und soll alle zwei Jahre vergeben werden, erstmals 1985. In der Regel würden drei Preise ausgesetzt: Ein erster mit 25 000 Mark, ein zweiter mit 15 000 Mark und ein dritter Preis mit 10 000 Mark. Der C. Bertelsmann-Literaturpreis soll die Arbeit eines deutschsprachigen Schriftstellers an einem literarischen Werk finanziell ermöglichen. Bewerber sollten ein Exposé ihres Werks zusammen mit mindestens 50 Manuskriptseiten bis spätestens zum 31. Mai beim Lektorat des C. Bertelsmann Verlags in München einreichen.

Rudolf Hartung †

dpa, Berlin

Der Schriftsteller Rudolf Hartung ist, wie jetzt erst bekannt wurde, am vergangenen Dienstag nach längerer Krankheit im Alter von 70 Jahren in Berlin gestorben. Hartung trat sowohl als Kritiker wie auch als Lyriker und Essayist hervor. Von 1955 bis 1960 war er Mitherausgeber der „Neuen Deutschen Hefte", seit 1963 Chefredakteur und Mitherausgeber der „Neuen Rundschau". Er veröffentlichte unter anderem den Gedichtband „Vor grünen Kulissen" (1959) und den Essay-Band „Kritische Dialoge" (1973) sowie die Tagebuchnotizen „In einem anderen Jahr" (1982).

S. Espriu gestorben

dpa, Madrid

Der als größter Lyriker katalanischer Sprache geltende Salvador Espriu, der mehrfach für den Literatur-Nobelpreis vorgeschlagen worden war, ist im Alter von 72 Jahren in Barcelona gestorben. Der Schriftsteller wurde auch durch Prosawerke und Dramen bekannt und hatte sich mit seinem umfangreichen Werk in der Sprache seiner katalanischen Heimat zum Mittler der verschiedenen Sprachkulturen in Spanien gemacht. 1946 veröffentlichte er seinen ersten Lyrikband „Cementiri de Sinera" (Friedhöfe von Sinera) und das Bühnenwerk „Ronda de Mort a Sinera" (Sineras Todesreigen).

Münchner Residenztheater: P. Löscher inszeniert Brechts „Leben des Galilei"

Ein wenig Klassenkampf in Alt-Rosa

Es ist schon ein Kreuz mit historischen Personen, wenn sie einmal zur Parabelfigur des Theaters umgearbeitet worden sind und die aktualisierte Moral von ihrer Geschicht später so aktuell nicht mehr ist. Zuerst wollte Bert Brecht 1938 mit Galilei lediglich einen Widerstandskämpfer der Wissenschaft zeigen, dessen Arbeit inmitten von Barbarei nicht für immer widerrufen werden kann. Nach Hiroshima bot sich eine weitaus schärfere Moralisierung an. Und schließlich steigerte sich in der dritten Fassung der Physiker in die radikale Selbstanklage: Ohne seinen Widerruf hätten die Naturwissenschaftler eine Art hippokratischen Eid entwickeln können.

Daß der Regisseur Peter Löscher jetzt im Münchner Residenztheater gewagt hat, aus den drei Fassungen eine vierte zu gewinnen, läßt einen nicht gerade vertrauensvoll die neue Querbeet-Moral eines „post-atomarischen" Galilei erwarten.

Verschwunden sind jetzt viele Anspielungen und Sentenzen, mit denen Brecht die Sternenschau als Klassenkampf und Galilei als radikalen Weltall- und Gesellschaftsänderer markiert.

Nicht, daß diese Stilisierung so dialektisch korrekt gewesen wäre – Galilei konnte doch durch seinen Widerruf das revolutionäre Bürgertum verraten – aber: Auch Brechts Spiel-Motor erscheint gedrosselt. Zumal Löscher sich gewissenhaft an das Brechtsche Einfühlungsverbot hält, ohne aber für eine entsprechende Bewußtheits-Sprache im Mitdenk-Tempo zu sorgen.

Für die 13 Szenen mit zusammen 41 genannten Schauspielern hat Raimund Bauer einen hohen grauen Raum mit schrägen Wänden gebaut. Nur Signal-Möbel (Fernrohr und Bett für Studierzimmer; Lüster oder Stühle für den Palast). Manchmal Gemäldewirkung durch Lichtmalerei. Sonst wenig optischer Reiz, sogar die außerordentlich geputzten Ballgäste beim Kardinal Bellarmin (gefährlich kommod: Karl Obermayr) verdrücken sich sogleich (zu den Augsburger Dom-Singknaben nebenan).

Edgar M. Böhlke als Galilei ist extra unscheinbar gewandet, mit längerem Grauhaar und eher asketisch als (wie verlangt) ein sinnlich-geistiger Genießer – ein Galilei, wie er nicht im Buch steht. Er hat sich abermals aktuell angepaßt und könnte ein ehemaliger 68er sein, der's zum Professor an einer Reformuniversität gebracht hat. Daß dem „bei gutem Essen am meisten einfällt", ist unwahrscheinlich. Da helfen auch kein Prachtpelz und keine Brecht-Zigarre des Etablierten.

In den straffen Denk-Szenen können sich die Schauspieler immer nur kurz profilieren. Nur einmal das ganz andere Theater, wie ein Angriff auf die verordnete Kärglichkeit: Erwin Faber als sehr alter Kardinal gewaltig erzitternd im alttestamentarischen Zorn, haut das neue Weltbild zusammen allein mit dem Satz: „Der Herr ist anwesend ..." Er hat am Schluß den meisten Beifall.

Ein Galileo, der auf die Dauer von dreieinhalb Stunden eher langweilt und offenbar keinem mehr weh tut. Hanns Eisler, dessen Musik dazu gespielt wird, hielt einst den Galilei für „einen der großen Heroen der Arbeiterbewegung", und er meinte, da „muß man Farbe bekennen; und die Farbe ist rot!"

So gesehen, hielt sich der Heros an diesem Abend bedeckt. Und das Publikum sah nirgends rot. Höchstens einen anspruchsvollen Bilderbogen in „Alt-Rosa". ARMIN EICHHOLZ



Wie ein Reformprofessor: Edgar M. Böhle als Galilei in München FOTO: RABANUS

Nur kein Happy-End: Das Kinderprogramm bei den Berliner Filmfestspielen

Auf Suche nach geraubten Schätzen

Das 8. Kinderfilmfestival während der 35. Berliner Filmfestspiele bescherte ein kunterbuntes Programm. Allerdings gab es keinen Film aus der Bundesrepublik, ein Symptom mehr dafür, daß bei uns der Kinderfilm nur noch eine jämmerliche Existenz am Rande fristet – und auch das Fernsehen, das sich sonst gern kinofreundlich gibt, daran nichts ändert.

Früher galt es als selbstverständlich, daß ein Kinderfilm glücklich endet. Heute ist eher das Gegenteil verbindliche Regel. In dem dänischen Beitrag „Das Haus meiner Großmutter" ermordet die Großmutter, alles andere als eine liebenswerte Märchenfigur, die Braut des eigenen Sohnes, um dessen Erbgut, jenes Haus nämlich, zu retten. Dem jugendlichen Publikum schmeckte soviel Melodramatik wenig, und die böse Tat der schlimmen Frau rief als Echo allgemeines Gelächter hervor.

Dramatisch ging es auch bei der holländischen Neuverfilmung von „Ciske, die Ratte" zu, einem Stoff, den Wolfgang Staudte vor mehr als zwanzig Jahren als „Ciske, ein Kind braucht Liebe" zum erstenmal inszenierte. Der arme Ciske wird vom Leben arg gebeutelt, tötet seine bösartige Mutter gar, muß ins Gefängnis, darf aber am Schluß endlich Glück und Liebe finden. Ciskes tragisches Geschick spielt sich vor dem Hintergrund der von Wirtschaftskrisen geschüttelten 30er Jahre ab. Dem Regisseur Guido Pieters geht es jedoch um Parallelen zur Gegenwart. Ciskes, behauptet er, gebe es noch immer, selbst wenn sie heute in Häusern mit zwei Autos und zwei Fernsehapparaten lebten.

Hier eine grimmige Großmutter, dort eine sadistische Mutter, in dem spanischen Film „Von Mann zu Mann" schließlich ein sich ständig angeiferndes Elternpaar. Die Regisseure von Kinderfilmen haben wenig Erbarmen mit den Eltern – und meist recht obskure Vorstellungen vom Kindsein in unserer Zeit. In „Mann zu Mann" reißt ein alter Mann seiner Familie aus, die ihn in ein Altersheim abschieden will. Der kleine Carlos dagegen entflieht seinen Eltern, die in ihm höchstens ein Objekt für Video-Filme und Fotoalben sehen, selten aber ein liebebedürftiges Wesen. In einem Kaufhaus treffen sich der alte Mann, der an sich Kinder nicht mag, und der Junge. Dort nisten sie sich ein, streifen tagsüber durch die Stadt und ziehen sich abends in ihr Quartier zwischen Schaufensterpuppen und ausrangierten Matratzen zurück. So lange, bis Carlos Eltern zur Vernunft kommen und die Kinder des alten Mannes erkennen, daß man Menschen nicht ausmustern kann und soll.

Von Ausreißern handelt auch Michel Devilles Film „Die kleine Bande". Deville, dessen Thriller „Gefahr im Verzug" im Hauptprogramm des Wettbewerbs lief, erzählt von sieben kleinen Engländern, die sich nach Frankreich einschiffen und dort auf eine Gangsterbande stoßen, deren finstere Pläne sie durchkreuzen. Das war eine gelungene Mischung aus Witz und Spannung, die bei Kindern genauso wie bei Erwachsenen letztlich immer noch am besten ankommt. Ähnlich ist es mit Abenteuergeschichten wie „Das Geheimnis des Morca" von Marco Mattolini, in dem clevere Kinder geraubte Schätze wiederentdecken. Dagegen haben es Filme, die belehren oder unverblümt erziehen wollen, wie z.B. „Die Biberspur" aus der „DDR", wo es um Umweltschutz geht, bei Kindern schwer.

Würde man die Kinder nach ihrem Liebling unter den Beiträgen des 8. Kinderfilmfestivals befragen, hätte gewiß der dänische Film „Busters Welt" große Chancen, einen goldenen „Teddy" zu gewinnen. Buster, der 10jährige Held der Geschichte, ist ein Bürschlein mit dem Herz auf dem rechten Fleck und ein begabter Hobbyzauberer noch dazu. Sicher laviert er sich durch die Welt der Erwachsenen und macht, als eine liebe alte Nachbarin stirbt, die Erfahrung, daß Leben und Tod zusammengehören und Älterwerden auch bedeutet, sich nicht bei jeder Unannehmlichkeit in eine Welt der Märchen und Magie zu flüchten. Dieser Film bezauberte, weil er die Kinderträume und die Wirklichkeit der Kinderwelt poetisch verband, was im Kino immer noch das schönste ist.

MARGARETE von SCHWARZKOPF